

Beate Neuss / Werner Holly (Hrsg.)

Sprache und Politik im vereinten Europa

Occasional Papers

Nr. 34

Herausgeber: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung

Anschrift: Nauklerstraße 37 a
D-72074 Tübingen
Telefon: +49 (0)7071-29 77 368
Fax: +49 (0)7071-92 28 76
E-Mail: ezff@uni-tuebingen.de
Internet: <http://www.uni-tuebingen.de/ezff>

Vorstand: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Horst Förster
Dr. Martin Große Hüttmann
Prof. Christopher Harvie, Ph.D.
Prof. Dr. Rudolf Hrbek (Sprecher)
Prof. Dr. Martin Nettesheim
Prof. Dr. Barbara Remmert (stellv. Sprecherin)
Prof. Dr. Josef Schmid
Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Graf Vitzthum
Prof. Dr. Hans-Georg Wehling

In Zusammenarbeit mit: Prof. Dr. Franz Knipping (Wuppertal) und
Prof. Dr. Roland Sturm (Erlangen-Nürnberg)

Koordination: Tobias Schächtelin, M.A.

Alle Rechte vorbehalten.

Copyright: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung,
Dezember 2007

Erschienen im Selbstverlag

Druck: Schwäbische Druckerei, Stuttgart

ISBN: 978-3-9810143-3-4

Schutzgebühr: 8,- Euro

Inhalt	Seite
Vorwort	- 4 -
- <i>Anna Mikulová</i> - Expressivität, Persuasion, Metaphorik in der Sprache bioethischer Diskurse	- 5 -
- <i>Jürgen Plöhn</i> - System und Kommunikation: Politische Sprache in Demokratie und Diktatur	- 21 -
- <i>Christine Domke</i> - Massenmediale Bedeutungszuschreibung – Überlegungen zur Berichterstattung über das „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“	- 41 -
- <i>Stephan Thomas</i> - Sprachbiographien von Menschen mit deutscher Muttersprache aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße	- 62 -
- <i>Šárka Waisová</i> - Public diplomacy als Mittel der Außenpolitik der (europäischen) Staaten	- 77 -
- <i>Cornelia Albert</i> - Gälisch und „Ulster-Scots“: Sprachen als Gegenstand in Konflikten am Beispiel des Nordirland-Konfliktes – Erwartungen der Konfliktparteien	- 93 -
- <i>Ladislav Cabada</i> - Deutschland und Deutsche im tschechischen politischen und öffentlichen Diskurs – Kontinuität oder eine fortschreitende Veränderung der Sprache nach 1989?	- 110 -
- <i>Stefan Gehrold</i> - Ein Abgleich Politischer Sprache in der Tschechischen Republik und in Deutschland	- 119 -
- <i>Václav Houžvička</i> - Die verschwundene Vergangenheit	- 133 -
- <i>Lukáš Novotný</i> - „Dann fiel der Eiserner Vorhang und das war’s“ – Grenze in den Augen der Bürger des tschechisch-bayerischen Grenzlands	- 143 -
- <i>Holm Krieger</i> - „... Aber wieso sollte man sie wegboxen? Sind wir hier in Amerika oder was?“ Zwei Amerika-Bilder in deutschen Hiphop-Texten und ein vergleichender Blick nach Tschechien	- 167 -
- <i>Kerstin Preiwuß</i> - Die Stadt wird sein: Die Rolle umbenannter Städte in der Gedächtnispolitik der DDR und der VR Polen – dargestellt am Beispiel der Zeitschrift „Blick nach Polen“	- 192 -
- <i>Susanne Günther</i> - Deutschland und Polen: Alte Feinde oder neue Brüder? - Bilanz und Perspektiven einer konfliktbeladenen Beziehung	- 206 -
Autorenverzeichnis	- 233 -

Das Thema Sprache und Politik bietet viele Facetten. Einige davon konnten vom 22. bis 24. Juni 2006 in Seiffen/Erzgebirge auf einer Tagung im Rahmen des „Sächsisch-Tschechischen Hochschulzentrums“ (STHZ) der Technischen Universität Chemnitz erörtert werden. Die Fachtagung „Sprache und Politik im erweiterten Europa“ brachte Wissenschaftler, Dozenten und Studierende aus Deutschland und der Tschechischen Republik zusammen, um über ein Thema zu sprechen, das eng mit der Integration Europas verbunden ist. Sprache prägt Auffassungen und spiegelt sie. Sie ist im wissenschaftlich positiven Sinne „verräterisch“, weil sie Wahrnehmungen erkennen lässt, die verborgen bleiben wollen, weil an ihren Begriffen und Wörtern Einstellungen und Werte ablesbar sind. Sprache wird in der Politik instrumentalisiert, um Ziele zu erreichen im Guten wie im Bösen. So lässt sich das Zusammenwachsen Europas und der Grenzregionen bzw. die Hemmnisse dafür an der Nutzung der Sprache im politischen wie im außerpolitischen Bereich ablesen.

Erfreulich war die Breite der auf der Tagung behandelten Aspekte, die sich keineswegs auf deutsche und tschechische Themen beschränkten. Analysiert wurden sie jedoch von tschechischen und deutschen Wissenschaftlern, darunter vielen Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern aus beiden Ländern. Sie kamen vom Soziologischen Institut der Tschechischen Akademie der Wissenschaften, der Westböhmischen Universität Plzeň/Pilsen, des Sorbischen Instituts Bautzen, der Masaryk-Universität Brno/Brünn sowie der Universität Leipzig und der Technischen Universität Chemnitz.

Unser großer Dank gilt der Europäischen Kommission. Sie ermöglichte über die Kofinanzierung des STHZ und seiner wissenschaftlichen Arbeit im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative Interreg IIIA die Ausrichtung der Tagung. Ilona Scherm gebührt besonderer Dank für die exzellente Organisation der Tagung. Jan Selle ist für die Zusammenstellung und redaktionelle Betreuung des Tagungsbandes zu danken, Manja Vogel für die Einarbeitung der Korrekturen.

Die Vorlage der Tagungsergebnisse im Druck soll die Erträge einer fruchtbaren grenzübergreifenden Tagung festhalten. Die Zeit der gemeinsamen intellektuellen Arbeit war ein lebendiger Beweis für ein zusammenwachsendes Europa, zeigte aber in ihren empirischen Ergebnissen, dass Sprache sowohl zur Trennung und Separierung wie zur Friedenssicherung genutzt werden kann. So ist mit dem Band die Hoffnung verbunden, Anstöße für weitere produktive Auseinandersetzungen mit dem Thema zu geben.

1. Begriffsabgrenzung

1.1 Diskurs

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist der Terminus *Diskurs* in der Linguistik fast zu einem Modewort geworden. Mit der Beliebtheit dieses Terminus hängt freilich zusammen, dass er unterschiedlich aufgefasst wird. Die Diskurs-Problematik betrifft nämlich nicht Sprache als System, sondern es wird bei der Analyse des jeweiligen Diskurses eine breit verstandene Rolle der Sprache in der Gesellschaft im Auge behalten. Als ein illustratives Beispiel der Diversität im Diskurs-Verstehen führen wir einige Definitionen an:

„Diskurs ist ein aus der angloamerikanischen Forschung übernommener Oberbegriff für verschiedene Aspekte von Text; Diskurs als zusammenhängende Rede, als geäußelter Text (z.B. im Unterschied zu Text als formaler grammatischer Struktur); Diskurs als kohärenter Text, Diskurs als vom Sprecher für einen Hörer konstituierter Text; Diskurs als Ergebnis eines interaktiven Prozesses im soziokulturellen Kontext.“¹

Fazit: In jeder Diskursanalyse sind sowohl inhaltliche Schwerpunkte, wie auch typische sprachliche Eigenschaften der analysierten Texte zu berücksichtigen. Wir werden online veröffentlichte Texte des bioethischen Diskurses behandeln, zur genaueren Charakteristik dieser Texte gehen wir später über. Durch die Analyse der Belege bin ich bemüht, nahe zu bringen, wie das angeführte Thema (der bioethische Diskurs) erkennbar wird.

1.2 Expressivität und Bewertung

Zunächst möchte ich ein Phänomen vorstellen, das manchmal die psychologische Grundlage der Expressivität bildet. Es geht um die Bewertung der Sachverhalte. Dies ist der Tatsache zu entnehmen, dass die Bewertung – wie Silke Jahr richtig bemerkt – als ein inhärentes Merkmal von Emotionen anzusehen ist. Das bedeutet, dass in der Kommunikation von Emotionen auch stets Bewertungen kommuniziert werden.²

Man muss zugeben, dass unter Bewertung verschiedene Aspekte zu verstehen sind und sich verschiedene Typen von Bewertungen unterscheiden lassen. Bei der Bewertungsdimension Quantität wird nach Jahr das Bewertende auf einer Positiv-negativ-Skala eingeordnet. Auch hierbei existieren konventionell eingespielte Bewertungsgrade, die an sozial relevante Sanktionen gekoppelt sind. Mit

¹ Bußmann (1990), S. 189.

² Vgl. Jahr (2000), S. 66.

der Bewertungsdimension Relation wird zum Ausdruck gebracht, dass sich das zu Wertende auf unterschiedliche Entitäten beziehen kann. Bewertet werden können Sachverhalte, Handlungen, Personen, konkrete Objekte, abstrakte Konzepte u.a., also alles, was sich dem kognitiven und verbalen Zugriff nicht entzieht. Sager gibt den Hinweis, dass die moralische und ästhetische Basis nicht für alle Dinge in der Bewertung relevant ist, dagegen sei die faktisch-adaptive und sensitiv-expressive auf alle Bewertungsgegenstände anwendbar, da alle Dinge in größere Funktionszusammenhänge eingeordnet sind und alle bewertbaren Dinge nur dadurch bewertbar werden, dass sie auf die bewertende Person einen irgendwie gearteten Eindruck machen. Die Dimension der Validität bringt zum Ausdruck, dass Wertungen in Abhängigkeit davon, ob die zugrunde liegende Wertebasis von einer oder mehreren Personen geteilt wird, unterschiedliche Gültigkeit besitzen. So kann eine individuelle Auswahl aus den Möglichkeiten eines vorgegebenen Wertessystems vorgenommen werden, oder das Normsystem besitzt ohnehin nur individuelle Gültigkeit.³

Man darf nicht annehmen, die Relation zwischen den Emotionen, Bewertungen und der Sprache sei eindeutig und direkt. Die sprachliche „Kodierung“ der Emotionen und Bewertungen hängt vielfach mit den kulturellen Konventionen zusammen. Silke Jahr weist auch darauf hin, den sprachlich ausgedrückten emotionalen Bewertungen liegen unterschiedliche Tatsachen zugrunde:

„Es lassen sich folgende drei Fälle unterscheiden:

Die kommunizierte Emotion entspricht einem zugrundeliegenden psychischen Gefühl.

Die kommunizierte Emotion ist ein von sozialen Regeln bestimmter Prozeß, d.h. ein emotionales Erleben wird gezeigt, das sozial in einer jeweiligen Situation erwartet wird (vgl. feeling rules...).

Die kommunizierte Emotion wird zu strategischen Zwecken eingesetzt. So unterscheidet Daneš (1987, 287) für Texte eine spontane Manifestation von Emotionen gegenüber einer strategischen Manifestation, die nicht mit einer erlebten Emotion verbunden sein muß.

Wenngleich sich die kommunizierten Emotionen nicht nach den drei Kriterien scharf voneinander abgrenzen lassen, können sie dennoch vorrangig einem der drei Fälle zugeordnet werden.“⁴

Ebenso kompliziert ist die sprachliche Gestaltung von Emotionen selbst. Jahr bemerkt in diesem Zusammenhang, dass Jäger und Plüm drei Arten des Ausdrucks von Emotionen unterscheiden: den nicht-intentionalen Gefühlsausdruck (u.a. parasprachliche Mittel); den intentionalen, aber nicht expliziten Gefühlsausdruck (Äußerungen ohne so genanntes Emotionswort) und den intentionalen und zugleich expliziten verbalen Gefühlsausdruck (Äußerungen mit Emo-

³ Vgl. ebd., S. 70.

⁴ Ebd., S. 77.

tionswörtern).⁵ Die Art und Weise dieser Gestaltung hängt mit der jeweiligen Kultur zusammen, sie unterliegt also nicht bloß den sprachlichen, sondern auch außersprachlichen Gesetzmäßigkeiten.

1.2.2 Intensivierung

Van Os erklärt den Zusammenhang zwischen Intensivierung und Bewertung sprachlicher Ausdrücke,⁶ indem er die Intensivierung als funktionalsemantische Kategorie der Ausdrucksverstärkung oder -abschwächung intensivierbarer sprachlicher Ausdrücke behandelt.⁷ Die Intensivierung könne durch Mittel verschiedener Ebenen der Sprache ausgedrückt werden, vorrangig aber durch Adjektive und Modalwörter in Erscheinung treten. Van Os unterscheidet zwei Intensivierungssysteme, die Prädikatsverstärkung bzw. -abschwächung und die Aussagebegräftigung.⁸ Beide Phänomene können zu einer Intensivierung von Bewertungen führen und sind damit als Indikatoren für Emotionen in Betracht zu ziehen.⁹

Die Intensivierungsmittel sind eine offene Klasse, die zum einen aus wertenden Adjektiven sowie Artangaben und zum anderen aus Einstellungsmodifikatoren (Modalwörtern) konstituiert wird, sofern die Einheiten in einer geeigneten semantischen Umgebung und syntaktischen Position stehen. Als Intensivierungsmittel werden nach Van Os unterschieden: lexikalische Intensivierer, skalare Prädikate, Akzent und Intonation, Häufung (Stapelung und Reduplikation), Wortbildung, Idiome, Negation und Syntax (Position der Modifikatoren im Satz).¹⁰ Ob Modifikatoren jedoch Intensivierer sind, hängt von der semantischen Beschaffenheit des modifizierten Prädikats ab. Besonders werde das Intensivierungsmittel der Häufung (Stapelung als semantische Dopplung und Reduplikation als Wiederholung eines Lexems oder Syntagmas) betont, da es sich auf den Kern des Begriffes Intensivierung beziehe.¹¹

1.3 Metaphorik

Dass die Erforschung der Metaphorik der gegebenen Texte für die Bestimmung ihrer Expressivität besonders wichtig ist, ist unbestritten: Durch Metaphern, metaphorische Vergleiche usw. wird die Gedankenwelt des Autors offengelegt. Es geht dabei nicht nur um „schöpferische“ Metaphern, die die Imagination des Autors gut illustrieren, sondern auch um „tote“ (lexikalisierten) Metaphern, die zwar die Sprache „objektiv“ nicht mehr bereichern, sie lassen jedoch auch vieles über den gedanklichen Hintergrund des Textes erahnen.

⁵ Vgl. ebd., S. 78.

⁶ Vgl. Van Os (1989), S. 34ff.

⁷ Vgl. Jahr (2000), S. 88.

⁸ Vgl. Van Os (1989), S. 219.

⁹ Vgl. ebd., S. 90.

¹⁰ Vgl. ebd., S. 215f.

¹¹ Vgl. ebd., S. 91.

Während bis in die dreißiger Jahre des vergangenen Jahrhunderts die Metapher lediglich als „Schmuck der Rede“ verstanden worden war, wird sie in neuerer Zeit als ein integraler Bestandteil der Sprache aufgefasst. So wird festgelegt, dass unsere sprachliche Auffassung der Welt in einem „Metaphergewebe“ erfasst ist. Hartmut Winkler erwähnt in seinem Artikel den Aufsatz von Max Black *Die Metapher*, der im Jahre 1936 erschien und einen Durchbruch zu einer neuen Auffassung der Metapher bedeutete.¹² In der klassischen rhetorischen Auffassung wurde die Metapher als ein impliziter Vergleich aufgefasst. Hier ist das bekannte Tertium comparationis immer ein höherer Begriff: z.B. wenn man *Haar wie Kohle* sagt, ist es die Farbe. Am Erratenlassen dieses zum Vergleich herangezogenen Dritten liegt es, dass die Metapher poetischer wirkt als ein expliziter Vergleich.¹³ Mauthner setzt seine Vergleichserklärung der Metapher fort und führt als Beispiel das metaphorische Sprichwort: *Vorsicht ist die Mutter der Weisheit* an; hier liege es auf der Hand, dass sich die Weisheit zur Vorsicht wie die Tochter zur Mutter verhalte, und das Tertium comparationis, dass die Mutter die Tochter erzeugt habe, oder evt. auch dass die Tochter der Mutter ähnlich und gehorsam sei.¹⁴

Ich will nur noch die Konzeption der Metapher formulieren, die ich in meiner Analyse verwende. Für das richtige Verstehen dessen, was hier unter dem Terminus Metapher überhaupt verstanden wird, muss kurz darauf hingewiesen werden, welche Metapher-Auffassung bei der Analyse der Texte überhaupt angewandt wird. Es geht um die Auffassung von Metaphern, welche aus der anglo-amerikanischen Tradition der kognitiven Linguistik Inspiration gewinnt (für den Überblick über den Reichtum und die Vielfalt in der Auffassung der Metapher-Problematik weisen wir auf Olaf Jäkel (2003) hin). Deswegen lasse ich die sonst bestimmt anregende Diskussion über den Unterschied zwischen der lexikalisierten Metapher einerseits und der nicht-lexikalisierten Metapher andererseits beiseite.

Um die Metapher-Auffassung der kognitiven Linguistik berechtigt anwenden zu können, muss man zuerst den Status der (sowohl lexikalisierten, wie auch nicht-lexikalisierten) Metapher kurz darstellen. Ich bin bemüht, die umfangreiche Problematik möglichst zusammengefasst darzustellen, und deswegen verzichte ich auf die Diskussion über die Validität des zentralen Metapher-Konzeptes der kognitiven Linguistik und beschränke mich nur auf das Wesentliche.

Olaf Jäkel versuchte, die Hauptaussagen der kognitiven Metaphertheorie in neun Einzelthesen zusammenzufassen.¹⁵ Für unsere Zwecke sind zwei von ihnen besonders wichtig: erstens die sog. *Domänen-These* und zweitens die *Kreativitäts-These*.¹⁶ In der Auffassung der kognitiven Linguistik dürfen die metaphorischen Ausdrücke nicht isoliert betrachtet werden, sondern als „*sprachliche Realisie-*

¹² Vgl. Winkler (1998), S. 1.

¹³ Vgl. ebd., S. 2.

¹⁴ Vgl. ebd., S. 1; Mikulová (2004), S. 145f.

¹⁵ Vgl. Jäkel (2003), S. 39.

¹⁶ Vgl. ebd., S. 40ff.

rungen konzeptueller Metaphern“¹⁷. Die konzeptuellen Metaphern bestehen in der Verbindung zwischen zwei konzeptuellen Domänen, „von denen die eine als Zielbereich (X) und die andere als Ursprungsbereich (Y) der metaphorischen Übertragung fungiert“¹⁸. Wollen wir die Metapher modellhaft als X ist Y darstellen (ein berühmtes Beispiel wäre hier der Satz: „Der Mensch ist ein Wolf“, den Max Black analysierte), stellt „X“ den Ausdruck dar, der auf bildliche Weise erklärt werden soll, d.h. ein Explanandum. Er stammt in der Regel aus einem abstrakten Bereich der Wirklichkeit, während das „Y“ als Explanans einem sinnlich wahrnehmbaren Gebiet der außersprachlichen Realität entnommen wird.

Für die Deutung des Diskurses ist weiter die bei Jäkel als *Kreativitäts-These* bezeichnete Eigenschaft der Metapher von Belang. Es wird angenommen, dass keine Paraphrase die gesamte potenzielle semantische Dimension des metaphorischen Ausdrucks vollständig auszudrücken vermag:

*„Hierin liegt der Grund für die **Kreativität**, welche die Metapher nicht allein im poetischen Diskurs entfaltet: In der alltäglichen Lebenswelt kann sie eingefahrene **Denkmuster umstrukturieren**. Und im wissenschaftlichen Kontext schließlich hat sie eine **heuristische Funktion**.“*¹⁹

Nach diesem Exkurs über das kognitive Metapher-Konzept fassen wir das oben Dargestellte noch einmal in aller Kürze zusammen: Es geht mir in den konkreten Belegen einerseits um die Ursprungsbereiche der als metaphorisch zu deutenden Ausdrücke bzw. Syntagmen, andererseits um die oben angegebene Kreativität der bildlichen Lexeme bzw. Satzteile.

1.4 Persuasive Strategien

Nachdem ich im theoretischen Teil unserer Arbeit der Problematik Metapher Aufmerksamkeit gewidmet habe, möchten ich jetzt kurz den zweiten Schwerpunkt der durchzuführenden Analyse angehen: Es handelt sich um persuasive Strategien. Mir geht es vor allem um die Persuasionsstrategien, mit denen Bewertungen im Text etabliert werden, in diesem Zusammenhang ist auch festzustellen, wie die Emotionen der Verfasser unserer Texte zum Ausdruck gebracht werden.²⁰

Herbig und Sandig definieren in ihrem diesem Thema gewidmeten Artikel persuasives Handeln wie folgt:

„Persuasives Handeln wird verstanden als Versuch, andere mit sprachlichen und nicht sprachlichen Mitteln dazu zu bringen, die eigene Perspektive auf einen in Frage stehenden Sachverhalt zu verändern bzw. anhand der Information über einen schon bewerteten Ge-

¹⁷ Ebd., (Hervorhebung im Original).

¹⁸ Ebd., S. 40.

¹⁹ Ebd., S. 41 (Hervorhebung im Original).

²⁰ Vgl. Mikulová (2003), S. 97f.

genstand erst eine dementsprechende Perspektive zu gewinnen. Bei der Persuasion werden in der Regel die nicht-argumentativen – in der Terminologie der Rhetorik: auf ‚Überredung‘ angelegten – Formen und argumentative – auf ‚Überzeugung‘ angelegte Formen der Beeinflussung benutzt. Die argumentative Form stellt ein rationales Verhalten dar, es bedeutet jedoch nicht, dass sie frei von ‚persuasiven Zusätzen‘ oder ‚rhetorischen Mittel‘ sein muss.“²¹

Zu den persuasiven Strategien bei der Textgestaltung gehört auch das Emotionalisieren: Bei einer emotionalen Bewertung wird die Bewertung für den Adressaten der Mitteilung durch emotionale Ausdrücke sichtbar gemacht. Emotionales Argumentieren kann man in diesem Sinn als Pol einer Skala verstehen, auf dem auf der anderen Seite eine ausgesprochen rationale Form gegenüber steht. Wichtig ist, im Auge zu behalten, dass die Emotionalisierung bestimmten Regeln und nicht zuletzt auch Kultur-bedingten Konventionen unterliegt: Welche Gefühle in welchen Situationen zum Ausdruck gebracht werden oder sogar werden sollen, hängt entweder mit der Gesprächssituation – bei der mündlichen Kommunikation, oder bei den geschriebenen Texten – was unser Fall ist – einerseits mit der Textsorte aber andererseits auch mit der Funktion oder der konkreten Bestimmung des jeweiligen Textes zusammen.²²

Die Persuasion an sich und auch das Emotionalisieren können sich in konkreten Texten mehr oder weniger explizit bzw. implizit herausstellen: Offensichtlich persuasive sprachliche Mittel im Sinne der Emotionalisierung sind z. B.: Verben und Wörter im Allgemeinen, die die Gefühle explizit benennen: wie z. B.: *bewerten, loben, schimpfen, beleidigen, ablehnen, Abneigung, Empörung, Zustimmung* usw. Nicht weniger wichtig ist jedoch das implizite Emotionalisieren, das nicht durch eindeutige lexikalische Mittel ausgeführt wird, sondern durch komplexere Mittel, z. B. durch metaphorische Ausdrucksweise, bestimmte Phrasologismen, rhetorische Mittel und syntaktische Strukturen.

Am Anfang der Überlegungen im Hinblick auf den Metapher-Begriff habe ich die grundlegende Wende in der Auffassung der Metapher seitens der Linguistik erwähnt; im Hinblick auf die Problematik der Persuasion ist nun auch eine „Wende“ in der Geschichte der Linguistik von Belang, und zwar die sog. pragmatische Wende. Läger macht darauf aufmerksam, dass es seit der in der Pragmatik geführten Diskussion um das Verhältnis von Illokution und Perlokution klar ist, dass solche Zustände wie *überzeugt sein von etwas* keineswegs als kausale Folgen des sprachlichen Handelns auftreten müssen.²³ Zur Persuasivität selbst bemerkt Läger weiter, dass sie nur darin besteht:

„Strategien zu verfolgen, die geäußerte Bewertungen als begründet, gerechtfertigt, folgerichtig, kurz: als einsichtig erscheinen lassen. Ei-

²¹ Herbig/Sandig (1994), S. 62.

²² Vgl. ebd.

²³ Vgl. Läger (1992), S. 123.

ne so verstandene Persuasivität muß die Frage außer Acht lassen, ob denn nun der Leser diese Meinung akzeptiert oder nicht.“²⁴

Läzer macht im Folgenden darauf aufmerksam, dass bei der Analyse der persuasiven Strategien auch die Frage des jeweiligen Diskurses in die Analyse einbezogen werden soll. Es muss zwischen zweierlei Arten von Strategien unterschieden werden: Einmal geht es um die Strategien zur Realisierung der jeweiligen Textfunktion und andererseits um die textübergreifenden Makrostrategien, die man auch als Diskursstrategien abgrenzen könnte.²⁵

2. Analyse der Belege

Die folgenden Belege sind verschiedene online veröffentlichte Texte, die Bioethik betreffen, entnommen. Zum einen haben diese Texte einen offiziellen Charakter, wie z.B. *Iserlohner Aufruf zum Dialog für eine zukunftsfähige Ethik* oder *Statement der Vorsitzenden der Arbeitsgruppe des Zentralkomitees der deutschen Katholiken*, zum anderem sind es Äußerungen individueller Personen, die als ein Essay bezeichnet werden könnten. Während die ersteren Sachtexten nahe stehen, können die letzteren mit publizistischen Textsorten verglichen werden.

2.1 Expressivität

(1) *„Im übrigen gilt auch für den öffentlichen ethischen Diskurs wie für eine pluralistische demokratische Gesellschaft insgesamt die Bewahrung einer Vielfalt von Ausdrucks- und Darstellungsformen der Kultur, wie sie sich im Mythos, in der Sprache, Kunst, Wissenschaft, Wirtschaft, Recht und Politik zeigen.*“²⁶

In diesem Beleg begegnen wir einer Intensivierung durch Wiederholung der quasi Kontextsynonyme; diese Häufung wirkt an sich expressiv und man könnte sie auch für eine Art Persuasion halten, denn es wird dadurch auf die Wichtigkeit der besprochenen Problematik aufmerksam gemacht, so dass diese Äußerung den Adressaten fesseln soll und ihn zu einer bestimmten Einstellung den hier behandelten Fragen gegenüber führen.

(2) *„Wie soll dieser Schutz aussehen, wenn die Abgeordneten offenbar rein fremdnützige Forschung etwa bei Demenzpatienten zulassen wollen? Erwartet man von der Öffentlichkeit tatsächlich Vertrauen in derart nebulöse Einlassungen? Wie vereinbart sich dies mit der ebenfalls geforderten ‚umfassende(n) Einbeziehung der Öffentlichkeit und der betroffenen gesellschaftlichen Gruppen‘?“²⁷*

²⁴ Ebd.

²⁵ Vgl. ebd.

²⁶ Iserlohner Aufruf zum Dialog für eine Zukunftsfähige Ethik, Mai 2000, abgerufen unter URL: www.fuente.de/bioethik/iserlohner_aufruf.htm (im Folgenden zit. als ZUKETH).

²⁷ Jobst, Paul (1998a): Eine schwache Vorstellung, Nachverhandlungen – die nicht mehr möglich sind, abgerufen unter URL: www.fuente.de/bioethik/j_paul_2.htm (im Folgenden zit. als SCHVOR).

Die Expressivität besteht in (2) darin, dass es sich hier eigentlich um eine Reihe von rhetorischen Fragen handelt, obwohl man im Auge behalten sollte, dass sie vielleicht an den Bundestag adressiert sind, von dem man wohl eine andere als nur rhetorische Antwort erwarten darf. Von Belang ist jedoch, dass die Fragen bzw. jeweiligen Antworten hier wichtiger als die durchaus negative Bewertung des in ihnen thematisierten Sachverhalts sind. Die Form der quasi rhetorischen Fragen legt eine gewisse Ironie nahe, die neben der Frageform, der impliziten negativen Bewertung auch die Expressivität betont.

(3) *„Ich will also hier von der Bioethik sprechen, diesem angeblichen Zweig der Ethik, von dem ich den Eindruck habe, daß er verdorrt zur Welt gekommen ist. Wer im vor kurzem erschienenen, leider nicht sehr zufriedenstellenden Cambridge Dictionary of Philosophy das uns immer häufiger begegnende Wort „Bioethics“ nachschlägt, wird auf den Artikel über Ethik verwiesen, und dort findet er den in solchen Werken üblichen Morast, aus dem er sich, nicht klüger geworden, allmählich herauszieht.“*²⁸

Es liegt auf der Hand, dass der Beleg (3) bewertend ist, ich will über ihn jedoch unter dem Stichpunkt *Expressivität* sprechen, da die Bewertung auf eine sehr expressive Weise geschieht: Als emotiv kann man vor allem diese Sprachelemente einstufen: *angeblichen Zweig der Ethik* (im Adjektiv *angeblichen* ist die negative Bewertung spürbar), *verdorrt zur Welt gekommen ist* (das metaphorisch verwendete Partizip *verdorrt* drückt den Unmut des Autors ganz klar aus), *findet er den in solchen Werken üblichen Morast* (hier fällt das wieder metaphorisch verwendete Substantiv *Morast* auf, das auch die negative Beurteilung des beschriebenen Sachverhalts zum Ausdruck bringt) und schließlich *aus dem er sich, nicht klüger geworden, herauszieht* (hier ist die negative Bewertung mit Hilfe eines Phraseologismus ausgesprochen). Sowohl die metaphorischen Ausdrucksmittel wie auch andere oben genannte weisen einen hohen Grad der Expressivität auf.

2.2 Bewertung

(4) *„In den 60iger Jahren wurde für Entscheidungssituationen in der Medizin, die sich aufgrund technischer Entwicklungen ergaben, die „Bioethik“ entwickelt. Ihr Name ist verführerisch, zumal „bios“, aus dem griechischen stammend, „Leben“ heißt. [...] Der Gebrauch ist aufgrund des vorherrschenden Paradigmas der Naturwissenschaften sehr verengt und eingeschränkt.“*²⁹

In diesem Beleg kommen mehrere bewertende Ausdrücke vor: *verführerisch, verengt, eingeschränkt*; die durch sie zustande kommende Bewertung ist eindeu-

²⁸ Chargaff, Erwin (1998): Bioethik und andere Missetaten, in: Der kritische Agrarbericht 1998, Rheda-Wiedenbrück, abgerufen unter URL: www.fuente.de/bioethik/loren12e.htm (im Folgenden zit. als BIOMIS).

²⁹ ZUKETH.

tig als negativ einzustufen. Diese negative Bewertung wird noch betont: Zum einen durch die Konjunktion *zumal*, welche in der Regel eine Intensivierung des Gesagten signalisiert, zum anderen durch das Adverb *sehr*, das auch die betreffende Aussage betont; sie wird noch dadurch unterstrichen, dass man die Partizipien *verengt* und *eingeschränkt* fast für Synonyme halten kann, so dass diese Wortverbindung als ein Pleonasmus zu deuten ist. Dass eine quasi synonyme Wiederholung intensivierend wirkt, muss nicht hervorgehoben werden.

(5) „*Wissenschaften vermehren sich, indem sie sich vorne ein Präfix aufsetzen, wie ‚Bio‘, ‚Geo‘ oder ‚Paläo‘, oder sich mit einem speziellen Adjektiv versehen. In den letzten Jahren hat sich das harmlose und in seiner gegenwärtigen Verwendung recht sinnlose Wort ‚molekular‘ als besonders verhängnisvoll erwiesen. So jagen Vorsilben und angeblich qualifizierende Eigenschaftswörter einander in ungezählte Verfilzungen, so daß in manchen Untergruppen kaum zwei Forscher derselben Disziplin anzugehören scheinen, und der Adept der Pathoneurogenetik als einsamer Molekularstylist in die Wüste blickt.*“³⁰

Der angeführte Beleg enthält mehrere bewertende Elemente und auch als Ganzes stellt er eine negative und auch ironische Bewertung des besprochenen Sachverhalts dar. Als wertend kann man die Adjektive *harmlose*, *sinnlose*, *verhängnisvoll*, *ungezählte*, das Adverb *angeblich* sowie das Substantiv *Verfilzung* einstufen. Bewertend und zugleich auch ironisch ist das Syntagma *als einsamer Molekularstylist in die Wüste blickt*.

2.3 Persuasion

(6) „*Die Mitgliedstaaten des Europarats, die anderen Staaten und die Europäische Gemeinschaft, die dieses Zusatzprotokoll zu dem Übereinkommen zum Schutz der Menschenrechte und der Menschenwürde im Hinblick auf die Anwendung von Biologie und Medizin unterzeichnet haben, in Anbetracht wissenschaftlicher Entwicklung auf dem Gebiet des Klonens von Säugetieren, insbesondere durch Embryoteilung und Kerntransfer eingedenk des Fortschritts, den manche Klonierungstechniken an sich für den wissenschaftlichen Kenntnisstand und seine medizinischen Anwendungen bringen können in Erwägung, daß das Klonen von menschlichen Lebewesen technisch möglich werden kann, in der Erkenntnis, daß eine Embryoteilung auf natürliche Weise zustande kommen und manchmal zur Geburt genetisch identischer Zwillinge führen kann, [...] sind wie folgt übereingekommen*“³¹

Dieser Text stellt die Einführung zum Entwurf eines Zusatzprotokolls zum Übereinkommen zum Schutz der Menschenrechte und der Menschenwürde im

³⁰ BIOMIS.

³¹ Jobst, Paul (1998b): Entwurf eines Zusatzprotokolls zur Konvention ... betreffend das Verbot des Klonens von Menschen, abgerufen unter URL: www.fuente.de/bioethik/appclond.htm (im Folgenden zit. als ENTZUSPR).

Hinblick auf die Anwendung von Biologie und Medizin über das Verbot des Klonens von menschlichen Lebewesen dar. Die Persuasion kommt hier vor allem durch diese Formulierungen zustande: *in Anbetracht, eingedenk, in Erwägung*; die Autoren sind bemüht, auf diese Weise die Leser zu überzeugen, dass sie über den Entwurf wirklich ausführlich nachgedacht hatten, bevor sie ihn der Öffentlichkeit vorlegten. Durch solche Argumentationsweise soll der Leser zur Überzeugung geführt werden, dass der gesamte Text des Entwurfs, sowohl was seinen Inhalt wie auch seine eventuellen ethischen Konsequenzen angeht, einwandfrei sei, denn seine Autoren haben sozusagen nach ihrem besten Gewissen gehandelt.

(7) *„Unter Abwägung aller Gesichtspunkte erscheint dem ZdK die politische Entscheidung zu unterzeichnen und zu ratifizieren, wenn nicht geboten, dann zumindest vertretbar. Freilich gilt dies nur, wenn die Bundesregierung alles daran setzt, den Schutzstandard der Konvention als „werdendes Recht“ anzuheben (vergleiche insbesondere Artikel 32,4) und im Rahmen der Protokolle weiter zu präzisieren.“*³²

Hier ist die Einstellung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken zur Bioethischen Konvention zum Ausdruck gebracht: Klar ist, dass sein „Ja“ nur mit Vorbehalt ausgesprochen wird – diesen Vorbehalt thematisieren die Wortverbindungen wie *wenn nicht geboten, dann zumindest vertretbar* und *gilt dies nur, wenn*. Das gründliche Nachdenken über diesen ernstesten Sachverhalt wird durch das Syntagma *Unter Abwägung aller Gesichtspunkte* ausgedrückt. Auf diese Weise soll es den Lesern klar sein, dass das Komitee vorsichtig handelt. Dieser implizite Hinweis auf seine Verantwortung können wir als eine Persuasionsstrategie deuten, denn der Leser soll zur Überzeugung geführt werden, dass diese Entscheidung von hoher Qualität sei.

(8) *„Zum Beispiel hat sich unter den jetzigen Forschern die feste Überzeugung durchgesetzt, daß jedes Experiment, das getan werden kann, getan werden muß. Und getan werden kann viel mehr als soll. Fiat scientia et pereat mundus! Ein Molekularbiologe, dem Geld für irgendeinen Versuch verweigert wird, benimmt sich wie Giordano Bruno kurz vor der Verbrennung. Unsere Welt, die Welt der Lebenden, der Kranken, der Sterbenden ist heutzutage voller Exzesse, so etwas wie die Träume des Hieronymus Bosch, dessen Tageswelt gewiß eine viel menschlichere war als unsere. Wir müssen weit zurückgehen, zu den alten Sequenzen der Kirche, zur großen jetzt nicht mehr gelesenen Dichtung, um erinnert zu werden, wie die Welt einst aussah, vor dem zweiten Sündenfall der Menschheit, als es noch Mutter gab und*

³² Streier, Eva Maria (1997): Statement der Vorsitzenden der Arbeitsgruppe des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Eva Maria Streier, bei der Pressekonferenz zur Stellungnahme zum Menschenrechtsübereinkommen zur Biomedizin des Europarats, 11.11.1997, abgerufen unter URL: www.fuente.de/bioethik/zdk_stat.htm (im Folgenden zit. als STATZDK).

Vater, Geburt und Tod, als Dantes selva oscura mehr enthielt als schmutzige Tüten und zerbrochene Schachteln. Wie Kinder jetzt zur Welt kommen, sollte zu manchen Betrachtungen Anlaß sein, aber häufig ist das große Ereignis zu einer schmierigen Transaktion hinabgewürgt. Ich bin überzeugt, überall ist die Bioethik dabeigewesen, aber ist es ihr je gelungen zu verbreiten, daß der Mensch mehr ist als was man begräbt?“³³

Der Text ist bewertend: Seine persuasive Kraft besteht darin, dass dort sehr ernste Themen angesprochen werden und es liegt auf der Hand, dass die Emotionen, die hier zu spüren sind, wahrscheinlich auf den Leser übertragen werden sollen, um die Wirkung der Argumentation zu unterstützen. Die Dringlichkeit der Äußerung wird auch durch mehrere expressive Elemente betont: *Fiat scientia et pereat mundus!* – das Verwenden des Lateinischen im sonst deutsch geschriebenen Text fesselt die Aufmerksamkeit des Lesers; *benimmt sich wie Giordano Bruno kurz vor der Verbrennung* – diesen Vergleich könnte man als gezielt hyperbolisch bezeichnen, er wirkt auch durch seine Ironie auf den Leser sehr erfrischend. *Unsere Welt...ist... so etwas wie die Träume des Hieronymus Bosch, dessen Tageswelt gewiß eine viel menschlichere war als unsere* – auch dieser Vergleich ist dank seines Inhaltes sehr expressiv, denn *so etwas wie die Träume des Hieronymus Bosch* – man verstehe seine Bilder – waren, wie jeder weiß, wirklich tief expressiv. *Vor dem zweiten Sündenfall der Menschheit* – diese Metapher ist sehr wirkungsvoll, da sie die heutige Entwicklung der Welt (höchst wahrscheinlich vor allem auf dem Gebiet, das Bioethik betrifft) mit dem Sündenfall vergleicht, das heißt mit der größten Katastrophe der Menschheit. Auch das Verwenden dieser biblischen Metapher ist sehr feierlich; *als es noch Mutter gab und Vater, Geburt und Tod, als Dantes selva oscura mehr enthielt als schmutzige Tüten und zerbrochene Schachteln* – auch dieser Satz wirkt vor allem durch seinen Inhalt: Pragmatisch gesehen drückt hier der Autor seine tiefe Enttäuschung, man könnte wohl sagen sogar Verzweiflung in Bezug auf über die Welt aus. Schließlich *aber ist es ihr je gelungen zu verbreiten, daß der Mensch mehr ist als was man begräbt?* – diese rhetorische Frage gibt wieder das Missvertrauen der Bioethik gegenüber zu spüren, wirkungsvoll ist auch der Umstand, dass damit wirklich eine ernste Frage besprochen ist.

2.4 Metaphorik

(9) *„Hat das Zentralkomitee nie zur Kenntnis genommen, daß der Protest gegen das Abkommen gerade von ihren Kirchengemeinden und Verbänden getragen wird? Sie fühlen sich von ihren gewählten Vertretern vor den Kopf gestoßen.“*³⁴

³³ BIOMIS.

³⁴ Martin Hofmann (1997): Abkommen vertretbar, zit nach: Südwestpresse vom 12.09.1997, abgerufen unter URL: http://www.fuente.de/bioethik/swp_zdk.htm (im Folgenden zit. als ABKVER).

In (9) begegnen wir der metaphorischen Wortverbindung *Sie fühlen sich ... vor den Kopf gestoßen*. Der Duden erklärt sie als *jmdn. in plumper Weise kränken, verletzen* und bezeichnet sie als umgangssprachlich. Ich habe oben angedeutet, dass es mir bei den Metaphern nicht an erster Stelle um ihre Originalität geht, so dass ich diese Äußerung als eine Metapher charakterisiere, wenn auch es sich streng genommen um einen Phraseologismus handelt. Wichtig ist die Expressivität dieser Wortverbindung, die vor allem auf seine Bildlichkeit zurückzuführen ist. Der Umstand, dass dieser Phraseologismus umgangssprachlich ist, ist insofern von Belang, als eine umgangssprachliche Ausdrucksweise inmitten eines schriftsprachlichen Textes als eine Abweichung charakterisiert werden kann, die das Interesse des Lesers erwecken soll. Dadurch wird die der Wortverbindung innewohnende Expressivität noch unterstrichen.

(10) *„Durch diese öffentliche Diskussion wurden zumindest zum Teil die Allmachtfantasien von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen, die in den Himmel gewachsen waren, korrigiert. In der neueren Fassung der Bioethikkonvention wurden Türen, die vorher weit aufgestoßen wurden, zumindest angelehnt, und die Türschwellen, die zu überschreiten sind, wurden erhöht.“*³⁵

In (10) begegnet man mehreren metaphorischen Äußerungen: Zuerst ist es der Nebensatz (*Allmachtfantasien ...*), *die in den Himmel gewachsen waren*; auf diese Weise sollen der Stolz und vom Gesichtspunkt des Autors des Textes auch die Unverschämtheit der Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen bildlich, d.h. umso nachdrücklicher beschrieben werden. Für die Deutung dieser Metapher sind die mit ihr verbundenen Konnotationen von Bedeutung, die man als eine gewisse Strafe des übertriebenen Stolzes charakterisieren kann – vgl. das Sprichwort *die Bäume wachsen nicht in den Himmel (jeder Erfolg hat seine Grenzen)*.

Den zweiten metaphorischen Bereich dieses Belegs stellen die Tür-Metaphern dar: *Türen, die vorher weit aufgestoßen wurden, zumindest angelehnt* und *Türschwellen*. Diese Metaphern wurden im Text mit großer Wahrscheinlichkeit deswegen verwendet, um ihn anschaulicher zu machen. Es ist nämlich klar, dass Metaphern dank ihrer Bildlichkeit anschaulicher sind als nicht übertragene Ausdrucksweisen.

(11) *„Amnestie der Forschung ... (Er gab offen zu, daß die Konvention zur Verletzung der Menschenrechte der Betroffenen führen könne, verteidigt aber die Konvention dennoch, und zwar mit dem unglaublichen Argument, daß solche Verletzungen aus seiner Sicht **nicht häufig sein werden.**)*

Diese zynische theologische Inkaufnahme von Unrecht 'für einen guten Zweck' gemahnt nicht nur an die kirchliche Segnung von Kano-

³⁵ ZUKETH.

nen. Sie betreibt im Namen einer „Seelsorge für den Forscher“ auch Ablaßhandel, allerdings auf fremde Kosten.“³⁶

In diesem Beleg kommen mehrere Metaphern vor: Zuerst etwas zur Überschrift *Amnestie der Forschung* – hier ist der Ursprungsbereich der bildlichen Übertragung wichtig. Beim Wort *Amnestie* werden solche Begriffe wie Verbrechen, Verurteilung oder Gefängnis konnotiert; auf diese Weise wird implizit darauf hingewiesen, dass sich in der Forschung etwas Kriminelles versteckt, wenn sie einer Amnestie bedarf. Metaphorisch ist auch der Vergleich *die kirchliche Segnung von Kanonen*, dessen Wirkung vor allem darin besteht, dass diese historische Tatsache – *die kirchliche Segnung von Kanonen* – als etwas besonders Verwerfliches gilt; das Gleiche kann man auch über die dritte Metapher *Ablaßhandel* sagen. Als metaphorisch kann man auch die Wortverbindung „*Seelsorge für den Forscher*“ einstufen, die noch durch eine gewisse Ironie auffällt.

3. Schluss

Zum Schluss möchte ich nur noch einige Bemerkungen hinzufügen, die sich aus der Analyse der Belege ergeben. Zuerst muss darauf aufmerksam gemacht werden, dass der Typ der Expressivität wesentlich durch die jeweilige Textsorte beeinflusst ist. Die erforschten Texte haben offiziellen Charakter, seien es Dokumente, seien es Stellungnahmen. Die Expressivität sieht ganz anders aus, als es z. B. bei belletristischen oder journalistischen Texten der Fall wäre. Sie ist hier vor allem mit der Bewertung verbunden und nur in vereinzelten Fällen mit der formalen Seite der Texte.

Die zweite wichtige Erkenntnis, die sich auf Grund der Analyse herausgestellt hat, ist dass die von mir festgelegten Kategorien: Expressivität, Bewertung, Persuasion und Metaphorik – vor allem im Falle der ersten drei – sehr eng zusammenhängen, d. h. sie treten oft zusammen auf, so dass sie eher eine methodologische Stütze darstellen, als dass sich auf dieser Basis ein grundlegender Unterschied zwischen den einzelnen Belegen zeigen würde. Manche Belege sind bewertend und – wie ich schon oben angedeutet habe – die bildet Bewertung eine gewisse Grundlage der Expressivität, so dass man behaupten kann, dass sie zugleich expressiv sind. Es fällt manchmal auch schwer, eine genaue Trennungslinie zwischen der Bewertung und Persuasion zu ziehen: Die Bewertung ist nämlich oft nicht nur expressiv, sondern es wird auch deswegen bewertet, um diese Bewertung den anderen (den Lesern) vorzustellen, und sie auch von der Richtigkeit dieser Bewertung zu überzeugen. Die Bewertung wird auf diese Weise zum Bestandteil der Überzeugungsstrategie, die die Grundlage der Persuasion darstellt. Und noch ein wichtiger Hinweis: Manche von mir gesammelte Belege der Expressivität und Persuasion weisen keine dem bioethischen Diskurs innewohnenden Spezifika auf. Man könnte sagen, dass sie in jedem beliebigen

³⁶ Jobst, Paul (1997): Europäische Forschungslobby bestätigt: Wir haben uns durchgesetzt!, abgerufen unter URL: www.fuente.de/bioethik/esfwir~1.htm (im Folgenden zit. als WIRDUR).

Text der vorgegebenen Textsorte vorkommen könnten. Eine Eigenart dieses Diskurses wird vielmehr auf Grund einer Untersuchung der Metaphorik bzw. besonders des Ursprungsbereiches der metaphorischen Übertragung feststellbar. Darin werden sowohl der mentale Hintergrund wie auch die Stellungnahme des Autors offengelegt.

Im Hinblick auf die Metaphorik kann man jedoch ebenso annehmen, dass sie mit anderen Kategorien eng zusammenhängt: Die Metaphern sind manchmal dank ihrer Bildlichkeit und Anschaulichkeit expressiv, sehr oft dienen sie der Bewertung oder tragen zur Überzeugungskraft des Textes bei. Im Hinblick auf die Metapherproblematik sollte man vielleicht noch bemerken, dass ihr Vorkommen mit dem persönlichen Stil des Autors eng zusammenhängt; die Analyse hat gezeigt, dass, wo der entsprechende Text durch einen deutlichen Ton des Autors getragen wird,³⁷ das Vorkommen der Metaphern häufiger ist als bei den eher trockenen Texten offiziellen, dokumentarischen Charakters, es sei denn dass hier neue Termini auf Grund von Metaphern entstehen würden. Einem solchen Fall bin ich jedoch in diesen Texten nicht begegnet. Bei den konkreten Texten habe ich in Bezug auf die Metaphern darauf hingewiesen, wie wichtig für die Deutung der Metapher der Ursprungsbereich der metaphorischen Übertragung ist. Er verrät uns nämlich viel über den eigentlichen Sinn der Metapher bzw. über die Motivation des Autors, warum er sie verwendet hat. Manchmal kann man auch auf Grund der Analyse des Ursprungsbereichs die mit der Metapher verbundene Bewertung besser abschätzen.

Man kann zwar im Hinblick auf eine relative Begrenztheit unseres Belegkorpus keine allzu eindeutigen Schlussfolgerungen ziehen, es fallen doch einige Phänomene auf: Nicht nur im metaphorischen Bereich, sondern auch an anderen als expressiv gedeuteten Textstellen sind viele Ausdrücke, Wortverbindungen, Vergleiche bzw. Metaphern anzutreffen, denen auch im religiösen Diskurs zu begegnen ist, oder genauer gesagt die aus ihm stammen. Dieser Umstand ist darauf zurückzuführen, dass Ethik (als ein Oberbegriff für Bioethik) mit Religion eng zusammenhängt. Mit diesem Argument ist jedoch – meiner Überzeugung nach – die Häufigkeit der religiösen Begriffe in unseren Texten nicht genügend erklärt. Ich glaube, dass die Ursache eher im Wesen des bioethischen Diskurses zu suchen ist. Wenn ich mir erlaube, selbst eine Metapher zu verwenden, kann man sagen, dass der Mensch dank der durch die moderne Biologie (welche die Bioethik sozusagen „hütet“) dargebotenen Möglichkeiten insofern fast zum Gott wird, als er in die Schöpfung eingreifen kann. Ich nehme an, dass nicht nur allzu sehr durch die Religion geprägte Leute hier eine Grenze spüren, welche dem anrühigen Rubikon gleicht: Jenseits gibt es keinen Rückkehr.

Abschließend möchte ich bemerken: Wenn auch ich ein nur relativ stark begrenztes Korpus des bioethischen Diskurses analysiert habe, bin ich mehreren Fällen der Expressivität (sei es gemeinsam mit der Bewertung, der Persuasion oder der Metaphorik) begegnet, so dass man behaupten kann, sie gehört zu den

³⁷ Vgl. BIOMIS und ZUKETH.

wichtigen sprachlichen Zügen dieses Diskurses. Kein Wunder, im Hinblick auf die Bioethik werden sehr oft tief menschliche Themen wie Gesundheit, Krankheit, Geburt oder Tod usw. angesprochen, mit denen natürlich auch viele Emotionen verbunden sind, die sich gerade in der Expressivität der Sprache zeigen.

Analysierte Texte – Abkürzungen:

Chargaff, Erwin (1998): Bioethik und andere Missetaten, in: Der kritische Agrarbericht 1998 Rheda-Wiedenbrück, abgerufen unter URL: www.fuente.de/bioethik/loren12e.htm (BIOMIS).

Iserlohner Aufruf zum Dialog für eine Zukunftsfähige Ethik, Mai 2000, abgerufen unter URL: www.fuente.de/bioethik/iserlohner_aufruf.htm (ZUKETH).

Jobst, Paul (1997): Europäische Forschungslobby bestätigt: Wir haben uns durchgesetzt!, abgerufen unter URL: www.fuente.de/bioethik/esfwir~1.htm (WIRDUR).

Jobst, Paul (1998a): Eine schwache Vorstellung, Nachverhandlungen – die nicht mehr möglich sind, abgerufen unter URL: www.fuente.de/bioethik/j_paul_2.htm (SCHVOR).

Jobst, Paul (1998b): Entwurf eines Zusatzprotokolls zur Konvention ... betreffend das Verbot des Klonens von Menschen, abgerufen unter URL: www.fuente.de/bioethik/appclond.htm (ENTZUSPR).

Streier, Eva Maria (1997): Statement der Vorsitzenden der Arbeitsgruppe des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Eva Maria Streier, bei der Pressekonferenz zur Stellungnahme zum Menschenrechtsübereinkommen zur Biomedizin des Europarats, 11.11.1997, abgerufen unter URL: www.fuente.de/bioethik/zdk_stat.htm (STATZDK).

Hofmann, Martin (1997): Abkommen vertretbar, zit nach: Südwestpresse vom 12.09.1997, abgerufen unter URL: http://www.fuente.de/bioethik/swp_zdk.htm (ABKVER).

Literaturverzeichnis

Herbig, Albert/Sandig, Barbara (1994): Das kann doch wohl nur ein Witz sein! Argumentieren, Bewerten und Emotionalisieren im Rahmen persuasiver Strategien, in: Moilanen, Markku/Tiittula, Liisa (Hrsg.): Überredung in der Presse. Texte, Strategien, Analysen, Berlin.

Jäkel, Olaf (2003): Wie Metaphern Wissen schaffen, Hamburg.

Jahr, Silke (2000): Emotionen und Emotionsstrukturen in Sachtexten, Berlin.

Läzer, Rüdiger (1994): Persuasionsstrategien im Wandel. Wertewandel und Textstrukturen in Kommentaren der DDR-Presse zur Zeit der „Wende“,

- in: Moilanen, Markku/Tiittula, Liisa (Hrsg.): Überredung in der Presse. Texte, Strategien, Analysen, Berlin, S. 121-147.
- Mauthner, Fritz (1982): Beiträge zu einer Kritik der Sprache, Bd. 2, Frankfurt am Main u.a.
- Mikulová, Anna (2003): Expressivität in Sachtexten, in: Brünner Beiträge zur Germanistik und Nordistik 8, Brno, S. 95-115.
- Mikulová, Anna (2004): Metaphorik, Überzeugungskraft, Bewertung, in: Brünner Beiträge zur Germanistik und Nordistik 9, Brno, S. 145-162.
- Van Os, Charles (1989): Aspekte der Intensivierung im Deutschen, Tübingen.
- Sager, Sven F. (1982): Sind Bewertungen Handlungen?, in: Zeitschrift für germanistische Linguistik, H. 10, S. 38-58.
- Winkler, Hartmut (1989): Metapher, Kontext, Diskurs, System, in: Kodikas/Code. Ars Semiotika. Vol. 12, Nr. 1/2, S. 21-40.

System und Kommunikation: Politische Sprache in Demokratie und Diktatur

Jürgen Plöhn

Politik vollzieht sich im Gewande der Sprache¹ – und zwar so sehr, dass es in der deutschen Sprache es ein hübsches Wortspiel zum Charakter des Parlamentarismus gibt: Er beruhe auf *Rede* und *Widerrede* und *wieder Rede*. Was von Gegnern des repräsentativdemokratischen Systems mit dem Ausdruck „*Schwatzbude*“, in jüngster Vergangenheit auch als „*Palaverment*“ verächtlich gemacht worden ist,² wird von dessen Anhängern als eine grandiose Integrationsleistung qua Kommunikation begriffen.

Diese integrierende Kommunikation versteht sich keineswegs von selbst, treffen doch in einer freiheitlichen Demokratie politische Gegner mit ihren kontroversen Ansichten *coram publico* konkurrierend aufeinander. Bekanntlich können verbale Äußerungen auf die bewußte Kränkung eines anderen gerichtet, einseitig, grob entstellend, schlicht unwahr oder auch von Fäkalsprache durchtränkt sein. Golo Mann, der bereits den von böswilligen Unterstellungen, Anschuldigungen und Verhöhnungen begleiteten Untergang der Weimarer Republik erlebt hatte, fühlte sich noch 1946 – nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs – durch einen öffentlichen Redeauftritt Kurt Schumachers an „das Geschrei der Weimarer Republik“ erinnert.³ Die sprachlich ausgedrückte Achtung des politischen Gegners aber zählt mit zu den Bedingungen einer funktionierenden Demokratie.⁴

So kommt es hinsichtlich des Erscheinungsbildes und der Wirkung von Sprache in der Politik sowohl auf die äußeren, *politisch-strukturellen Bedingungen* als auch auf die *Form der Kommunikation* selbst an. Deshalb möchte ich aus einer vergleichenden Perspektive anhand exemplarischer Beobachtungen auf einige Aspekte der politischen Sprache aufmerksam machen. Dabei stütze ich mich auf dichotomische Kategorien, die einerseits der politologischen Systemlehre, andererseits der Sprachwissenschaft entlehnt sind und, wie ich hoffe, auch für die Vertreter der jeweils anderen Disziplin relativ leicht nachvollziehbar sind. Konkret relevant sind im Folgenden die Gegensätze zwischen:

¹ Karl-Rudolf Korte: Die Regierungserklärung: Visitenkarte und Führungsinstrument der Kanzler, in: Ders. (Hrsg.): „Das Wort hat der Herr Bundeskanzler“, Wiesbaden 2002, S. 26 (11-31); siehe auch schon Martin Greiffenhagen: Einleitung, in: ders. (Hrsg.): Kampf um Wörter?, München/Wien 1980, S. 9 f. (9-37).

² Knapper Überblick über populäre Positionen der Parlamentarismuskritik bei Hartmut Wasser: Parlamentarismuskritik vom Kaiserreich zur Bundesrepublik, Stuttgart 1974; exemplarische Vertiefung bei Hartmuth Becker: Die Parlamentarismuskritik bei Carl Schmitt und Jürgen Habermas, 2. Aufl. Berlin 2003.

³ Golo Mann: Erinnerungen und Gedanken. Eine Jugend in Deutschland, Tb.-Ausg. Frankfurt a.M. 1991, S. 493.

⁴ Martin Greiffenhagen (Anm. 1), S. 37.

- *totalitären* und *pluralistischen* Systemen, innerhalb der repräsentativdemokratisch regierten Länder zwischen
- *parlamentarischen* und *präsidentiellen* Demokratien und im sprachlichen Bereich die Unterscheidung zwischen
- *Bedeutungs-* und *Bezeichnungskonkurrenz*.

1. Sprache und Herrschaftsordnung

Als Mittel der Kommunikation dient *Sprache* in verschiedenen Kontexten unterschiedlichen Zwecken. In der Politik besteht der zu kommunizierende *Inhalt* in Aspekten der Gestaltung der Bedingungen für das Zusammenleben von Menschen. Das dafür genutzte *Medium* besteht in Herrschaftsmacht. Dieser Umstand prägt in markanter Weise die Verwendung von Sprache in der Politik, wobei sich die Eingebundenheit der Sprache auf alle drei analytischen Dimensionen von Politik beziehen läßt: das politische System (Englisch: „*polity*“), die kontroverse Auseinandersetzung („*politics*“) und die einzelnen Bereiche politisch-inhaltlicher Gestaltung („*policy*“).

Der systemische Rahmen läßt sich hierzu besonders scharf durch eine Kontrastierung totalitärer mit pluralistischen Ordnungen verdeutlichen.

1.1 Politische Sprache in totalitären Systemen

Die Zeiten staatspartei-gesteuerter Kommunikation liegen in Deutschland, Mitteleuropa und darüber hinaus glücklicherweise hinter uns; doch lohnt für Vergleichszwecke die Erinnerung. Begriffe wie „*Blockwart*“ (unterster NS-Funktionär), „*Abschnittsbevollmächtigter*“ (DDR-Polizist) oder „*KGB*“ („*Komitet Gosudarstvennoy Bezopasnosti*“ – sowjetischer Geheimdienst), die manchen Zeitzeugen noch in bedrückender Weise gegenwärtig sein mögen, verschwinden durch Nichtgebrauch aus dem öffentlichen Bewußtsein, eben weil sie gebunden sind an das jeweilige totalitäre Regime, welches sie hervorgebracht hat.

Ausdrücke wie „*Endlösung der Judenfrage*“ als verschleierte Bezeichnung für die Ermordung von Millionen von Menschen oder die „*Erzeugungsschlacht*“, durch die die bäuerliche Ernte in den Kriegseinsatz einbezogen wurde, „*Herrenrasse*“ oder „*Untermenschen*“ sind aus dem Dritten Reich erinnerlich.⁵ „*Geflügelte Jahresendfigur*“ statt Weihnachtsengel, byzantinisch wirkende und in voller Länge ständig wiederholte Titel wie „*Der Generalsekretär der SED und Vorsitzende des Staatsrates der DDR*“ oder Euphemismen wie „*Freie Deutsche Jugend*“ für einen Zwangsverband der Staatspartei spiegeln die Negierung der

⁵ Zu den NS-Begriffen Cornelia Berning: Vom „Abstammungsnachweis“ zum „Zuchtwart“. Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin 1964; Dolf Sternberger/Gerhard Storz/Wilhelm Emanuel Süskind: Aus dem Wörterbuch des Unmenschen, Düsseldorf 1968; Wolfgang Bergsdorf: Herrschaft und Sprache. Studie zur politischen Terminologie der Bundesrepublik Deutschland, Pfullingen 1983, S. 58-62 (m.w.N.). – Nicht alle genannten Wörter sind nationalsozialistische Neuschöpfungen. Jedoch sind sie insbesondere in der NS-Zeit mit menschenverachtender Bedeutung verwendet worden.

Transzendenz und eine daraus folgende Überhöhung der weltlichen Macht – mit der resultierenden Vereinnahmung der Individuen im realsozialistischen Herrschaftssystem der DDR.⁶

Die Herrschaftsunterworfenen reagieren auf derartige sprachliche Machtexzesse in einer diktaturtypischen Weise mit dem politischen Witz.⁷ Wenn die Macht nicht zur Disposition der Staatsbürger gestellt ist und sich daher vor diesen auch nicht zu rechtfertigen hat, bietet sich der sprachliche Ausdruck als diejenige Ebene an, auf der man Machträgern wirksam entgegenzutreten vermag, kann doch Opposition auf der Ebene der Kommunikation strukturell nicht ausgeschaltet, sondern allenfalls unterdrückt werden. Denn das Spracherfindungsrecht liegt bei den *Sprechern* einer Sprache, die *Wortfindungskunst* bei ihren *Könnern*.

So ist zum Beispiel der aus dem Dritten Reich kolportierte Satz: „*Im Wort ‚ARISCH‘ ist das ‚I‘ der wichtigste Buchstabe*“,⁸ formal eine subjektive Meinung über ein sprachliches Problem, inhaltlich aber – läßt man das „I“ einmal gedanklich fort – eine Anspielung darauf, dass die selbstgewiß auftretenden Herrenmenschen „arischer Rasse“ von Dreck und Abschaum nicht allzu weit entfernt waren. Die regimegemäße Bezeichnung Hitlers als „*größter Feldherr aller Zeiten*“ mutierte im Volksmund zum „*Gröfaz*“, sprachlich Assoziationen an „*grölen*“ und den berlinerischen Ausdruck „*Fatzke*“ weckend, womit das angebliche Genie als Anführer eitler Wichtigtuer und alberner Mensch plebejischer Herkunft charakterisiert werden konnte.

In der DDR regte sich in den 50er Jahren bisweilen ein durch die Fachkompetenz bürgerlicher Bildungseliten inspirierter Widerspruch zum System, der zum Beispiel an der Leipziger Universität in einer veterinärmedizinischen Vorlesung in die sprachliche Fassung einer naturwissenschaftlichen Beobachtung zur infektiösen Tiererkrankung „Rotlauf“ gebracht wurde:

„Am Abend gehen Sie durch den Stall, und alles ist in Ordnung – und am nächsten Morgen gehen Sie wieder durch den Stall, und alle Schweine sind rot!“⁹

Eine derartige Bemerkung konnte für den Sprecher gefährlich werden. Schwerer zu sanktionieren waren Äußerungen, die kein Expertenwissen voraussetzten, sondern an Alltagserfahrungen anknüpften. So gaben die beständig wiederholten, zeitweise kampagnenartig intensivierten Parolen zur Erhöhung der Leistungen für den Aufbau des Sozialismus bei gleichzeitiger Mangelwirtschaft Anlass zu dem Spruch:

„Lieber rückwärts aus dem Intershop als vorwärts zum XI. Parteitag!“ (1986)

⁶ Zur DDR-Sprache Wolf Oschlies: DDRsch als Muttersprache?, in: Civis 3/1985, S. 4-16; Stefan Sommer: Das große Lexikon des DDR-Alltags, Tb.-Ausg., Berlin 2003; im Internet: <http://www.ddr-wissen.de/wiki/ddr.pl>.

⁷ Sammlung politischer Witze: Milo Dor (Hrsg.): Der politische Witz, 8. Aufl. München 1978.

⁸ Die Formulierung verdanke ich Volkmar Lange, der sie in der NS-Zeit von einem Onkel gehört hat.

⁹ Die Bemerkung verdanke ich Claudia Meier, deren Eltern in Leipzig studiert haben.

In den 80er Jahren hat sich hierin mit geradezu formelmäßigen Verdichtung die Abwendung von der Staatspartei als möglichem Hoffnungsträger und die Hinwendung zum Konsum westlicher Waren ausgedrückt, sprachlich in einer durch das verspottende Aufgreifen der Parteiparole witzig wirkenden Form.

Auch an einem weiteren Beispiel, das allerdings nicht mehr der Sphäre des Witzes, sondern bereits derjenigen des öffentlichen zivilen Ungehorsams zuzurechnen ist, lässt sich das Aufgreifen staatlicher Kommunikationsmuster zeigen:

„*Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden*“, hieß es im Januar 1988 auf ungenehmigten Plakaten zur offiziellen Luxemburg-Liebkecht-Demonstration in Ost-Berlin.¹⁰ Dieses Wort *Rosa Luxemburgs* ist allerdings ungeachtet seiner Rezeption in einem eindeutig systemkritischen Sinne fest in sozialistischer Klassentheorie verankert. Denn nicht „*auch*“ irgendwelchen Dissidenten, sondern (allein) „*den Andersdenkenden*“ wird hier ein Recht auf Freiheit zugesprochen. Nach der kommunistischen Lehre von Überbau und Basis konnten damit aber nur die Angehörigen der „unterdrückten Klassen“, also die mit dem vermeintlich „richtigen“ Bewusstsein ausgestatteten Massen der Ausgebeuteten, gemeint sein.

1.2 Politische Sprache in pluralistischen Demokratien

Westliche Demokratien unterscheiden sich von der vorgenannten Position sehr grundsätzlich dadurch, dass Freiheit auf *Personen*, nicht auf *Kategorien* von Menschen bezogen wird. Obgleich rechtswidrige Handlungen zweifellos auch in freiheitlich-demokratischen Rechtsstaaten vorkommen, sollte in pluralistischen Demokratien von Parteien und Regierungen keine strukturelle Bedrohung der Identität und Freiheit des Individuums mehr ausgehen können. Denn die Freiheit nicht nur der *Gedanken*,¹¹ sondern der *Meinungsäußerung* ist als Kern eines sich autonom vollziehenden politischen Prozesses in allen westlichen Demokratien verfassungsrechtlich geschützt.¹²

Damit ist auch die Kommunikation der Unterlegenen mit den Herrschenden anerkannt. Für die Politologie ist daher „*Pluralismus*“ – also die Lehre von der Legitimität der Vielfalt – nach den Worten Winfried Steffanis „die Lehre vom Recht auf Bildung und Praxis von Opposition und damit vor allem von ungehindert-offener Kommunikation der Machtunterlegenen (bzw. von Minderheiten)

¹⁰ Abbildung bei: Bernd Lindner: Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90, Bonn 1998, S. 8.

¹¹ Das Lied „Die Gedanken sind frei!“ ist seit dem 19. Jh. wegen seines Volksliedcharakters zu Zeiten der Unterdrückung in Deutschland – in der NS-Zeit wie in der DDR – ein beliebtes, weil nur schwer angreifbares Ausdrucksmittel von Protest gewesen. Hinweise von Hildegard Schütt in Bezug auf ihre Zeit im Reichsarbeitsdienst und von Andreas Weiß hinsichtlich seiner Schulzeit in Mecklenburg.

¹² USA: 1st Amendment (1789), US Constitution; Frankreich: Art. 11 der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte vom 26.8.1789; Deutschland: Art. 5 Abs. 1 GG; Österreich: Art. 13 Staatsgrundgesetz vom 21. Dez. 1867 Nr. 142; Europarat und Großbritannien: Art. 10 EMRK.

mit den Machthabern (bzw. mit ‚herrschenden Ansichten‘) im Rahmen allgemein geltender Verfassungsgrundsätze.“¹³

Anders als in totalitären Systemen sind in pluralistischen Demokratien hierzu allerdings *zwei separate Kommunikationskreise* voneinander zu unterscheiden:

- Zum einen ist die *gesamtgesellschaftliche Kommunikation* zu berücksichtigen, bei der Oppositionskommunikation in dem bereits angesprochenen weiten Sinne als Chance auf autonome Artikulation politischer Vorstellungen aus der Gesellschaft heraus zu verstehen ist.
- Zum anderen gibt es die *spezifisch politischen* Kontroversen im politischen Institutionensystem mit dem Brennpunkt des Parlaments. In diesem Sektor gelten aufgrund der institutionellen Bedingungen und der darauf bezogenen Konkurrenzsituation besondere Voraussetzungen.

Da *politische Kommunikation stets auf die Gesellschaft bezogen* ist, diese also erreichen soll, ist nicht nur den *Sendern*, sondern auch den *Empfängern* der Botschaften Aufmerksamkeit entgegenzubringen. Hierzu ist nach einem Wort des Religionssoziologen Peter L. Berger zu beachten, dass die Plausibilität einer Aussage von der gesellschaftlichen „Plausibilitätsstruktur“ abhängt,¹⁴ was heißen soll: Eine Argumentation muss auf einen vorbereiteten Boden fallen, damit sie wirken kann. Nun existieren aber in freiheitlichen Gemeinwesen plurale Gruppen mit potentiell vielfältigen Plausibilitätsstrukturen. Eine differenzierte Gesellschaft ist daher über möglichst gut kommunizierbare Begriffe anzusprechen.¹⁵

Sprachanalytisch können dazu zwei unterschiedliche Vorgehensweisen beobachtet werden: Zum einen werden einem eingeführten und – was entscheidend ist – *werthaltigen* Wort unterschiedliche Inhalte unterlegt. Dann liegt eine „*Bedeutungskonkurrenz*“ vor.¹⁶ Zum anderen kann versucht werden, einen Sachverhalt

¹³ Winfried Steffani: Oppositionskommunikation, in: Otfried Jarren/Ulrich Sarcinelli/Ulrich Saxer (Hrsg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft, Opladen/Wiesbaden 1998, S. 456 (S. 456-463).

¹⁴ Als säkularisierte Variante der Formel „extra ecclesia nulla salus“ hat Berger formuliert: „Außerhalb der Plausibilitätsstruktur gibt es keine Plausibilität“. Peter L. Berger: Auf den Spuren der Engel. Die moderne Gesellschaft und die Wiederentdeckung der Transzendenz, Frankfurt a. M. 1972, S. 61.

¹⁵ Als Parallele kann die Aussage James Madisons betrachtet werden, dass ein großer, stark diversifizierter Staat die Freiheit seiner Bürger besser sichern als ein kleiner, homogener, da in einem Großstaat Übereinstimmungen nur über die allgemeinsten Prinzipien gesichert werden könnten. Federalist No. 10, in Alexander Hamilton/John Jay/James Madison: The Federalist Papers (1787/88), New York (Mentor-Ausgabe) 1961, S. 83.

¹⁶ Josef Klein: Politische Kommunikation – Sprachwissenschaftliche Probleme, in Otfried Jarren/Ulrich Sarcinelli/Ulrich Saxer (Hrsg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft, Opladen/Wiesbaden 1998, S. 192 (186-210). Zahlreiche Beispiele aus den Kontroversen der 70er Jahre unter Einschluss einiger hier genannter Begriffe in höchst problematischer Konfrontation zwischen „progressiven“ und „konservativen“ Ansichten bei Martin Greiffenhagen (Hrsg., Anm. 1). Angesichts der Zielabhängigkeit jedes Fortschritts ist der Ausdruck „progressiv“ selbst hochgradig ideologisch belastet.

schon begrifflich auf bestimmte Charakteristika festzulegen. Sofern dies nicht konsensual geschieht, handelt es sich um eine „*Bezeichnungskonkurrenz*“.

Markante Beispiele für Bedeutungskonkurrenzen hat der Systemkonflikt hervorgebracht.

Über den schon angesprochenen Allgemeinbegriff der „*Freiheit*“ in gattungsbezogener oder individueller Interpretation hinaus lässt sich dazu auch der ebenso zentrale Begriff der „*Demokratie*“ nennen. Aber auch in der deutschen Innenpolitik findet man miteinander konkurrierende *Bedeutungen*, so etwa:

- die „*Solidarität*“ als klassenbezogener Kampfbegriff der Sozialisten oder kategorienüberschreitender Integrationsbegriff in bürgerlicher, vom Ursprung her christlicher Interpretation,
- das Etikett „*konservativ*“ als eine Bezeichnung für selbstgefällig-unbewegliche Leute mit einem relativ hohen Kapitalvermögen oder die Überzeugung von der Gültigkeit zeitloser Werte sowie
- der Begriff der „*Roten Socken*“, aus Sicht der CDU propagiert zur Bezeichnung für die Profiteure kommunistischer Herrschaftsverhältnisse, aus Sicht der so Charakterisierten aber *das* Zeichen ostdeutscher Eigenständigkeit innerhalb des wiedervereinigten Deutschland.

„*Bezeichnungskonkurrenzen*“ prägen dagegen etliche Auseinandersetzungen zu jeweils aktuellen politischen Gestaltungsfragen.¹⁷ Hochkontroverse Beispiele sind in den vergangenen drei Jahrzehnten etwa gewesen:

- die von *Ronald Reagan* propagierte „*strategic defence initiative*“, die von seinen politischen Gegnern mit der apokalyptischen Bezeichnung „*star wars*“ perhorresziert wurde,
- der Euphemismus „*Schwangerschaftsunterbrechung*“ (als ob eine Fortsetzung möglich sei) gegen die Dramatisierung „*Mord an ungeborenen Kindern*“ (als ob es sich um interaktionsfähige Personen handelte) im Zuge der Kontroversen um die Strafbarkeit von Abtreibungen oder
- der einstimmige Beschluss aller damaligen Ministerpräsidenten und des Bundeskanzlers, geltendes Beamtenrecht gegenüber Anhängern systemfeindlicher Parteien strikt anzuwenden, der von seinen Unterzeichnern „*Extremistenbeschluss*“ (also: konkretisierende Bestätigung der Rechtslage zum Umgang mit Systemgegnern), von den Betroffenen und ihren Gesinnungsgenossen aber „*Radikalenerlass*“ (also: obrigkeitlich-unterdrückende Maßnahme gegen Personen, die gesellschaftliche Probleme bei der Wurzel packen wollen) genannt wurde.¹⁸

¹⁷ Josef Klein: Politische Kommunikation – Sprachwissenschaftliche Probleme [Anm. 16], S. 192; vgl. auch Wolfgang Bergsdorf [Anm. 5, S. 60] zur Vorgehensweise der Nationalsozialisten.

¹⁸ Wolfgang Jäger: Die Innenpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969-1974, in: Karl Dietrich Bracher/Wolfgang Jäger/Werner Link: Republik im Wandel 1969-1974, Stuttgart/Mannheim 1986, S. 83-86 (15-160).

Chancenreich erscheint eine Verwendung stark interpretativ geladener Bezeichnungen insbesondere dann, wenn einerseits bei großen Teilen der Bevölkerung eigene Wünsche oder Befürchtungen bestehen, andererseits die tatsächlichen Zusammenhänge zur Regelung eines Sachverhaltes nur schwer durchschaubar erscheinen. So propagierten deutsche Gewerkschaften in den 90er Jahren die Parole von der „35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich“. Hierdurch sollte ein Beitrag zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit geleistet werden können.

Sprachlich ist an der Formel zunächst bemerkenswert, dass damals – konträr zur heutigen Verwendung des gleichen Begriffes in der Diskussion um eine mögliche Verlängerung der Arbeitszeit¹⁹ – mit dem Begriff des „Lohnausgleichs“ nicht die Anpassung des Lohns an die gewünschte Reduzierung der Arbeitsleistung, sondern gerade seine Konstanthaltung bei verringerter Arbeitszeit gemeint gewesen ist. Plausibel konnte dies nur erscheinen, wenn man den nachfragebezogenen Denkansatz John Meynard Keynes' zugrunde legt, nach welchem *Wirtschaftskrisen* als *Absatzprobleme* zu verstehen sind, so dass in Krisenzeiten eine Erhöhung der Nachfrage geboten sei – wobei die Gewerkschaften verschwiegen haben, dass sie in Abweichung von Keynes die entstehenden finanziellen Mehrbelastungen – in einer Krisensituation! – konzeptionell nicht primär dem Staat, sondern den *Unternehmen* aufbürden wollten.

Die Gegenrechnung, nach der mit einer Senkung der Wochenarbeitszeit um 5 Stunden gegenüber einer 40-Stunden-Woche ein Anstieg der Stundenlöhne von 12,5% verbunden war und eine solche Kostensteigerung von den Betrieben am Markt über die Warenpreise nicht wieder hereinzuholen wäre, so daß sich die Wettbewerbsbedingungen gegenüber ausländischen Konkurrenten drastisch verschlechtern müßten, infolgedessen aufgrund des in- und ausländischen Käuferverhaltens mit einem Rückgang des Absatzes und in der Folge mit einer höheren Arbeitslosigkeit zu rechnen sei, war weit komplexer und daher schlechter zu kommunizieren.

Ähnliches gilt hinsichtlich des diffamierend verwendeten Begriffes „Sozialabbau“. Hingegen hat sich mit Bezug auf die wiederholten Leistungseinschnitte bei der gesetzlichen Krankenversicherung die regierungsseitig gewählten Dikti-

¹⁹ Beispiele für die neuere Begriffsverwendung: Hartmut Lohse: Eine Belegschaft im Widerstand!, Düsseldorf o.J. (Januar 2006) „Die Unternehmer verlängern die Arbeitszeiten. Natürlich ohne Lohnausgleich“. (Aufruf zur Unterstützung eines Streiks der Gewerkschaft NGG im Winter 2005/2006 am Flughafen Düsseldorf); „Erhöhung der tariflichen Wochenarbeitszeit auf 42 Stunden mit Lohnausgleich“ (als nicht finanzierbare Forderung des Marburger Bundes (MB) an die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL)) DKG-Positionspapier zum Tarifkonflikt des MB und der TdL vom 18. Mai 2006 (<http://www.dkgev.de/pdf/1222.pdf>), S. 2; Ohne Lohnausgleich: VW will zurück zur 35-Stunden-Woche, Süddeutsche. Zeitung. 12.6.2006, (<http://www.sueddeutsche.de/wir14/wirtschaft/artikel/34/77956>); Industrie will Mehrarbeit ohne Lohnausgleich, Berliner Zeitung, 16.07.06 (<http://www.bz-berlin.de/aktuell/news/060702/dihk.html>). In diesen Anwendungsfällen wird gerade eine Abhängigkeit des Arbeitsentgelts von der Wertschöpfung als „Lohnausgleich“ bezeichnet.

on „*Gesundheitsreform*“ öffentlich nahezu unwidersprochen durchsetzen können.

Erkennbar ist:

Erstens können ungeachtet der unmanipulierbaren ökonomischen Fakten durch Bezeichnungen höchst ungleiche soziale Kommunikationslagen entstehen.

Zweitens ist dabei nicht von vornherein ausgemacht, welche Seite die verbale Oberhand gewinnt.

Insoweit ist gerade für die Kommunikation in einer offenen Gesellschaft die Relevanz von *Meinungsführern* und damit von *kommunikativen Eliten* zu beachten.²⁰

2. Politische Sprache in repräsentativdemokratischen Institutionenordnungen

2.1 Repräsentative Demokratie und der Begriff der Opposition

Wenden wir uns nun den spezifischen Kommunikationsverhältnissen in der organisierten Staatlichkeit repräsentativer Demokratien zu, so haben wir die jeweiligen Organe der gewaltenteiligen Verfassungsordnung in Rechnung zu stellen. Dabei bietet die rechtliche Ausgestaltung der Volksvertretung den Ansatzpunkt für eine grundlegende Differenzierung westlicher Demokratien. Hieraus resultieren zugleich spezifische Strategien zur Eigendarstellung der Akteure.

Fundamental bedeutsam für das funktionale Zusammenspiel der Staatsorgane ist, ob die Volksvertretung über das Recht zur Abberufung der Regierung aus politischen Gründen verfügt oder nicht.

„Ist eine Regierung vom Parlament absetzbar, so haben wir es mit der Grundform ‚parlamentarisches Regierungssystem‘ zu tun, ist eine derartige Abberufbarkeit verfassungsrechtlich nicht möglich, mit der Grundform ‚präsidentielles Regierungssystem.‘“²¹

Bei fehlendem Abberufungsrecht stehen die Staatsorgane einander in institutioneller Selbständigkeit gegenüber und interagieren nur bei der Wahrnehmung ihrer Funktionen miteinander. In einer parlamentarischen Demokratie liegen die Verhältnisse dagegen anders: Dort ist der Regierungschef ständig politisch-existentiell davon abhängig, dass er eine Mehrheit der Abgeordneten hinter sich weiß.

²⁰ Zur Elitenproblematik: Oscar Gabriel/Beate Neuss/Günther Rüter (Hrsg.): *Konjunktur der Köpfe*, Düsseldorf 2004.

²¹ Winfried Steffani: *Parlamentarische und präsidientelle Demokratie*, Opladen 1979, S. 39. Steffani hat seinen Kategorisierungsansatz später in Auseinandersetzung mit alternativen Auffassungen nachdrücklich bekräftigt. Winfried Steffani: *Semi-Präsidentalismus: ein eigenständiger Systemtyp? Zur Unterscheidung von Legislative und Parlament*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 26. Jg. 1995, H. 4, S. 621-641. Für Frankreich ist Steffanis Ansatz von Udo Kempf aus systemischer Perspektive ausdrücklich als adäquat anerkannt worden. Udo Kempf: *Von de Gaulle bis Chirac. Das politische System Frankreichs*, 3. Aufl. Opladen 1997, S. 15 f.

Aus *institutioneller* Perspektive ist hierzu die strikte Separierung der Staatsorgane im präsidentiellen System der integrierenden Lösung für das Verhältnis zwischen Parlament und Regierung im parlamentarischen System gegenübergestellt worden. Aus *kommunikationsbezogener* Sicht ist zugleich eine gegenteilige Differenzierung im Exekutivbereich zu beachten: Das parlamentarische System trennt mit seiner „doppelten Exekutive“ den „*efficient part*“ der Verfassung, nämlich die Regierungsmehrheit, vom Staatsoberhaupt als „*dignified part of the constitution*“.²² Gerade diese Trennung fehlt den „geschlossenen“ Exekutivkonstruktionen der präsidentiellen Systeme. Insoweit stehen auch die von zahlreichen Autoren als „semipräsidentiell“ gesondert ausgewiesenen Systeme eindeutig auf der „parlamentarischen“ Seite.²³

Während ein rational durchkonstruiertes präsidentielles Regierungssystem in republikanischer Form erstmals in den USA verwirklicht worden ist, hat sich die parlamentarische Variante der repräsentativen Demokratie schrittweise zwischen dem frühen 18. und frühen 19. Jahrhundert in Großbritannien herausgebildet.²⁴ Dort haben Henry St. John und Viscount Bolingbroke in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts Ansätze einer Theorie der Opposition formuliert, die für die politisch-institutionelle Entwicklung parlamentarischer Systeme bedeutsam geworden ist. Bolingbroke betonte die Legitimität des Versuches, im Rahmen der bestehenden Monarchie andere politische Ziele zu verfolgen als die amtierende Regierung. Hieraus entwickelte sich im Laufe der Zeit der feste Begriff „*His*“ oder „*Her Majesty's loyal opposition*“.²⁵

In der Politikwissenschaft sind hieraus zwei unterschiedliche Oppositionsbegriffe entstanden. Der eine ist institutionell, der andere funktional geprägt.²⁶

²² Die Unterscheidung zwischen „*dignified*“ und „*efficient part*“ der Verfassung im materiellen Sinne geht zurück auf Walter Bagehot: *The English constitution* (1867), mit einer Einführung von R.H.S. Crossman, London 1963.

²³ Hinsichtlich der staatsrechtlichen Stellung von Präsidenten in den sogenannten „semipräsidentiellen“ Systemen wird häufig die Gegenzeichnungspflicht für Akte des Staatsoberhauptes übersehen. Vgl. für Frankreich Art. 19 Verf. mit den dort vorgesehenen Ausnahmen hinsichtlich der Ernennung und Entlassung des Premierministers (Normalfall), der Ansetzung eines Volksentscheids (extrem selten), der Auflösung der Nationalversammlung (nach vorgeschriebenen Beratungen), der Notstandsmaßnahmen (nach vorgeschriebenen Beratungen), der Mitteilungen des Präsidenten an die Parlamentskammern (ohne bindende Wirkung), der Anrufung des Verfassungsrates sowie der Ernennung der vom Präsidenten zu nominierenden Mitglieder des Verfassungsrates. Insgesamt handelt es sich um punktuelle Ausnahmen, welche die prinzipielle parlamentarische Rückbindung des Präsidenten nicht in Frage stellen. Entsprechendes gilt gem. Art. 35 Verf. für Griechenland. Für Österreich siehe Art. 67 Abs. 2 sowie Art. 70 Abs. 1 Satz 3 B-VG, nach der sogar die Ernennung des Bundeskanzlers von dem Ernannten gegenzuzeichnen ist.

²⁴ Kurt Kluxen: *Geschichte und Problematik des Parlamentarismus*, Frankfurt a.M. 1983.

²⁵ Zur Entwicklung des Oppositionsbegriffes Inge Bode: *Ursprung und Begriff der parlamentarischen Opposition*, Stuttgart 1962; Hans-Joachim Veen: *Opposition im Bundestag*, Bonn 1976; neuere Begriffsdiskussion bei Ludger Helms: *Politische Opposition*, Opladen 2002, S. 10-16.

²⁶ Jürgen Plöhn: *Mehrheitswechsel in Sachsen-Anhalt*, Frankfurt a.M. u.a. 1996, S. 70-73.

- *Institutionell* handelt es sich bei der parlamentarischen Opposition um die derzeit nicht regierenden Gruppierungen im Parlament, die „*Outs*“ im Gegensatz zu den „*Ins*“.
- *Funktional* hat Winfried Steffani in einem markant-apodiktischen Satz hingegen formuliert: „Opponieren heißt *Gegenposition* beziehen.“²⁷

Während nun die rechtlich-normative Diskussion insbesondere an die institutionelle Definition anknüpft, ist für die Verbindung zur Kommunikationswissenschaft die funktionale Begriffsbestimmung von besonderem Interesse. Insoweit haben wir es auf der Grundlage des positionalen Gegensatzes zwischen „*Ins*“ und „*Outs*“ mit einem Konkurrenzverhältnis zu tun. Eine solche politische Konkurrenz innerhalb der organisierten Staatlichkeit ist auch für repräsentativdemokratische Systeme nicht selbstverständlich. Zu ihrer Ausformung bedarf sie spezifischer Systemstrukturen. Dazu zählen Minderheitenrechte auf Artikulation und Information, die Unparteilichkeit der Sitzungsleitung sowie eine geeignete, strikt zu wahrende Redeordnung. Nur bei einer derart formalisierten Auseinandersetzung sprechen wir im Deutschen statt von einer (allgemeinen) Diskussion von einer „Debatte“. Trotz der vielfach der militärischen Sprache entnommenen Bezeichnungen – wie „*Redeschlacht*“ und „*Wortgefecht*“, „*verbal attackieren*“ oder „*schweres Geschütz auffahren*“ – liegt dabei in einer funktionierenden Demokratie aufgrund der strikten Regelmäßigkeit der Auseinandersetzung ein scharfer Unterschied zur Feindschaft und eine gewisse Parallele zum Marktgeschehen vor.

2.2 Differenzierungen parlamentarischer Debatten

Differenziert man die parlamentarischen Auseinandersetzungen nach inhaltlichen Aspekten, kann man ungeachtet bestehender Zusammenhänge jedenfalls *programmatische* Inhalte von *personalen* unterscheiden.

- Im programmatischen Bereich wird über die Plausibilität konkurrierender Regelungskonzepte gestritten.
- In der personalen Auseinandersetzung geht es um die Machtfrage im allgemeinen, die Besetzung von Regierungsgätern im besonderen.

Beide Arten der Auseinandersetzung vollziehen sich jeweils vor der Wählerschaft.

²⁷ Winfried Steffani: Regierungsmehrheit und Opposition, in: ders. (Hrsg.): Regierungsmehrheit und Opposition in den Staaten der EG, Opladen 1991, S. 23 (11-35); im Zusammenhang mit kommunikativen Fragen siehe ders.: Oppositionskommunikation, in: Otfried Jarren/Ulrich Sarcinelli/Ulrich Saxer (Hrsg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft, Opladen/Wiesbaden 1998, S. 456. – Siehe aber Heinrich Oberreuters Bemerkung: „Von O[pposition] kann begriffsgeschichtlich nur gesprochen werden, wenn die Auseinandersetzung zwischen Mehrheit und Minderheit sich auf der Basis ‚einer fundamentalen Gemeinsamkeit jenseits und vor der Alternative‘ ([Siegfried] Landshut) vollzieht, die den Verfassungskern und die Grundlagen des Regierungssystems nicht in Frage stellt“. Heinrich Oberreuter: Opposition, in: Dieter Nohlen (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik, 3. Aufl. München/Zürich 1995, S. 482-484 (Ergänzungen hinzugefügt, J.P.).

2.2.1 Programmbezogene Aspekte

Zur programmatischen Komponente lässt sich den vorangegangenen Ausführungen über die gesamtgesellschaftliche Kommunikation entnehmen, dass es für Regierungen nicht nur wichtig ist, Programme zu entwickeln, sondern hierfür auch griffig-appellative Bezeichnungen zu finden.²⁸ Diese sollten indes zumindest sprachlich gelungen wirken – wie die sachlich vollkommen unangemessene „Gesundheitsreform“ für die Austarierung von Einnahmen und Ausgaben im System der gesetzlichen Krankenversicherungen –, können sich jedoch auch als Fehlgriffe erweisen – wie „Riester-Rente“ oder „Hartz IV“: jeweils ein „sprechender“ Personenname für ein Programm zur finanziellen Altersvorsorge und für die Neufestsetzung von Sozialleistungen.²⁹

Darüber hinaus lässt sich der Versuch beobachten, die angesprochenen Bürger auf dem Weg in eine unsichere, zu gestaltende Zukunft hinein gedanklich „mitzunehmen“, indem ihnen in einem typischerweise „’schwebend-atmosphärische[n]’ Stil“ motivierende Perspektiven der angestrebten Gesellschaft vor Augen gestellt werden.³⁰ In jüngerer Zeit sind derartige sprachliche Anstrengungen insbesondere bei Tony Blair beobachtet und bisweilen den Deutschen als Vorbild zur Augen geführt worden.³¹ Jedoch ist auch diesen Versuchen der Erfolg keinesfalls garantiert: Während Willy Brandts Ausspruch: „*Wir wollen mehr Demokratie wagen*“, in prägender Erinnerung geblieben ist, hat Ludwig Erhards Vorstellung von einer „*formierten Gesellschaft*“ erheblichen Widerspruch ausgelöst, bevor sie weithin in Vergessenheit geraten ist.³²

In jedem Fall wird sich die Regierung jeweils mit ihren vollbrachten oder noch zu vollbringenden Leistungen in ein positives Licht zu setzen versuchen. Eine

²⁸ Hinsichtlich Gerhard Schröders „Agenda 2010“ ist zur Sicherstellung der kommunikativen Botschaft regierungsseitig sogar die Aussprache („zwanzig-zehn“) vorgegeben worden.

²⁹ Soweit „Riester“ zur Sachbezeichnung dient, meint der mittlerweile antiquierte und daher wohl nicht mehr allgemein geläufige Begriff einen Flicker. „Hartz“ erinnert außer an ein deutsches Mittelgebirge auch an klebrig-zähflüssiges Baumharz und die daraus in der schweizerischen Sprache als Verb und Adjektiv für die Politik abgeleitete Bedeutung der Schwergängigkeit. Duden Bd. 1. Rechtschreibung der deutschen Sprache, 20. Aufl., Mannheim/Wien/Zürich 1991, S. 326, 603.

³⁰ Klaus von Beyme: Funktionen der Regierungserklärungen im Parlamentarismus der Bundesrepublik, in: ders. (Hrsg.): Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt, München/Wien 1979, S. 24 (7-50) – mit konkretem Bezug auf Willy Brandts Regierungserklärung von 1969.

³¹ Lord Ralf Dahrendorf: Der mutlose Überbau, in: Zeitschrift für Kultur-Austausch 55. Jg. 2005, H. 3+4 (Deutschland von außen), S. 82-84, im Internet: <http://cms.ifa.de/publikationen/zeitschrift-fuer-kulturaustausch/archiv/ausgaben-2005/deutschland-von-auen/dahrendorf0/type/98/>. Umformulierung einer Passage aus der Fernsehansprache Horst Köhlers Stile der Redenschreiber Tony Blairs S. 83.

³² Niko Switek: Ludwig Erhard: Formierte Gesellschaft, in: Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): „Das Wort hat der Herr Bundeskanzler“, Wiesbaden 2002, S. 130-133 (117-144); Cathrin Vorrink/Antje Walther: Willy Brandt: Visionen, ebd., S. 177 f. (171-192); hierzu auch Winfried Steffani: Pluralistische Demokratie, Opladen 1980, S. 57 f., 82 (Anm. 143), 85 ff.

gewisse beabsichtigte Unschärfe darf daher sprachlich als durchaus typisch für programmbezogene wie auch für bilanzierende Äußerungen angesehen werden. Die Opposition kann zwar durch eigene Anträge ebenfalls Themen auf die Tagesordnung setzen und dadurch die Politikformulierung materiell durchaus nachhaltig beeinflussen; sie bleibt dafür aber auf die Mehrheit angewiesen und hat ihrerseits stets auf Darstellungen der Regierungsseite zu reagieren. Insoweit besteht ein strukturelles, nicht völlig aufhebbares Ungleichgewicht.³³

2.2.2 Auf das Regierungspersonal bezogene Aspekte

In parlamentarischen Regierungssystemen zeitigt die permanente personale Herausforderung einer Regierung durch eine alternative politische Gruppierung ein höchst spezifisches sprachliches Erscheinungsbild hinsichtlich der Thematisierung der Herrschaftsausübung:

(1) Im britischen *House of Commons* schlägt die Stunde der Opposition typischerweise bei der „*Questiontime*“³⁴: Opposition präsentiert sich dann sprachlich in Gestalt von *Fragen*. „*Asking nasty questions*“ gilt in England als hohe Kunst, mit der dem Arcanbereich der Regierung Informationen zu entlocken sind, die *Her Majesty's Government* von sich aus nicht hatte preisgeben wollen.

Die Chancen auf öffentliche Zustimmung verändern sich deutlich, sofern die Opposition in den Besitz von Informationen gelangen kann, welche geeignet sind, das regierungsamtliche Positivimage anzukratzen. In diesem Falle wechselt die öffentliche Kommunikation der Opposition *von der Anfrage zur Bewertung*. Dann zielt die Opposition darauf, zum Sprachrohr einer weit verbreiteten Auffassung über aufgedeckte Missstände zu werden. Oppositionsäußerungen stellen insoweit Versuche dar, mehrheitsfähige Positionen zu formulieren. Die Regierung befindet sich hingegen im Falle bekanntgewordener Negativinformationen in einer Verteidigungsposition und wird versuchen, für eine andere Sicht der Fakten zu werben.

(2) In Deutschland und verschiedenen anderen Ländern stellt das politisch „schwerste Geschütz“ der Opposition die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses dar.³⁵ Aus einer traditionellen, obrigkeitlich-institutionellen Sicht ist an diesem Instrument jahrzehntelang kritisiert worden, dass die Opposition aufgrund des hierfür mittlerweile flächendeckend in Bund

³³ Die Geschäftsordnungsbestimmungen variieren zwischen den parlamentarischen Demokratien ebenso wie der konkrete Gebrauch der jeweils verfügbaren Instrumente. Für Deutschland: Martin Sebaldt: *Die Thematisierungsfunktion der Opposition*, Frankfurt a.M. u.a. 1992; für Großbritannien: John Kingdom: *Government and Politics in Britain*, 2nd ed., Cambridge 1999, S. 383. In reaktiver Interpretation hat Nevil Johnson die britische Opposition mit deutschen Worten als Institutionalisierung von Goethes Mephistopheles beschrieben: „Ich bin der Geist, der stets verneint“. Nevil Johnson: *Opposition in the British political System*, in: *Government and Opposition*, vol. 32, 1997, no. 4, S. 491 (487-510), zuerst 1977.

³⁴ John Kingdom, ebd., S. 385-387; Nevil Johnson: ebd., S. 491 f.

³⁵ Zur politischen Relevanz parlamentarischer Untersuchungsausschüsse: Jürgen Plöhn: *Untersuchungsausschüsse der Landesparlamente als Instrumente der Politik*, Opladen 1991.

und Ländern geltenden Minderheitsquorums ein solches Gremium zwar einzusetzen vermag, die regierungstragende Parlamentsmehrheit sich jedoch sowohl im Ausschuss als auch im Plenum des Parlaments durchsetzen kann, so dass oppositionelle Auffassungen zu den untersuchten Vorgängen jeweils folgenlos blieben.

Diese Ansicht übersieht die kommunikative Dimension eines derartigen Gremiums. Es dient recht eindeutig primär der längerfristigen Thematisierung eines Sachverhalts, der aus Sicht der Opposition für die Wählerschaft aufgrund seiner *symptomatischen* Relevanz als politisch aufschlussreich erscheinen soll.³⁶ Denn im *mittelfristigen Interesse* einer Opposition liegt nicht die Beseitigung eines partiellen politisch-administrativen Problems der amtierenden Regierung, sondern deren Ablösung – gegebenenfalls auch nur teilweise Ersetzung – durch eigene Leute. Das aber ist nur durch einen öffentlichen Diskussionsprozess über die Wählerschaft zu bewerkstelligen. Daher besteht sogar – gerade umgekehrt! – ein *kurzfristiges oppositionelles Interesse* daran, durch eine öffentliche Diskussion zu verhindern, dass ein bereits desavouierter Amtsinhaber „unauffällig“ aus seinem Amte ausscheidet. Denn nur solange ein Minister sein Amt noch bekleidet, wirken gegen ihn gerichtete Angriffe für die Öffentlichkeit plausibel. Die Sprache der Verantwortungsanlastung dient also konträr zu ihrem Wortlaut gerade dazu, ein Regierungsmitglied in „angeschlagenem“ Zustand *im Amte zu halten* und über die Unhaltbarkeit dieses Zustandes eine Übereinstimmung mit der Wählerschaft herzustellen.³⁷

„Skandalkommunikation“ zeigt insoweit einen ausgeprägten Bezug auf die in der Wählerschaft vorhandenen Plausibilitätsstrukturen. Danach hat in der öffentlichen Diskussion derjenige gewonnen, der seine Sicht eines Sachverhaltes im Bewusstsein der Journalisten und ihrer Leser so weit verankern kann, dass Gegenargumente nur noch als störend wahrgenommen und demzufolge verdrängt werden.

(3) Ein Beispiel hat die sogenannte „Parteispendenaffäre“ der CDU geboten.³⁸ Im Zuge dieser Affäre wurde bekannt, dass der frühere Parteivorsitzende Helmut Kohl in seiner Amtszeit als Bundeskanzler rechtswidrig Spenden von persönlichen Bekannten angenommen und unter Umgehung der gesetzlichen Re-

³⁶ Ein oppositioneller Abgeordneter der Hamburgischen Bürgerschaft sagte mir 1984 zur Zeit des Untersuchungsausschusses über das Wohnungsbauunternehmen „Neue Heimat“: Ihm sei der hierüber letztlich produzierte Untersuchungsbericht völlig gleichgültig. Ihn interessiere vielmehr, dass die Presse während der öffentlichen Beweiserhebungen des Ausschusses über zwei Jahre hinweg negative Schlagzeilen zur SPD, der damaligen hamburgischen Regierungspartei, produziere.

³⁷ Jürgen Plöhn, Untersuchungsausschüsse [Anm. 35], S. 401.

³⁸ Siehe auch die Barschel-Pfeiffer-Affäre in Schleswig-Holstein (1987/88), in welcher es der SPD gelang, ihre Kenntnis von den Machenschaften des Medienreferenten Pfeiffer gegen Björn Engholm jahrelang undiskutiert zu lassen, indem die vorhandene Empörung über die Manipulationen Pfeiffers geschürt wurde. Erst 1993 wurde zur Klärung der Beziehung Pfeiffers zum Landesvorsitzenden der SPD ein Untersuchungsausschuss in dieser sogenannten „Schubladen-Affäre“ eingesetzt.

chenschaftspflicht an verschiedene Gliederungen seiner Partei weitergegeben hat. Auch nach Bekanntwerden der von ihm entgegengenommenen Parteispenden blieb Kohl dabei, lieber die gesetzlich vorgesehenen Sanktionen tragen als die Namen der Spender nennen zu wollen. Schließlich habe er ihnen sein Ehrenwort gegeben, daß sie anonym blieben. Wenige Tage später erschienen Pressemeldungen über Gelder der hessischen CDU in Höhe von über 30 Millionen D-Mark, die in der Schweiz und Liechtenstein verdeckt verwaltet worden waren.³⁹

Zuständig für die Rechenschaftsberichte der Parteien und die Ahndung von Verstößen gegen die diesbezüglichen gesetzlichen Vorschriften ist der Bundestagspräsident. Im Unterschied zum englischen *Speaker* handelt es sich dabei in Deutschland nicht um eine politisch völlig neutrale Figur. Unparteilichkeit wird von ihm nur bei der Ausübung der Amtspflichten erwartet. Die Verbindung zwischen der konkurrenzorientierten Funktion eines stellvertretenden Parteivorsitzenden und dem integrativen Amt des Parlamentspräsidenten, wie sie beim Präsidenten des 14. und 15. Bundestages, Wolfgang Thierse (SPD), vorgelegen hat, ist jedoch in Deutschland seit 1969 nicht mehr zu beobachten gewesen.

Am 15. Februar 2000 gab Thierse öffentlich seine Entscheidung über die Rückforderung von 41,35 Millionen DM wegen des ins Ausland verbrachten Vermögens der hessischen CDU bekannt. Dieser Mitteilung setzte Thierse eine pathetische „persönliche Bemerkung“ hinzu. Sie zielte eindeutig auf Helmut Kohl. Denn Thierse formulierte:

*„Vor dem Gesetz sind alle Menschen gleich. Auch das Parteiengesetz gilt für alle Parteien gleichermaßen. Es hat auch Vorrang vor Ehrenworten, insbesondere wenn sie sich auf ungesetzliche Tatbestände beziehen.“*⁴⁰

Kohls Weigerung, die Namen von Spendern, die ihm persönlich Geld gegeben hatten, bekanntzugeben, stand aber mit den hessischen Vorgängen in keinem ursächlichen Zusammenhang. Damit lag in der assoziativen Herstellung einer Verbindung zwischen der bedeutenden Summe des hessischen Falles und der durch das frühere Amt herausgehobenen Person des ehemaligen Bundeskanzlers ein eindeutig manipulatives Vorgehen, welches dem parteipolitischen Interesse der SPD entsprach. In der aufgebrachten Stimmung jener Zeit verzichtete die CDU darauf, sich gegen Thierses Verhalten und seinen unausgesprochenen Vorwurf, sie sei in ihrer Gesamtheit moralisch diskreditiert, zur Wehr zu setzen. Während es durchaus wahrscheinlich erscheint, daß Helmut Kohl Thierses Verhalten erinnerlich blieb und zum Hintergrund einer 2002 kolportierten abfälligen

³⁹ Zusammenfassung der Pressemeldungen im Archiv der Gegenwart 69. Jg. 1999, S. 44000-44003, 70. Jg. 2000, S. 44039-44043.

⁴⁰ Staatliche Teilfinanzierung der Parteien für 1999 festgesetzt (Erklärung Wolfgang Thierses vor der Bundespressekonferenz), Pressemitteilung vom 15.2.2000.

Bemerkung Kohls über Thierses Amtsführung zu rechnen ist,⁴¹ muss es wohl als ein peinliches Versagen der Wissenschaft erscheinen, wenn in sprachanalytischen Untersuchungen zur Parteispendenaffäre noch mehrere Jahre nach dem Ereignis die Möglichkeit von „Angreiferfouls“ nicht einmal ansatzweise erkennbar wird.⁴²

2.3 Gouvernementale Vermeidungs- und Selbstdarstellungsstrategien

Auf Seiten politischer Entscheidungsträger besteht ein nachvollziehbares Interesse daran, politisch wie menschlich unangenehme Rechtfertigungssituationen nach Möglichkeit zu vermeiden. Wie bereits erwähnt, fehlt dem präsidentiellen Regierungssystem die Konfrontation der Regierung durch eine parteipolitisch definierte Opposition. Daher bietet sich aus gouvernementaler Sicht eine Orientierung an *präsidentiellen* Regierungssystemen an, wenn die Regierung einem parlamentarischen Rechtfertigungsdruck ausweichen möchte.⁴³

Der amerikanische Präsident hat Führungsstärke zu demonstrieren und auszudrücken, was „gute Amerikaner“ für gerecht, anständig und ermutigend halten.⁴⁴ Dazu ist seine Rhetorik in den seltenen, ritualisierten Auftritten vor dem Kongress auf die Herstellung von Übereinstimmung gerichtet. Rede-und-Antwort-Spiele gibt es für den US-Präsidenten nur mit Journalisten, nicht mit Parlamentariern, so dass er versuchen kann, aktuellen Problemen vorzugsweise mit sogenannten „one liner“-Phrasen auszuweichen.⁴⁵ Hierdurch bekundet er gegenüber dramatischen Geschehnissen seine unverbindliche Aufmerksamkeit und demonstriert dabei zugleich Überlegenheit und Unnahbarkeit.

In parlamentarischen Regierungssystemen besteht hingegen für den Regierungschef wie für jedes Kabinettsmitglied eine Rechenschaftspflicht gegenüber der Volksvertretung. Im idealtypischen Falle gilt das Kabinett als „Fleisch vom Fleische des Parlaments“. Die in jüngerer Zeit drastisch gesteigerten Begegnungen von Regierungsmitgliedern auf supra- und internationaler Ebene haben indes die Chancen erhöht, der lästigen Gleichstellung mit der Opposition durch die gouvernementale „*peer group*“ zu entkommen.

⁴¹ Kohl: „Schlimmster Präsident seit Hermann Göring“, in: Der Spiegel Nr. 36/2002 vom 2.9.2002, S. 17. Die getroffene Aussage muß spekulativ bleiben, da Kohl und seine Gesprächspartner eine Kommentierung der Äußerung abgelehnt haben.

⁴² Siehe die Beiträge bei Armin Burkhardt/Kornelia Pape (Hrsg.): Politik, Sprache und Glaubwürdigkeit, Wiesbaden 2003.

⁴³ Bei der vielfach als „semipräsidentiell“ bezeichneten Spielart parlamentarischer Regierungssysteme mit einem – nach Maßgabe der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse mehr oder minder – politisch aktiven Präsidenten ist eine derartige Ausrichtung im Falle parteipolitischer Übereinstimmung von Präsident und Parlamentsmehrheit sogar zur prägenden Erscheinung des Typus avanciert.

⁴⁴ Zur Tradition der politischen Rhetorik in den USA Jakob Schissler: Political culture, Wolfgang Hochbruck: Political rhetoric, beide in: Rüdiger Wersich (Hrsg.): USA-Lexikon, Berlin 1996, S. 574-576, 577-578.

⁴⁵ Entsprechende Vorschläge für Richard Nixon bei William Safire: Before the Fall, New York 1975.

Eine nochmalige Steigerung hat diese Tendenz durch die Einbeziehung der Ehefrauen amtierender Regierungschefs erfahren. In den USA wird die in der Verfassung nicht erwähnte Gattin des Präsidenten traditionell als „*First lady*“ verehrt.⁴⁶ Insbesondere sie hat die Möglichkeit, die Spitze eines republikanischen Staates mit einer Art höfischem Glanz zu umgeben. Ein solcher steht den an der Durchsetzung politischer Projekte orientierten, parlamentsabhängigen europäischen Kanzlern und Premierministern gerade nicht zu. Der Versuch, deren Ehefrauen als „*First ladies*“ international hoffähig zu machen,⁴⁷ ist daher ein recht perfider Versuch, die Regierungschefs in einer Sphäre der Unangreifbarkeit anzusiedeln, wo sie nach parlamentarischem Verständnis eben nicht hingehören. Wird dann auch noch *Cherie Blair*, die Gattin des Regierungschefs in einer parlamentarischen Monarchie als „*First lady*“ bezeichnet, so ist dies mehr als eine gedankenlose Peinlichkeit gegenüber der Monarchin,⁴⁸ sondern ein offener Affront gegen das Symbol der Integration des Staates.

3. Fazit

1. Politische Systeme bringen Eigenheiten in der politischen Sprache hervor. Dabei lassen sich Charakteristika sowohl auf Seiten der – legitim oder illegitim – Herrschenden wie auf Seiten der Herrschaftsunterworfenen und in demokratischen Systemen sowohl bei der Regierung als auch der Opposition feststellen.
2. Innerhalb der Gruppe der freiheitlichen Demokratien lässt sich zwischen allgemein-gesellschaftlicher Diskussion und den formellen Debatten im politisch-institutionellen Bereich unterscheiden. Aufgrund ihrer institutionellen Prägung sind hierzu wiederum Differenzierungen nach Systemtypen und Positionen vorzunehmen.

⁴⁶ Selbstdarstellung des Weißen Hauses unter: <http://www.whitehouse.gov/history/firstladies/>. Siehe auch die Dauerausstellung im Washingtoner National Museum of American History, „*First Ladies: Political Role and Public Image*“, <http://americanhistory.si.edu/exhibitions/index.cfm>.

⁴⁷ Vgl. Eckard Presler: *Europas First Ladies auf eigenen Füßen*, Leipzig 1999; Photo Adam Butlers (AP) von Hillary Clinton und Cherie Blair, Belfast, Dezember 2000 mit dem Titel „*The first ladies*“, <http://image.guardian.co.uk>; ohne jedes Problembewusstsein für die Unterschiede zwischen den Gattinnen von Regierungschefs und Präsidenten, (http://www.aktuell.ru/russland/panorama/ohne_maenner_first_lady_treffen_in_moskau_1863.html (4.10.2005)). Bei Wikipedia heißt es nun: „In Deutschland ist der Bundespräsident das Staatsoberhaupt, damit ist die Bezeichnung *First Lady* nur für dessen jeweilige Gattin korrekt. Wegen der starken Bedeutung des Bundeskanzlers für die Politik wird die Bezeichnung gelegentlich fälschlicherweise auch auf die Gattin des Bundeskanzlers angewendet“ – was das Lexikon aber anscheinend nicht hindert, diesen Fehler selbst zu begehen http://de.wikipedia.org/wiki/First_Lady (17.7.2006).

⁴⁸ Vgl. <http://www.chatcity.de/f101/beitrag-16392.html> (23.12.2003) mit einer Ironisierung des Problems als „großes journalistisches Dilemma“.

3. Die beiden Pole der parlamentarischen Regierungssysteme, Regierungsmehrheit und Opposition, drücken sich in einer Reihe sprachlich-kommunikativer Eigenheiten aus.
4. In der politischen Auseinandersetzung sind – zumal in den zugespitzten Phasen einer Skandalauflärung – sowohl seitens der „Angreifenden“ als auch seitens der Angegriffenen Überschreitungen der Grenze legitimer Äußerungen möglich.
5. Für die Wissenschaft ergibt sich in diesem Zusammenhang die Aufgabe, politische Rhetorik und Selbstdarstellung stets mit nüchterner Distanz zu prüfen, sich selbst um die Ermittlung unbestreitbarer Fakten zu bemühen und diese in einer unparteiischen Sprache zu formulieren. Dazu erscheint es als erforderlich, in kritischer Distanz zur Tagesberichterstattung sowohl die alte Regel „*audiatur et altera pars*“ zu beachten, als auch eigene Sachverhaltsaufklärung zu betreiben, da die öffentliche Kommunikation insbesondere bei Skandalen aufgrund der Praktiken journalistischer Berichterstattung als strukturell nicht geeignet erscheint, eine gleichgewichtige Beachtung aller relevanten Aspekte zu garantieren.

Literatur

- Archiv der Gegenwart, 69. Jg. 1999; 70. Jg. 2000.
- Bagehot, Walter: *The English constitution* (1867), mit einer Einführung von R.H.S. Crossman, London 1963.
- Becker, Hartmuth: *Die Parlamentarismuskritik bei Carl Schmitt und Jürgen Habermas*, 2. Aufl. Berlin 2003.
- Berger, Peter L.: *Auf den Spuren der Engel. Die moderne Gesellschaft und die Wiederentdeckung der Transzendenz*, Frankfurt a. M. 1972.
- Bergsdorf, Wolfgang: *Herrschaft und Sprache. Studie zur politischen Terminologie der Bundesrepublik Deutschland*, Pfullingen 1983.
- Berning, Cornelia: *Vom „Abstammungsnachweis“ zum „Zuchtwart“*. Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin 1964.
- Beyme, Klaus von: *Funktionen der Regierungserklärungen im Parlamentarismus der Bundesrepublik*, in: ders. (Hrsg.): *Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt*, München/Wien 1979, S. 7-50.
- Bode, Inge: *Ursprung und Begriff der parlamentarischen Opposition*, Stuttgart 1962.
- Burkhardt, Armin/Kornelia Pape (Hrsg.): *Politik, Sprache und Glaubwürdigkeit*, Wiesbaden 2003.
- Dahrendorf, Ralf: *Der mutlose Überbau*, in: *Zeitschrift für Kultur-Austausch* 55. Jg. 2005, H. 3+4 (Deutschland von außen), S. 82-84.

- Deutsche Krankenhaus-Gesellschaft: DKG-Positionspapier zum Tarifkonflikt des MB und der TdL vom 18. Mai 2006 (<http://www.dkgev.de/pdf/1222.pdf>).
- Dor, Milo (Hrsg.): Der politische Witz, 8. Aufl. München 1978.
- Duden Bd. 1. Rechtschreibung der deutschen Sprache, 20. Aufl., Mannheim/Wien/Zürich 1991.
- Gabriel, Oscar/Beate Neuss/Günther Rüther (Hrsg.): Konjunktur der Köpfe, Düsseldorf 2004
- Greiffenhagen, Martin: Einleitung, in: ders. (Hrsg.): Kampf um Wörter?, München 1980, S. 9-37.
- Hamilton, Alexander /John Jay/James Madison: The Federalist Papers (1787/88), New York (Mentor-Ausgabe) 1961.
- Helms, Ludger: Politische Opposition, Opladen 2002.
- Hochbruck, Wolfgang: Political rhetoric, in: Rüdiger Wersich (Hrsg.): USA-Lexikon, Berlin 1996, S. 577-578.
- Industrie will Mehrarbeit ohne Lohnausgleich, Berliner Zeitung, 16.07.06 (<http://www.bz-berlin.de/aktuell/news/060702/dihk.html>).
- Institutionelle Internetseiten:
http://www.aktuell.ru/russland/panorama/ohne_maenner_first_lady_treffen_in_moskau_1863.html
<http://www.ddd-wissen.de/wiki/ddd.pl>
<http://americanhistory.si.edu/exhibitions/index.cfm>
<http://www.chatcity.de/f101/beitrag-16392.html>
[http:// image.guardian.co.uk](http://image.guardian.co.uk)
<http://www.whitehouse.gov/history/firstladies/>
http://de.wikipedia.org/wiki/First_Lady
- Jäger, Wolfgang: Die Innenpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969-1974, in: Karl Dietrich Bracher/Wolfgang Jäger/Werner Link: Republik im Wandel 1969-1974. Die Ära Brandt, Stuttgart/Mannheim 1986, S. 15-160.
- Johnson, Nevil: Opposition in the British political System, in: Government and Opposition, vol. 32, 1997, no. 4, S. 487-510.
- Kempf, Udo: Von de Gaulle bis Chirac. Das politische System Frankreichs, 3. Aufl. Opladen 1997.
- Kingdom, John: Government and Politics in Britain, 2nd ed., Cambridge 1999.
- Klein, Josef: Politische Kommunikation – Sprachwissenschaftliche Probleme, in: Otfried Jarren/Ulrich Sarcinelli/Ulrich Saxer (Hrsg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft, Opladen/Wiesbaden 1998, S. 186-210.

- Kluxen, Kurt: Geschichte und Problematik des Parlamentarismus, Frankfurt a. M. 1983.
- Kohl: „Schlimmster Präsident seit Hermann Göring“, in: Der Spiegel Nr. 36/2002 vom 2.9.2002, S. 17.
- Korte, Karl-Rudolf: Die Regierungserklärung: Visitenkarte und Führungsinstrument der Kanzler, in: ders. (Hrsg.): „Das Wort hat der Herr Bundeskanzler“, Wiesbaden 2002, S. 11-31.
- Lindner, Bernd: Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90, Bonn 1998.
- Lohse, Hartmut: Eine Belegschaft im Widerstand! Streik bei Gate Gourmet am Flughafen Düsseldorf [Flugblatt], Düsseldorf o.J. (2006).
- Mann, Golo: Erinnerungen und Gedanken. Eine Jugend in Deutschland, Tb.-Ausg. Frankfurt a.M. 1991.
- Oberreuter, Heinrich: Opposition, in: Dieter Nohlen (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik, 3. Aufl. München/Zürich 1995, S. 482-484.
- Ohne Lohnausgleich: VW will zurück zur 35-Stunden-Woche, Sdt. Ztg. 12.6.2006
(<http://www.sueddeutsche.de/,wirl4/wirtschaft/artikel/34/77956>).
- Oschlies, Wolf: DDRsch als Muttersprache?, in: Civis 3/1985, S. 4-16.
- Plöhn, Jürgen: Mehrheitswechsel in Sachsen-Anhalt, Frankfurt a. M. u.a. 1996.
- Plöhn, Jürgen: Untersuchungsausschüsse der Landesparlamente als Instrumente der Politik, Opladen 1991.
- Presler, Eckard: Europas First Ladies auf eigenen Füßen, Leipzig 1999.
- Safire, William: Before the Fall, New York 1975.
- Schissler, Jakob: Political culture, in: Rüdiger Wersich (Hrsg.): USA-Lexikon, Berlin 1996, S. 574-576.
- Sebaldt, Martin: Die Thematisierungsfunktion der Opposition, Frankfurt a.M. u.a. 1992.
- Sommer, Stefan: Das große Lexikon des DDR-Alltags, Tb.-Ausg., Berlin 2003.
- Steffani, Winfried: Regierungsmehrheit und Opposition, in: ders. (Hrsg.): Regierungsmehrheit und Opposition in den Staaten der EG, Opladen 1991, S. 11-35.
- Steffani, Winfried: Oppositionskommunikation, in: Otfried Jarren/Ulrich Sarcinelli/Ulrich Saxer (Hrsg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft, Opladen/ Wiesbaden 1998, S. 456-463.
- Steffani, Winfried: Parlamentarische und präsidentielle Demokratie, Opladen 1979.

- Steffani, Winfried: Pluralistische Demokratie, Opladen 1980.
- Steffani, Winfried: Semi-Präsidentialismus: ein eigenständiger Systemtyp? Zur Unterscheidung von Legislative und Parlament, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 26. Jg. 1995, H. 4, S. 621-641.
- Sternberger, Dolf/Gerhard Storz/Wilhelm Emanuel Süskind: Aus dem Wörterbuch des Unmenschen, Düsseldorf 1968.
- Switek, Niko: Ludwig Erhard: Formierte Gesellschaft, in: Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): „Das Wort hat der Herr Bundeskanzler“, Wiesbaden 2002, S. 117-144.
- Thierse, Wolfgang: [Erklärung vor der Bundespressekonferenz], publiziert unter: Staatliche Teilfinanzierung der Parteien für 1999 festgesetzt, Pressemitteilung vom 15.2.2000, im Internet unter:
www.bundestag.de/parlament/praesidium/reden/2000/004.html
- Veen, Hans-Joachim: Opposition im Bundestag, Bonn 1976.
- Vorriink, Cathrin/Antje Walther: Willy Brandt: Visionen, in: Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): „Das Wort hat der Herr Bundeskanzler“, Wiesbaden 2002, S. 171-192.
- Wasser, Hartmut: Parlamentarismuskritik vom Kaiserreich zur Bundesrepublik, Stuttgart 1974.

Massenmediale Bedeutungszuschreibung – Überlegungen zur Berichterstattung über das „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“

Christine Domke

1. Zur Einführung: (Gesellschafts-)Politisches und Medien

„Das Leitbild des Beitrags der Massenmedien zur demokratischen Kommunikation ist eine umfassende und ausgewogene Berichterstattung, Sachlichkeit und gegenseitige Achtung, Wahrheitstreue in Inhalt, Stil und Formen der Wiedergabe sowie eine Präsentationsweise, die allen Bürgerinnen und Bürgern die Teilnahme an der öffentlichen Kommunikation ermöglicht“¹

Diese Zeilen verweisen auf den Auftrag der (öffentlich-rechtlichen) Rundfunkanstalten und Presseorgane, zugleich auf einen (vom Autor selbst angemerkten) idealen Zustand und damit nicht unbedingt auf einen real auszumachenden Zustand der ablaufenden medialen Kommunikationen. Fernab des sicher augenfälligen Potentials für Einlassungen über „Wahrheitstreue“ und „Sachlichkeit“ in der Medienlandschaft liegt ein relevanter Anschlusspunkt in der hier deutlich werdenden Funktion der Massenmedien, Teilnahme und Teilhabe an Kommunikation zu ermöglichen. In der Fokussierung auf Partizipation an gesellschaftsrelevanter Themenbearbeitung liegt ein zentrales Charakteristikum der demokratischen Öffentlichkeit, die sich u.a. dadurch auszeichnet, durch Zur-Verfügung-Stellen von Informationen im öffentlichen Raum dem Bürger ein Bild über (politische) Meinungen zu vermitteln und ihn zur Meinungsbildung zu befähigen.² Die Art der Informationsverbreitung ist demnach alles andere als folgenlos und dies nicht nur in Bezug auf Meinungsbildung und -bilder, sondern allgemeiner in Bezug auf die grundlegende Möglichkeit, das Gesehene, Gelesene oder Gehörte aufzugreifen, es überhaupt zur Verfügung zu haben als durch institutionelle Raster gelaufene Information, die als mediale Einheit offensichtlich über einen gewissen Nachrichtenwert (s.u.) verfügt³ und demnach potentiell wissenswert ist. Massenmedien ermöglichen (und sollen dies tun, s.o.) Anschlusskommunikation – auf der Basis spezifischer Selektionskriterien⁴ und durch Rekurs auf unterschiedliche, sich wechselseitig lesbar machende semiotische Ressourcen wie Sprache und Bilder.⁵ Wie Auswahl aus vielen Informationen und damit Zuschreibung besonderer Merkmale auf wenige Informationen an publizierten Texten herausgearbeitet werden kann, steht nachfolgend im Zentrum: Mit Rekurs auf die Printmedienberichterstattung über das im Mai 2005 eingeweihte „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ soll in diesem Beitrag exemplarisch der Frage nachgegangen werden, zu welchem Zeitpunkt welche Information über dieses in jahrelanger

¹ Meyer (2002), S. 16f.

² Vgl. ebd. S. 22.

³ Vgl. Weingart (2001).

⁴ Vgl. u.a. Luhmann (1996).

⁵ Vgl. u.a. Kress/van Leeuwen (1998), van Leeuwen (2005); Holly (2005a).

Diskussion⁶ vorbereitete Denkmal publiziert wird,⁷ was dem Lesenden in Bezug auf eingangs angeführte Partizipationsmöglichkeiten somit über ein politisch relevantes Thema durch die jeweiligen Artikel „zur Verfügung steht“.⁸

Die Orientierung auf den Verlauf des medialen Berichtens resultiert aus der Spezifik des Denkmals und seiner Geschichte: Erst nach jahrelangen, öffentlichen, kontroversen Auseinandersetzungen um Gedenken und Erinnern in Deutschland fiel die Entscheidung für den überarbeiteten Entwurf des Architekten Peter Eisenman,⁹ dessen Mahnmal bzw. dessen – aus 2711 wellenförmig angelegten Betonstelen bestehender – oberirdischer Teil in besonderer Weise auf die Deutung und Aneignung durch Besucher und die Gesellschaft angewiesen ist bzw. diese verlangt (s.u.). Mit der Einweihung im Mai 2005 ist eine relevante Zäsur gegeben, da neben die Diskussion über das Mahnmal, grundsätzlicher über Erinnern, nun die konkreten Erfahrungen mit dem realen Denkmal treten und sein Verortungsprozess in der Gesellschaft dadurch letztlich (neu) beginnt.

Am Beispiel der Berichterstattung der Süddeutschen Zeitung soll in diesem Beitrag exemplarisch herausgearbeitet werden, welche Informationen über das Holocaust-Mahnmal in einzelnen Artikeln öffentlich „bereitgestellt“ werden, was somit in diesem Bereich öffentlicher Kommunikation über das Denkmal selbst und seine Besucher publiziert wird. Im Zentrum der Analysen (unter 4) stehen Sprache-Bild-Relationen in einzelnen Beiträgen und die Frage, was sprachlich und nicht-sprachlich als sehens- bzw. lesenswert etabliert wird. Ein Exkurs (unter 2) über die jahrelange Diskussion um das Mahnmal spiegelt seine Bedeutung als gesellschaftlich und politisch relevantes Thema und damit zusammenhängende Kontroversen wider. Im theoretisch-methodologischen Abschnitt (unter 3) werden Überlegungen entwickelt, auf deren Basis die Printmedienberichterstattung in ihrer medialen Spezifik als Teil des öffentlich Wahrnehmbaren verortet werden kann. In einem Fazit (unter 5) wird mit Rekurs auf das Vorgegangene ausge-

⁶ Vgl. u.a. Leggewie/Meyer (2005).

⁷ Vgl. Domke/Ohlhus (2007, i. Dr.).

⁸ Die Bezeichnung *Holocaust-Mahnmal* für das „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“, so der offizielle Titel, kann mittlerweile als etabliert, gängig und als lexikalisiert angesehen werden, folgt man in der Definition des Prozesses der Lexikalisierung Eisenberg (2004, S. 215), der als lexikalisiert ein solches Wort fasst, das „zum Wortschatz gehört und als solches bekannt oder ‚usualisiert‘ ist“ (Hervorhebung im Original, C.D.). Wenngleich die begriffliche Varianz auch dem Stil und Aufbau eines Textes geschuldet ist (s.o.), korrespondiert die Beobachtung der Präferenz der Bezeichnung Holocaust-Mahnmal mit den Ausführungen in Leggewie/Meyer (2005), die festhalten, dass sich für das Denkmal „der Kurztitel ‚Holocaust-Mahnmal‘ eingebürgert hat“ (Leggewie/Meyer (2005), S. 10, Hervorhebung im Original, C.D.) und damit auf pragmatische Gründe verweisen. Auch die Analysen in Domke/Ohlhus (2007, i. Dr.) stützen diese Beobachtung: Hier wird die Überlegung zum häufigen Gebrauch der Bezeichnung anhand der Berichterstattung in der Süddeutschen Zeitung quantitativ belegt und qualitativ in Bezug auf unterschiedliche Bezeichnungen wie „Holocaust-Mahnmal“ und „Stelenfeld“ mit Rekurs auf konkrete textliche Kontexte und die jeweilige Relevantsetzung verschiedener Merkmale des Bezeichneten (wie ein offizielles ‚Denkmal‘ zu sein, als ‚Stelenfeld‘ vor allem oberirdisch begehbar zu sein) exemplarisch herausgearbeitet.

⁹ Vgl. u.a. Heimrod et al. (1999).

führt, inwieweit die Berichterstattung Rückschlüsse auf den gesellschaftlichen Aneignungs- und Verortungsprozess des Mahnmals zulässt.

2. Zur Geschichte des Holocaust-Mahnmals

„Es ist ein Ort, an dem jeder, der selbst denkt und fühlt, nicht ungerne sein wird. Kein Zeichen, kein Symbol gibt in dieser rationalen Stadtgeometrie die Interpretation vor, nie wird auf etwas Drittes verwiesen, bis man an den Ort der Information stößt“¹⁰

Bereits in diesen wenigen Zeilen aus einem zum Zeitpunkt der Einweihung des Denkmals im Mai 2005 erschienenen Band zum Holocaust-Mahnmal und deutscher Geschichtspolitik nach 1989 werden besondere Merkmale des Denkmals greifbar, die auf die o.a. Notwendigkeit der Aneignung und Interpretation durch die Besucher und die Gesellschaft verweisen.¹¹ Die erforderliche Deutung durch den Einzelnen resultiert aus der Spezifik der architektonischen Konzeption, die das Ergebnis mehrerer Ausschreibungen und Kooperationen darstellt. Das Mahnmal besteht aus einem oberirdischen, begehbaren, großflächigen Teil, dem *Stelenfeld* (s.u.), das aus 2711 unterschiedlich großen, wellenförmig angelegten Betonstelen besteht, und einem unterirdischen Ort der Information, in dem u.a. Überblickdarstellungen über die Zeit des Nationalsozialismus und die Verfolgung und Ermordung europäischer Juden sowie Einblicke in einzelne Familienbiographien gegeben werden.¹² Das so genannte „Kombinationsmodell“ aus Stelenfeld und Ort der Information, das von 2003-2005 gebaut wurde, ist das Ergebnis der Überarbeitung des vom Architekten Peter Eisenman ursprünglich (zu Beginn mit Richard Serra) viel größer geplanten alleinigen Stelenfeldes um erklärende und historisch einbettende Informationen, die durch einen (als strategisch kritisierten) Vorstoß des ehemaligen Staatsministers für Kultur, Michael Naumann, Bestandteil der Diskussion um das Mahnmal wurden. Mit seiner „offenen Konzeption“ eines Feldes aus unterschiedlich hohen, nicht beschrifteten Stelen verband Eisenman die ausschließliche Möglichkeit der „individuellen Erfahrung“¹³ und keine eindeutige Lesart, sondern eine Interpretation, nach der „das Mahnmal dem Besucher keine Antworten bieten“ soll: „vielmehr soll ihn [den Besucher, C.D.] die abweisende Stille des Ortes selbst zum Sprechen bringen.“¹⁴ Die Entscheidung für „Eisenman plus“¹⁵ wurde im Deutschen Bundestag am 25. Juni 1999

¹⁰ Leggewie/Meyer (2005), S. 308.

¹¹ Sowohl der Titel des Bandes von Leggewie/Meyer (2005): „Ein Ort, an den man gerne geht“ als auch obiges Zitat verweisen auf einen viel diskutierten Ausspruch des ehemaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder, der in einem Interview kurz nach dem Regierungswechsel im Jahr 1998 gesagt hat, er wolle ein Holocaust-Denkmal in einer Dimension, vor dem nicht Furcht empfunden werde, sondern wohin man gerne gehe, „um sich zu erinnern, um sich auseinanderzusetzen.“ ebd., S. 179f.

¹² Vgl. u.a. ebd., S. 304ff.

¹³ Heimrod et al. (1999), S. 882.

¹⁴ Leggewie/Meyer (2005), S. 286.

¹⁵ Vgl. Leggewie/Meyer (2005).

getroffen und ist ein (vorläufiger) Endpunkt einer mehr als eineinhalb Jahrzehnte andauernden öffentlichen Debatte um Erinnern an die Zeit des Nationalsozialismus und die Frage, wie der millionenfachen Ermordung der Juden gedacht werden kann.

Bereits Ende der 1970er Jahre wurde im politischen Diskurs die Errichtung einer „Gedenkstätte“ auf historisch relevantem Boden in Berlin thematisiert; eine vom damaligen Regierenden Bürgermeister Berlins, Richard von Weizsäcker, ausgelobte Ausschreibung im Jahr 1983 endete ohne Votum für eine der eingereichten Arbeiten.¹⁶ In den folgenden Jahren wurde der Diskurs Erinnerungskultur maßgeblich beeinflusst durch Folgen und Auseinandersetzungen im Kontext der Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges und des so genannten „Historikerstreites“¹⁷. Im Jahr 1988 erfolgt die öffentliche Forderung der Publizistin Lea Rosh, ein Mahnmahl für die im Zweiten Weltkrieg ermordeten Juden zu errichten. 1989 wird der „Förderkreis zur Errichtung eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas“ gegründet, der seitdem maßgeblich mit Konzeption und Bau des Holocaust-Mahnmals verbunden ist. 1994 erfolgt im April die Auslobung des künstlerischen Wettbewerbs „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“, die Ausschreibungsunterlagen werden insgesamt über 2600 Mal angefordert, 528 Beiträge gehen ein. 1997 kommt es zu einem neuen Wettbewerb, zu dem die neun Erstplatzierten der vorausgegangenen Ausschreibung und 16 weitere Künstler eingeladen werden. Die letztlich vorliegenden 19 Arbeiten werden in einer öffentlich zugänglichen Ausstellung von Dezember 1997 bis Februar 1998 präsentiert. Die folgenden Monate sind von weiteren Auseinandersetzungen und dem Aufschub der Entscheidung geprägt, die nun nicht mehr vor der Bundestagswahl im Herbst 1998 getroffen wird. Sowohl der Regierungswechsel als auch die viel diskutierte Rede Martin Walsers anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels beeinflussen die weitere Entscheidungsfindung und grundsätzlich die Diskussion über den Umgang mit der deutschen Geschichte. Der mittlerweile zu „Eisenman II“ überarbeitete Entwurf, der ein kleineres Stelenfeld umfasste, steht in den folgenden Monaten als „Eisenman III“ bzw. „Eisenman plus“ zur Wahl und umfasst nun einen Ort der Erinnerung.

Vor der parlamentarischen Entscheidung im Bundestag 1999 gehört zu den zentralen Punkten des bis dahin nicht zu beendenden Entscheidungsprozesses¹⁸ die

¹⁶ Vgl. Heimrod et al.

¹⁷ Vgl. Leggewie/Meyer (2005), Augstein (1991).

¹⁸ Mit der neutral anmutenden Formulierung „nicht zu beendender Entscheidungsprozess“ wird auf die Komplexität und Verwobenheit von im Laufe der Zeit hergestellten Alternativen und Entscheidern rekuriert, die in dem hier zur Verfügung stehenden Rahmen nicht näher ausgeführt werden können. Als Markierung der Komplexität und Kontroverse sei beispielhaft auf den über 1000-seitigen Umfang des unmittelbar nach der Bundestagsentscheidung erschienenen Bandes „Der Denkmalstreit – das Denkmal?“ von Heimrod et al. (1999), der den Prozess seit Ende der 1970er Jahre dokumentiert, sowie Formulierungen wie „das immer umstrittene und bis zuletzt umkämpfte Denkmal“ und „den erbitterten Streit“ in Leggewie/Meyer (2005), S. 9f, hingewiesen.

Frage nach der Gestaltung des Mahnmals (Akzeptanz von Eisenman II oder Eisenman III, Einschluss eines Ortes der Erinnerung) und nach der Widmung des Denkmals (den ermordeten Juden oder allen Opfern des Nationalsozialismus). Auch die eindeutige Ablehnung des Mahnmals, einhergehend mit Auseinandersetzungen über „Auschwitz als Gründungsmythos“ der Bundesrepublik Deutschland,¹⁹ war kontinuierlich ein Gegenstand der Diskussionen und auch der entscheidenden Bundestagssitzung. Ebenso wurden noch andere Entwürfe bis in das parlamentarische Verfahren hinein favorisiert, das mit Bezug auf die hier nur skizzierten Abschnitte der Geschichte des Holocaust-Mahnmals im Rückblick als „einziges geeignet“ erscheint, „den nicht enden wollenden Meinungsstreit abzuschließen und nachhaltig für Akzeptanz zu sorgen.“²⁰

3. Zur Spezifik der Printmedienberichte als Teil öffentlicher Kommunikation

Der gerade erfolgte Überblick über einige Daten und Beteiligte an der bis zum Mai 2005 andauernden 16-jährigen Fortschreibung eines geschichtspolitischen Prozesses vermag die Vielschichtigkeit der Ereignisse und Komplexität der Entscheidungen bis hin zur Einweihung des Denkmals bereits zu verdeutlichen. Die oben aufgeführten Hinweise auf gesellschaftlich relevante „Zäsuren“ in dieser Zeit, die das öffentliche Gespräch, Vergangenheitsbewältigung und Geschichtspolitik in Deutschland nachhaltig prägten,²¹ wie der „Historikerstreit“²², die „Walser-Bubis-Debatte“²³ und die „Goldhagen-Debatte“²⁴, verweisen zudem auf unterschiedliche Kommunikationsformen, die sich als konstitutive Orte des Meinungsaustausches und der Meinungsbildung erweisen. In politischen Gremien, Diskussionsveranstaltungen sowie Treffen mit Politikern, Künstlern und Vertretern von Interessenverbänden fand „Entscheidungskommunikation“ statt, in der jeweils mit unterschiedlichen Kompetenzen und politischen Befugnissen Alternativen be- und erarbeitet wurden sowie „Ergebnisse“ hervorgebracht wurden, die nachfolgend als Anknüpfungsmöglichkeit zur Verfügung standen.²⁵

¹⁹ Vgl. u.a. Leggewie/Meyer (2005), S. 224ff.

²⁰ Ebd., S. 210.

²¹ Vgl. Leggewie/Meyer (2005).

²² Vgl. u.a. Wehler (1988); Augstein (1991).

²³ Vgl. u.a. Schirrmacher (1999).

²⁴ Vgl. u.a. Schoeps (1996); DIE ZEIT (1996).

²⁵ Zur Spezifik von Entscheidungskommunikation, der Herstellung von Alternativen und der Zuschreibung von Anknüpfungsmöglichkeiten auf Entscheider in organisationalen Abläufen siehe Domke (2006): Hier wird auf der Basis von Systemtheorie und Konversationsanalyse für organisationale Besprechungen ein Analyserahmen entwickelt, der die Konstruktion von zur Wahl stehenden Möglichkeiten, das Aufschieben von Entscheidungen und die Notwendigkeit einer Person, die für den Prozess als Entscheider gilt, empirisch fundiert an aufgezeichneten Besprechungen untersucht und damit nachgezeichnet, was konstitutiv ist für jedwede Form von Entscheidungsprozessen. In Bezug auf die langjährige Entscheidungskommunikation zum „Holocaust-Mahnmal“ (s. u.) sei festgehalten, dass die oben aufgeführten Vielzahl an Positionen zu einem nicht öffentlich zu beendenden Entschei-

Die Relevanz massenmedialer Veröffentlichungen in diesem Zusammenhang lässt sich mit der grundsätzlichen Funktion der Massenmedien für die Erreichbarkeit von Wissenswertem (s. u.) verbinden, die Teilhabe an öffentlicher Kommunikation in dem eingangs diskutierten Sinn ermöglicht. Hier erlangen die klassische Berichterstattung über Ereignisse und Kommentare über Entscheidungsprozesse ihre Relevanz, da an das Gelesene und Gesehene angeknüpft werden kann. Luhmanns viel zitiertes Diktum, dass wir das, was wir wissen, aus den Massenmedien wissen,²⁶ stellt diese zentrale Bedeutung der Verbreitung von etwas an viele heraus.²⁷

Neben der fundamentalen Relevanz der Massenmedien für den Zugang zu „Wissen“²⁸ und der Ausdifferenzierung der Gesellschaft,²⁹ ist auf die massenmediale Selektion von Informationen zu verweisen. Die relevante Leitfrage: Was gilt als Nachricht? ist in Bezug auf das Medium der Veröffentlichung zu differenzieren (z.B. nach überregionalen Tageszeitungen, der yellow press) und lässt sich grundlegend über Ausführungen zu Nachrichtenwerten fassen: Auf der Basis von Nachrichtenfaktoren wie Aktualität, Personalisierung oder Lokalbezug erhält eine Information ihren Nachrichtenwert,³⁰ der somit die oben aufgeführten Selektion steuert und zu einer massenmedieninternen Gewichtung von Wissenswertem führt. Die damit einhergehende Annahme, dass nicht von „objektiven Eigenschaften“ eines Geschehens, sondern je nach inhaltlicher Präferenz eines Mediums von sprachlicher und bildlicher (Re-)Produktion einer Information als Nachricht aus-

dungsprozess über ein Denkmal führte, der *nur* durch eine – in dieser Form zunächst lange nicht gewollte bzw. gewünschte – *politische Entscheidung* im Bundestag beendet werden konnte, der dadurch zum legitimierten Entscheider wurde, was Leggewie/Meyer (2005), S. 210 wie folgt begründen: „Es musste und durfte nur der Deutsche Bundestags eine Entscheidung herbeiführen, die zugleich effektiv und legitim ist. Sollte man der einsamen Entscheidung der Exekutive vertrauen und kulturpolitisch in eine Monarchie zurückfallen? Sollte man ein Projekt dieser Größe und Tragweite einem Verein spleeniger Privatleute überlassen? [...] Legitimation erzeugt allein ein parlamentarisches Abstimmungsverfahren“.

²⁶ Vgl. Luhmann (1996), S. 9.

²⁷ Im Zusammenhang mit den so genannten „Neuen Medien“ wird vor allem das in der zeitnahen Informationsverbreitung und in der weltweiten, relativ kostengünstigen Zugänglichkeit liegende Potential des Internets in Bezug auf demokratisierende Prozesse diskutiert (vgl. u.a. Bucher (2005)), das z.B. für Weblogs in Kriegs- und Krisenzeiten wie dem Irak-Krieg oder der Tsunami-Katastrophe herausgearbeitet wurde (vgl. Endres (2005)). Die Generierung des so genannten „Graswurzel-Journalismus“ und von Gegenöffentlichkeiten wird vor allem im blogspezifischen Potential gesehen, da in den Blogs fernab der klassischen Berichterstattung durch etablierte Massenmedien von unabhängiger Seite unmittelbar Nachrichten publiziert werden, die erst danach interaktiv durch Bezugnahme und Verlinken verifiziert werden und aufgrund besonderer technischer Rahmenbedingungen sowohl die anonyme Verbreitung von etwas an viele als auch individuelle und interaktive Züge und Reaktionen von Einzelnen ermöglichen, was als spezifische Form der Teilhabe an gesellschaftlichen Diskursen diskutiert wird (u.a. in Fraas/Barzok (2006), zu der Instrumentalisierung dieser Merkmale der Blogs im Wahlkampf siehe Domke (2007), i. Dr.).

²⁸ Vgl. Wormer (2006).

²⁹ Vgl. Luhmann (1997).

³⁰ Vgl. Weingart (2001).

gegangen werden muss, ist zudem mit Themensetzungen einzelner Medien zu verbinden: Die Etablierung von etwas z. B. als Aufmacher (s. u.) beruht auf der Konstruktion eines markierten Nachrichtenwertes und führt zu der „Ausflagung“ als besonders wissenswert. Hier wird die Eigendynamik der Massenmedien deutlich, deren Relevantsetzungen die öffentliche Kommunikation nachhaltig prägen und beeinflussen kann, wie es zum Beispiel für die oben aufgeführte „Goldhagen-Debatte“ festgehalten wurde.³¹

Massenmedien, dergestalt mit konstitutiven Merkmalen umrissen, sind offensichtlich ein zentraler Ort der öffentlich wahrnehmbaren Kommunikation und sind zudem in Bezug auf die zeitlich begrenzte Berichterstattung zum „Holocaust-Mahnmal“ in ihrer Besonderheit zu verorten. Mit Rekurs auf die Arbeiten Michel Foucaults³² und deren Rezeption in sprachwissenschaftlich orientierter Forschung kann die Entwicklung von der Etablierung des Themas Mahnmal bis über die Einweihung des fertig gestellten Denkmals hinaus als Diskurs verstanden werden, in dem die Generierung von aufeinander bezogenen Aussagen zur Ausbildung von Bedingungen nachfolgender Beiträge führt und als gesellschaftlich relevanter Wissenskonstitutionsprozess angesehen werden kann.³³ Der umfassende Diskurs „Holocaust-Mahnmal“ manifestiert sich in öffentlich zugänglichen, konkreten Texten, die durch inhaltliche Bezüge zu dem Thema verbunden sind.³⁴

Die Berichterstattung in einer überregionalen Zeitung von 2004-2006 lässt sich aus dieser Perspektive als zeitlich begrenzter Teil-Diskurs verstehen,³⁵ der durch die intertextuellen Zusammenhänge der einzelnen Beiträge in der Hervorbringung und Verknüpfung von Wissenselementen als Teil-Diskurs in diesem gesellschaftlich relevanten Medium generiert wird. Fassbar werden (Teil-)Diskurse nur in konkreten, nach dem jeweiligen Forschungsinteresse erstellten Textkorpora, deren Analyse die diskurskonstitutiven Verbindungen der einzelnen Texte herauszuarbeiten und damit den Diskurs *als* Diskurs letztlich plausibel nachzuzeichnen hat.³⁶ Für die diskursspezifische, sukzessive Etablierung von Wissenselementen und damit von spezifischen Möglichkeiten des Anschlusses (durch u. a. Bedingungen, Regelmäßigkeiten oder Erwartungen, die mit dem zuvor Veröffentlichtem einhergehen) ist das u. a. von Konderding beschriebene Merkmal der „öffent-

³¹ Vgl. Weingart/Pansegrau (1998).

³² Foucault (u.a. 2000).

³³ Vgl. Fraas (1996); Busse/Teubert (1994).

³⁴ Vgl. Busse/Teubert (1994), S. 14: „Zu einem Diskurs gehören alle Texte, die sich mit einem als Forschungsgegenstand gewählten Gegenstand, Thema, Wissenskomplex oder Konzept befassen“.

³⁵ Vgl. Domke/Ohlhus (2007, i. Dr.).

³⁶ Siehe zu dieser Wechselseitigkeit von Diskurskonstitution und -analyse Busse/Teubert (1994) S. 17: „Gleichzeitig mit der Konstitution der Einheit des als Untersuchungsgegenstand gewählten konkreten Textkorpus ist der semantische Zusammenhang des Diskurses zu rekonstruieren, der den Grund für diese Wahl abgibt. Er muß durch den Aufweis von inhaltlichen und strukturellen Eigenschaften plausibel gemacht werden, die den zugehörigen Texten gemeinsam sind“.

lichen Zugänglichkeit“ dieser Texte konstitutiv,³⁷ wird dadurch doch die gesellschaftliche Dimension der Wissenskonstitutionsprozesse deutlich, die u. a. in der Erreichbarkeit und Verbreitung der Texte liegt.

Die Analyse der fortlaufenden Berichterstattung einer überregionalen Zeitung hat, den bisherigen Überlegungen folgend, die Spezifik dieses Teil-Diskurses zu berücksichtigen, um das Veröffentlichte als potentiell Wissenswertes genau erfassen zu können. Einhergehend mit der eingangs diskutierten Frage nach Möglichkeiten der Teilhabe an politischer bzw. öffentlicher Kommunikation durch mediale Texte ist dabei die Besonderheit der semiotischen Ressourcen des Korpus zu berücksichtigen: Zweifelsohne kann bereits allein auf sprachlicher Ebene ein Prozess der fortlaufenden (semantischen) Deutung und Verortung des Holocaust-Mahnmals herausgearbeitet werden, was durch Analysen z. B. von Wortbildungskonstruktionen, die primär vor Mai 2005 auf gestalterische Aspekte (Stelenwald, Stelenfeld, Eisenman-Mahnmal), nach der Denkmaleröffnung verstärkt auf Spezifika des Besuchs des Mahnmals verweisen (Stelen-Springer, Stelenlabyrinth), deutlich wird.³⁸ Die mediale Zuschreibung von Bedeutung ist in Bezug auf Printmedientexte jedoch nur durch eine alle eingesetzten semiotischen Ressourcen berücksichtigende Analyse zu erfassen: Texte sind deswegen als Gesamt aller wahrnehmbaren Zeichen zu verstehen, was Sprache-Bild-Beziehungen in den Fokus der Untersuchung der Printmedienberichterstattung rückt.³⁹

Diese Sichtweise korrespondiert mit einem weiten bzw. multimodalen Textbegriff,⁴⁰ der in jüngster Zeit zunehmend gefordert wird, um den „logozentristischen Stolz“ der Linguistik zu überwinden und Bilder als textkonstitutiv analysieren zu können.⁴¹ Bilder als eigenständige Textteile können so zum Gegenstand (text-)linguistischer Untersuchungen werden,⁴² in denen jeweils exklusive Eigenschaften von Sprache und Bild und ihre spezifischen, ergänzenden Leistungen diskutiert werden⁴³ sowie die wechselseitige Lesbarmachung des jeweils anderen Zeichensystems herausgearbeitet wird.⁴⁴

³⁷ Vgl. Konerding (2005).

³⁸ Vgl. Domke/Ohlhus (2007, i. Dr.).

³⁹ Stöckl (2004) S. 243f. diskutiert die noch oftmals lesbare Bezeichnung „Bild-Text-Beziehung“, bei der er die textkonstitutive Verbindung zweier oder mehrerer Zeichensysteme vermisst. Er verwendet stattdessen die Bezeichnung „Sprache-Bild-Bezüge“ und betont, „dass der Gesamttext, in den Sprach- und Bildzeichen eingebunden sind, in Produktion und Rezeption erst zustande kommt, wenn beide Codesysteme in einer Synthese integriert werden“. Wenngleich Schmitz explizit für „Bildung fürs Bild“ plädiert und zuvor das Bild und seine Leistung als zentralen Bestandteil neuerer Texte herausarbeitet, spricht er doch von „Text-Bild-Metamorphosen“ und damit nicht von dem von u.a. Stöckl (2004) und Fix (2001) fokussierten Gesamt; vgl. Schmitz (2003), S. 258f.

⁴⁰ Vgl. Fix (2001).

⁴¹ Vgl. Stöckl (2004a), S. 102ff.

⁴² Vgl. u.a. Fix (2003).

⁴³ Vgl. u.a. Stöckl (2004a); Stöckl (2004b), Schmitz (2003).

⁴⁴ Vgl. u.a. Holly (2005a); Holly (2006).

Sprach- und Bild-Teile der Printtexte müssen für die Frage nach der Deutung und Verortung des Holocaust-Mahnmals demnach gleichermaßen berücksichtigt werden, darüber hinaus gilt es mit Rekurs auf oben aufgeführte Überlegungen zu Nachrichtenwerten auch die spezifische Platzierung in den Printmedien zu berücksichtigen, da die Bedeutung einer Nachricht auch durch ihre Verortung im Printmedium (s.u.) angezeigt wird.⁴⁵ In Bezug auf die sukzessive erfolgende Fortschreibung des skizzierten Teil-Diskurses, der hier anhand der Berichterstattung in der Süddeutschen Zeitung (nachfolgend SZ) exemplarisch nachgezeichnet wird, wird nun relevant, was zu welchem Zeitpunkt dem Lesenden als Anknüpfungspunkt zur Verfügung steht. Versteht man mit Konerding einen einzelnen Beitrag dieses Teil-Diskurses als „einen längeren, konzeptionell schriftsprachlich realisierten Beitrag (Turn) zu einem thematisch gebundenen, aber situativ und zeitlich weitgehend unbeschränkten öffentlichen 'Gespräch'“⁴⁶, kann die Einweihung des Mahnmals am 10. Mai 2005 als relevante Zäsur in diesem Gespräch gesehen werden, die fragen lässt, was nun, da die Möglichkeit des Besuchs des Denkmals gegeben ist, Nachrichtenwert erhält.

4. Von der Einweihung des Mahnmals zum „Freizeitspaß im Stelenwald“⁴⁷

4.1 Das Denkmal als Denkmal in Deutschland

In mehr als 100 Beiträgen der Süddeutschen Zeitung, die die Grundlage für die hier vorgestellten Überlegungen bilden, wird zwischen April 2004 und Januar 2006 auf das Denkmal in unterschiedlichen Zusammenhängen Bezug genommen; die gewählte Zeitspanne umfasst die letzte Bauphase und einige Monate nach der Einweihung des Mahnmals. Die gerade diskutierte Relevanz von Sprache-Bild-Beziehungen in der Analyse der Berichterstattung ist in Relation zur Chronologie des Diskurses zu setzen: Neun der 17 im Korpus vorhandenen Photographien erscheinen im Mai 2005, somit unmittelbar vor und nach der Einweihung. Diese augenfällige Konzentration ist – fernab möglicher redaktioneller Einflussgrößen – zum einen natürlich mit dem zu diesem Zeitpunkt (nahezu) abgeschlossenen Denkmalbau zu verbinden, der es ermöglicht, das Fertiggestellte und nicht nur Baugelände „abzubilden“, zum anderen mit der durch die Einweihung eintretenden Notwendigkeit, das nun für die Öffentlichkeit zugängliche und gesellschaftlich zu verortende Denkmal auch bildlich, gleichsam als reales zu präsentieren und dabei verschiedene Merkmale einzuführen (s.u.). Die unbewegten Bildern zugeschriebenen Charakteristika, in Relation zur Sprache primär „konkret“ sein zu können, leichter memorisierbar und schnell simultan rezipierbar sowie informations- und konnotationsreich⁴⁸ sind in Analysen grundsätzlich im Zusammen-

⁴⁵ Vgl. Kress/van Leeuwen (1998).

⁴⁶ Konerding (2005), S. 10.

⁴⁷ Das Zitat entstammt der Überschrift eines Artikels in der SZ am 19. Mai 2005, somit einige Tage nach der Einweihung des Denkmals, auf den nachfolgend noch eingegangen wird.

⁴⁸ Vgl. Stöckl (2004a), S. 107.

hang mit den sprachlichen Zeichen herauszuarbeiten⁴⁹ und korrespondieren sowohl mit der gerade erwähnten, im Mai gegebenen Möglichkeit als auch mit der sich dann ergebenden Notwendigkeit, das fertig gestellte Mahnmahl bildlich zu zeigen: So wird am Tag nach der Einweihung des „Denkmals für die ermordeten Juden Europas“ sprachlich ausgeführt und bildlich konkretisiert, was zu diesem Signifikanten gehört.⁵⁰

Der Bericht über die Eröffnung ist der Aufmacher der SZ auf Seite 1 am 11. Mai und markiert allein durch die vierspaltige Breite und die über die gesamte obere Hälfte hinausreichende Größe besonderen Nachrichtenwert (siehe Abbildung 1). Ein mehr als dreieinhalbspaltiges Foto direkt unter dem Zeitungskopf fungiert als Blickfang über dem Seitenknick. Es zeigt aus Vogelperspektive den oberirdischen Teil des Denkmals, das begehbare Stelenfeld, und lenkt den Blick des Betrachtenden auf den im rechten, hinteren Bildteil zu sehenden Deutschen Reichstag mit Flaggen als erkennbaren Staatssymbolen. In der neben dem Bild stehenden Unterzeile wird das Sichtbare als „ein begehbare Feld mit 2711 Betonstelen und einem ‚unterirdischen Ort der Information‘“ eingeführt, somit sprachlich identifiziert, was bildlich wahrnehmbar ist, und damit zugleich die gestalterische Zweiteilung des Denkmals formuliert. Mit der zudem in der Unterzeile lesbaren Funktion des Denkmals, „an die Ermordung von sechs Millionen Juden durch Deutsche“ zu erinnern, erhält das in dieser Bildunterschrift als Holocaust-Mahnmal Bezeichnete seine Widmung und damit sprachlich die Aufgabe, die die sichtbaren Betonstelen in Eisenmans offener Konzeption (s. o.) nicht-sprachlich nicht mitzuteilen in der Lage wären. Mit der unter dem Foto lesbaren Oberzeile „Bundestagspräsident eröffnet Holocaust-Mahnstätte in Berlin“ wird der Bericht zur Vorstellung des neu Gebauten, dessen Geschichte im Fließtext skizziert wird. Mit der optisch hervorgehobenen Schlagzeile „Das Denkmal wird Anstoß bleiben“ wird der damalige Bundestagspräsident Thierse zitiert und damit auf markierte Weise sprachlich auf die vorangegangenen Kontroversen rekurriert, deren Fortführung erwartbar erscheint.

⁴⁹ Das Wechselspiel von Sprache und Bildern in Analysen herauszuarbeiten, wird in jüngster Zeit zunehmend gefordert. Holly (2005a), S. 350f erfasst dies mit Rekurs auf Jägers Überlegungen zu Transkriptivität (Jäger (2005)) und in Bezug auf audiovisuelle Daten als reißverschlussartiges Verfahren: „Neue Themen werden abwechselnd auf der Bild- oder Sprachebene zunächst als Präskripte angerissen und dann im jeweils anderen Kode oder Modus zu Skripten gedeutet und umgedeutet, und der neue Bedeutungskomplex wird [...] weitergedeutet und damit noch einmal anders lesbar gemacht“. Schmitz (2003), S. 254 attestiert der Differenz zwischen Sprache und Bild grundsätzlich „produktive Energie“ und führt aus: „beide sind verschieden und doch aufeinander angewiesen. Keines schmarotzt beim anderen, erdrückt oder ergänzt es; beide stehen vielmehr in symbiotisch produktiver Spannung“ (2003), S. 255.

⁵⁰ Vgl. Domke /Ohlhus (2007, i. Dr.).

nicht. Der
sims Wei-
rbei. Man
regen mä-
schafft, er
sin. Wenn
st-Mahn-
, nach der
an-Läby-
sehen, ein
und das
resuchen.
fen, anno
s Helden,
Meter ist
feter grö-
n „in ste-
ttrolle in
Nichterfü-
Figuren,
chnet. Ek-
eier. Und
les fehlt:
gerade für
in dürfte,
sginnend,
n steiner-
it sind die
führt der
gin Luise
ien Stern,
ler größer
röder zu-
l. auf dem
(hochge-
ei E.T.A.
g). Dieser
dann bei
enschwe-
nit Blick-
ger sehen
lenkt der
alden und
und zwar
z. wurde



Bundestagspräsident eröffnet Holocaust-Mahnstätte in Berlin

„Das Denkmal wird Anstoß bleiben“

Thiersee: Das Stelenfeld und der Ort der Information ermöglichen es, sich dem Unbegreiflichen zu stellen

Berlin - Das Holocaust-Mahnmal ist 60 Jahre nach dem Krieg und nach langem Streit am Dienstag in Berlin eröffnet worden. Bundestagspräsident

lichste der Verbrechen Nazi-Deutschlands, an den Versuch, ein ganzes Volk zu vernichten“. Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul

Ein begehbares Feld mit 2711 Betonstelen und einem unterirdischen „Ort der Information“ in der Mitte Berlins: Das Holocaust-Mahnmal erinnert an die Ermordung von sechs Millionen Juden durch Deutsche. Bundestagspräsident Wolfgang Thiersee sagte bei der Eröffnung, das Mahmal sei kein „steinerer Schlusspunkt“ des öffentlichen Umgangs mit der Nazi-Geschichte. Der amerikanische Architekt Peter Eisenman sagte: „Es ist mir eine Ehre, das Denkmal dem deutschen Volk zu übergeben.“ Foto: Reuters

Interview

Alb sein in

München (6 Fest hat d und Rüstun nen Mann l mer gewus was nicht. I batte um de teilen Spe rend der Ne getaucht si Nürnberg) zwar schul Detailkenn richtung ge gewesen, ds tationslag gen Tagen Susanne W die Speer z belegen, da Auschwitz trug den N: den Freund teiler in der

Busl als De

Tiflis (dpa) pareise ha Bush den i Georgien a digt. In ein ten Mensch die friedlic Sturz von i nadse führt Saakschw sagte dem L an die Nato

Abbildung 1: SZ 11.05.2005, S. 1.

Wissenswert sind in dem gesamten Beitrag, wie bereits an diesen wenigen Textauszügen stellvertretend herausgearbeitet, vor allem die Funktion, der Bau und die Geschichte des Denkmals. Merkmale wie die Begehbarkeit, Größe und Konzeption des Bauwerks werden nur aus Distanz als Fakten etabliert und das bereits angeführte subjektive Erleben des Mahnmals, das durch die offene, oberirdische Konzeption zur notwendigen Aufgabe für seine Besucher wird, angedeutet. Ein Zitat Thiereses, das unter der Überschrift in der Unterzeile sichtbar ist, verweist lediglich in spezifischer Weise darauf: „Thiersee: Das Stelenfeld und der Ort der Information ermöglichen es, sich dem Unbegreiflichen zu stellen“. Hier wird, nach dem Korrelates in der nachgestellten Infinitivkonstruktion mit Reflexivpronomen neutral und allgemein angeschlossen, auf die durch das zweigeteilte Mahnmal mögliche Erfahrung der Auseinandersetzung mit der Judenvernichtung rekurriert, dabei jedoch die intellektuelle, geistige Reflexion relevant gesetzt und nicht etwa der konkrete, physische Gang durch das Stelenfeld.⁵¹ Bildlich wird vor

⁵¹ Dieser Aspekt der Räumlichkeit und damit der unmittelbar zu erlebenden Materialität des Stelenfeldes wird an demselben Tag in einem Bericht auf Seite 3 der SZ, in dem die Eröffnungsfeier ausführlicher mit den wichtigsten Rednern und Gästen nachgezeichnet wird, wahrnehmbarer, wenngleich aus einem gewissen Abstand angedeutet. So wird in der optisch markierten Überschrift „In einem Feld voller Stolpersteine“ durch die Präpositionalphrase konkreter auf die Möglichkeit des Begehens des Stelenfeldes verwiesen und durch die Bezeichnung Stolpersteine, die an die gleichnamigen Erinnerungssteine für deportierte oder ermordete Juden auf Gehwegen in vielen deutschen Städten erinnert, dieser Gang zu einer fortwährenden, wachrückelnden Mahnung. Die darüber stehende Oberzeile „Berlin: Eröffnung

allem die Größe des Stelenfeldes und die Relation zu Staatssymbolen (Reichstag, Flaggen) sichtbar, was sprachlich ausgeführt wird (2711 Betonstelen, Berlin u.a.) und durch Bezug auf Vorangegangenes in diesem Diskurs zeitlich verortet wird. Zur Nachricht wird das Mahnmal in diesem Beitrag durch seine Funktion, ein besonderes, nicht unumstrittenes, gerade eröffnetes Denkmal in und für Deutschland zu sein. Seine kontrovers diskutierte Konzeption (seine Offenheit, seine Zweigeteiltheit) wird aus einer Beobachterperspektive vorgestellt, die Notwendigkeit der subjektiven, auch physischen Erkundung und Aneignung werden nur angedeutet und stehen nicht im Zentrum. Von Interesse ist nun, was der Lesende in anschließenden Zügen dieses öffentlichen Gesprächs erfährt und ob und wie sich die notwendige Deutung des Mahnmals (durch seine Besucher) herausarbeiten lässt.

4.2 „Fast ein neuer Volkssport: Stelen-Hüpfen“⁵²

Zu den Kritikpunkten an Eisenmans Konzeption gehörte, dass das zunächst nur geplante oberirdische Stelenfeld nicht auf die Täter hinweise und in seiner Offenheit der historischen Dimension des Holocaust nicht gerecht werde. Allein der hinzugefügte Ort der Information könne diese Rahmung leisten (u. a. SZ, 11.05.2005). Die Notwendigkeit der Deutung des Mahnmals wird vor allem mit dem oberirdischen Stelenfeld verbunden (s.o.), das dem Besucher keine eindeutige Lesart anbietet, sondern ihn vielmehr zur Benutzung auffordert, was „Gefühle der Vereinzelung“ sowie eine „verstörende Wirkung“⁵³ einschließt. Den umstrittenen Handlungsoptionen und den Funktionen, die sich auf das großflächige Stelenfeld bezogen, steht der *Ort der Information* in seiner expliziter beschreibbaren Aufgabe, in der Bezeichnung selbst benannt, und in seiner unterirdisch konzeptu-

der Holocaust-Mahnmal“ verstärkt die Referenz auf das Stelenfeld und verortet das erwähnte Feld. Zugleich ermöglicht die Überschrift in metaphorischer Lesart den Bezug auf das historisch-inhaltliche „Feld“: den gesamten Diskurs Holocaust-Mahnmal und die Erinnerungskultur in Deutschland, von dem die Eröffnung und bisherige und folgende Diskussionen Teile darstellen. Die Unterzeile „Die Annäherung an das Unfassbare mit Worten und Stelen“ scheint diese Lesart wenigstens rückbezüglich aufzurufen. Bildlich wird in diesem Beitrag das konkrete physische Erleben im Stelenfeld durch ein aus schräger Perspektive aufgenommenes Bild Thierses und des Bundespräsidenten Horst Köhler demonstriert. Von den beiden repräsentativen Besuchern ist jedoch kaum mehr als ihr Haupt zu sehen, was weniger auf die Möglichkeit des subjektiven Begehens des „offenen“, großflächigen Stelenfeldes verweist, sondern eher die (bedrückende) Größe der Stelen in nahezu geschlossenem Raum betont. In der Bildunterzeile wird mit „Die Auseinandersetzung mit dem Denkmal beginnt erst“ durch nachfolgende Nennung der beiden im Bild sichtbaren Besucher die notwendige und nun erst mögliche Deutung und Verortung durch die Erfahrung in und mit dem realen Mahnmal als Folgeentwicklung verkündet. Durch die politische Bedeutung der sichtbaren Personen wird zugleich die Relevanz des Mahnmals für Deutschland wahrnehmbar; nicht der einzelne Besucher wird hier vor die Aufgabe der Auseinandersetzung gestellt, sondern die Gesellschaft und der Staat.

⁵² Das Zitat entstammt einem Text der SZ, der am 19. Mai 2005 erschienen ist und noch aufgegriffen wird.

⁵³ Leggewie/Meyer (2005).

alisierten Abgeschlossenheit gegenüber. Der Umgang mit dem Mahnmal und die dadurch erfolgende Verortung in der Gesellschaft tragen somit auch zu der Deutung der spezifischen Zweigeteiltheit des Bauwerks bei und lassen auch in der Analyse der Berichterstattung nach der Relation beider Orte fragen.

Zwei Tage nach der Eröffnung berichtet ein Artikel in der SZ auf Seite 6 im politischen Buch über den am Tag zuvor erstmals möglichen Besuch des Denkmals durch die Öffentlichkeit. Der Text beinhaltet kein Bild und ist als dreispaltiger Aufsatz am rechten Seitenrand von mittlerer Länge. Unter der Überschrift „Im Stelenwald versteckt“ und der Unterzeile „Hunderte Menschen auf den labyrinthischen Wegen des Holocaust-Mahnmals“ wird über erste Besuche informiert. Deren Schilderung wird eingeleitet durch eine herrschende „merkwürdige Atmosphäre“, die Menschen werden als „schweigsam und mit bedrückten Gesichtern“ beschrieben. Folgend wird sowohl von der Beobachtung dreier älterer Frauen berichtet, „die zwischen den Stelen wie im Labyrinth offensichtlich Verstecken spielen“ und dabei „laut auflachen“, als auch im Zitat namentlich genannter Besucher vom „beängstigenden Gefühl von Bedrückung und Verlorenheit“ sowie von der Beurteilung des Mahnmals als „ästhetisches Kunstwerk“ geschrieben. Die bereits in diesen Zitaten wahrnehmbar werdende Unentschiedenheit und Ambivalenz der seitens der SZ beobachteten und zum Ausdruck gebrachten Besucherempfindungen und -handlungen findet sich auch in Überschrift und Unterzeile: In ersterer wird durch die Kompositabildung mit *wald* konträr zur artifiziellen *Stele* eine Natürlichkeit des Begehbaren evoziert, die zudem durch das Partizip „versteckt“ betont Assoziationen zu privatem Erleben in großräumiger Natur weckt. Scheint hier in spezifischer Weise eine Leichtigkeit des Verschwindens angedeutet, unterstreicht die Unterzeile durch die „labyrinthischen Wege“ Orientierungslosigkeit und schwierige Suche mit verschiedenen, nicht vorgegebenen Möglichkeiten, was mit der Aussage der oben angeführten Textzitate korrespondiert. Diese Überlegungen beziehen sich allein auf das oberirdische Stelenfeld, das in diesem Bericht mehrfach explizit genannt wird und auf das durch „das Denkmal für die ermordeten Juden Europas zu erkunden“ und „das Denkmal durchstreifen“ auch totum pro parte durch die offizielle und neutrale Bezeichnung referiert wird.⁵⁴ Der unterirdische Ort der Information wird nur im letzten Drittel des Textes explizit erwähnt und anhand der an diesem ersten Besuchstag davor sichtbaren Warteschlange sowie der maximalen Besucherzahl von 250 Personen eingeführt, was aufgrund des immensen Andrangs bereits an diesem ersten Tag Schließungen wegen Überfüllung zur Folge hat. Charakterisiert wird dieser Teil des Denkmals durch eine „fast andächtige Stille“, „betroffene“ Besucher, die „schweigsam“ hinausgehen und in diesen Attributen in einem starken Kontrast stehen zu dem „Trubel“ oben, der von einer Besucherin als zu viel empfunden beschrieben wird und einen erneuten, abendlichen Besuch ankündigen lässt.

Die Zweigeteiltheit des gerade eröffneten Denkmals wird in diesem Beitrag vom 13. Mai durch ungleiche Bezugnahme markiert: Auf den unterirdischen Ort der

⁵⁴ Vgl. Domke/Ohlhus (2007, i. Dr.).

Information wird weder in der Überschrift noch in den ersten zwei Dritteln des Textes verwiesen, sondern allein zum Schluss. In Bezug auf die zentrale Frage des vorliegenden Beitrages, was wir aus der Berichterstattung über das Denkmal und seine Verortung erfahren, sei an dieser Stelle festgehalten: Die in der SZ am 11. Mai in einer Unterzeile angekündigte Auseinandersetzung mit dem Denkmal (siehe 4.1) wird in dem Bericht am 13. Mai auf sprachlicher (durch den metaphorischen Stil und Neologismen) und textlicher Ebene (Länge und Ambivalenz der Schilderung) nur in Bezug auf das oberirdische Stelenfeld geführt, dessen erster Besuch durch die Öffentlichkeit als durch sehr unterschiedlichen Umgang und auseinander gehende Bewertungen gekennzeichnet geschildert wird. Dem Besuch des Ortes der Information werden eindeutige Attribute zugeschrieben, die keine Varianz in der Bewertung zum Ausdruck bringen: Der Umgang mit diesem Ort ist nicht Anlass zum Berichten.

Einen Tag später, am 14. Mai, findet sich auf der Seite 1 der SZ an prominenter Stelle über dem Seitenknick eine eindeutige Bezugnahme auf den Aneignungsprozess des Denkmals durch die Besucher.⁵⁵ Unter der Überschrift „Stelen-Springer“ ist ein dreispaltiges Foto zu sehen, das mit einer zweizeiligen Unterzeile versehen ist; der Text ist durch Linienrahmung von dem Aufmacher des Tages getrennt und somit als Fotounterzeile ohne weiteren Schrifttext erkennbar.

Das Bild fängt den Blick des Betrachtenden auf Seite 1 und markiert durch seine spezifische Platzierung und Größe, zudem durch die inhaltliche Nicht-Gebundenheit an den Aufmacher über Russlands Tilgung von Auslandsschulden, die Bedeutsamkeit des Sichtbaren. Unabhängig von den redaktionellen Gründen für diese Veröffentlichung erhält das, was dem Signifikanten „Stelen-Springer“ zugeordnet wird, besonderen Nachrichtenwert (siehe Abschnitt 3). Die Perspektive des Fotografen schafft dabei Distanz zu dem Sichtbaren, das in wechselseitiger Sicht auf die Überschrift bildlich vorstellt, was uns sprachlich gesagt wird. Anders formuliert: Durch die Relation Sprache/Bild und das einsetzende Lesbarmachen⁵⁶ erhalten wir mit dem leicht einprägsamen Bild ein Beispiel der Ausführung des dies Bezeichnenden und somit die Information darüber, welche verbale Handlung der hier als Okkasionalismus anzusehenden Personenbezeichnung⁵⁷ zugrunde liegt.⁵⁸

⁵⁵ Vgl. ebd.

⁵⁶ Vgl. u.a. Holly (2006).

⁵⁷ Fleischer/Barz (1995), S. 23, 151ff.

⁵⁸ Für den durch die Größe und Platzierung angezeigten Nachrichtenwert des „Stelen-Springers“ sowie für das Verhältnis Signifikat/Signifikant ist es unerheblich, ob das Bild „gestellt“ ist oder nicht, für die Auswahl des mit Rucksack und Basecap versehenen und leger gekleideten ist dies freilich anders, wird hier doch ein bestimmter Typ Besucher zum „Springer“.

Das Streiflicht

SZ) Je näher der Sommer kommt, desto ungewisser wird das Leben in der Stadt. Die Unbill beginnt damit, dass die Letzte wieder kurzbehaart und/oder rötlich ihr labiles Fleisch zum Schau stellen und diese in den schlimmsten Fällen auch noch für sexy halten. Eine weitere Eskalation im abgestuften Prozess der ungeliebten Entblößung ist die Gewohnheit von Männern, Schuhe ohne Socken zu tragen. Italiens und Brasiliens ist dies aus kulturhistorischen Gründen erlaubt, allen anderen ist es verboten. Sockenlose Füße in den Schuhen sind und bleiben verwerflich, weil nackte Männerfüße nicht nur wie tote, entschluppte Fische aussehen, sondern oft auch so riechen. Zu den übelsten Folgen der alltäglichen Entmenscherung aber gehören die Straßenunfälle.

Ja doch, das Pfingstfest steht bevor und mit ihm eine Reihe von freien Tagen, in denen man spazieren geht. Es mag wohl sein, dass man als Müßiggänger den Getagerten Sängern in der Fußgängerzone für einen Ausdruck leidtun, mit diesen Lebens hält. Der selbstredende Mensch aber, der vor und nach Pfingsten in seinen Büro eingesperrt ist, sieht das ganz anders. Man sitzt zum Beispiel an seinem Computer und beantwortet die E-Mails von Menschen, die als Kollegen in Wirklichkeit aber Feinde sind, gleichkommen, die der Herr einst hoch auslegte. So gestimmt, öffnet man das Fenster, um nicht zu ersticken in der täglichen Enghirnigkeit des Lebens. Von unten wehen Töne herauf. Da stehen sie wieder, die eine mit der Oboe, der andere mit der Klarinette. Sie musizieren, was das Zeug hält, seit Stunden und jeden Tag.

Vermutlich handelt es sich um Mitglieder eines Symphonieorchesters aus Gallien oder Moldawien. Sie spielen sauber, und stilles Müßiggänger sammeln sich um das Duo. Es wird gelächelt, Euro werden gespendet, die Leute gehen weiter, neue lieben gehen. Das Musizieren hebt wieder an. Man schließt das Fenster. Aber es hilft nichts. Durch die Ritzen kriechen die Kadenzten. Sie treten sich aus im Büro, lassen sich nieder auf dem Schreibtisch, schlüpfen in die Gehörgänge. Man ist eingehüllt vom lieblichen Obertonkonkret, das den Arbeitsplatz zuwächst wie die Entengrütze ein Altwasser. Stille, nur ein wenig, hinter. Wie schon zu nütze es sein, jetzt in einem Hochhaus zu sitzen, am Rande der Stadt, wo

Entlastung für den Bundeshaushalt

Putin zahlt vorzeitig fünf Milliarden Euro zurück

Moskau tilgt einen Teil seiner Auslandsschulden / Rußland nutzt hohe Einnahmen aus dem Öl- und Gasexport

Berlin - Immittes der Haushaltsnot darf sich Finanzminister Hans Eichel (SPD) auf einen dicken Scheck aus Moskau freuen: Russland wird der Bundesregierung im Sommer fünf Milliarden Euro überweisen und so früher als erwartet ein Drittel seiner Auslandsschulden tilgen. Präsident Wladimir Putin

nutzt das die hohen Einnahmen aus dem Öl- und Gasexport. Insgesamt wird er zwischen Juni und August zwölf Milliarden Euro an Moskaus Gläubigernationen zurückzahlen. Eichel will damit Lächer in seinem Etat stopfen. Die Opposition verlangt von der Bundesregierung weitere Einsparungen.

Von Ulrich Schäfer

Eichels Sprecher Stefan Giffeler erklärte, die Zahlung der Russen sei „ein wichtiger Eckpfeiler unserer Strategie, mit Einmalzahlungen die im Haushalts 2005 entstehenden Risiken auszugleichen“. Weil die Ausgaben für den Arbeitsmarkt steigen und die Steuererlöse weniger werden, klappt im Bundeshaushalt derzeit eine Lücke von zehn bis 15 Milliarden Euro. Schon im März hatte die polnische Regierung zwei Milliarden Euro an Berlin überwiesen und seine gesamten Auslandsschulden getilgt.

Zum Teil bereits verplant

Der Pariser Club, in dem sich die wichtigsten Geldgeber-Nationen der Welt zusammengeschlossen haben, hat sich am Freitag nach monatelangem Ringen mit der Moskauer Regierung auf die Konditionen der Schuldentilgung geeinigt. Eichel versichert demnach auf einen Zuschlag und erhält somit keinen Ausgleich für entgangene Zinsen. Russland schickt aber auch, anders als von Putin verlangt, keinen Rabatt, weil es die Schulden vorzeitig bedient. Putin und Bundeskanzler Gerhard Schröder hatten sich in den vergangenen Wochen wiederholt in die schwierigen Verhandlungen der Schuldensperre eingeschaltet. Eichel, Finanzstaatssekretär Carlo Koch-Weser sagte am Rande des EU-Finanzminister Treffens in Luxemburg, es handele sich in seiner Größe und zu dem Zeitpunkt um eine sehr beachtenswerte Einigung.

Die am Freitag vereinbarte Rückzahlung ist die größte, die jemals im Pariser Club ausgehandelt wurde. Außer Deutschland profitieren davon vor allem Italien (eine Milliarde), Frankreich (800 Millionen) und die USA (800 Millionen). Deutschland und Russland sind sich im Prinzip auch darüber einig, dass Moskau zu diesen Bedingungen auch die übrigen



Auch am Tag nach der Öffnung für die Bevölkerung haben viele tausend Menschen das neue Holocaust-Mahnmal in Berlin besucht. Manche Jugendliche gehen unbekümmert mit der Gedächtnisstätte um.

phersetzten Ausfälle in Höhe von fünf Milliarden Euro auszufüllen. Denn Eichel

zu verhindern, hatte Putin im Herbst an-

gebieten, vorzeitig alle Auslandsschulden

Kultur, Gesellschaft, Unterhaltung
WOCHE NENDE

Gott im Kopf Mehr denn je gilt auch heute: Du wirst christlich bleiben, Vaterland! Von Matthias Drocktmann
Licht in der Stadt Waise, Maria und Milliarden. Zum 100. Geburtstag von Las Vegas Von Wolfgang Kordt
Schröder im Verkehr Der Kanzler über seine Bedenken - und die anschließenden Debatten. Das Interview. Von Anne Will

Heutige Druckauflage: 704 600
20 Seiten Stellenmarkt
11 Seiten Automarkt

Ein Warnstreik

hat auch am Freitag die Produktion der Süddeutschen Zeitung beeinträchtigt. Deshalb erscheint diese Ausgabe nicht in der gewohnten Aktualität und Vollständigkeit. Wir bitten unsere Lesere um Verständnis.

Viereinhalb Jahre Haft für Wildmoser junior

München (SZ) - Im Bestechungsprozess um den Bau des neuen Münchner Fußballstadions ist der ehemalige Stadionsmanager Karl-Heinz Wildmoser junior am Freitag zu viereinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Der 41-Jährige, der vorerst auf freien Fuß kommt, soll beim Bau der Allianz-Arena vom Baukonzern Alpine Schmeersgeld in Millionenhöhe kassiert haben. (Lokales)

Amerikaner Chef der Glaubenskongregation

Rom (SZ) - Papst Benedikt XVI. hat den Erzbischof von San Francisco, William Joseph Levada, 88, zum neuen Präsidenten der Glaubenskongregation ernannt. Der Papst kündigte überdies an, dass der Seligsprechungsprozess für seinen Vorgänger

Abbildung 2: SZ 14.05.2005, S. 1.

Die Unterzeile verortet das bisher Wahrgenommene konkret im „Holocaust-Mahnmal“ und spannt eine spezifische Relation zwischen zunächst erwähnten „vielen tausend Menschen“, die das Mahnmal am Tag nach der Öffnung besuchen, und den nachfolgend eingeführten „manchen Jugendlichen“ auf, die mit ihrem als „unbekümmert“ bezeichneten Umgang der Masse der Besucher abweichend gegenübergestellt werden. Nach der Lektüre dieser Zeilen ist der sichtbar gemachte Stelen-Springer zu einem in seinen Handlungen normabweichenden Jugendlichen geworden, der diese besondere Nachricht „wert“ ist.

Relevant gesetzt wird in diesem Beitrag drei Tage nach der Eröffnung des Denkmals demnach ein spezifischer Umgang mit dem oberirdischen Stelenfeld, dessen spezifische Begehbarkeit nun bereits vorausgesetzt wird;⁵⁹ die Notwendigkeit der Einführung des „Stelen-Springers“ führt zur Darstellung dieser bemerkenswerten Form der Aneignung als wissenschaftlich wertvoll für den Lesenden. Das Denkmal wird dabei in seiner Funktion und einem damit korrespondierenden, angemessenen Umgang als konträr zum „Unbekümmerten“ vorausgesetzt, da dessen Erwähnung in Relation zu einer anders handelnden Menge andernfalls der Grundlage entbehrt; die Charakterisierung als „unbekümmert“ zieht jedoch keine scharfe Grenzen zum Erwartbaren und beinhaltet keine starke Bewertung. Die hier sprachlich vage zum Ausdruck kommende negative Beurteilung von Nicht-Erwachsenen entspricht der bildlich wahrnehmbaren Distanz des Fotografierenden zum Springenden, dessen Perspektive nicht eingenommen wird.

⁵⁹ Vgl. Domke/Ohlhus (2007, i. Dr.).

Unter der oben angeführten Überschrift „Freizeitspaß im Stelenwald“ wird am 19. Mai auf Seite 6 im politischen Buch der SZ erneut über den Besuch und die Besucher des Denkmals berichtet. Der Blick, der dem Lesenden angeboten wird, soll abschließend anhand einiger Beobachtungen kurz skizziert werden.

Freizeitspaß im Stelenwald

Nicht immer gehen Besucher respektvoll mit dem Holocaust-Mahnmal in Berlin um

Es ist jetzt also ein großer Freilandversuch geworden, bei dem mit gemischten Gefühlen experimentiert wird. David und Christian zum Beispiel, zwei Zwölfjährige aus Landslut, springen von einer Betonstele zum nächsten, immer tiefer hinein ins Holocaust-Mahnmal in Berlin. Als Mutterprobemachen sie das, und weil sie kein Verbotsschild sehen. Ein paar Meter weiter aalen sich drei junge Frauen auf dem Beton und schießen kokette Fotos, und ein Bankangestellter aus Österreich hat sich ganz oben auf einen meterhohen Pfeiler gesetzt. Nein, sagt er. Er spürt nichts hier. Keine Beklemmung, keine Emotionen. „An die Opfer denk' ich auch nicht.“

Das Holocaust-Mahnmal ist gescheitert, könnte man meinen, angesichts all der Unbefangenheit, mit der das Publikum seit Tagen das Denkmal für die ermordeten Juden Europas überrollt. Tausende haben sich den steinernen Stelenwald schon angesehen, und wo viele nur bleierne Nachdenklichkeit erwarten, stoßen sie auf verspielte Leichtigkeit. Jeden Tag sieht man jetzt Leute auf den Stelen herumhüpfen und Kinder, die toben und quietschen vor Vergnügen. Andere legen Blumen und Steine auf die Quader. Nicht gespenstisch wirkt das, sondern ungewohnt entspannt. Fast so, sagt eine Besucherin aus Hamburg, „als würden in einer Kirche ein paar Kinder schreiben“.

Nun ist es natürlich nicht so, dass jeder so angetan ist von all der lebhaften Anteilnahme. Paul Spiegel zum Beispiel, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, hält nicht übermäßig viel von diesem Denkmal, das zu kryptisch sei und nicht auf die Schuld der Täter hinweise. Ohne Erklärung auf Infotafeln drohe es „nur als Event“ wahrgenommen zu werden. Auch der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit hat mehr Respekt ange mahnt, und in der Jüdischen Gemeinde sind manche pikiert. Erst der Skandal um die Denkmal-Gründerin Lea Rosh, die einen Backenzahn eines KZ-Opfers in eine Stele einlassen wollte – und nun ein Mahnmal als Partymale.

Die Denkmal-Stiftung bemüht sich nun um Gelassenheit. Die beiden Sicherheitsleute, die unermüdlich übers Gelände und den Stelen springern hinterherjagen, sind im Ton etwas bäscher geworden. Ansonsten bleibt das Denkmal offen, ganz nach Plan des Architekten. Peter Eisenman ist begeistert, dass die Leute sein Mahnmal so be lagern. Das zeige doch, dass sie es mögen. Er hat ja schon beim Richtfest gesagt, man solle ruhig Nazis marschieren lassen hier und Künstler auf dem Beton tanzen lassen: ein Denkmal als Spiegel der deutschen Seele sozusagen.

Die Seele aber ringt noch etwas, vor allem mit der Ratlosigkeit. „Pietätlos“ findet eine Ordensschwester das Spektakel und versteht nicht, warum keiner die Jugendlichen zurechtweist. „Mir fehlt der Zugang“, sagt einer vom Blasorchester Melchiorshelm. „Ist doch total geil“, widerspricht eine junge Kollegin. So viel Trubel, die Riesenschlange am „Ort der Information“, und dazu dieses Labyrinth. Das zumindest ver gesse niemand. Constanze von Bullion



Fast ein neuer Volkssport: Stelen-Hüpfen am Mahnmal. Foto: AP

Die auffällige Überschrift kann in Relation zu der vom 13. Mai (s.o.) als zunehmendes semantisches Aufladen und Füllen des Stelenwaldes angesehen werden, da zu den dort beschriebenen Assoziationen zu privatem Gang in die Natur hier durch „Freizeitspaß“ eine heitere Konnotation hinzugefügt wird. Analog zu dem Beitrag vom 13. Mai verortet die Unterzeile den

Inhalt der Überschrift in stilistisch weniger markierter Weise totum pro parte, formuliert jedoch auch Kritik an den berichtenswerten Handlungen im Stelenfeld. „Freizeitspaß“ erscheint in Relation zu dem nur durch die bereits oben angeführte Neubildung „Stelenwald“ eingeführten Holocaust-Mahnmal unpassend, was durch die Unterzeile eine, gleichermaßen nicht sehr starke, Bewertung erfährt. Auch hier ist in Bezug zum bereits ausgeführten eine Steigerung zu bemerken, steht „manchen unbekümmerten Jugendlichen“ doch damit sprachlich der alterslose Besucher gegenüber, dem es an Respekt mangelt. Das Verhältnis zwischen Überschrift und Unterzeile verweist jedoch, wie bereits zuvor angedeutet, auf eine spezifische Relevantsetzung: Die für den Diskurs Holocaust-Mahnmal kaum erwartbaren Verbindungen zu Freizeitspaß scheinen durch die Unterzeile als unangemessen verortet, angesichts des Diskurses und seiner Bedeutung (siehe 2) erscheint dies indes nur als notwendig mahnende Erklärung und Relativierung des Spaßigen. Der Umgang mit dem Stelenfeld wird zum Nachrichtenwert, nicht seine Bewertung.

Auch der Text stellt die beobachtbare, erstaunliche „verspielte Leichtigkeit“ in das Zentrum, skizziert Szenen des Besuchs und diesbezüglich unterschiedliche Positionen. Die Aufmerksamkeit gehört dabei allein dem oberirdischen Teil des Denkmals, der Ort der Information wird nur im Zusammenhang mit einer Riesenschlange (von Wartenden) erwähnt. Bildlich wird das Stelen-Springen weniger exponiert als am 14. Mai gezeigt. Zwei jüngere Besucher auf den Stelen sind zu sehen und geben den zuvor alterslos genannten Besuchern damit wieder ein bestimmtes Gesicht; ein auf einer Stele abgestelltes Kinderrad erscheint nicht außergewöhnlich, sondern alltäglich und normalisiert dadurch das „Hüpfen“ der Jugendlichen. Die Perspektive auf diesen Ausschnitt ist nicht mehr (siehe die A-

nalyse zum „Stelen-Springer“) von Distanz geprägt, vielmehr von nicht unüblichem Zuschauen. Die in ihrer Höhe ansteigenden Stelen verdeutlichen die spezifische Möglichkeit der Begehrbarkeit des Bauwerks, die in diesem Bild jedoch nur als Hüpfen von Kindern bzw. Jugendlichen dargestellt wird. Die Unterzeile „Fast ein Volkssport: Stelen-Hüpfen am Mahnmal“ verstärkt den Eindruck des Alltäglichen durch das Kompositum „Volkssport“, das auf viele diesen „Sport“ Ausübende verweist und den oben angeführten Freizeitaspekt verstärkt. Im Anschluss wird einmal mehr die sprachliche Varianz⁶⁰ in dem Rekurs auf den oberirdischen Teil des Denkmals und darin zu beobachtende Handlungen deutlich, indem nun von „Stelen-Hüpfen“ die Rede ist. Mit der so bezeichneten Bewegung von einer Stele zur nächsten ist denn auch die bis dato bildlich und sprachlich markanteste Form des Umgangs in und mit dem Stelenfeld gegeben. Ist in diesem Beitrag zwar der Umgang und damit die Aneignung des Denkmals durch seine Besucher Anlass der Berichterstattung, liegt der Nachrichtenwert doch allein in den als erstaunlich „unbekümmert“ vorgestellten Handlungen im oberirdischen Stelenfeld. Das Unerwartete, im Kontext des Holocaust-Mahnmals von Freizeitspaß zu sprechen und entsprechende Handlungen als wahrnehmbare vorzustellen und zu beschreiben, wird in diesem Beitrag der SZ nicht ausgestellt hervorgehoben oder grundlegend reflektiert, sondern aus einer interessierten Beobachterperspektive als Entwicklung vorgestellt.

5. Anknüpfungsmöglichkeiten

Mit den gerade vorgestellten Überlegungen zur Berichterstattung über das Denkmal für die ermordeten Juden Europas sollte verdeutlicht werden, inwieweit ein Teil-Diskurs wie dieser als „Gespräch“ verstanden werden kann,⁶¹ in dem sukzessive neue Anknüpfungsmöglichkeiten für den Rezipienten hervorgebracht werden. Eine Entwicklung in der Berichterstattung ist primär für den oberirdischen Teil des Denkmals festzuhalten, der unterirdische Ort der Information war bei den hier nachgezeichneten Beiträgen nicht der Anlass für die Berichte; seine Funktion bedarf nicht in dem für das Stelenfeld herausgearbeiteten Maße der Deutung durch die Besucher.

Die Relevanz des Diskurses Holocaust-Mahnmal liegt in seinem Gegenstand, der nicht nur umstritten, sondern zudem auch in besonderer Weise auf Verortung in der Gesellschaft angewiesen ist. Die vorgestellten Analysen sollten nachvollziehbar herausarbeiten, dass sich der Prozess der *Bedeutungszuschreibung* sowohl sprachlich als auch bildlich nachzeichnen lässt und durch die einzelnen Texte dem Lesenden somit eine Entwicklung von einem aus Distanz eingeführten Denkmal hin zu einem oberirdischen Ort unerwartet verspielter und leichter Handlungen vorgestellt wurde. Das Unerwartete spiegelte sich in der Analyse gleichsam auf stilistischer und textstruktureller Ebene wider, auf der der Weg hin zum „Freizeitspaß im Stelenwald“ ein bemerkenswertes Verhältnis zwischen Be-

⁶⁰ Vgl. Domke/Ohlhus (2007, i. Dr.).

⁶¹ Vgl. Konerding (2005).

schreibungen der Besucherbeobachtungen, deren Bewertung und dem ihnen zugesprochenen Nachrichtenwert offenbarte. Wurde das Denkmal am Tag nach der Eröffnung in seiner besonderen Bedeutung für Deutschland präsentiert, stand in den folgenden Beiträgen seine Aneignung und Akzeptanz durch Besucher im Zentrum der Berichterstattung. Bezeichnungen wie „Stelenwald“ und „labyrinthische Wege“ spiegeln die offene Konzeption (siehe 2) des Denkmals wider, das keine eindeutige Lesart vorschreibt. Die stilistische Varianz ist also auch als Beschreibung zu verstehen, die sich von der Fokussierung der Orientierungslosigkeit (siehe das erste Beispiel in 4.2) hin zu einem alltäglichen Bespringen und Begehen (siehe die beiden anderen Beispiele in 4.2) entwickelt hat. Hier wird ein bestimmter Prozess der Akzeptanz deutlich, der in diesen Beiträgen durch Rekurs auf Alltägliches (sprachlich, bildlich) hervorgebracht wurde und der anfänglich (siehe 4.1) prognostizierten Auseinandersetzung recht gelassen gegenübersteht. Die beschriebenen kritischen Beurteilungen der beobachteten Handlungen stehen in ihrem Nachrichtenwert erkennbar hinter den zunächst einzuführenden (Stelen-Springer) und dann auszuführenden Umgangsformen zurück; wissenswert für den Lesenden wird das unerwartet vielfältige Erkunden des oberirdischen Stelenfeldes.

Literatur

- Augstein, Rudolf (1991): „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung. München.
- Bucher, Hans-Jürgen (2005): Macht das Internet uns zu Weltbürgern? Globale Online-Diskurse: Strukturwandel der Öffentlichkeit in der Netzwerk-Kommunikation. In: Fraas, Claudia; Klemm, Michael (Hrsg.): Mediendiskurse. Opladen, S. 187-218.
- Busse, Dietrich/Teubert, Wolfgang (1994). Ist Diskurs ein sprachwissenschaftliches Objekt? Zur Methodenfrage der historischen Semantik. In: Busse, Dietrich; Hermanns, Fritz; Teubert, Wolfgang (Hrsg.): Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte. Methodenfragen und Forschungsergebnisse der historischen Semantik. Opladen, S. 11-28.
- Domke, Christine (2007, iDr.): Werbung, Wahlkampf, Weblogs. Zur Etablierung einer neuen Kommunikationsform. Erscheint in: Habscheid, Stephan/Klemm, Michael (Hrsg.) (2007): Sprachhandeln und Medienstrukturen in der politischen Kommunikation.
- Domke, Christine (2006): Besprechungen als organisationale Entscheidungskommunikation. Berlin.
- Domke, Christine/Ohlhus, Sören (2007, i. Dr.): "Im Stelenwald versteckt". Überlegungen zur Bedeutungskonstitution im massenmedialen Diskurs. Erscheint in: Pohl, Inge (Hrsg.): Tagungsband zur Semantikkonferenz 2006 in Landau.

- Eisenberg, Peter (2004): Grundriss der deutschen Grammatik. Das Wort. Stuttgart.
- Endres, B. Odile (2005): Neue Diskurse durch Neue Medien. Die Rolle der Warblogs in der Berichterstattung zum Irakkrieg. In: Fraas, Claudia; Klemm, Michael (Hrsg.): Mediendiskurse. 219-244.
- Fix, Ulla (2003): Die Sprengung der Leipziger Universitätskirche 1968. Die Sprache der Texte und die Sprache der Bilder. Eine kultursemiotische Studie. In: Jahrbuch für internationale Germanistik. XXXV, (2) 2003. Frankfurt am Main, S. 75-100.
- Fix, Ulla (2001): Zugänge zu Stil als semiotisch komplexer Einheit: Thesen, Erläuterungen und Beispiele. In: Jakobs, Eva Maria; Rothkegel, Annelie (Hrsg.): Perspektiven auf Stil. Tübingen, S. 113-126.
- Foucault, Michel (⁷2000). Die Ordnung des Diskurses. Frankfurt am Main.
- Fraas, Claudia (1996): Gebrauchswandel und Bedeutungsvarianz in Textnetzen: Die Konzepte IDENTITÄT und DEUTSCHE im Diskurs zur deutschen Einheit. Tübingen.
- Fraas, Claudia; Barczok, Achim; unter Mitarbeit von Nina DiGaetano (2007, demn.): Intermedialität – Transmedialität. Weblogs im öffentlichen Diskurs. Manuskript URL:
http://www.tu-chemnitz.de/phil/medkom/mk/fraas/Fraas_Barczok_06.pdf.
- Heimrod, Ute; Schlusche, Günter; Seferens, Horst (Hrsg.) (1999): Der Denkmalstreit – das Denkmal? Die Debatte um das "Denkmal für die ermordeten Juden Europas": Eine Dokumentation. Berlin.
- Holly, Werner (2006). „Mit Worten sehen: Audiovisuelle Bedeutungskonstitution und Muster ‚transkriptiver Logik‘ in der Fernsehberichterstattung. In: Deutsche Sprache 2006, S. 135-150.
- Holly, Werner (2005a): Zum Zusammenspiel von Sprache und Bildern im audiovisuellen Verstehen. In: Busse, Dietrich; Niehr, Thomas; Wengeler, Martin (Hrsg.): Brisante Semantik: Neuere Konzepte und Forschungsergebnisse einer kulturwissenschaftlichen Semantik. Tübingen, S. 373-353.
- Holly, Werner (2005b): Audiovisualität und Politikvermittlung in der Demokratie. In: Kilian, Jörg (Hrsg.): Sprache und Politik. Mannheim, S. 278-293.
- Jäger, Ludwig (2005): Vom Eigensinn des Mediums des Mediums Sprache. In: Busse, Dietrich/Niehr, Thomas/Wengeler, Martin (Hrsg.): Brisante Semantik. Tübingen, S. 45-64.
- Konerding, Klaus-Peter (2005): Diskurse, Themen und soziale Topik. In: Fraas, Claudia; Klemm, Michael (Hrsg.): Mediendiskurse. Opladen, S. 10-37.

- Kress, Gunther; Leeuwen, Theo van (1998): Front Pages: (The Critical) Analysis of Newspaper Layout. In: Bell, Allan; Garrett, Peter (Hrsg.): Approaches to media discourse. Oxford, S. 186-219.
- Leeuwen, Theo van (2005): Introducing Social Semiotics. London.
- Leggewie, Claus/Meyer, Erik (Hrsg.) (2005): "Ein Ort, an den man gerne geht": Das Holocaust-Mahnmal und die deutsche Geschichtspolitik nach 1989. München.
- Luhmann, Niklas (1997): Die Gesellschaft der Gesellschaft. (2 Bde.) Frankfurt am Main.
- Luhmann, Niklas (²1996). Die Realität der Massenmedien. Opladen.
- Meyer, Thomas (³2002): Mediokratie – die Kolonisierung der Politik durch das Mediensystem. Frankfurt am Main.
- Schirmacher, Frank (Hrsg.) (1999): Die Walser-Bubis-Debatte. Eine Dokumentation. Frankfurt am Main.
- Schmitz, Ulrich (2003): Text-Bild-Metamorphosen in Medien um 2000. In: ders., Horst Wenzel (Hrsg.): Wissen und neue Medien. Bilder und Zeichen von 800 bis 2000. Berlin: Erich Schmidt, S. 241-263.
- Schoeps, Julius (Hrsg.) (²1996), mit Texten von Rudolf Augstein: Ein Volk von Mördern? Die Dokumentation zur Goldhagen-Kontroverse um die Rolle der Deutschen im Holocaust. Hamburg.
- Stöckl, Hartmut (2004a): Bilder – Konstitutive Teile sprachlicher Texte und Bausteine zum Textstil. In: Holly, Werner/Hoppe, Almut/Schmitz, Ulrich (Hrsg.): Mitteilungen des Deutschen Germanistenverbandes. Sprache und Bild II. 2/2004. Bielefeld, S. 102-120.
- Stöckl, Hartmut (2004b): Die Sprache im Bild, das Bild in der Sprache. Zur Verknüpfung von Sprache und Bild im massenmedialen Text: Konzepte, Theorien, Analysemethoden. Berlin.
- Weingart, Peter (2001): Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft. Weilerswist.
- Weingart, Peter/Pansegrau, Petra (1998): Reputation in der Wissenschaft und Prominenz in den Medien: Die Goldhagen-Debatte. In: Rundfunk und Fernsehen, 46; Sonderband: Die Medien der Wissenschaft (2-3), S. 193-208.
- Wehler, Hans-Ulrich (1988): Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum „Historikerstreit“. München.
- Wormer, Holger (Hrsg.) (2006): Die Wissensmacher. Ein Profil der Wissenschaftsredaktionen in Deutschland. Wiesbaden.

DIE ZEIT (Hrsg.) (1996): *ZEITdokument*. Die Goldhagen-Kontroverse. Zeitdokument 1/1996. DIE ZEIT: Hamburg.

Sprachbiographien von Menschen mit deutscher Muttersprache aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße

Stephan Thomas

1. Einleitung und historischer Überblick

Wenn man die Karten des Deutschen Sprachatlasses (DSA), des Standardwerks zur Verbreitung der deutschen Dialekte, aufschlägt, finden sich darin vor allem im östlichen Teil Deutschlands Grenzlinien, die mit den heutigen politischen und ethnischen Grenzen keinesfalls übereinstimmen. Während des Zweiten Weltkrieges geschahen in ganz Europa gewaltige Veränderungen der Bevölkerungsstruktur. In den östlichen Gebieten Deutschlands floh ab 1944 die deutsche Bevölkerung, wurde zur Aussiedlung gezwungen, zur Zwangsarbeit verpflichtet oder getötet. Den geflohenen und zwangsweise Ausgereisten wurde die Rückkehr verwehrt. Damit wurde ein neuer Status quo geschaffen. In den sich von Deutschen leerenden Gebieten siedelten sich Menschen anderer Nationalität an oder wurden zwangsweise dort angesiedelt. Diese Menschen sprachen eine andere Sprache und gehörten einer anderen Kultur an, so dass eine völlig neue ethnische Situation entstand. In linguistischer Hinsicht bedeutete dies, dass die östliche deutsche Sprachgrenze seit 1946/1947 entlang der Oder-Neiße-Linie verläuft.

Von dieser Verschiebung waren neben Millionen Menschen verschiedener Nationalität schätzungsweise 8-12 Mio. Sprecher des Deutschen betroffen, also ca. 15% der Bevölkerung Gesamtdeutschlands nach dem 2. Weltkrieg. Heute sind diese Menschen, die alle nach 1945 in fremden Dialektgebieten lebten, sprachlich bestens integriert, und ihre Kinder sprechen die lokalen Dialekte der Gegend, in der sie aufgewachsen sind – oder Hochdeutsch.¹

Durch eine lokale Zerstreung der Dialektsprecher wurde dieser Assimilationsprozess begünstigt. Zu diesem Punkt werde ich exemplarisch das Interview mit RK anführen, die nach 1945 in Deutschland lebte (siehe Kap. 3). Aber auch die östlich der Oder-Neiße-Linie verbliebenen Sprecher des Deutschen waren kaum in der Lage, in fremdsprachlicher Umgebung den lokalen Dialekt zu erhalten, wie das Beispiel von RC zeigt (siehe Kap. 4).

Meine Untersuchungen sind vom Interesse daran geleitet, wie der – heute nur noch zu konstatierende – Prozess des Absterbens der deutschen Dialekte der ehemaligen deutschen Ostgebiete aus der Sicht der Betroffenen verlief. Der Schwund von Dialekten ist mit der völligen Änderung der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung in einem Gebiet, in dem dieser Dialekt Majoritätensprache war, verbunden. Dies war der Fall in den Gebieten östlich der Oder-

¹ Bei der sprachlichen Integration erfolgten keine Veränderungen der bestehenden lokalen Dialekte auf dem Gebiet des heutigen deutschen Sprachraumes. Mattheier 1983:1463 meint sogar, dass die Vertreibung zu einem großen Teil an der „Verhochdeutschung“ seit 1945 beteiligt gewesen sei, da hier eine sehr hohe Mobilität und Verringerung der sprachlichen „Vertrautheit“ vorgelegen habe.

Neiße-Linie. Dialektschwund kann auch durch Verlust der gesellschaftlich dominierenden Stellung der jenen Dialekt sprechenden Gruppe eintreten. Denn Kinder erwerben immer den Dialekt, der in einer Gesellschaft der dominierende ist (Schirmunski 1992:129).

Bei der Behandlung dieses Phänomens gehe ich auf die Forderung von Fix nach einer „oral language history“ ein (Fix 2000:17). Bei der Analyse möchte ich mich im Gegensatz zur Sprachgeschichtsschreibung durch die Methode der „oral history“ auf die Beschreibung von Inhalten des kommunikativen Gedächtnisses (nach Assmann 1992:56) konzentrieren und dadurch Bewusstseinsinhalte, die sonst meistens mit den betroffenen Personen verschwinden würden, festhalten.

Trotz allen von Emotionen verschiedenster Art (und auch Abwehr ist eine solche Reaktion) geprägten Diskussionen über das Reizthema „Vertreibung“ ist es nur jetzt, zu Lebzeiten der Betroffenen, noch möglich, solche Untersuchungen durchzuführen und dieses Phänomen der plötzlichen und offenbar vollständigen Auflösung von Dialekten zu erforschen.

Heute leben nur noch wenige Menschen, die diese Dialekte aktiv sprechen. Denn aktiv werden die ostdeutschen² Dialekte nur noch von den Menschen gesprochen, die vor 1945 in diesen Gebieten aufgewachsen sind. Diese Dialekte wurden nach 1945 nicht weitergegeben und sterben mit ihren letzten Sprechern momentan aus.

2. Theoretisches

2.1 Was sind Sprachbiographien?

Sprachbiographien beschreiben sprachliche Entwicklung, den sprachlichen Lebenslauf von Individuen, ihre Meinungen und Gedanken über Sprache und Spracherwerb, beinhalten also eine sehr individuelle Sicht. Sie werden heute meist durch eine freie Erzählung der befragten Personen erhoben. Die theoretische Grundlage dazu hat Fritz Schütze mit der Technik des narrativen Tiefeninterviews erarbeitet. Ein erstes Großprojekt startete Anne Betten, die ab Ende der 1980er Jahre Erinnerungen von Überlebenden des Holocaust sammelte. Erste Versuche mit dieser Technik in linguistischer Perspektive gibt es seit den 1990er Jahren, meist zum Thema „Mehrsprachigkeit“ (Franceschini, Nekvapil). Daneben gibt es Untersuchungen zum Sprachwechsel (Meng) oder zu „Fremdheit in der Muttersprache“ (Fix).

2.2 Oral language history

Die Grundidee, die hinter dieser Methode steht, ist die einer „oral language history“ (Fix), also einer von Individuen mündlich tradierten Sprachgeschichte im

² „Ostdeutsch“ steht hier für „die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie betreffend, die bis zum Ende des 2. Weltkrieges historisches Siedlungsgebiet von Deutschen waren und in denen ein deutscher Dialekt gesprochen wurde“.

Gegensatz zur von der Wissenschaft betriebenen theoretischen Sprachgeschichte (vgl. dazu Assmanns Unterteilung in ein kulturelles und kommunikatives Gedächtnis).

Die Grundidee einer oral language history ist es, den Sprachwandel durch das Erleben von Individuen nachzuzeichnen, der sonst nur von Linguisten mit einer Verspätung von mehreren Jahren in theoretischer Form aufgeschrieben wird. Die spezifischen Ergebnisformen der oral history könnten für die Sprachgeschichtsschreibung fruchtbar gemacht werden. Denn diese bildet nur das Gerüst, aber die Menschen erleben sie; für die Menschen (größtenteils linguistische Laien) sind sprachliche Wandlerscheinungen Teil ihres Lebens, gelebte Realität.

2.3 Materialsammlung und Erkenntnisgrenzen

Um das erforderliche Material zu sammeln, ermuntert man in Frage kommende Informanten in Einzelgesprächen, sich zu ihrer Biographie und darin zu allen sprachlichen Entwicklungen und Besonderheiten, die sie erlebt haben, zu äußern. Dabei greift der Forscher anhand eines Fragenkatalogs ggf. helfend ein. Diese Technik nennt man „narratives Interview“, denn einerseits stellt der Forscher Fragen und andererseits gibt es für den Informanten die Möglichkeit, innerhalb der Interview- oder Gesprächssituation selbst Schwerpunkte zu setzen und die Erzählung in selbstgewählte Richtungen zu lenken.

Interessierte Informanten zu finden, ist nicht schwer. Für gewöhnlich ist die Tatsache, dass ein anderer interessiert zuhört, ein ausreichender Erzählanreiz für fast jeden Menschen. O-Ton während eines der Interviews: „Das gehört eigentlich alles nicht hierher, aber es erzählt sich so schön.“ Eigentlich ist die Aufforderung zum Erzählen fast so etwas wie eine Falle: Denn Menschen, die über sich selber erzählen, begeben sich dadurch in ein Netz von Zwängen. Sie müssen sich selbst erinnern, aus ihrem Erlebnisschatz auswählen, sinnvoll verbinden, sich darstellen – also ihre Erlebnisse möglichst geordnet und widerspruchsfrei wiedergeben und dürfen dabei das Bild, das sie von sich selbst haben, nicht verlieren.

Das Erzählte wird also auf vielerlei Ebenen gebrochen: Durch die Lückenhaftigkeit der eigenen Erinnerung, die Möglichkeit zur Selbstdarstellung, die Interpretation des Forschungsziels durch den Befragten. Die Komplexität der narrativen Rekonstruktion von Realität in solchen autobiographischen Interviews ist beträchtlich. Daher ist stets zu bedenken, dass jede befragte Person mit dem Gesagten nicht immer und unbedingt die Wirklichkeit darstellt, wie sie war, und auch nicht, wie die Person sie erlebt hat, sondern nur so, wie die Person in der Befragungssituation aus dem Erinnernten zu einem bestimmten Zweck ihr Erleben rekonstruiert. Die Aussagekräftigkeit kann also beschränkt sein und ist nicht absolut zu nehmen.

3. Beispiel I - „Daheim haben wir immer Karfiol gesagt.“ EK aus Nordböhmen

3.1 Gesprächssituation

Das Interview mit EK (einer Frau von mehr als 80 Jahren) fand am 1.9.2005 in der Wohnung der Befragten statt. EK wohnt in einem kleinen thüringischen Dorf. Interviewer und Interviewte kennen sich flüchtig vom Sehen und von einem kurzen Treffen wenige Tage vor dem Interview, bei dem das Anliegen vorgestellt wurde. Weiterhin war WK, der Mann von EK, anwesend. Das Interview verlief ruhig und ohne Störungen.

3.2 Biographieabriss

EK: Mein Name ist EK, geborene R, bin in Gablonz geboren, eigentlich nicht in Gablonz, in Seidenschwanz, das ist ein

WK: Vorort!

EK: Ort von Gablonz. Da bin ich geboren 1922, und bin in Seidenschwanz, wo ich geboren bin, in die Schule gegangen bis zur dritten Klasse, dann sind wir nach Gablonz übersiedelt, und da bin ich dann in Gablonz in die evangelische Schule gegangen.³

EK wurde also 1922 auf dem Gebiet der damals neugegründeten Tschechoslowakei geboren. Sie besuchte dort die deutschsprachige achtklassige Volksschule. Tschechisch lernte man in der Schule nur in Grundzügen. Nach der Schule arbeitete EK von 1936–1941 in einer Schmuckfabrik (Gablonz war damals für seine Schmuckwaren berühmt). In der Zwischenzeit annektierte Hitler das Sudetenland, der Krieg brach aus. EK kam mit einer Gruppe anderer Mädchen aus Gablonz zum Arbeitsdienst (RAD) nach Thüringen in eine Munitionsfabrik. In Thüringen war sie 2 Jahre, lernte da ihren Mann kennen, 1943 heirateten sie und zogen nach Gablonz. Anfang Mai 1945 wurden sie „vertrieben“ und flohen mit ihrer 4 Monate alten Tochter nach Thüringen zu den Eltern des Mannes, wo sie bis heute leben (dieser Teil der Erzählung ist überdurchschnittlich lang). EK und ihr Mann arbeiteten bis zur Pensionierung in einem Kraftwerk. Sie haben 3 Kinder.

Nach diesem kurzen Biographieabriss möchte ich nun versuchen, die Sprachbiographie zu rekonstruieren.

³ Gablonz trägt heute den amtlichen tschechischen Namen Jablonec nad Nisou, Seidenschwanz Vrkošlavice.

3.3 Sprachbiographie

3.3.1 Situation in Gablonz und Schulzeit

Die Sprachsituation innerhalb der eigenen Familie wird von EK niemals thematisiert – es steht für sie fest, dass niemand sie in ihrer Sozialisierung als Deutsche hinterfragt, trotz ihrer tschechoslowakischen Staatsangehörigkeit. Dass die Umgangssprache in ihrer Familie lokal gefärbt ist, erzählt EK erst spät innerhalb der Erzählung, nämlich als sie vom fremden Dialekt in Thüringen erzählt, also erst im Kontext des Kontrastes zur fremden dialektalen Umgebung: Die Eltern von EK wohnten nach 1945 im selben Dorf in Thüringen, und dort sprachen sie untereinander ihren böhmischen Dialekt.

Mit der Schule und dem Erwerb von Schreib- und Lesefähigkeiten ist ein Großteil der sprachlichen Sozialisierung verbunden. EK lernte Lesen und Schreiben an Schulen im deutschsprachigen Gebiet der Tschechoslowakei, die Lehrer waren ebenfalls tschechoslowakische Staatsbürger deutscher Muttersprache, stammten also aus demselben Dialektgebiet. EK thematisiert keinen Konflikt zwischen Dialekt und Hochsprache, weder aus der Schule noch aus der Arbeit in der Fabrik (1936-1941).

3.3.2 Zum ersten Mal in Thüringen – zum Spaß

1941 kommt EK mit einer Gruppe anderer junger Frauen aus Gablonz nach Thüringen. Hier musste sie einige, aber nicht als besonders störend charakterisierte Unterschiede im Sprachgebrauch feststellen. Diese Unterschiede waren nicht phonetischer Natur, denn sowohl die thüringischen als auch die nordböhmischen Dialekte gehören zur Großgruppe des Ostmitteldeutschen. Die Unterschiede lagen vielmehr in Einzelwörtern, vor allem aus dem Alltagsbereich. Z.B. sagte man in Böhmen „Karfiol“, in Thüringen aber „Blumenkohl“:

ST: Der Blumenkohl, das hat man akzeptiert oder

EK: Nee!

WK: Ne, sie haben sich umgestellt, umgestellt. Sie wussten, dass sie Blumenkohl kaufen mussten. Hier gab es keinen Karfiol.

EK: Da wussten wir schon - na überhaupt: (Pause) Nee, eigentlich daheim haben wir immer Karfiol gesagt.

Als weitere Unterschiede benennt EK z.B. Paradeiser-Tomaten, Ribisel-Johannisbeeren, Hader-Scheuerlappen. Dies sind alles Beispiele für Wörter, die man auch heute noch in Österreich findet; Böhmen hatte seit 1620 bis 1918 politisch zur Habsburger Monarchie gehört.

Der Unterschied der nordböhmischen Mundart zur thüringischen wurde von den Mädchen aus Gablonz auch bewusst in der Öffentlichkeit verwendet, so z.B., als sie mit der Waldbahn (eine Schmalspurbahn, die Gotha mit dem Thüringer Wald verbindet) in die nächste Stadt fuhren:

EK: Ins Kino nach Waltershausen oder dann sind wir mit der Waldbahn natürlich nach Gotha gefahren, und wenn wir da so paare warn und haben

Mundart gesprochen, da haben die uns ja nicht verstanden. (lacht) Und das haben wer gemacht, und das hat uns ja immer Spaß gemacht (lacht) so schlimm haben wir es daheim gar nicht gemacht, dann wie hier

ST: Mit Absicht dann?

EK: No, damit die (-) die haben dann immer gehorcht, und wenn wir das gemerkt haben, da war's noch (-) NA, WIE SO JUNGE LEUTE SIND! (lacht)

EK beherrschte also damals nordböhmische Mundart, sie sprach sie jedoch für gewöhnlich nicht so stark – aber in dieser speziellen Situation aktiviert sie ihre Mundartkenntnisse.

Neben der mundartlichen Variante sprach EK aber auch eine eher standardnahe Variante des Deutschen, da sie nicht davon erzählt, dass alles in Thüringen anders geklungen habe als zu Hause. Entweder klangen beide Dialekte ähnlich, oder in beiden Gebieten wurde eine Sprache gesprochen, die relativ nah am Standarddeutschen gelegen war.

3.3.3 Zum zweiten Mal in Thüringen – im Ernst

Nach 1945 kommen EK ihre „Sprachkenntnisse“ im Thüringischen zugute. So kann sie z.B. einer Freundin aus Gablonz, die ebenfalls in Thüringen gelandet ist, beim Einkauf helfen:

EK: Da bin ich in Waltershausen mal gewesen und da war irgendwie 'ne Schlange, und da [...] is eine zu mir gekommen und hat gesagt: „Wie heißt denn Hader (--) hier in Düringen?“ [...] Die Verkäuferin hat nich verstanden, was e Hader war, ge. Und hat – is se zu mir gekomm und hat gefragt gefragt, wie's hier heißt. Und da hat se dann ihren Scheuerlappen gekricht.

Diese Anekdote zeigt, dass Verständigungsschwierigkeiten solcher Art verbreitet und auch allen Beteiligten bekannt waren.

3.3.4 ‚Sie sind nicht doch von hier‘

EK meint, die Leute aus ihrem heutigen Wohnort, einem kleinen Dorf, hören noch heute, dass sie „nicht von hier“ sei. Dank dieser Aufmerksamkeit der Nachbarn wurde ich auf EK verwiesen, als ich nach Informanten suchte. Es gibt tatsächlich einige Elemente in der heutigen Sprache von EK, die es erlauben, sie als „Nicht-Thüringerin“ zu identifizieren.

In der heutigen Aussprache von EK gibt es ostmitteldeutsche Einflüsse, wie z.B. die Entrundung (ö und ü zu e und i: scheene, griene), die Lenisierung der stimmlosen Plosive (p-t-k zu b-d-g, z.B. Beidsche, Durnverein, Gino). Diese Merkmale sind auch im Thüringischen größtenteils vorhanden. Weiterhin finden sich in der Sprache von EK auch oberdeutsche Elemente, die im Thüringischen eher unbekannt sind: Etwa die e-Synkope und e-Apokope (z.B. gstopft statt gestopft, sechs Jahr statt sechs Jahre). Entscheidend wird sein, dass EK das R als labiodentalen Liquid realisiert, also das R rollt, was im Ostmitteldeutschen nicht typisch ist.

3.3.5 Die Gilde

Möglichkeiten, sich in dialektaler Umgangssprache zu unterhalten, hatte EK verhältnismäßig viele: Bis in die 1970er Jahre lebten ihre Eltern noch (im selben Dorf), und seit den 1970er in der sog. „Gilde“, einer Art inoffizielle Vereinigung von Menschen, die aus Gablonz und Umgebung stammen. Diese Menschen sprechen heute untereinander mehr oder weniger noch so, wie sie es vor 1945 getan haben.

Sofern ein Mensch die Standardsprache beherrscht, verwendet er Dialekt nur dann, wenn er weiß, dass ALLE anderen Kommunikationspartner ebenfalls diesen Dialekt sprechen und dass es sich nicht um eine öffentliche Situation handelt. Dies wird auch das Kriterium der „Vertrautheit“ oder des Grades an Öffentlichkeit genannt. Hochdeutsch ist die Variante mit dem höheren Prestige, und wenn man Dialekt spricht, wo Hochdeutsch erwartet wird, zeigt man dadurch seinen niedrigeren Bildungsstand, man „blamiert“ sich. Das wird natürlich vermieden. Wenn aber EK mit Bekannten aus dieser „Gilde“ telefoniert, dann ist dies keine öffentliche Situation und sie weiß auch, dass die andere Person den Dialekt spricht. Sie meint, ein solches Telefongespräch klinge ungefähr so:

EK: Hasdu gehärt, dass där gstorbn ist? Das ist die Mundart. Jetzt ist der doch – jetzt ist doch schon wieder einer gstorbn von unserer Gilde.

Dieses Beispiel demonstriert nicht nur die dialektal gefärbte Sprechweise, sondern auch, welche Zukunft die Gilde hat: Sie wird immer kleiner, „Nachwuchs“ gibt es nicht.

3.3.6 Kinder

Die Kinder von EK sprechen so, wie man in diesem kleinen Dorf in Thüringen spricht, und auf die direkte Frage antwortet EK verneinend:

ST: Is davon irchndwas geblieben, von Ihrer speziellen Sprache Ihrer Aussprache?

EK: Nee, eigentlich nich, ge?

WK: Nein. [...]

EK: Wenn ich so (--) allgemein. Wir sitzen zum Beispiel hier, da sag ich: ‚SISTE JETZ KIMMT TER SCHON WIEDER DA NUNTER, wassor nur do wo will? [...] Das sach ich sehr. [...] Die Kinder ham sich alle daran gewöhnt, das fällt gar nicht mehr auf, die wissen das schon.

ST: [...] Aber dass Ihre Kinder auch selber sagen: Jetzt kimmter? Manchmal? Ihre Kinder? Nich?

EK: Ach! (---) No.

Hier schüttelt EK noch verneinend den Kopf. Sie antwortet sehr zurückhaltend. Dafür gibt es mindestens 2 Erklärungen: 1) Sie weiß etwas davon und will es nicht sagen, 2) sie weiß nichts davon und kann daher nichts sagen. Antwort 1)

leuchtet nicht unbedingt ein, denn wenn sich der Interviewer vorher brennend für die Gablonzer Mundart interessierte, was gäbe es dann davon zu verbergen? Antwort 2), dass sie nichts darüber weiß, scheint mir daher naheliegender. EK wendet sich auch nachfragend an ihren Mann. Daraus, dass sie nichts darüber weiß, kann man wiederum ableiten, dass die Kinder nicht auffällig sprechen – denn sonst hätten die Eheleute K oder mindestens die aufmerksamen Nachbarn, die anhand der Sprechweise jeden identifizieren können, die Sprechweise der Kinder von EK kommentiert. Man kann also annehmen, dass die Kinder von EK Hochdeutsch in seiner Thüringer Variante reden. Zu diesem Ergebnis kommen auch Forschungen in der Soziolinguistik (mit anderen, quantitativen Forschungen): Kinder erlernen immer den Dialekt des Ortes, wo sie aufwachsen, und nicht den ihrer Eltern. Dies geschieht – natürlich abhängig von der Zusammensetzung der sprachlichen peer-group eines Individuums – schon aus pragmatischen Gründen: Warum sollte man sich auch die Mühe machen und alle Sprachen eines Ortes erlernen, wenn eine reicht, sich zu verständigen?

3.4 Zusammenfassung

Folgende charakteristische Grundzüge sind erkennbar:

- 1) EK sprach Hochdeutsch, aber mit nordböhmischer Färbung.
- 2) EK hatte nach 1945 die Möglichkeit, sich in nordböhmischer Umgangssprache zu unterhalten und spricht auch heute noch leicht böhmisch gefärbt.
- 3) Obwohl EK bis heute noch ungefähr so spricht wie in Nordböhmen, haben ihre Kinder diese Aussprache nicht erlernt, sondern die örtliche Umgangssprache.

Jetzt zu einem Beispiel aus der viel kleineren Personengruppe derjenigen Sprecher des Deutschen, die nach 1945 östlich der Oder-Neiße-Linie wohnen blieben. Die Recherchen dazu habe ich bei einem einmonatigen Forschungsaufenthalt im Rahmen meiner Magisterarbeit durchgeführt, der vom DAAD gefördert wurde.

4. Beispiel II - „Oma, wir sprechen da alle so!“ RC aus Ostpreußen

4.1 Gesprächssituation

Das Gespräch mit RC, einer 73jährigen Frau, fand am 27.3.2006 in der Wohnung der Befragten in Mohrunen/Morąg (Polen) statt. Es verlief ungestört in einer herzlichen Atmosphäre. Die Interviewpartner kannten sich von einem kurzen Gespräch während eines Treffens des Vereins der deutschen Minderheit in Mohrunen wenige Tage vorher.

4.2 Biographieabriss

RC: Eigentlich heiÙe ich RP von zu Hause. Ich bin geboren am 4. Januar 1933 (-) in Dietrichswalde (---) und das heiÙt jetzt Gietrzwałd, nicht? Und da bin

ich bis 5 Jahre (--) gewesen, und dann kamen wir hierher (-) in Złotno haben wir gewohnt (--) das hieß früher Goldbach.

RC wurde also 1933 in einem Dorf im südlichen Ostpreußen geboren. 1938 zog sie mit ihren Eltern ca. 50 km nördlich in das Heimatdorf des Vaters, wo sie den dortigen lokalen Dialekt erwarb. Von 1939-1945 besuchte sie deutsche Volksschule, im Jahr 1947 besuchte sie eine polnische Schule. Sie heiratete 1953 einen polnischen Mann, arbeitete danach auf dem eigenen Hof in der Landwirtschaft, seit dem Umzug in die Kleinstadt Mohrungen als Putzfrau und in einer Möbelfabrik. Sie hat 5 Kinder und lebt heute als Rentnerin in Mohrungen. Seit 1990 fährt sie jedes Jahr für ungefähr 2 Monate im Sommer zu Bekannten nach Niedersachsen. Dies kann auch einer der Gründe dafür sein, warum RC heute kaum noch dialektale Formen aus ihrer Heimat benutzt: Wenn sie Deutsch spricht, tut sie dies heute meist bei den Bekannten in Niedersachsen. Sie meint, dass sich ihr Deutsch in dieser Zeit „verbessert“ habe, aber ist mit dieser „Verbesserung“ eine Angleichung an die niedersächsische lokale Umgangssprache gemeint? Und auch die sprachliche Umgebung ihres Alltags (in Mohrungen/Polen) hat sich verändert, dort spricht man heute Polnisch. Heute ist bei RC eine leichte, wohl niederdeutsche, dialektale Färbung zu hören. Im Vergleich mit anderen heute in Polen lebenden Deutschen gibt es bei RC relativ wenige Einflüsse der häufiger verwendeten Sprache (Polnisch) auf ihr Deutsch, normalerweise werden z.B. Konstruktionen übernommen. Sie spricht auf Deutsch sehr frei und flüssig.

4.3 Rekonstruktion der Sprachbiographie

4.3.1 Wie RC den Dialekt lernte

RC wurde 1933 in Dietrichswalde in Ostpreußen geboren. Ihre Eltern sprachen Hochdeutsch, aber in der Familie mütterlicherseits, die im gleichen Ort wohnte, sprach man auch lokalen polnischen Dialekt, wie er im Süden Ostpreußens gesprochen wurde. Diesen polnischen Dialekt erwarb RC nicht. 1938 zog RC mit ihren Eltern in das Heimatdorf des Vaters bei Mohrungen, in dem eine stark dialektal gefärbte deutsche Umgangssprache gesprochen wurde. Dies verursacht ein in der Erinnerung von RC tief eingprägtes Fremdheitserlebnis:

RC: Wie ich zu Oma und Opa kam [...] und ich hab immer so schön gesprochen, wie in Dietrichswalde: Ja, nein, Omi, Opi [...] aber hier mit einmal: Ritachen! (--)das ‚-chen‘ am Ende. Vom Anfang an, da wusst ich gar nich: Ich heiß doch Rita. (-) Ritachen, wo bi- wo best du? [...] Denn kemm här! Kemm här? Tja, was is das? Die Mutti sagt: Geh mein Kind, das ist ‚Komm her!‘ Komm her? Aha! Naja. ‚Denn kemm här!‘[...] Die sprachen hier so. [...] ‚Kemm her!‘ – das wusst ich ja nich, was das is. [...] Merjellche, was hast du schon wieder jemacht! Merjellche? Ich kuck mich um, wer ist denn das? Merjellche, wie die heißt! Ich dacht, das is ein Mädchename! Ja, Merjellche, DAS WAR ICH! Ja und das hab ich mir dann so mit anjeweent und dann hab ich so – bis de Polen kamen, hab ich so gesprochen.

Bald jedoch lernt RC, da alle Menschen rundum diesen Dialekt sprechen, ihn auch und spricht bald selbst den Großeltern aus Dietrichswalde gegenüber – also den hochdeutschen bzw. polnischen – genauso, sodass diese Oma entsetzt sagt: Kind, was hast du dir angewöhnt! Darauf meint RC: Oma, wir sprechen da alle so!

Dieser Dialekt wird umgangssprachlich auch als „das Jau“ bezeichnet, denn in ihm wird standardsprachliches „a“ als „au“ realisiert: „Jau, ich haube“ statt „ja, ich habe“.

Vom Standarddeutschen abweichende Eigenheiten dieses Dialekts sind nach RC: phonetische Abweichungen (lautlich: „kemm här“ statt „komm her“, „wo best du“ statt „wo bist du“), morphologische Abweichungen (häufiger Diminutiv mit -chen: „Ritachen“), lexikalische Abweichungen (d.h. andere Wörter, so z.B. die in ganz Ostpreußen bekannten Wörter Marjellchen für Mädchen, Lorbass für Junge, Kujel für Eber und noch viele mehr).

4.3.2 Deutsche Volksschule

RC besuchte von 1939 bis Januar 1945 die deutsche Volksschule, in der der Unterschied zwischen Dialekt und Standardsprache plötzlich relevant wird:

RC: Ob die Lehrers auch alle so sprachen?

ST: Ja. Sprachen die Lehrer auch so?

RC: NE. NE! Die Lehrers sprachen nicht so. [...] Wir hatten immer von woanders Lehrers. Manche kamen ja aus der Stadt. [...] Die letzte war sogar von Hamburg! Ja und die hat nich so gesprochen. Ja aber wir ham nich so geschrieben, wir ham gut (-) richtig geschrieben! Wir ham bloß so gesprochen! Aber geschrieben ham wir, wie es sich geheert! [...] Wir ham gesprochen: ‚Kick mal här!‘ oder ‚Kemm här!‘ oder (-- ‚Kick mo do!‘ Aber wir haben richtig geschrieben ‚Kuck mal da!‘ [...] und in der Schule war ja anders. In der Schule hat ja auch keiner auch kein Lehrer zu uns so gesprochen bloß wir, wir Kinder. Weil zu Hause alle so sprachen.

ST: Und zum Lehrer auch so?

RC: Wir? Ja, ja!

ST: Auch ganz genau so? Auch mit dem ‚-chen‘?

RC: Lehrerchen! Ja! Ja und so wie die letzte Lehrerin aus Hamburg (-- die hat von Anfang an gelacht!

ST: [...] Und dass die Lehrer von woanders herkamen (-- haben die versucht, Ihnen Hochdeutsch beizubringen?

RC: Ja, ja! ‚Passt auf‘, sagten sie, ‚passt auf, dass ihr nicht schreibt, wie ihr sprecht! So wird das gesprochen und so wird das auch geschrieben!‘

In der Schule kam RC also erstmals mit dem Zwang zum Hochdeutschsprechen in Kontakt. Jedoch ist bis heute eine dialektale Färbung in ihrer Umgangssprache zu hören.

4.3.3 Polnisch

Ab 1945 erlernte RC von ihrer Mutter und der plötzlich polnischsprachigen Umgebung unfokussiert Polnisch, das sie bis heute aber nur fehlerhaft spricht. Sie meint jedoch, Polnisch sei ihre Muttersprache geworden. Obwohl RC Deutsch relativ flüssig spricht und Polnisch mit deutlich deutschem Akzent, müssen wir ihr hier glauben. Vielleicht fällt es RC tatsächlich leichter, sich auf Polnisch auszudrücken. Im Alltag von RC ist Polnisch die Umgangssprache während der meisten Zeit des Jahres, und auch mit ihren Kindern spricht sie Polnisch.

4.3.4 Wiedersehen mit dem Vater

Der Vater von RC überlebte die russische Kriegsgefangenschaft, durfte aber als Ostpreuße nicht an seinen Heimatort zurückkehren. Er hat in der BRD noch einmal geheiratet. Als RC im Jahre 1970 in die BRD fährt, ist es beinahe ihr erster Kontakt mit gesprochenem Deutsch seit ca. 25 Jahren. Die dialektal gefärbte Sprechweise wird beim Kontakt mit dem „Binnendeutschen“, das über höheres Prestige verfügt, zugunsten des letzteren zurückgedrängt:

ST: War das schwer, wieder auf Deutsch zu sprechen?

RC: Ne, ne, Deutsch war mir nicht schwer. So wie ich konnt, so sprach ich. Bloß (-) ich sprach noch so breit, bisschen. Und das hab ich mir sicher jetzt so'n bisschen abjeweehnt, aber noch nich so janz, nich? Weil doch nu da sprechen sie so anders.

ST: Aber Ihr Vater muss das doch verstanden haben? Ihr Vater hat doch auch früher so gesprochen? [...]

RC: Ja ja. (--), 'Na, Puppche.' Er rief mich immer Puppche. 'Na Puppche, jauche. Denn komm ma här.' Ja, mein Vater- aber da, ja DA, nachher hat er sich auch bisschen (--), äh, so (-) er hat ja da noch mal geheiratet [...] Die sprach da ja nu (-) das war in Westfalen, mein Vater war in Westfalen. Dann hat er sich da so'n bisschen da dran gewehnt, besser zu sprechen. [...] Aber so konnt' er auch.

ST: Hat Ihr Vater mit Ihnen so gesprochen und mit der Frau dann anders?

RC: Mit der Frau hat er richtig schön gesprochen. Aber mit mir auch, aber wenn wir so alleine waren, denn (-) denn kam es ihm wieder so ein und dann hat er wieder so ostpreußisch gesprochen.

Hier haben wir noch einmal ein schönes Beispiel für das oben erwähnte Phänomen der Vertrautheit als Bedingung für das Dialektsprechen: Da Vater und Tochter voneinander wissen, dass sie diesen Dialekt sprechen, können sie ihn benutzen und gleichzeitig ist das Sprechen in diesem Dialekt auch Erinnerung an die gemeinsame Vergangenheit.

Zur Verdeutlichung noch einmal die wörtliche Rede des Vaters:

RC: 'Na Puppche, jauche. Denn komm ma här.'

Der Vater sagte, laut RC, in dieser Situation (neben dem Kosewort „Puppche“ für „Puppe“) das Wort „jauche“. Darin sind 2 der vorhin erwähnten Merkmale dieses „Jau-Dialekts“ enthalten: Einmal „au“ statt „a“, also „jau“ statt „ja“, und darüber hinaus der Diminutiv „chen“. Durch die Verwendung dieser Form, die beiden bekannt ist, wird also – wenn sie unter sich sind – Vertrautheit geschaffen.

4.3.5 Weitergabe und Kinder

Nach 1945 war es in Polen gesetzlich verboten, Deutsch öffentlich zu benutzen. Deutsche Ortsnamen wurden verboten, deutsche Vornamen zwangsweise durch polnische ersetzt (auch RC erhielt die polnische Variante ihres Vornamens in den Pass eingetragen, sie hat dies bis heute nicht geändert). RC selbst sprach zu Hause Polnisch, auch mit ihren Kindern. Diese haben daher nur rudimentäre Deutschkenntnisse:

RC: Sieben Jahre konnt mein Sohn Deutsch. Und wie wir dann schon alleine auf die Wirtschaft gingen mit meinem Mann – der Mann konnt nicht Deutsch, da musst ich Polnisch sprechen. Und da ging mein Sohn schon zur Schule – zur polnischen Schule – da hat er verlernt. [...] Ich hatt keine Zeit nicht zum Sprechen, und um ihnen beizubringen. Die gingen in die polnische Schule (-) Und meine Kinder können auch nich so. So bisschen, da paar Wörter, und so bisschen verstehen se so, aber dass se so richtig sprechen, das [schüttelt den Kopf]

ST: Nicht. Also heute nicht.[...]

RC: Jo, jo. (---) Jo ich sag: Es ist auch meine Schuld, dass se nich kennen, sicher- aber wann sollte ich ihnen das beibringen oder wann sollten wir sprechen? Und nachher wurd' ja nicht verboten. Nachher (--) hat keiner nich verboten, dass man (-) das war nachher alles (-) das war nur von Anfang an.

Von den Kindern ist eine Tradierung der dialektalen Umgangssprache der Gegend also nicht zu erwarten, da die Kinder gar kein Deutsch können.

4.3.6 Tradierung

Es gibt aber eine kleine Gruppe, innerhalb der RC noch diesen „jau“-Dialekt sprechen kann: Dies sind einerseits einige alte Frauen im Verein der deutschen Minderheit in Mohrunen und andererseits ihre Kusinen, die früher ein Dorf weiter wohnten und heute in der BRD leben. Die Kusinen setzen manche Elemente der ostpreußischen Umgangssprache (z.B. Marjellchen oder die Negationspartikel „nuscht“ für „nicht“, oder die doppelte Verneinung) im Gespräch mit RC gezielt ein, denn sie wissen, dass dies von RC verstanden wird.

RC: Nuscht nich! Meine Kusins, wenn die auf Urlaub kommen, die waren ja auch von Goldbach, nich, die konnten ja frieher so breit wie ich. (--) ,Na, Marjellche, hast nuscht nich?' (lacht) Nej, ich sag, ich hab nuscht. [...]

Vor zwei Jahren waren sie zu Besuch hier bei mir. Dann extra – extra, dass sie sich noch erinnern an manche Wörter. Was in seinen Kopf kommt - naja dann das zweite Wort geb ich dann dazu, und dann kommen wir bisschen so in Erinnerung, so wie frieher so (--) aber sonst mit keinem. Auch wenn ich da bin, auch nicht. Aber wenn die kommen, dann.

Aber diese Kusinen sprechen in Deutschland auch nicht mehr so, sondern nur, wenn sie sich in Ostpreußen befinden. Dialektsprechen scheint für die Kusinen von RC mit dem Ort verbunden zu sein, an dem sie früher diesen Dialekt gesprochen haben. Nur DORT sprechen sie auch wieder so. Bedingung für das Dialektsprechen also ist, dass man an dem mit dem Dialekt verbundenen Ort mit Menschen zusammenkommt, von denen man weiß, dass sie auch diesen Dialekt reden. Diese beiden Bedingungen sind aber heute nicht mehr erfüllbar. Auch in diese Gruppe wird – wie vorher bei EK – niemand mehr aufgenommen, sie besteht nur aus älteren Leuten.

4.4 Zusammenfassung

Fassen wir hier noch einmal die relevanten Elemente zusammen:

- 1) RC erlernt im Alter von 5 Jahren stark dialektal gefärbte Umgangssprache.
- 2) Nach 1945 wird Polnisch zu ihrer Alltags- und ihrer „Muttersprache“.
- 3) RC spricht heute auf Deutsch noch leicht dialektal gefärbt, aber nicht mehr diesen Dialekt wie früher.
- 4) Die Kinder von RC sprechen Polnisch, kein Deutsch, daher ist eine Weitergabe des lokalen Dialekts an sie ebenfalls nicht möglich.

5. Schlussbetrachtung

Trotz der Unterschiede und andersartigen Strukturierung der Sprachbiographien kann man doch zumindest für die Tradierung der dialektalen Umgangssprachen, also für den Punkt, an dem eine Sprache von Generation zu Generation weitergegeben wird, das Gleiche beobachten: Die Kinder erwerben (da die Eltern in den Spracherwerbsprozess der Kinder nicht eingreifen) aktiv nur die an dem jeweiligen Ort dominierende Sprache: Polnisch wie bei RC oder Deutsch mit thüringischer Färbung bei EK.

Die Sprecher selbst passen sich an, soweit es nötig oder möglich ist. EK spricht noch leicht nordböhmisch gefärbt, RC kaum noch so wie früher. Denn bei RC, wo man gewissermaßen eine „konservierte“ Sprechweise erwarten könnte, wird die ostpreußische Umgangssprache wegen ihres geringen Prestiges (polnisch kontaminierte Kontaktsprache, „unrein“) zugunsten des höher bewerteten Hochdeutschen aufgegeben.

Da Dialektsprechen an viele Faktoren gebunden ist (an bestimmte Personen, also Vertrautheit, oder lokal: Aufgewachsenensein an einem Ort und auch Sich-Aufhalten an einem Ort), die nicht beliebig reproduzierbar sind, wird der Kreis der Dialektsprecher bei zunehmender „Mobilität“ zwangsläufig kleiner.

Da die ostdeutschen⁴ Dialekte aufgrund der Zerstreung ihrer Sprecher an keinem Ort mehr die dominierende Alltagssprache darstellen, lernt sie heute auch niemand mehr. Es lohnt sich nicht mehr, da sie nicht mehr effektivstes Kommunikationsmittel an einem Ort sind. An den Orten, an denen diese Dialekte die dominierenden Sprachen waren, leben heute Menschen mit einer ganz anderen Muttersprache. Daher kann heute niemand mehr diese Dialekte lernen und sie werden nicht mehr weitergegeben.

Dass dies so ist, haben die Beispiele von EK und RC NICHT gezeigt, sie haben nur mögliche Ausprägungsformen dieser Prozesse in individuellen Schicksalen demonstriert.

Zur Transkription

Die Transkription wurde nach stark vereinfachten GAT-Kriterien erstellt.

(lacht) bezeichnet außersprachliche Handlungen (Lachen usw.)

(-) kurze Pause

(--) längere, auffällige Pause

NA DANN Großbuchstaben bedeuten erhöhte Lautstärke oder ungewöhnlich starke Betonung

[...] Auslassung im Transkript

Literatur

Assmann, Jan (1992): Das kulturelle Gedächtnis. Beck, München.

Betten, Anne / Du-nour, Miryam (1995): Wir sind die letzten. Fragt uns aus. Gespräche mit den Emigranten der dreißiger Jahre in Israel. Gerlingen.

Fix, Ulla / Barth, Dagmar (2000): Sprachbiographien. Frankfurt am Main.

Franceschini, Rita / Miecznikowski, Joanna (Hrsg.) (2004): Leben mit mehreren Sprachen. Sprachbiographien. Bern u.a. (= transversales Vol. 9).

König, Werner (1978): dtv-Atlas zur deutschen Sprache. München.

Mattheier, Klaus J. (1983): Der Dialektsprecher und sein Sprachgebrauch: Auswirkungen und Bedeutung für den Sprachwandel. In: Besch, Werner (Hrsg.)(1983): HSK Dialektologie. Berlin, 1983, S. 1455-1467.

Meng, Katharina (2001): Russlanddeutsche Sprachbiographien. Untersuchungen zur sprachlichen Integration von Aussiedlerfamilien. Tübingen.

Nekvapil, Jiří (2004): Sprachbiographien und Analyse der Sprachsituationen. Zur Situation der Deutschen in der Tschechischen Republik. In: Franceschini / Miecznikowski 2004, S. 147-172.

Schirmunski, Viktor (Hrsg.: Claus-Jürgen Hutterer) (1992/1932): Linguistische und ethnographische Studien über die alten deutschen Siedlungen in der Ukraine, Russland und Transkaukasien. München.

⁴ Siehe Fußnote 2.

Wiesinger, Peter (1983): Die Einteilung der deutschen Dialekte. In: Besch, Werner (Hrsg.): HSK Dialektologie. Ein Handbuch zur deutschen und allgemeinen Dialektforschung. Berlin, S. 807-900.

Public diplomacy als Mittel der Außenpolitik der (europäischen) Staaten

Šárka Waisová

„The key challenge [für die NATO – Bemerkung des Autors] is not the Balkans, though it comes close. And it isn't defence budgets either though it is a major priority. The main challenge is the theme of this very evening: communication.“

George Robertson¹

Abstrakt: Im 20. Jahrhundert kam es zur Änderung der politischen Mittel, welche die Staaten zur Ausbildung ihrer eigenen Rolle und Position in den internationalen Beziehungen einsetzen. Zur Legitimierung ihrer außenpolitischen Tätigkeit benutzen die Staaten heutzutage die sog. „öffentliche Diplomatie“. Ziel der öffentlichen Diplomatie ist es, das positive Staatsimage zu bilden. Aufgrund der Existenz der breiten Instrumentenpalette wurden für die folgende Analyse zwei Mittel (Instrumente) ausgewählt: das *corporate design* und die Informationskampagne.

Der Wandel der internationale Politik, Demokratisierung der Innen- und Außenpolitik, technologische Innovationen und die Entwicklung der Kommunikations- und Informationsmittel tragen im 20. Jahrhundert zur Änderung der politischen Mittel (Instrumente) bei, welche die Staaten für die Ausbildung ihre eigenen Rolle und Position in den internationalen Beziehungen (IB) nutzen. Die Änderung des politischen Mittels hängt auch mit der Änderung des Machtverständnisses und mit der Frage der Legitimierung von (Außen-)Politik zusammen. Die meisten Staaten (vor allem die liberalen Demokratien oder die nach dem Etikett des demokratischen Staats strebenden Staaten) versuchen in der internationalen Politik eine bestimmte Rolle zu spielen und bemühen sich um die Anerkennung dieser Rolle. Diese Rolle wird von anderen Staaten und von ihren Einwohnern anerkannt; jeder Staat bemüht sich logischerweise sein Image in der internationalen Politik in eine bestimmte Richtung zu lenken. Die Staaten reagieren auf die Änderung des Machtverständnisses und die Notwendigkeit der Legitimierung der Außenpolitik über die sog. öffentliche Demokratie (*public diplomacy*, PD). Die heutige Staatsrolle wird nicht ausschließlich von den „objektiven“ Kriterien, wie z. B. Größe des BIP's oder der Größe der Armee abgeleitet, sondern vor allem vom Resultat der intersubjektiven Prozesse der Akteure der internationalen Beziehungen – anders gesagt ist sie ein Sozialkonstrukt, und an sich wandelbar. *Public diplomacy* bzw. die Unterstützung der Bildung des positiven Staatsimages ist in der internationalen Politik kein neues Thema. Die Bedingungen für *public diplomacy* und ihre Instrumente wurden in den letzten Jahren dank der Informationstechnologie, Internationalisierung, Verbreitung der post-

¹ Aus der Rede des Generalsekretärs G. Robertson an der Erasmusuniversität in Rotterdam am 23. April 2001, www.nato.int/docu/speech/2001, Ansicht: 15.4.2004.

modernen Kultur und der markanten Individualisierung der Gesellschaft dramatisch geändert.²

In den einzelnen Staaten wächst der Einfluss der öffentlichen Meinungen, die Ursache ist in der Kommunikationsentwicklung und dem Wachstum der Fähigkeiten der einzelnen Einwohnergruppen zu suchen, welche neue Beziehungen außerhalb des Gebietes ihres eigenen Staates knüpfen (transnationale Beziehungen). Die Entwicklung der Kommunikationsmittel verstärkt die Transparenz der Staatspolitik.

Im folgenden Text wird zuerst kurz die Änderung der Wahrnehmung des Machtcharakters erläutert, die auf die Steigerung der Bedeutung einen erheblichen Einfluss hat – Einfluss, welcher der *public diplomacy* zuzurechnen ist. Im zweiten Teil des Textes werden die öffentliche Diplomatie bzw. ausgewählte Instrumente der öffentlichen Diplomatie analysiert.

Die Veränderung der Machtwahrnehmung und die Legitimitätsfrage der politischen Akteure

Macht ist nicht mehr konzentriert und lokalisiert. Sie ist nicht mehr als Besitzausdruck zu verstehen. Die Macht hört auf, nur die Fähigkeit zu sein, ein bestimmtes Gut zu erwerben, ein bestimmtes Resultat zu beeinflussen oder andere dazu zu bewegen etwas zu tun, was sie sonst nicht tun würden.

Die Regierungen bemühen sich darum, ihre Machtquellen in einen effektiven Einfluss umzuwandeln, wobei der effektive Einfluss nicht nur Zwangs- oder Weisungscharakter aufweist sondern ebenfalls einen „Lock-Charakter“. Während die Zwangs- und Weisungskraft mit der materiellen Machtgrundlage, also mit der sog. *hard power*, identifiziert wird, ist die sog. *soft power* ein „Lockmittel“. *Soft power* präsentiert eine indirekte Möglichkeit der Machtausübung, eine gewaltlose und nicht erzwingende Unterstützung durch attraktive Werte. Nach Joseph Nye sank in den letzten Jahren der *hard power*-Einfluss und der *soft power*-Einfluss stieg an. Die fortschreitende Informationsrevolution und Globalisierung sind die Grundlagen für diese Veränderung.³ Obwohl sich diese zwei Machttypen ergänzen und bedingen, könnten die Staaten im Einzelnen von diesen Machttypen abweichen. „Besitzer“ bzw. Nutzer der *soft power* ist nicht wie im Fall der *hard power* nur die Regierung. Nur wenige Quellen der *soft power* haben mit den Regierungsquellen etwas zu tun. Sie geht vielmehr aus der Gesellschaft, ihrer Kultur, ihren Werten, dem Verhalten und Verfahren aus.⁴

Die Verstärkung der *soft power* verursacht eine größere Zusammenarbeit mit den nichtstaatlichen Akteuren. Sie sind sehr oft die Kultur- und Werteträger oder bestimmen die Verhaltens- und Verfahrensweisen. Im Zusammenhang mit der Demokratisierung der Politik spielen die nichtstaatlichen Akteure, vor allem die globale Bürgergesellschaft, die Hauptrolle in der Öffentlichkeit, welche die au-

² McQuail (1999), S. 48.

³ Nye (2002).

⁴ Nye (2002), S. 11.

ßenpolitischen Tätigkeiten der einzelnen Staaten legitimiert. Wie schon in der Einleitung erwähnt, wird die Staatsrolle bzw. das Image eines Staates durch den Prozess der intersubjektiven Kommunikation und Interpretation der anderen Akteure beeinflusst. D.h. sie ist von der subjektiven Perzeption und Interpretation abhängig. „Die Perzeption beeinflusst erstens die Angelegenheiten, die man für Fakten hält und zweitens die Bedeutung dieser ‚Fakten‘ [...] Die Veränderung der Perzeption ist davon abhängig, wer der Beobachter ist bzw. wie die äußere Position der Beobachters ist und wie sein innerer Charakter. Die Positionsperspektive ändert sich aufgrund der Stelle und Zeit.“⁵ Die Perzeption entspricht nur selten der Realität, denn die meisten Akteure verfügen nicht über fehlerfreie Informationen.

Eines der wichtigsten Instrumente für Imagebildung und für die Verstärkung der *soft power* ist *public diplomacy* (vgl. Tabelle):

	Behaviors	Primary Currencies	Government Policies
Military Power	Coercion Deterrence Protection	Threats Force	Coercive diplomacy War Alliance
Economic Power	Inducement Coercion	Payments Sanctions	Aid Bribes Sanctions
Soft Power	Attraction Agenda setting	Values Culture Policies Institutions	Public diplomacy Bilateral and multi-lateral diplomacy

Quelle: Nye (2004), S. 31

Public Diplomacy und ihre Stellung zu der traditionellen Diplomatie und public affairs

Public diplomacy bezeichnet die Darstellung eines politischen Systems gegenüber fremden Staaten. PD ist eine langfristige Tätigkeit, die sich mit der Bildung und Beeinflussung eines positiven Images eines Staates in der Öffentlichkeit des Auslandes beschäftigt. Das Mittel zur Erreichung des erwünschten Ziel ist es, die Kontrolle über die wahre Kommunikation mit der Auslandsöffentlichkeit zu behalten.

Nach Joseph Nye sind in *public diplomacy* drei Dimensionen enthalten:

1. tägliche Kommunikation,
2. strategische Kommunikation,
3. Entwicklung der langfristigen und dauerhaften Beziehungen mit den Einzelnen, vor allem mit *opinion leaders* und *opinion makers*.⁶

⁵ Buzan (1991), S. 343.

⁶ Nye (2004).

Der Staat benimmt sich bei der Bildung eines Images und dessen Verstärkung ähnlich wie eine Privatfirma auf dem Markt. So kann die PD im Managementterminus als Bemühung zur Bildung der sog. *Corporate Identity* beschrieben werden: *Corporate identity refers to the strategic concept for positioning a company. It entails defining identity traits, integrating them into a congruent action concept and coordinating them within this concept. Its objective is to permanently anchor a distinct, easily recognizable image in consumers' minds.*

Bevor man sich den einzelnen Instrumenten der PD zuwendet, ist es nötig, den Unterschied zwischen der traditionellen Diplomatie einerseits und *public affairs* andererseits zu erklären. Der Hauptunterschied zwischen traditioneller Diplomatie, *public affairs* und PD liegt in der Zielgruppe, auf welche die außenpolitischen Aktivitäten gerichtet sind: die traditionelle Diplomatie konzentriert sich auf die offiziellen Staatsvertreter oder auf die politischen Eliten, welche sich auf die Bildung der Außen- und Innenpolitik konzentrieren, dagegen dient *public affairs* der Öffentlichkeit des eigenen Staats (es geht primär um Erhöhung der Informiertheit und Erklärung des Geschehenen und der eigenen Außenpolitik). Als Ziel der PD wird die Kommunikation mit der Öffentlichkeit anderer Staaten, vor allem mit den *opinion leaders* und *opinion makers* verstanden.

Bei der PD-Analyse ging man von den Grundfragen der Kommunikationstheorie und -forschung aus: 1. Wer kommuniziert mit wem? (Quellen und Empfänger), 2. Warum kommuniziert man? (Funktionen und Zwecke), 3. Wie verläuft die Kommunikation? (Kanäle, Sprachen, Codes), 3. Wovon handelt die Kommunikation? (Inhalt, Hinweis, Kommunikationstypen) und 5. Wie sind die Auswirkungen der Kommunikation (absichtliche, unabsichtliche) und die Rückkopplung? Die Verbindung der *public diplomacy* mit der Kommunikation ist bspw. davon abhängig, ob in den Ländern (z.B. in der Tschechischen Republik) PD mit der sog. Kommunikationsstrategie identifiziert wird. Die Kommunikation ist definierbar als *Informationstransfer vom Sender zum individuellen Empfänger*.⁷ Die Kommunikationsstrategie bezeichnet die Möglichkeit zum Informationstransfer, der vom Sender benutzt wird, um den individuellen Empfänger zu treffen.

Wie bereits erwähnt, bemüht sich PD, die Haltung der Öffentlichkeit und der politischen Eliten eines anderen Staates bezüglich der Ziele, Institutionen, Kultur, Nationalinteressen und der eigene Politik positiv zu beeinflussen. Zu den weiteren Zielen gehört die Eliminierung des potenziellen Risikos von Missverständnissen. PD ist nicht für einen eindimensionalen Betrieb geeignet; PD ist mehrdimensional. Der Erfolg wird durch die Auswahl der Instrumente und Themen und durch das passende Timing bestimmt. Instrumente, Themen und auch Timing werden im Hinblick auf das kulturelle, historische, soziale, psychologische, sprachliche und politische Milieu der Zielgruppe ausgewählt. Die anderen Aktivitäten sollten auf der Rückkopplung zur vorigen Kampagne basieren.

⁷ McQuail (1999), S. 283.

PD kann sich entweder auf die konkreten kurzfristigen oder die allgemeinen langfristigen Ziele konzentrieren.

Zu den PD-Instrumenten gehören:

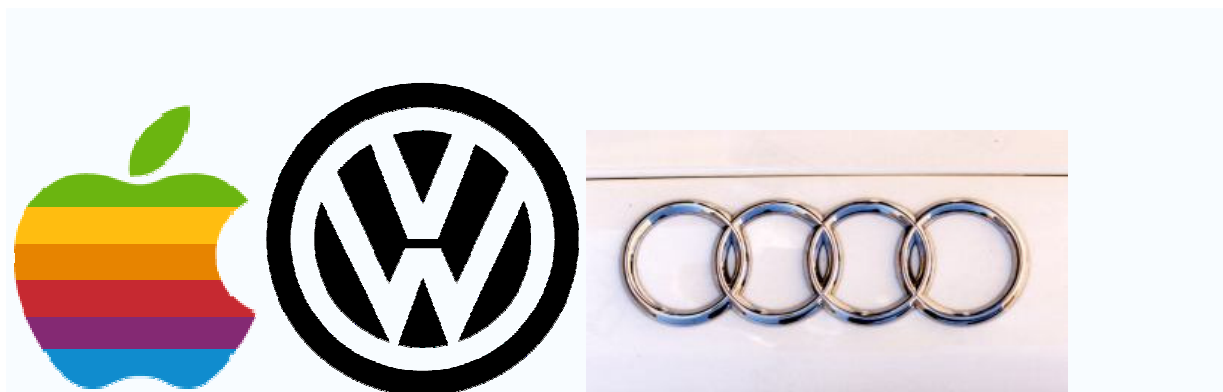
- kultureller Austausch, Regierungsstipendien und Zuschüsse,
- Rundfunk- und Fernsehsendung, Zeitungen, Nachrichten- und Informationsinternetportale,
- Internetpräsentationen,
- kulturelle Aktivitäten,
- nationale Zentren im Ausland,
- „Kennenlernreisen“ für *opinion leaders* und *opinion makers*,
- „politische Bildung“ mit Konferenzen, Seminaren, Roundtables, Publikationen und Institutionen der politischen Bildung bzw. Institutionen mit den Aktivitäten, die sich bemühen, das Informationsniveau der außenstehenden Öffentlichkeit zu erhöhen,
- Informationskampagnen und
- die Formierung des sog. *corporate designs*.

Aufgrund der breiten PD-Instrumentenpalette wurden für diese Analyse zwei Instrumente ausgewählt: das *corporate design* und die Informationskampagnen.

Corporate design und „Staatslogo“

Ähnlich wie Privatfirmen bildet auch der Staat ein *corporate design*; im Fall des Staates wird öfter die Bezeichnung „einheitlicher Visualstil“ benutzt. Der einheitliche Visualstil bedeutet: *the visual representation of an organization, including its logo, design, typefaces and colours, as well as its philosophy*. Zunächst konzentrieren wir uns kurz auf das Staatslogo, welches zu den markantesten Teilen des einheitlichen Visualstils gehört.

Durch das Logo im Allgemeinen, also durch das einzigartige Symbol oder Design (Form/Bild) wird eine bestimmte Firma repräsentiert. Das Logo ist eine Markierung bzw. eine Geschäftsmarke.⁸ Es dient zur klaren und schnellen Firmen- und Produktidentifizierung. Zu diesen Firmen, bei denen diese Absicht erfüllt wurde, gehören z.B. die Firmen Apple, Volkswagen oder Audi.



⁸ Neben dem Begriff Logo gibt es noch auch die Terminologie Logotyp, d.h. graphische Bearbeitung des Textes oder Bildes, die zur Identifizierung einer bestimmten Firma dient.

Wie die Firmen sehen sich auch die Staaten nach einer schnellen und klaren Identifikation. Die meisten Staaten wurden bei der Logobildung durch die Möglichkeit der Staatsidentifikation mit einer (positiven) Vorstellung beeinflusst. Einige Staaten (z.B. Spanien, Norwegen, Portugal, Frankreich und Polen) nutzen das Logo „nur“ als Bild. Im Logo anderer Staaten (Slowakei, Slowenien, Griechenland und Großbritannien) werden Bild und Nachricht kombiniert. Der Text dient zur leichteren Identifikation des Staats. Die Nachricht bzw. ein kurzes Motto oder einer Parole sollen die Ausnahmemerkmale usw. eines Landes verdeutlichen („Slovakia – Little Big Country“ oder „Slovenija – The green peace of Europe“).



Ein interessanter Fall der Bildung eines einheitlichen Visualstils (inklusive Logo) scheint die Tschechische Republik zu sein. In den Jahren 2004-2005 wurden Debatten über eine bessere Selbstpräsentation Tschechiens nach außen und über die Bildung des einheitlichen Visualstils eingeleitet. Es kam vor, dass jedes Ministerium andere Visitenkarten und andere Staatssymbole im Briefkopf benutzte.



Es wurde im Rahmen dieser Diskussion auch über das Logo gesprochen. Das bisherige Logo wurde für seinen Konservatismus und seine Unoriginalität kritisiert (siehe Bild).

Im Jahre 2005 wurde ein Auswahlverfahren für das Logo und den Logotyp Tschechiens ausgeschrieben. Die Tschechische Republik sollte die Inspiration durch andere europäische Staaten aufgreifen.

Im Vergleich mit anderen Staaten beruht das neues Logo Tschechiens (siehe unten)



jedoch auf einer anderen Idee. Während die Logos anderer Staaten unflexibel sind, sollte das tschechische Logo höchst variabel sein. Die Variabilität des Logos sollte durch die Blasen oberhalb der Überschrift „Tschechische Republik“ gesichert werden. Die konkreten Äußerungen in den Blasen können sich, je nach der Gelegenheit, bei der das Logo eingesetzt wird, ändern.



Informationskampagnen

Zu den „sichtbarsten“ PD-Instrumenten, die auf aktuelle Anforderungen und Ereignisse reagieren, gehören die Informationskampagnen. Ihre Absicht liegt in Erklärungen für die Öffentlichkeit und deren Überzeugung. Die Grundlage besteht meistens in Benutzung von klaren und deutlichen Symbolen und Witzen. Für diese Kampagne werden Billboards, Fernseh- und Rundfunkspots, Internetpräsentationen sowie Werbung in Zeitungen und Zeitschriften verwendet. Von einigen Ländern werden für den Werbungsverlauf – vor allem für die lockenden

Kampagnen – bestimmte „positive“ Ereignisse genutzt, für die sich das breite Publikum interessiert, ohne dass das Publikumsinteresse gerade mit diesem Land verbunden wäre, z.B. die Olympischen Spiele oder die Fußballweltmeisterschaft (das Hauptziel für das *British Foreign and Commonwealth Office* ist die Nominierung als Austragungsort der Sommer Olympiade 2012 in London). Diese erwähnten Ereignisse versprechen, dass Sie eine ausreichende Aufmerksamkeit in Medien finden. Sehr praktisch ist es, die Präsentation des Sportereignisses mit der Selbstpräsentation zusammenzufassen (als letztes Beispiel dient Deutschland – siehe unten). Zu den langfristigen Informationskampagnen könnte man auch die Aktivitäten der Touristmusagenturen zählen.

Die Informationskampagnen könnte man nach 1.) Typen des Kommunikationsempfängers,

2.) Kampagnenabsicht und 3.) Kommunikationsfolgen bzw. Rückkopplung unterscheiden.

Wenn man die Informationskampagnen nach den Empfängertypen differenziert, ergibt sich folgende Gliederung: Kampagnen, die sich auf 1.) die breite Gesellschaft und 2.) *opinion leaders* und *opinion makers* (evtl. Investoren) konzentrieren.

Je nach der Kampagnenabsicht wird in 1. „Protestierende und Erklärende“ und 2. „Lockende“ gegliedert.

Im Hinblick auf die Rückkopplung verteilen sich die Kampagnen auf 1.) erfolgreiche, bzw. positive und 2.) erfolglose bzw. negative. Der Kampagnentyp bestimmt, was für ein Instrument bei ihrer Realisierung genutzt wird.

Nach der Wiedervereinigung hat sich Deutschland bspw. auf Informationskampagnen mit lockenden und erklärenden Elementen konzentriert, die sich auf *opinion leader* und *opinion maker/Investor* in englischsprachigen Ländern orientierten. Das Instrument dieser Kampagne stellten „Annoncen“ in den bedeutenden politikwissenschaftlichen Fachzeitschriften *Foreign Policy* und *Foreign Affairs* dar. Sie rufen die Leser dazu auf, den neuen Look Deutschlands kennen zu lernen. Deutschland präsentiert sich als solider und zuverlässiger Partner, als strategischer Staat in Mitteleuropa und als stabiler, prosperierender und großer Markt. Die Kampagne wurde finanziell von der Bundesregierung unterstützt. Sie betreibt auch das Internetportal *Germany Info*, worauf die Annonce aufmerksam macht. Was aber interessant ist und einer Überlegung wert – 2003 befand sich die erwähnte Annonce lediglich in den ersten Hälften der genannten Zeitschriften, von 2004 an wurde sie ebenfalls in den letzten Dritteln gedruckt.

Think you know Germany?



Leader
Strategically located in the heart of Europe, Germany plays a major role in international current affairs.

Partner
Partners in trade, security, and the pursuit of peace, Germany and the US enjoy a relationship based on vital mutual interests, shared culture and values. A commitment to the advancement of democracy and human rights around the world makes Germany a key US ally.

Market
Germany has the world's third largest economy. A highly educated and productive work force, continued progress in deregulation, and research & development-intensive industries make a unified Germany the place to invest and do business in Europe.

Think again.

www.germany.info





Take a look at Germany... from a fresh perspective.



82 FOREIGN POLICY

Eine ähnliche Kampagne, die sich vor allem auf Investoren konzentriert, ist die deutsche Kampagne „Germany – Land of Ideas“/„Deutschland – Land der Ideen“. Es wird auf die Tatsache hingewiesen, dass Deutschland eine Wissensökonomie (*knowledge economy*) ist, die über eine Reihe von Patenten und über bedeutende technische Innovationen verfügt und eine ausgezeichnete Infrastruktur besitzt. Kampagneziel ist es, beim Zuhörer positive Assoziationen hervorzurufen, wenn er etwas über Deutschland liest oder hört. Diese Kampagne wurde vom Bundespräsidenten Horst Köhler unterstützt und von den Bundesministerien durchgeführt allen voran vom Bundesministerium des Inneren.

Deutschland Land der Ideen



Das deutsche Model Claudia Schiffer wurde zum Gesicht der Kampagne. Die Billboards weisen darauf hin, dass Deutschland im Vergleich zu den anderen europäischen Ländern ganz außergewöhnlich ist. Einziger Schwachpunkt Deutschlands sei das unvergessliche Jahr 1966. In diesem Jahr fand in England die Fußball-Weltmeisterschaft statt; im Finalspiel gewann England gegen Deutschland dank einer zweifelhaften Torentscheidung.



Bestandteil der Kampagne „Germany – Land of Ideas“ sind Bänder, die sog. „Freundschaftsbänder“. Das Motto der Bänder lautet: „Cool und schick: Die Freundschaftsbänder aus dem Land der Ideen“. Die Silikonbänder sollen die Rolle der Attribute, die zu Deutschland gehören, darstellen. Sie sollen sympathisch, solide, schick und innovativ wirksam sein.

Wir sind dabei. Du auch?



Neben diesen Aktivitäten verlief parallel auf den deutschen Webseiten eine Kampagne zur politischen Bildung über Deutschland – z. B. wurden jedes Jahr ca. 500.000 Exemplare der Publikation „Facts about Germany“ in 13 Sprachen herausgegeben.

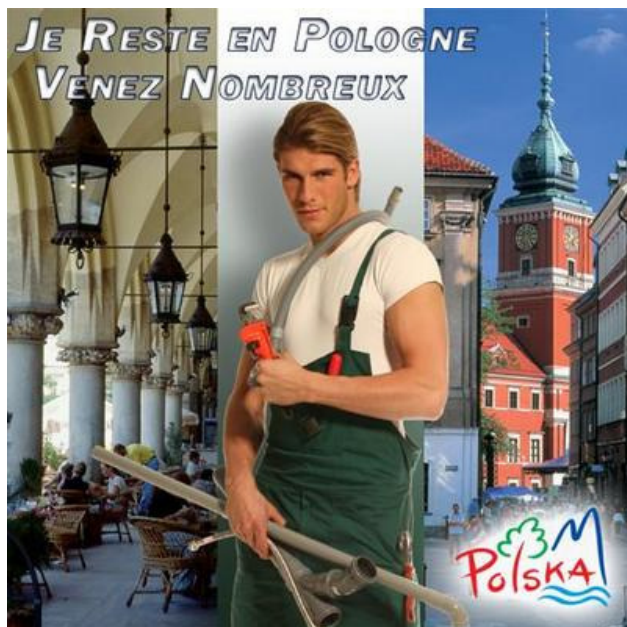
More knowledge
about Germany



Beispiel für eine Kampagne, die sich auf die breite Öffentlichkeit konzentrierte und die über starke Erklärungs- und Protestmittel verfügte, war eine polnische Kampagne in den Jahren 2004-2005. In vielen Debatten über die EU-Osterweiterung tauchte die Befürchtung über die Wanderung von billigen Arbeitskräften von Ostmitteleuropa in die alten Mitgliedsstaaten der EU auf. Die Furcht vor der „Bedrohung“ durch Arbeitslosigkeit in diesen Ländern stieg. Der Arbeitsmarkt wurde von den meisten alten Mitgliedsstaaten der EU in der kurzfristige bzw. mittelfristige Perspektive für tschechische, polnische, ungarische und andere osteuropäische Arbeitnehmer geschlossen.

Im Zusammenhang mit dem Referendum über die Ratifizierung der Europäischen Verfassung entflamte in Frankreich wieder die Debatte über den Zustrom billiger Arbeitskräfte aus dem Osten. Als Reaktion auf diese französische Kampagne startete die Polnische Touristikorganisation (POT) eine „Gegenkampagne“. Sie benutzt auf ironische Weise die Stereotypen, die in den französi-

schen Medien erschienen. Der polnische Installateur oder die Krankenschwester wurden zur Bedrohung für den französischen Arbeitnehmer. Der Installateur teilt den Franzosen mit, dass er zu Hause bleibt, weil Polen ein schönes und gastfreundliches Land ist. Er lädt die französischen Einwohner nach Polen ein, um das wunderbare Land, aus dem wegzugehen eine große Schande wäre, kennen zu lernen. Die französischen Damen sollte ein polnischer Playboy, die französischen Männer eine anmutige Krankenschwester anlocken. Nach den Mitteilungen der POT hat sich die Kampagne gelohnt – im ersten Quartal 2005 sind ca. 18 % mehr Franzosen nach Polen gereist als in den Jahren davor.



Eine ähnliche Idee hatte auch die Tschechische Republik. Die Broschüren des Tschechischen Zentrums in Wien haben auf ihrer Verpackung eine Köchin und einen Arbeiter. In ihren Händen halten sie eine Schild mit der Aufschrift „Wenn Tschechien, dann ...“. In Österreich werden Tschechen als Vertreter der abgebildeten Handwerksberufe wahrgenommen und dargestellt. Die Broschüren des Tschechischen Zentrums erklären den Österreichern, wie Tschechen die Welt in den Bereichen Musik, Sport, Kunst bereichert haben.

Beispiel für eine Informationskampagne mit lockenden Elementen, die sich auf die breite Gesellschaft konzentriert, war die deutsche Kampagne, die im Laufe

der Fußball-Weltmeisterschaft im Sommer 2006 verlief. Das Hauptmotto war: „Die Welt zu Gast bei Freunden“ („A time to make friends“). Die Weltmeisterschaft wurde als die bedeutendste Sportveranstaltung seit den Olympischen Spielen 1974 angesehen. Die ganze Kampagne trug den Namen „Nationale Service- und Freundlichkeitskampagne“. Schirmherr der Aktion war die Bundesregierung, allen voran das Bundesministerium des Inneren und das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Ziel der Kampagne war es, während der Weltmeisterschaft möglichst viele Fußballfans nach Deutschland zu locken und Deutschland als ein zuverlässiges, gastliches und freundliches Land zu schildern. Die Kampagne wurde sowohl auf die potentiellen ausländischen Teilnehmer als auch auf die heimische Bevölkerung und Dienstleistungsketten (Flughäfen, Taxis usw.) ausgerichtet.

Die Kampagne wurde durch das Filmfestival in Cannes inspiriert – vornehmlich durch die roten Teppiche, die während des Festivals für die VIPs vorbereitet sind (siehe unten). Deswegen wurde die Kampagne im März 2006 ausgerechnet in Cannes der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Welt zu Gast bei Freunden™

Deutschlands Aufstellung für 2006



Zeitgleich mit dem Event wurden auch viele kulturelle Veranstaltungen (ca. 250), die von der Fußballweltmeisterschaft und dem Sport inspiriert waren und sie begleiten sollten, eröffnet. Zu den Highlights gehörten die Ausstellungen verschiedener Kunstwerke, die von einem begehbaren Fußballglobe begleitet wurden.

Während Deutschland sich auf Fußballfans konzentrierte, eröffnete die Schweiz eine Kampagne, die sich auf sog. Fußballwitwen konzentrierte. Diese Kampagne wurde Anfang Mai 2006 gestartet und zielt darauf ab, dass diese Frauen „andere“ Männer in der Schweiz treffen können, Männer, die ihnen ihre ganze Aufmerksamkeit widmen werden und mehr Zeit mit ihnen verbringen werden als mit Fußball. Das Hauptmotto der Kampagne: „Warum denn nicht vom World Cup flüchten und sich im Land, wo die Männer mehr Zeit mit Ihnen als mit Fußball verbringen, Ihre Zeit genießen?“ Der Fernsehspot mit diesem Inhalt wurde in Frankreich, Deutschland und in der Schweiz gesendet. Zum Gesicht der Kampagne wurden einige junge, gut gewachsene und nette Männer (siehe Bild).



Ähnliche auf die Touristen orientierte Kampagnen werden auch von anderen Ländern, inklusive der Tschechischen Republik, durchgeführt. Im Frühling 2004 (vom 4. April bis zum 20. Mai 2004) hat die tschechische Agentur Czechturism auf verschiedenen Fernsehkanälen wie CNN, BBC, EuroSport, National Geographic und Discovery die Bewohner verschiedener Ländern gelockt, nach Tschechien kommen um „auszuspannen“ (*Come to slow down*). Zum Gesicht der lockenden Kampagne



wurde eine normale tschechische Schnecke, die als Symbol der Ruhe und der Beziehung zur Heimat präsentiert wurde. Der 30 Sekunden dauernde Spot sollte die Tschechische Republik als ein attraktives, ruhiges Land für den Tourismus darstellen, in dem viele Sehenswürdigkeiten und Schönheiten zu finden sind; als Land, das dem Besucher traditionelle Gastfreundschaft bietet. Den Spot haben über 40 Millionen Zuschauer gesehen. Diese Schnecke wurde auch zum Symbol der Tschechischen Republik auf der Expo 2005 in Japan.

An diese Kampagne knüpften 2005 zwei Spots an. Sie zielten diesmal speziell auf polnische und österreichische Touristen. Im „polnischen“ Spot durchfährt eine polnische Familie die Tschechische Republik auf dem Weg zum Meer. Plötzlich wird sie von einem Polizisten angehalten. Der Fahrer erwartet eine Strafe für eine Verkehrsüberübertretung, aber er bekommt von dem Polizisten einen Hinweis auf die Burg Bouzov, an der die Familie gerade vorbei fuhr. Die polnischen Touristen kehren zurück und besichtigen nicht nur die Burg sondern auch das Freilichtmuseum in Rožnov und die Schlucht Macocha.

Die „österreichische“ Kampagne benutzte den Komponisten W. A. Mozart – mit dem Hauptslogan: „Mozart hat die Tschechischen Republik fünf Mal besucht. Und Sie?“. Diese beiden Kampagnen wurden mit Werbung in Zeitschriften, der Tagespresse und auf den City-Light-Postern kombiniert.

Wie bereits angedeutet, rufen einige Kampagnen, die positiv wirken sollen, eher negative und ablehnende Reaktionen des Publikums hervor. Als Beispiel könnte z. B. die „Pornokampagne“ für die EU dienen, die im Dezember 2005 anlief. Im Januar 2006 übernahm Österreich den Vorsitz in der EU. Zuvor hatte das österreichische Bundeskanzleramt im Dezember 2005 die Kampagne, die die Kulturvielfalt Europas vorstellen wollte, mit über einer Million Euro finanziell unterstützt. Leiter der Kampagne waren junge österreichische Künstler. Im Rahmen der Reklame erschienen mehrere Plakate mit einer pornographischen Thematik. Auf dem Bild unten sind z.B. die britische Königin, der französische Präsident Chirac und der Präsident der USA dargestellt. Aufgrund ihres Inhalts wurde sie aber von der Mehrheit der österreichischen Öffentlichkeit abgelehnt. Sehr oft war zu hören, wenn diese Kampagne Europa bzw. die EU darstellen sollte, dann wäre kein Europa besser.



Zum Abschluss

PD wurde in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts zum Bestandteil der Außenpolitik. Seitdem ist sie ein spezifisches Instrument der Außenpolitik, vor allem im Zusammenhang mit der Beeinflussung der öffentlichen Meinungen bezüglich der Legitimität politischer Aktivitäten. Es geht vor allem um die Formung des Staatsimages und zwar in Richtung einer glaubwürdigen Staatsrolle. Anders gesagt ist die Absicht der PD die Verdeutlichung der Stärken eines Staates bzw. internationaler Organisationen. Die öffentliche Diplomatie kann unterschiedlichste Instrumente (inklusive der Informationskampagnen oder des einheitlichen Visualstils) verwenden. Die Auswahl der konkreten PD-Instrumente wie die Nutzung von Symbolen, Witzen oder Wortspielen ist sowohl durch den Inhalt der Mitteilung als auch durch den Charakter des Zielpublikums determiniert. Wie gezeigt wurde, ist PD ein sehr spezifisches Instrument (wenn das erhoffte Ziel erreicht werden soll), welches mit Gespür benutzt werden muss. Die Instrumente, die in einem Land bzw. einer Gesellschaft erfolgreich waren, müssen nicht zwangsläufig in einer anderen Gesellschaft ebenso wirksam sein. Die Kampagnenbilder müssen neben den Kampagnenzielen auch das Zielpublikum und den Charakter der Gesellschaft berücksichtigen. Sie muss immer im Stande sein, das Maß des verwendeten Witzes oder Symbols zu verstehen.

Literatur

- Buzan, B. (1991): People, States and Fear. An Agenda for International Security Studies in the Post-cold War Era. Second edition. Longman.
- Nye, J. S. Jr. (2002): The Paradox of American Power. Why the World's only Superpower can't go it alone. Oxford.
- Nye, J. S. Jr. (2004) Soft power. The means to success in world politics. New York.

- Foucault, M. (1991): Governmentality, In Burchill, Graham a Gordon, Colin a Miller, Peter (eds.), The Foucault Effect: Studies in Governmentality. Chicago.
- Foucault, M. (1984): Nietzsche, Genealogy, History. In Rabinow, Paul (ed.), The Foucault Reader. London.
- McQuail, D. (1999): Úvod do teorie masové komunikace, Praha.
- Sending, O. J., Neumann, I. B. (2004): The Power of Civil Society: Governmentality. Analysis Trumps the Literature on Global Governance. Paper presented to the Annual Conference of the ISA, March 2004.

Internetquellen

www.pot.gov.pl/

www.myswitzerland.com

www.germany.info

www.land-of-ideas.org/

www.novinky.cz/eu/ceske-kucharky-a-polsky-instalater-zvou-evropany-na-vychod_61086_badg2.html (České kuchařky a polský instalatér zvou Evropany na východ („Pornokampaň“ o EU pobouřila Rakousko; 30. 12. 2005)

www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID5090268_REF1,00.html (Umstrittene „Porno-Plakate“ zurückgezogen; 30.12.2005)

www.stern.de/politik/ausland/552235.html?nv=ct_mt (Die Erotik der EU; 29.12.2005)

www.expo2005.cz/file/cs/for_media/manual_logo_cr.pdf (Šnek Honzík – oficiální maskot české účasti na světové výstavě Expo 2005)

www.fifawm2006.deutschland.de/

http://lidovky.zpravy.cz/ln_eu.asp?r=ln_eu&c=A051230_074411_ln_eu_znk

http://zpravy.idnes.cz/domaci.asp?r=domaci&c=A060113_202139_domaci_dp (Česko má nové logo: mluvící bubliny; 14.1.2006)

Gälisch und „Ulster-Scots“: Sprachen als Gegenstand in Konflikten am Beispiel des Nordirland-Konfliktes – Erwartungen der Konfliktparteien

Cornelia Albert

1. Das „Belfast Agreement“¹

1.1 Der historische Hintergrund des Nordirlandkonflikts

Im Jahr 1800 wurde Irland durch den „Act of Union“ Teil des Vereinigten Königreichs. Die Vereinigung der beiden Inseln löste in Irland Proteste aus, die 1916 im so genannten Osteraufstand und der Proklamation der Irischen Republik und letztendlich Anfang der 1920er Jahre in der Teilung Irlands (Republik Irland und Nordirland) gipfelten. Sowohl Nordirland als auch der „Irish Free State“ erhielten ein Parlament mit eingeschränkten Zuständigkeiten. Während die Mehrheit der Nordiren protestantischen Glaubens waren und der englischen Krone loyal gegenüberstanden, war die Mehrheit der Bevölkerung der späteren Republik Irland katholisch und für die Unabhängigkeit Irlands.²

Die Protestanten in Nordirland sind mehrheitlich Nachfahren der Engländer und Schotten, die durch die „Plantation of Ulster“³ ab dem 16. Jahrhundert nach Ulster kamen. Diese Siedler und ihre Nachfahren bilden bis ins 21. Jahrhundert die Bevölkerungsmehrheit in Ulster und seit der Teilung Irlands auch in Nordirland. Um ihre Stellung in Nordirland zu behaupten, versuchten die Unionisten Nordirland durch die Aufstellung einer vorwiegend protestantischen Polizei und der Manipulation von Wahlkreisen zugunsten unionistischer und loyalistischer Kandidaten unter ihre Kontrolle zu bekommen. Da die katholische Bevölkerungsgruppe keine Stimme auf der politischen Ebene hatte, versuchten sich paramilitärische Gruppierungen wie die „Irish Republican Army“ (IRA) mit Anschlägen und der Forderung nach der Vereinigung Nordirlands mit der Republik Irland Gehör zu verschaffen.

¹ „Belfast Agreement“ und „Good Friday Agreement“ werden synonym verwendet.

² In Nordirland gibt es zwei Bevölkerungsgruppen: die unionistisch/loyalistisch/protestantische Bevölkerungsgruppe (Mehrheit) und eine nationalistisch/republikanisch/katholische Bevölkerungsgruppe (Minderheit). Während die Unionisten/Loyalisten die Union Nordirlands mit Großbritannien beibehalten wollen, fordern die Nationalisten/Republikaner eine Vereinigung Nordirlands mit der Republik Irland. Die Gruppen sind in sich nicht unbedingt homogen. In beiden gibt es radikale – die Loyalisten auf der einen und die Republikaner auf der anderen Seite – und gemäßigte Strömungen, die jeweils durch eine Partei vertreten werden. Der Einfachheit halber wird im Text oftmals auf die protestantische oder die katholische Bevölkerungsgruppe verwiesen, damit soll der Nordirlandkonflikt jedoch keinesfalls auf den religiösen Aspekt reduziert werden.

³ Die „Plantation of Ulster“ begann im 16. Jahrhundert. Die Grafschaften im Norden Irlands (Ulster) bereiteten der englischen Krone große Schwierigkeiten. Aus diesem Grund wurden loyale englische und schottische Familien im Norden Irlands angesiedelt. Die „Plantation“ führte dazu, dass die Mehrheit der Bevölkerung in Ulster der protestantischen Kirche angehörte, während die ursprüngliche Bevölkerung Ulsters katholisch war.

Die Unionisten konnten über vier Jahrzehnte hinweg unbehelligt von Opposition und Kritik das gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Leben in Nordirland bestimmen.⁴ Dies änderte sich mit der Gründung der „Northern Ireland Civil Rights Association“ (NICRA) im Januar 1967. NICRA machte auf die dauerhafte Benachteiligung der nationalistischen Bevölkerungsgruppe aufmerksam und forderte beispielsweise gleiches Wahlrecht für beide Bevölkerungsgruppen bei Kommunalwahlen, die Beendigung der Wahlkreismanipulation sowie Mechanismen zur Verhinderung von Diskriminierung der nationalistischen Bevölkerungsgruppe seitens der öffentlichen Behörden. Die Menschenrechtsmärsche und Proteste, organisiert von NICRA und anderen Gruppierungen in Nordirland, gerieten außer Kontrolle, und London versuchte ab 1969 die Situation mithilfe britischer Truppen zu befrieden, da die nordirische Regierung dazu nicht in der Lage war.⁵

Seit 1973 wurden verschiedene politische Lösungsversuche für den Nordirlandkonflikt ausgearbeitet. Bis auf das „Belfast Agreement“, welches am 10. April 1998 von der britischen und der irischen Regierung sowie von den nordirischen Parteien verabschiedet wurde, scheiterten alle Versuche, den Nordirlandkonflikt zu befrieden.

1.2 Die Sprachen Irisch und „Ulster-Scots“ im „Belfast Agreement“

Während sich Irisch in der Republik Irland eines staatlich geförderten Aufschwungs erfreute, wurde die irische Sprache in Nordirland von der unionistischen Regierung seit den 1920er Jahren unterdrückt. Als Wiedergutmachung wurden im „Belfast Agreement“ umfangreiche Zugeständnisse gemacht, um die irische Sprache in Nordirland zu fördern. In diesem Zusammenhang verpflichtete sich Großbritannien, die „Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen“ zu unterzeichnen und sie sowohl für Irisch als auch für „Ulster-Scots“ umzusetzen.⁶ Außerdem schufen Großbritannien und die Republik Irland eine grenzübergreifende Behörde mit jeweils einer Abteilung für Irisch („Foras Na Gaeilge“) und „Ulster-Scots“ („Ulster-Scots Agency“). Die Gründung dieses grenzüberschreitenden Sprachbüros war ein erster Schritt zur Umsetzung des „Belfast Agreement“ sowie der Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen.

⁴ Vgl. Breuer, Manfred (1994): Nordirland. Eine Konfliktanalyse, Münster, S. 20. Vgl. Breuer, S. 23.

⁵ Bis 1972 hatten drei unionistische Premierminister versucht, die Lage in Nordirland zu entschärfen. Im März 1971 kam der bisher letzte nordirische Premierminister, Brian Faulkner, ins Amt. Seine Zuständigkeit für Nordirland endete mit der Übernahme der Regierungsgewalt durch die britische Regierung. Die rechtliche Grundlage hierfür war der „Government of Ireland Act“. Vgl. Breuer, S. 23.

⁶ Vgl. Belfast Agreement, Rights, Safeguards and Equality of Opportunity, Economic, Social and Cultural Issues, Paragraph 4, veröffentlicht auf der folgenden Webseite: <http://www.nio.gov.uk/agreement.pdf> (31.08.2006).

Das „Belfast Agreement“ bestand aus drei Teilen, die verschiedene Aspekte regelten. Das Abkommen legte die Grundlagen für eine nordirische Regionalregierung („Strand One“) sowie einen Nord-Süd Ministerrat („Strand Two“). Ziel dieses Rats ist die Intensivierung der Zusammenarbeit Nordirlands und der Republik Irland. „Strand Three“ legte die Grundlage für den Britisch-Irischen Rat. Diesem gehören Repräsentanten der britischen, irischen, nordirischen, walisischen und schottischen (Regional-)Regierungen sowie Vertreter der Channel Islands und der Isle of Man an. Außerdem beschäftigte sich „Strand Three“ mit dem wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aspekten des Nordirlandkonflikts. In diesem Teil des Abkommens wurden außerdem die Sprachen Irisch und „Ulster-Scots“ aufgeführt:

„All participants recognize the importance of respect, understanding and tolerance in relation to linguistic diversity, including in Northern Ireland, the Irish language, Ulster-Scots and the languages of the various ethnic communities, all of which are part of the cultural wealth of the island of Ireland.“⁷

Dieses Zitat bildete die Grundlage für die Gründung des oben erwähnten grenzübergreifenden Sprachenbüros.

2. Die Sprachen „Ulster-Scots“ und Irisch in Nordirland

2.1 Die Erwartungen der Konfliktparteien

Sowohl die „Social Democratic and Labour Party“ (SDLP), die dem gemäßigten nationalistischen Lager in Nordirland zuzurechnen ist, als auch Sinn Féin, der politische Arm der IRA, sprachen sich in ihren Wahlprogrammen aus den Jahren 1997 und 1998 und in den Allparteienverhandlungen zwischen 1996 und 1998 klar für die Förderung der irischen Sprache aus.

Die SDLP forderte staatliche Unterstützung für Irisch, die Etablierung eines irischen Kulturinstituts, die Förderung von irischem Sprachunterricht an nordirischen Schulen sowie mehr Sendezeit für irische Programme in Radio und Fernsehen.⁸

Eine der wichtigsten Forderungen Sinn Féins war, dass Irisch neben Englisch Amtssprache in Nordirland wird. Darüber hinaus forderte die Partei die Ratifizierung der Europäischen Charta für Regional- oder Minderheitensprachen und die Schaffung eines Gremiums für die irische Sprache und die finanzielle Förderung von irischen Sprachkursen, Publikationen, irischer Kultur und Sport.⁹

⁷ Belfast Agreement, Paragraph 3.

⁸ Vgl. Real Leadership – Real Peace. SDLP Manifesto, Westminster Parliamentary Election 1st May 1997, S. 22, veröffentlicht auf der folgenden Webseite <http://cain.ulst.ac.uk/issues/politics/docs/sdlp/sdlp97.pdf> (31.08.2006).

⁹ Vgl. Sinn Féin (1998): 6 County Assembly Election Manifesto 1998. For Real Change – Building a New Ireland, S. 5, veröffentlicht auf der folgenden Webseite: www.sinnfein.ie (31.08.2006).

Weder die gemäßigte „Ulster Unionist Party“ (UUP) noch die radikale „Democratic Unionist Party“ (DUP), die beide dem unionistischen Lager zuzuordnen sind, äußerten sich in ihren Wahlprogrammen zu Irisch oder „Ulster-Scots“. Die UUP reagierte in den Allparteiverhandlungen auf die Forderungen der nationalistischen Parteien nach Unterstützung für Irisch und akzeptierte die von Sinn Féin geforderte Behörde zur Förderung der irischen Sprache unter der Voraussetzung, dass die Sprache „Ulster-Scots“ ebenfalls in das Abkommen aufgenommen wird.

2.2 Die Geschichte der beiden Sprachen in Nordirland

2.2.1 Irisch

Während Irisch die erste Amtssprache in der Republik Irland ist und ab Januar 2007 die 21. offizielle EU-Sprache sein wird, begegnete die nordirische Regierung der irischen Sprache mit Argwohn. Seit der Teilung Irlands wurde Irisch in Nordirland als Bedrohung angesehen und daher unterdrückt. Die Situation änderte sich erst grundlegend mit der Unterzeichnung des „Belfast Agreement“.

Laut dem Zensus von 2001 sprachen 167 490 (142 000)¹⁰ Nordiren zu diesem Zeitpunkt

Irisch, das entsprach etwa 10% der damaligen Bevölkerung.¹¹ Irisch wird hauptsächlich in Belfast, Londonderry und in anderen größeren Städten gesprochen. Darüber hinaus gibt es kleinere, über Nordirland verteilte Gruppen, die Irisch sprechen. In der Republik Irland nimmt die Zahl der Irisch sprechenden Bevölkerung ab. Laut Jim Smyth ist die Ursache dafür der obligatorische Irischunterricht an den Schulen in der Republik Irland: „Compulsory Irish [at school] was a poisoned chalice for the language.“¹²

Um die Bedeutung der irischen Sprache für den Nordirlandkonflikt verstehen zu können, ist es wichtig, einen Blick auf die Geschichte der irischen Sprache in Nordirland, beginnend im Jahr 1922, zu werfen. Irisch war nicht immer so populär wie heute. Nach der Teilung Irlands im Jahr 1922 wurde in Nordirland kaum Irisch gesprochen. Die nordirische Regierung versuchte, die irische Sprache zu unterdrücken, daher wurde Irischunterricht weder gefördert, noch gern gesehen. Diese Tatsache bestätigte Marcas Mac Ruairí, ein ehemaliger Mitarbeiter der Nichtregierungsorganisation POBAL, die sich für die Förderung und Verbreitung der irischen Sprache in Nordirland einsetzt: „Since Northern Ireland was set up, the Irish language was seen as a threat. Every effort to nurture the language was suppressed.“¹³ Irisch wurde nur in Schulen unterrichtet, die von der Katholischen Kirche kontrolliert wurden.¹⁴

¹⁰ Die Zahl in Klammern gibt die Zahl der Nordiren an, die 1991 Irisch sprachen.

¹¹ Nordirland hatte 2001 über 1 685 267 Einwohner.

¹² Smyth, Jim (April 2006): An Gaeilge as a fashion item, in: Fortnight, S. 28.

¹³ Marcas Mac Ruairí, der für POBAL, eine Dachorganisation für Nichtregierungsorganisationen arbeitete, die sich für die Förderung der irischen Sprache einsetzen, sagte dies in einem

Obwohl einige unionistische Politiker es vorgezogen hätten, Irisch zu verbieten, wurde davon abgesehen, denn es gab die Befürchtung, dass man durch ein solches Verbot die Verbreitung der Sprache fördern würde: „[F]orbidding it under pressure [would] stimulate it to such an extent that the very dogs in Belfast – at any rate, the Falls Road dogs – [would] bark in Irish.”¹⁵ Die katholische Bevölkerung in Nordirland verstand Irisch als Teil ihrer Kultur und die negative Einstellung der unionistischen Regierung gegenüber der irischen Sprache wurde von den Katholiken als Abneigung der unionistisch dominierten Regierung gegen die katholische Bevölkerungsgruppe verstanden.¹⁶

Irisch gewann in Nordirland erst im Zusammenhang mit dem Hungerstreik einiger republikanischer Häftlinge im Long Kesh-Gefängnis 1980/81 an Bedeutung. Die republikanischen Häftlinge benutzen Irisch als „Geheimsprache“, um sich untereinander, unbemerkt von den zumeist protestantischen Wärtern, die der irischen Sprache nicht mächtig waren, zu verständigen. Der Hungerstreik 1980/81 war der Beginn der Wiederbelebung der irischen Sprache in Nordirland. Die Nutzung von Irisch als „Geheimsprache“ durch die republikanischen Gefangenen kann als Hommage an die Gründerväter der Republik Irland interpretiert werden, denn Irisch spielte eine wichtige Rolle beim Unabhängigkeitskampf Irlands vom 19. Jahrhundert bis zur Gründung des „Irish Free State“ 1922. Irisch war während dieser Zeit in Irland „a token or symbol of ethnic distinctiveness rather than [...] a means of communication.”¹⁷ Nach der Gründung des „Irish Free State“ verschrieb sich die irische Regierung der „Gaelicisation“ der irischen Gesellschaft:

„The combined crusades of the Gaelic League, the Catholic clergy, Moran’s Leader, the GAA and others against the evils of anglicisation created an anti-British counter culture which had mass-appeal. By idealizing the values of Gaelic, Catholic, rural society and exploiting historic native Catholic antagonism towards the institutions and ethos

Interview mit der Verfasserin am 4. April 2005 in Belfast. POBAL fördert und unterstützt die Verbreitung der irischen Sprache, indem die Organisation Nichtregierungsorganisationen, die sich für die Entwicklung in Nordirland einsetzen, berät. POBAL repräsentiert diese NGOs auf der Regierungsebene und betreibt Lobbyarbeit. Die Organisation wurde 1998/99 im Zusammenhang mit dem „Belfast Agreement“ gegründet. POBAL vertritt 50 nordirische Gruppen aus den verschiedensten Bereichen (Schulen, Unternehmen, Medien, Wirtschaftsentwicklung).

¹⁴ Vgl. McCoy, Gordon (2001): From Cause to Quango? The Peace Process and the Transformation of the Irish Language Movement in Northern Ireland, in: John M. Kirk/Dónall P. Ó Baoill (2000) (eds.): Linguistic Politics. Language Policies for Northern Ireland, the Republic of Ireland, and Scotland, Queen’s University Belfast, S. 206.

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Vgl. ebd.

¹⁷ Andrews, Liam S.: Northern Nationalists and the Politics of the Irish Language: The Historical Background, in: Kirk, John M. / Baoill, Dónall P. Ó. (eds.) (2000): Language and Politics. Northern Ireland, the Republic of Ireland, and Scotland, Queen’s University Belfast, S. 54.

of the British Protestant state it mobilized a broad constituency whose political consciousness was shaped by an ethnic Catholic communalist tradition, and offered them a 'native' Gaelic Catholic status system as an alternative to the alien British one."¹⁸

Die irische Sprache wurde ein Teil der irischen Identität (Republik Irland). Auch die republikanische Partei Sinn Féin in Nordirland machte sich Irisch zu Eigen. Die Sprache wurde als Mittel zur Bekämpfung fremder, britischer Einflüsse benutzt. Ein „Kulturoffizier“ Sinn Féins nahm dazu folgendermaßen Stellung: „Now every phrase you speak is a bullet in a freedom struggle. Every phrase you use is a brick in a great building, a rebuilding of the Irish nation.“¹⁹ Irisch war auch Teil der protestantischen Kultur in Nordirland, doch angesichts der Haltung, die die Nationalisten gegenüber der irischen Sprache einnahmen, hatten nur wenige Protestanten Interesse an der irischen Sprache. Bis 1982 war es den nordirischen Medien sogar verboten, Programme in Irisch auszustrahlen.

Beginnend im Jahr 1973 wurde Nordirland von Großbritannien direkt regiert, diese Tatsache sollte positive Auswirkungen auf die Verbreitung der irischen Sprache in Nordirland haben, denn in den 1980er Jahren wurde von der Regierung der so genannte „cultural diversity approach“ angewandt. Im Rahmen dieses neuen Ansatzes stellte die britische Regierung Geld für Projekte zur Verfügung, die sich mit Irisch beschäftigten.²⁰ In diesem Zusammenhang versuchte die britische Regierung ebenfalls, Irisch zu entpolitisieren. Ein Mittel für die Durchsetzung dieses Anliegens war der ULTACH Trust²¹, der für die Verbreitung von Irisch in beiden Bevölkerungsgruppen verantwortlich zeichnete. Inzwischen wird die irische Sprache von „Foras na Gaeilge“, dem Sprachbüro, welches als Ergebnis des „Belfast Agreement“ gegründet wurde, gefördert. Mit der Aufnahme von Irisch in das „Belfast Agreement“ wurde die Förderung von Irisch Aufgabe des Staates. Zur Aufnahme der Sprache in das „Belfast Agreement“ kam es auf Druck der nationalistischen Parteien. Die unionistischen Parteien, die an den Mehrparteienverhandlungen teilnahmen, akzeptierten die Forderungen der nationalistischen Parteien nur unter der Voraussetzung, dass „Ulster-Scots“ ebenfalls in das Abkommen aufgenommen und in Zukunft gefördert wird. David Trimble, der damalige Vorsitzende der Ulster-Unionist Party, war zunächst gegen eine grenzübergreifende Behörde, die die Förderung von „Ulster-Scots“ und Irisch zum Gegenstand haben sollte. Letztendlich akzeptierte Trimble die Behörde und verkaufte sie seiner Bevölkerungsgruppe als eigenen

¹⁸ Ebd., S. 52.

¹⁹ Zitiert in Pritchard, Rosalind M.O. (2004): Protestants and the Irish Language: Historical Heritage and Current Attitudes in Northern Ireland, in: Journal of Multilingual and Multicultural Development, Band 25, Heft 1, S. 75.

²⁰ Vgl. Mac Póilin, Aodan (1999): Language, Identity and Politics in Northern Ireland, in: Ulster Folklife, Band 45, S. 114.

²¹ ULTACH ist eine Abkürzung für „Ulster Language“, „Tradition“ and „Cultural Heritage“ und bedeutet außerdem „Person aus Ulster“.

Vorschlag.²² Trotzdem stehen die meisten Unionisten „Ulster-Scots“ skeptisch gegenüber und sehen die Sprache als Anachronismus.²³

2.2.2 „Ulster-Scots“

„‘Ullans’ is to be understood as the variety of the Scots language traditionally found in parts of Northern Ireland and Donegal”²⁴ – diese Definition wird auch von Linguisten akzeptiert.²⁵ „Ullans”²⁶ wurde und wird als „bad English”, „poor English” oder als „variety of English” bezeichnet. Deshalb durften Schüler in der Schule nicht „Ulster-Scots” sprechen²⁷ und aus diesem Grund vermieden viele Nordiren, Ullans im täglichen Leben als Verständigungsmittel zu benutzen.²⁸ „Ullans“ wurde außerdem als Dialekt von Scots, als Ulster Variante von Scots, eine regionale Variante von Scots, „Braid Tongue”, „Hamely Tongue” oder als „DIY language for Orangemen” bezeichnet. Diese Kategorisierungen zeigen, dass einige „Ulster-Scots” als Variante des Englischen und andere „Ullans” mit Scots in Verbindung bringen. Scots wird derzeit von ca. 1,2 Mio. Menschen in Schottland gesprochen und wurde im 17. Jahrhundert von schottischen Siedlern nach Nordirland gebracht. Wie die oben aufgeführte Definition nahe legt, bringt die „Ulster Scots Agency” „Ullans” mit Scots in Verbindung. Im Rahmen dieses Aufsatzes soll diese Definition gelten.

Ob „Ulster-Scots” eine Sprache oder ein Dialekt ist, ist unter Linguisten weiterhin umstritten. Der Europäischen Charta für Regional- und Minderheitenspra-

²² Vgl. Mac Póilin (1999), S. 114f.

²³ Vgl. McCall, Cathal (2002): Political Transformation and the Reinvention of the Ulster-Scots Identity and Culture, in: Identities: Global Studies in Culture and Power, Band 9, Heft 2, S. 216.

²⁴ Die Definition ist aus dem „Agreement between the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the Government of Ireland establishing implementation bodies” (British-Irish Agreement), Annex 2, part 5, paragraph 1.7, entnommen. Das Dokument ist auf der folgenden Webseite veröffentlicht:

<http://www.opsi.gov.uk/si/si1999/99085902.htm#sch1> (15.03.2006). Schottisch wird auch Lallans genannt. „Ullans” ist ein neues Wort, das Ulster (U) mit (La)llans kombiniert. „Ullans” ist ebenfalls die Abkürzung für „Ulster-Scots Language in Literature and Native Speech,” vgl. McCall (2002), S. 203. In „Ullans. The Magazine for Ulster-Scots”, number 9&10, Winter 2004, p. 162 ist „Ullans” folgendermaßen definiert: „Ullans, or ‘the land of the Ulaid’ (Ulster) is a word used by some modern Ulster-Scots writers and is taken to mean ‘the Ulster-Scots tongue’. However, native speakers of what we refer to as ‘Ullans’ or Ulster-Scots would rarely use any other term as ‘Scotch’ when referring to their own tongue.”

²⁵ Vgl. Montgomery, Michael (1999): The Position of Ulster Scots, in Ulster Folklife, Band 45, S. 96.

²⁶ Die Begriffe „Ullans“ und „Ulster-Scots“ werden synonym verwendet und bezeichnen eine Regionalsprache in Nordirland. Das Begriffspaar „Ulster-Scots“ wird ebenfalls für die Umschreibung einer durch schottische Einflüsse bestimmte nordirische kulturelle Strömung verwendet.

²⁷ Vgl. Youngsters familiarise themselves with words their grandparents were banned from using, in: Portadown Times inc. Craigavon News vom 21.04.2006.

²⁸ Vgl. Ulster-Scots: a proud heritage, in: Fortnight, December 2000, S. 19.

chen zufolge müssen Regional- oder Minderheitensprachen die folgenden Kriterien erfüllen:

- “traditionally used within a given territory of a State by nationals of that State who form a group numerically smaller than the rest of the State's population; and
- different from the official language(s) of that State;
- it does not include either dialects of the official language(s) of the State or the languages of migrants.”²⁹

„Ulster-Scots“ erfüllt die oben genannten Kriterien und kann daher als Regional- oder Minderheitensprache bezeichnet werden. Trotzdem erkennen manche Linguisten, wie zum Beispiel John M. Kirk, nicht an, dass „Ulster-Scots“ eine Sprache ist.³⁰

Von der protestantischen Bevölkerungsgruppe wird „Ulster-Scots“ nur als kulturelle Bewegung gesehen. In der Bevölkerung spielt „Ullans“ kaum eine Rolle, dafür aber schottische Musik und Tanz.³¹ Viele Nordiren mit einem „Ulster-Scots“-Hintergrund sind sich ihrer kulturellen und linguistischen Wurzeln zwar bewusst, würden aber die Art und Weise wie sie sprechen nie als „Ulster-Scots“ oder „Ullans“ bezeichnen.³² Die Sprache „Ulster-Scots“ wird von vielen als rückständig angesehen, „Ulster-Scots“-Musik oder schottische Tänze werden jedoch gerne praktiziert. Seit der Unterzeichnung des „Belfast Agreement“ vergeht kaum ein Jahr, in dem nicht mehrere „Ulster-Scots Societies“³³ in Nordirland oder Donegal gegründet werden und im Sommer gibt es kaum eine Woche ohne ein „Ulster-Scots Festival“. Die Nachfahren der schottischen Einwanderer werden sich ihrer kulturellen Wurzeln vermehrt bewusst und eine neue „Ulster Scots“-Identität scheint sich herauszubilden:

„[M]usic and dance are the ‘non-heavy’ cultural media through which an Ulster-Scots consciousness could develop and Ulster Protestants build a sense of identity and hence, security and continuity. In this regard, Ulster-Scots is a socializing reinvented tradition; that is, Ulster-Scots is a set of cultural practices ‘which seek to inculcate cer-

²⁹ European Charter for Regional or Minority Languages, Article 1, published on the following website:

<http://conventions.coe.int/treaty/Commun/QueVoulezVous.asp?NT=148&CM=1&CL=ENG> (26.03.2006).

³⁰ Vgl. Kirk, John M. (1998): Ulster Scots: Realities and Myths, in: Ulster Folklife, Band 44, p. 81. Kirks Artikel stellt einen sehr interessanten Einblick in die Sprach-Debatte um „Ulster-Scots“ dar.

³¹ McCall führte Interviews mit Verantwortlichen aus der protestantischen Bevölkerungsgruppe, um herauszufinden, welche Elemente der „Ulster-Scots“-Kultur auf der lokalen Ebene eine Rolle spielen. vgl. McCall (2002), S. 205f.

³² Diese Erkenntnis gewann die Autorin in privaten Gesprächen mit Nordiren mit „Ulster-Scots“-Hintergrund.

³³ Vgl. New Ulster Scots Society aims to ‚propagate heritage‘, in: Newtownards Chronicle, vom 09.02.2006.

tain values and norms of behavior by repetition and by implying continuity with the past.’”³⁴

Während in den Volkszählungen aus den Jahren 1991 und 2001 nach den Irischkennnissen der nordirischen Bevölkerung gefragt wurde, gab es keine Frage zu „Ulster-Scots“. Aus diesem Grund gibt es keine verlässlichen Angaben über die genaue Zahl von Nordiren, die „Ulster-Scots“ beherrschen. Schätzungen zufolge soll es zwischen 100.000 und 250.000 „Muttersprachler“ geben. Die Zahl 100.000 wurde in verschiedenen Quellen genannt und kann daher als verlässlich gelten. Die Teilnehmer des „Northern Ireland Life and Times Survey“ hingegen wurden über ihre „Ullans“-Kenntnissen befragt. Während 2% (entspricht etwa 34.000 Personen) der Interviewten angaben, dass sie „Ulster-Scots“ sprechen, sagten 12% aus, dass sie noch nie etwas von „Ullans“ gehört haben.³⁵ George Holmes, ein ehemaliger Mitarbeiter der „Ulster-Scots Agency“, gab in einem Interview mit der Verfasserin an, dass etwa 140.000 Nordiren „Ullans“ als Muttersprache haben.³⁶ „Ulster-Scots“ wird heute noch in den Counties Antrim, Down und Londonderry und in der Laggan-Region des County Donegal in der Republik Irland gesprochen.

Bis in die 1980er Jahre war „Ulster-Scots“ nur in Linguistenkreisen außerhalb Nordirlands ein Thema. Mit der Aufnahme von „Ullans“ in das „Belfast Agreement“ änderte sich die Situation grundlegend. Die „Ulster-Scots“-Kultur florierte allerdings bereits vor der Umsetzung des „Belfast Agreement“. Diese Entwicklung nahm ihren Anfang mit der Gründung der „Community Relations Unit“ und der „Cultural Traditions Group“. Die Aufgabe der letztgenannten Organisation war es, sowohl kulturelle Projekte der unionistisch-protestantischen als auch nationalistisch-katholischen Bevölkerungsgruppe zu fördern. Die Aufgaben der „Cultural Traditions Group“ wurden 1990 vom neu gegründeten „Community Relations Council“ übernommen. Ab diesem Zeitpunkt waren Informationen über „Ulster-Scots“ einem größeren Personenkreis zugänglich.³⁷

In den 1990er Jahren wurden mehrere Organisationen ins Leben gerufen, die sich zum einen der Sprache „Ullans“ und zum anderen der „Ulster-Scots“-Kultur verschrieben hatten. Zu diesen gehörte die „Ulster-Scots Language Society“ (1992), die „Ulster-Scots Academy“ (1994) und das „Ulster Scots Heritage Council“ (1995).³⁸ 1993 erkannte das britische „Committee of Lesser-used Languages“ „Ullans“ als einen Dialekt von Scots an.³⁹ Darüber hinaus publizier-

³⁴ McCall (2002), S. 205.

³⁵ Diese Angaben wurden der folgenden Webseite entnommen:
http://www.ark.ac.uk/nilt/1999/Community_Relations/USPKULST.html, (26.03.2006).

³⁶ Die Verfasserin führte das Interview mit George Holmes am 18. April 2005 in Belfast. .

³⁷ Vgl. Montgomery (1999), S. 87.

³⁸ Vgl. ebd.

³⁹ Vgl. Stapleton, Karyn / Wilson, John: Ulster Scots Identity and Culture: The Missing Voices, in: Identities: Global Studies in Culture and Power, Band 11, Heft 4, S. 565.

te James Fenton 1995 ein „Ullans“-Wörterbuch⁴⁰ und zwei Jahre später brachte Philip Robinson gemeinsam mit dem oben genannten „Ulster Scots Heritage Council“ eine Grammatik des „Ulster-Scots“ heraus.⁴¹ Mithilfe dieser Organisationen und Publikationen wurde „Ullans“ Schritt für Schritt populärer.

Das „Good Friday Agreement“ war das erste offizielle Dokument, das „Ulster-Scots“ erwähnte. Die Abgeordneten des nordirischen Regionalparlaments (Stormont) können in „Ullans“, auf Englisch oder Irisch debattieren. Einige Parlamentarier nutzten „Ullans“ bereits in Debatten in Stormont.⁴² Bei einigen Debatten war die Sprache „Ullans“ und die „Ulster-Scots Agency“ Gegenstand der Diskussion. Dabei ging es vor allem um die Tatsache, dass die Behörde, die für die Verbreitung der irischen Sprache in Nordirland und in der Republik Irland zuständig ist, mehr Geld vom Staat erhält als die „Ulster-Scots Agency“.⁴³ Während „Ullans“ 1993 als Dialekt von Scots anerkannt wurde, gestand die britische Regierung „Ulster-Scots“ sechs Jahre später als Folge der Ratifizierung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen den Status einer Minderheitensprache zu.⁴⁴

„Ulster-Scots“ wurde nicht zufällig in das „Belfast Agreement“ aufgenommen. Die Tatsache, dass sowohl Irisch als auch „Ullans“ in das Abkommen aufgenommen worden sind, könnte ein Beweis dafür sein, dass das „Two Traditions-Model“, das in den 1980er⁴⁵ Jahren von der „Cultural Traditions Unit“ verfochten wurde, auch weiterhin von der britischen Regierung vertreten wird. Es könnte ebenfalls sein, dass die „Ulster-Scots“-Kultur von der britischen Regierung als ein vereinigendes Element gesehen wird, das die beiden Bevölkerungsgruppen einander näher bringen soll, schließlich wird „Ullans“ von Personen aus beiden Bevölkerungsgruppen gesprochen. Der wahrscheinlichste Grund für die Aufnahme von „Ulster-Scots“ in das Abkommen ist jedoch, dass die Sprache als Ausgleich für Irisch in den Vertrag eingebunden wurde, denn laut dem „Belfast Agreement“ sollen beide Bevölkerungsgruppen gleich behandelt werden. Weil der irischen Sprache, die zumeist von Angehörigen der nationalistisch-katholischen Bevölkerungsgruppe gesprochen wird, in Nordirland durch das „Belfast Agreement“ ein besonderer Status zuerkannt werden sollte, wurde ein

⁴⁰ Fenton, James (1995): *The Hamely Tongue. A Personal Record of Ulster Scots in County Antrim, Newtownards.*

⁴¹ Robinson, Philip (1997): *Ulster-Scots: A Grammar of the Traditional Written and Spoken Language, Belfast.*

⁴² „Ulster-Scots“ wurde beispielsweise während einer Debatte am 6. März 2001 verwendet, siehe Northern Ireland Assembly Official Report, veröffentlicht auf der folgenden Webseite: <http://www.naissembly.gov.uk/record/reports/010306.htm> (17.03.2006).

⁴³ Dieses Thema wurde am 2. Oktober 2000 in der nordirischen Regionalversammlung diskutiert, siehe Northern Ireland Assembly Official Report, veröffentlicht auf der folgenden Webseite: <http://www.naissembly.gov.uk/record/reports/001002.htm> (17.03.2006).

⁴⁴ Vgl. Montgomery (1999), S. 88.

⁴⁵ Vgl. McCall (2002), S. 210.

Ausgleich auf der protestantisch-unionistischen Seite benötigt, was in diesem Fall „Ullans“ war.⁴⁶

„Ullans“ und die „Ulster-Scots“-Kultur werden in Nordirland eher mit der unionistischen und dem loyalistischen Lager in Verbindung gebracht, doch auch in dieser Bevölkerungsgruppe gibt es ausgesprochene Gegner der „Ulster-Scots“-Kultur. Einige Kritiker des „Belfast Agreement“ wie zum Beispiel Dennis Kennedy sind auch Gegner der Wiederbelebung von „Ullans“ und der „Ulster-Scots“-Kultur.⁴⁷ Dennis Kennedy beschrieb die Revitalisierung dieser kulturellen Strömung als künstlich und vertrat die Meinung, dass die Förderung von Irisch auf der einen und die staatliche Unterstützung von „Ullans“ auf der anderen Seite zu Apartheid führen könnte.⁴⁸

Das „Belfast Agreement“ war nicht der Beginn des „Ulster-Scots“-Revival, aber mit der Aufnahme von „Ullans“ in das Abkommen bekam die Sprache einen politischen Anstrich. Da „Ullans“ sowohl von Protestanten als auch Katholiken gesprochen wird, können diese Sprache und Kultur als verbindende Elemente zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen gesehen werden.⁴⁹ Andererseits wird die „Ulster-Scots“-Kultur ebenfalls als Form eines „kulturellen Unionismus“ oder gar als Form eines „kulturellen Nationalismus“ gesehen. Die florierende „Ulster-Scots“-Kultur wird von einigen Wissenschaftlern auch als Reaktion “[...]to the growing confidence of Irish nationalist culture and a sense of dislocation among unionists in the face of UK devolution and changing conceptions of ‘Britishness’ [...]”⁵⁰ interpretiert.

3. Die Umsetzung des „Belfast Agreement“

3.1 „Foras na Gaeilge“ (FnG)

Die Behörde „Foras na Gaeilge“ wurde am 2. Dezember 1999 gegründet und ist verantwortlich für die Förderung der irischen Sprache in der Republik Irland und in Nordirland. Gemeinsam mit der „Ulster-Scots Agency“ bildet diese Organisation die im „Belfast Agreement“ vorgesehene grenzüberschreitende Behörde, verantwortlich für die Sprachen Ullans und Irisch. „Foras na Gaeilge“ ist ein Zusammenschluss dreier Organisationen, die sich bereits vor dem „Belfast

⁴⁶ Vgl. ebd., S. 199.

⁴⁷ Vgl. ebd., S. 212.

⁴⁸ Diese Ansicht vertrat Dennis Kennedy in einem Gespräch mit der Verfasserin am 30.03.2005 in Belfast.

⁴⁹ Vgl. Craith, M. Nic (2001): Politicised Linguistic Consciousness: The Case of Ulster-Scots, in: Nations and Nationalism, Band 7, Heft 1, S. 35.

⁵⁰ Stapleton, Karyn / Wilson, John, S. 563. Siehe auch McCall (2002), S. 198ff.

Agreement“ für die Förderung der irischen Sprache in der Republik Irland einsetzen.⁵¹ Die Büros der Behörde befinden sich in Belfast und Dublin.

Die Hauptaufgabe der Sprachbehörde ist die Förderung der irischen Sprache in Nordirland und in der Republik Irland. Mithilfe von „Foras na Gaeilge“ soll die Bevölkerung in beiden Teilen der Insel ermutigt werden, Irisch sowohl im privaten als auch im öffentlichen Leben zu nutzen. Zu diesem Zweck sollen (wissenschaftliche) Projekte ausgeschrieben und gefördert werden. Zusätzlich unterstützt FnG Regierungsstellen und Nichtregierungsorganisationen bei allen Angelegenheiten, die die irische Sprache betreffen. Außerdem wurde FnG mit der Erarbeitung neuer Wörterbücher und der Förderung von Schulen, in denen nur auf Irisch unterrichtet wird, betraut.⁵²

Seit 1999 hat „Foras na Gaeilge“ mehrere Projekte und NGOs finanziell und ideell gefördert. Unter anderem wurde 2003 eine CD „Why Gaelic“ finanziert, die die interessierte Bevölkerung an die irische Sprache heranführen soll. Eine Werbekampagne, die die Bekanntheit von „Foras na Gaeilge“ fördern sollte, führte dazu, dass 2.000 Iren Kontakt mit der neuen Behörde aufnahmen. Bisher wurden Unterrichtsmaterialien herausgegeben und Lehrer weitergebildet. Die Planungen für ein neues Wörterbuch sind angelaufen.⁵³ Seit 2004 gibt FnG eine irlandweit erhältliche irische Tageszeitung (Lá) und ein monatliches Sprachmagazin heraus.⁵⁴ Ein aktuelles Projekt der Agentur ist die Gründung von Jugendclubs als Treffpunkt für Irisch-sprechende Teenager. In den Jugendclubs sollen Kinder und junge Erwachsene ungestört ihre Sprache und Kultur leben können. In ihrem Umfeld ist es vielen Teenagern nicht möglich, Irisch zu sprechen, denn Mitschüler oder Freunde reagieren immer noch feindselig auf die Sprache.

Seit der Ratifizierung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen durch die britische Regierung können Nordiren, die die irische Sprache beherrschen, Briefe an Behörden auf Irisch schreiben, Beamte auf Irisch ansprechen und auf öffentlichen Veranstaltungen Irisch sprechen. Letzteres wird aber nach wie vor nicht gerne gesehen, denn zum einen können meist nicht alle Anwesenden Irisch und zum anderen ist nicht immer ein Übersetzer anwesend. Außerdem kann jeder die offizielle irische Version seiner Adresse benutzen. Auch dies führt nach wie vor zu Verwechslungen – Briefe werden an die falsche Adresse geschickt beziehungsweise Postboten können gar nichts mit der Adresse anfangen.

⁵¹ Zu den drei Organisationen gehörte das „Bord na Gaeilge“, „An Gum“, Herausgeber irischsprachiger Publikationen, und „An Coiste Téarmaíochta“, eine Behörde, die sich mit der Entwicklung neuer irischer Wörter beschäftigt.

⁵² Vgl. <http://www.forasnagaeilge.ie/foras/default.asp?catid=13> (23.03.2006).

⁵³ Vgl. Annual Report of the North/South Ministerial Council 2000, S. 28f, veröffentlicht auf der folgenden Webseite: <http://www.northsouthministerialcouncil.org/pubs/ns.pdf> (28.03.06).

⁵⁴ Vgl. ebd., S. 20.

Inzwischen ist auch das Programm des irischsprachigen Senders TG4 irlandweit zu empfangen. Somit hat die britische Regierung die Auflage, irische Medien in Irland verfügbar zu machen, erfüllt. Trotzdem wird von „Foras na Gaeilge“ kritisiert, dass kein eigener nordirischer Sender, der nur auf Irisch sendet, ins Leben gerufen wurde. Außerdem hat die BBC kaum Anstrengungen unternommen, weitere irischsprachige Sendungen in ihr Radio- und Fernsehprogramm aufzunehmen.

Leider wird die Nutzung der irischen Sprache weiterhin oft als politisches Statement gesehen und nicht als Ausdruck einer kulturellen Zugehörigkeit.⁵⁵ Erst am 25. Mai 2006 wurde die Lehrerin Máire Nic an Bhaird von der nordirischen Polizei verhaftet, weil sie Polizisten, die ihre Identität überprüfen wollten, auf Irisch ansprach.⁵⁶ Trotzdem normalisiert sich die Lage im Bezug auf die irische Sprache in Nordirland. Die Sprache wird zunehmend akzeptiert und auch öffentliche Behörden arbeiten mit „Foras na Gaeilge“ zusammen.⁵⁷

3.2 „Ulster-Scots Agency“

„The aim of the Ulster-Scots Agency is to promote the study, conservation, development and use of Ulster-Scots as a living language to encourage and develop the full range of its attendant culture; and to promote an understanding of the history of the Ulster-Scots.“⁵⁸

Die „Ulster-Scots Agency“ wurde wie „Foras na Gaeilge“ am 2. Dezember 1999 ins Leben gerufen und hat ihren Sitz in Belfast. Ein zweites Büro befindet sich in Raphoe im County Donegal in der Republik Irland. Das Büro in Belfast ist für die Förderung von „Ullans“ und der damit verbundenen kulturellen Traditionen verantwortlich: „cultural traditions of the part of the population of Northern Ireland and the border counties which is of Scottish ancestry and the influence of their cultural traditions on others, both within the island of Ireland and in the rest of the world.“⁵⁹ Der einzige Mitarbeiter des Büros in Raphoe ist für die Verbreitung von „Ulster-Scots“ in der Republik Irland und speziell im County Donegal verantwortlich.

Die Aufgaben der „Ulster-Scots Agency“ sind analog zu denen von „Foras na Gaeilge“. Erstens soll die Behörde der britischen und der irischen Regierung

⁵⁵ Vgl. Craith (2001), S. 35.

⁵⁶ Vgl. Ryan, Francesca: Gaeilgeoir's legal ordeal continues, in: Anderstown News vom 23. September 2003.

⁵⁷ Dies wurde von Mitarbeitern von „Foras na Gaeilge“ in einem Gespräch mit der Verfasserin am 15. September 2006 in Belfast mehrfach betont.

⁵⁸ Zitat von der Webseite der „Ulster-Scots Agency“, <http://www.ulsterscotsagency.com/aboutus-overview.asp> (14.03.2006).

⁵⁹ Agreement between the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the Government of Ireland establishing implementation bodies (British-Irish Agreement), Annex 2, part 5, paragraph 1.7, veröffentlicht auf der folgenden Webseite <http://www.opsi.gov.uk/si/si1999/99085902.htm#sch1> (15.03.2006).

sowie NGOs in Fragen der „Ulster-Scots“-Kultur oder -Sprache beratend zur Seite stehen. Zum zweiten gehört es zu den Obliegenheiten der Behörde, wissenschaftliche Untersuchungen zu „Ullans“ anzustellen und die Sprache in Nordirland und der Republik Irland zu fördern. Nicht zuletzt unterstützt die „Ulster-Scots Agency“ Projekte und finanziert NGOs.⁶⁰ Während sich die „Ulster-Scots Agency“ sowohl mit „Ullans“ und der damit verbundenen Kultur beschäftigt, beschränkt sich „Foras na Gaeilge“ auf die irische Sprache.

Bereits im Jahr 2000 schloss die „Ulster-Scots Agency“ ein Kooperationsabkommen mit der „University of Ulster“. Ein Jahr später gründete die „University of Ulster“ das Institut für „Ulster-Scots Studies“. Ziel des Instituts ist es, das Verständnis für die „Ulster-Scots“-Kultur in Irland und weltweit zu fördern.⁶¹ Die Agentur arbeitete ebenfalls mit dem Stranmillis College in Belfast zusammen.⁶² Dort wurden bisher Unterrichtsmaterialien sowohl für Grund- und weiterführende Schulen als auch für Erwachsene erstellt.⁶³ Wie ihr Pendant gibt die „Ulster-Scots“ Agency eine Zeitung mit dem Namen „The Ulster Scot“ heraus. Eine besondere Leistung der Behörde war das Anbringen von Wandbildern („Murals“) in Belfast, die die „Ulster-Scots“-Kultur in das Bewusstsein der Nordiren bringen soll.⁶⁴ „Murals“ waren und sind zum Teil in einigen Gegenden Nordirlands noch allgegenwärtig, vor allem in den loyalistischen und republikanischen Stadtvierteln Belfasts und Londonderrys. Oft sind auf diesen Wandgemälden bewaffnete Paramilitärs, Fahnen, historische Motive oder Slogans abgebildet. Zum größten Teil dienten „Murals“ zur Abgrenzung des eigenen Territoriums, außerdem wirkten sie abschreckend für die jeweils andere Bevölkerungsgruppe. „Murals have often been seen as a symbol of Northern Ireland divided past, glorifying both loyalist and republican paramilitaries while also marking territory.“⁶⁵ Inzwischen gibt es mehrere Initiativen in Londonderry und Belfast, die sich für die Beseitigung dieser sektiererischen „Murals“ einsetzen.

⁶⁰ Vgl. British-Irish Agreement, Annex 2, part 5, paragraph 1.6.

⁶¹ Vgl. The North/South Language Body: Annual Report and Accounts for the Period ended 31. December 2000, S. 42, veröffentlicht auf der folgenden Webseite <http://www.ulsterscotsagency.com/sitefiles/resources/Languge%20Body%20Report%202000.pdf> (16.03.2006). Viele irisch-stämmige US-Amerikaner sind sich nach wie vor ihrer kulturellen Wurzeln bewußt und pflegen die Kultur ihrer schottisch-irischen Vorfahren. Die „Ulster-Scots“-Agency gab auch zu diesem Thema zahlreiche Publikationen heraus.

⁶² Vgl. North/South Ministerial Council: Annual Report 2002, S. 36, published on the following webpage <http://www.northsouthministerialcouncil.org/pubs/annual-report-final-2002.pdf> (16.03.2006).

⁶³ Vgl. North/South Ministerial Council: Annual Report 2003, S.22, published on the following webpage: <http://www.northsouthministerialcouncil.org/pubs/NSMC-Annual-Report-2003.pdf> (16.03.2006).

⁶⁴ Die Wandgemälde sind auf der folgenden Webseite zu finden <http://www.scotchirish.net/scots%20irish%20murals.php4> (23.03.2006).

⁶⁵ Mural giving Shankill a new image, in: http://news.bbc.co.uk/go/pr/fr/-/1/hi/northern_ireland/4335872.stm (14.03.2006).

Die ursprünglichen „Murals“ werden nach und nach durch neutralere Motive oder eben durch „Ulster-Scots Murals“ ersetzt.⁶⁶

In Londonderry sind „Murals“ von verschiedenen „Ulster-Scots Societies“ in Auftrag gegeben worden. Eines der „Murals“ zeigt den ersten US-Präsidenten George Washington. Er wird auf dem „Mural“ wie folgt zitiert: „If defeated anywhere else I will make my final stand for liberty with the Scotch-Irish („Ulster-Scots“) of my native Virginia.“⁶⁷ Er bezieht sich hier auf die Soldaten in seiner Armee, die einen „Ulster-Scots“-Hintergrund hatten. Auf einem weiteren „Mural“, welches sich an der „Shankill Road“ in Belfast befindet, ist der 15. Präsident der USA, James Buchanan⁶⁸, abgebildet, der gesagt haben soll: „My Ulster blood is my most priceless heritage [...]“⁶⁹ Laut Katie Radford wollten die Auftraggeber dieser „Murals“ das Bewusstsein der Bevölkerung für die „Ulster-Scots“-Kultur wecken und damit ein Zusammengehörigkeitsgefühl erzeugen.⁷⁰ Dasselbe sollten die ursprünglichen „Murals“, die oben beschrieben worden sind, bewerkstelligen.

3.3 Die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen

Als ein Ergebnis des „Belfast Agreement“ unterzeichnete die britische Regierung am 2. März 2000 die Europäische Charta für Regional- oder Minderheitensprachen und setzte das Dokument am 1. Juli 2001 in Kraft. Das Abkommen hat in England, Schottland, Wales, Nordirland und auf der Isle of Man Gültigkeit. In der unten stehenden Tabelle sind diejenigen Regional- und Minderheitensprachen aufgelistet, die seit der Inkraftsetzung der Charta in Großbritannien und Nordirland einen besonderen Schutz genießen. Die Sprachen der verschiedenen ethnischen Minderheiten in Großbritannien und Nordirland blieben von der Charta unberührt.⁷¹

⁶⁶ Vgl. New murals to rid Ulster of dark days of the past, in: News Letter, vom 11.07.2006.

⁶⁷ Washington, George: zitiert auf der folgenden Webseite:

<http://www.scotchirish.net/scots%20irish%20murals.php4> (23.03.2006).

⁶⁸ Sowohl die Familie von Buchanans Vater als auch die seiner Mutter stammten aus Ulster. Die Bezeichnung Ulster wird heute zum Teil als Synonym für Nordirland verwendet. Dies ist nicht korrekt, da Nordirland nur aus sechs der ursprünglich neun Grafschaften Ulsters besteht. Das historische Ulster bestand aus neun Grafschaften: Londonderry, Armagh, Down, Fermanagh, Antrim, Tyrone, Cavan, Donegal, und Monaghan. Ulster war neben Munster, Leinster und Connaught eine der vier historischen Provinzen Irlands.

⁶⁹ Buchanan, James: zitiert auf der folgenden Webseite:

<http://www.scotchirish.net/scots%20irish%20murals.php4> (23.03.2006).

⁷⁰ Vgl. Radford, Katie (2001): Creating an Ulster Scots revival, in: Peace Review, volume 13, issue 1, S. 55.

⁷¹ In Nordirland leben seit dem Ende der gewaltsamen Auseinandersetzungen, aber auch schon zuvor, viele Chinesen, Pakistaner oder Polen.

Tabelle: Regional- und Minderheitensprachen in Großbritannien und Nordirland

Territorium	Sprache	Ratifizierte Teile der Charta
Schottland	“Scottish Gàidhlig”	Teil II und Teil III
Schottland	Schottisch	Teil II
Nordirland	Irisch	Teil II und Teil III
Nordirland	“Ulster-Scots”	Teil II
Wales	Walisisch	Teil II und Teil III
Cornwall	“Cornish”	Teil II
Isle of Man	“Manx Gaelic”	Teil II

Die Charta für Regional- oder Minderheitensprachen besteht aus fünf Teilen. Teil II des Dokuments muss von allen ratifizierenden Parteien akzeptiert werden. Dieser Abschnitt der Charta beinhaltet allgemeine Artikel zum Schutz kultureller Werte, zur Förderung der Regional- und Minderheitensprachen und zur Verbesserung der Verständigung zwischen sprachlichen Minderheiten.

Ob die übrigen Teile auf die jeweilige Regional- oder Minderheitensprachen angewandt werden, liegt im Ermessen der unterzeichnenden Staaten. Die Sprachen Scots, „Ulster-Scots“, „Cornish“ und „Manx Gaelic“ sind nur durch den zweiten Teil der Charta geschützt.

Teil III der Charta besteht aus insgesamt 68 Artikeln. Für Irisch wurden 36 der 68 Artikel ratifiziert. Die Paragraphen des dritten Teils der Charta machen Vorgaben für die folgenden Bereiche: (Schul-)Bildung, Justiz, Behörden, Medien, Kultur, Wirtschaft und grenzüberschreitenden Austausch. Die Einhaltung der Charta wird in regelmäßigen Abständen von einem Expertenkomitee des Europäischen Rates überprüft.

Der erste Report des Komitees zur Umsetzung der Charta im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland wurde 2004 veröffentlicht. Positiv stellten die Experten des Europäischen Rates heraus, dass die zwei oben genannten Behörden, zum einen die „Ulster-Scots Agency“ und zum anderen „Foras na Gaeilge“, 1999 ins Leben gerufen wurden.⁷² Die Sprachbehörden wurden als ein Beitrag zur Aussöhnung zwischen den beiden nordirischen Bevölkerungsgruppen angesehen. Erstmals wurden in Nordirland Schulen, in denen nur auf Irisch unterrichtet wird, staatlich gefördert. Die Zahl dieser Schulen ist seit 1998 gestiegen, 2004/2005 gab es insgesamt solcher 44 Kindergärten, 32 Grundschulen und eine weiterführende Schule. Die „University of Ulster“ bot 2004/05 ebenfalls Kurse in Irisch an.⁷³ Staatliche Behörden sind seit der Unterzeichnung der Charta angehalten, Briefe, Anrufe etc. sowohl in englischer als auch in irischer Sprache entgegen zu nehmen. Für die nordirische Regionalregierung wurde ein

⁷² Vgl. Council of Europe (Hrsg.): European Charter for Regional- or Minority Languages. Application of the Charter in the United Kingdom, Paragraph 51.

⁷³ Vgl. Pobal: The European Charter for Regional or Minority Languages. The Implementation of the Charter with Regard to the Irish Language July 2002-2005, S. 49-61.

Übersetzer für Irisch eingestellt. Die Nordiren können offiziell die irische Version ihrer Adresse verwenden. Leider gab es in fast allen genannten Bereichen Probleme bei der Umsetzung der Vorgaben. Laut Charta sollten ausreichend Medien in Irisch vorhanden sein (Radio, TV, Zeitungen).

4. Fazit

Die meisten Erwartungen der Konfliktparteien wurden durch die Umsetzung des „Belfast Agreement“ erfüllt:

- staatliche Unterstützung für Irisch
- Etablierung eines irischen Kulturinstituts („Foras na Gaeilge“)
- Förderung von irischem Sprachunterricht in Schulen
- Ratifizierung und Umsetzung der Europäischen Charta für Regional- oder Minderheitensprachen

Die Forderung Sinn Féins, Irisch zur Amtssprache in Nordirland zu machen, wurde allerdings nicht umgesetzt. Die Förderung von „Ulster-Scots“ ist nach wie vor umstritten, sogar im unionistischen und im loyalistischen Lager. Den letzten Zensusergebnissen in der Republik Irland und Nordirland zufolge nimmt die Zahl der Personen, die Irisch sprechen, zu.

Deutschland und Deutsche im tschechischen politischen und öffentlichen Diskurs – Kontinuität oder eine fortschreitende Veränderung der Sprache nach 1989?

Ladislav Cabada

Deutschland, Deutsche aber auch die deutsche Sprache gelten als die wichtigsten Themen im tschechischen öffentlichen und politischen Diskurs seit fast zwei Jahrhunderten. Es war gerade das deutsch-tschechische „Verkehren und Streiten“, auf das nach dem Erfolg der tschechischen nationalen Wiedergeburt-Bewegung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (während der Revolution im Jahre 1848) ein nationalistisch-liberales Programm der tschechischen Bourgeoisieeliten in großem Maß aufgebaut wurde. Ein kontinuierlicher Abschied der tschechischen und deutschen Sprachgesellschaft wurde im Laufe des nächsten Jahrhunderts, während der 30er und 40er Jahre abrupt und schmerzlich beendet. Die deutsch-tschechischen Beziehungen wurden ein international-politisches Thema.

Das Bild der Deutschen, Deutschlands und des Deutschtums in der tschechischen Gesellschaft hat sich natürlich geändert. In den verschiedenen historischen Epochen hatte es sehr unterschiedliche Formen. Nach den interessanten analytischen Studien im Buch von Jan Křen und Eva Broklová „Bild der Deutschen, Österreichs und Deutschlands in der tschechischen Gesellschaft des 19. und 20. Jahrhunderts“¹ sind in der Entwicklung der Einstellungen und Einsichten der tschechischen Gesellschaft in Hinblick auf die Deutschen und das Deutschtum einige Bruchlinien zu erkennen. Sie rahmen die Veränderungen der Stellungen bzw. große oder kleine Differenzen in der Stellung zu verschiedenen Objekten oder Subjekten ein, die mit den Deutschen identifiziert werden. Solche Bruchlinien sind vor allem die Epochen von 1848/1849, die Wende des 19. zum 20. Jahrhundert, der Erste Weltkrieg und die Geburt der Tschechoslowakei, die Epoche von 1937-1938 mit der Vollendung des Münchner Abkommens, die Entstehung der zweiten Tschechoslowakischen Republik, die Okkupation der tschechischen Länder von 1939-1945 und die Aussiedlung der tschechischen Deutschen in der Nachkriegszeit.

Der vorliegende Beitrag konzentriert sich vor allem auf die Zeitperiode nach dem Zweiten Weltkrieg. Im Mittelpunkt steht der Vergleich der Sprachdiskurse in der tschechischen Gesellschaft, die sich mit den Deutschen, Deutschland und dem Deutschtum vor dem Jahre 1989 und den Veränderungen nach dem Fall des undemokratischen Regimes in der Tschechoslowakei beschäftigen. Dabei ist es unmöglich, den politischen Sprachdiskurs zu vergessen, welcher sich auf das Bild der Deutschen und Deutschlands in der Zeitperiode vor der Okku-

¹ Křen, Jan/Broklová, Eva (eds.) (1998): *Obraz Němců, Rakouska a Německa v české společnosti 19. a 20. století*, Prag.

pation der tschechischen Länder im Jahre 1938 bezieht. Vor allem in dieser Zeit ist schön und interessant zu veranschaulichen, wie mehrdeutig die Wahrnehmung der Deutschen und des Deutschtums in der tschechischen (tschechoslowakischen) Gesellschaft war. Der kurze Exkurs über die Zeit von 1938-1939 möchte vor allem auf die Hauptthese des vorliegenden Beitrags hinweisen und zwar, dass es bei der Sprachdiskursanalyse in den tschechisch-deutschen Beziehungen notwendig ist, eindeutiges Überzeichnen zu vermeiden. Nicht jede Aussage kann als eindeutige Stellung eines unitären Akteurs (Tscheche oder Deutscher, bzw. Tschechien oder Deutschland) zu einem anderen unitären Akteur begriffen werden. Umgekehrt sind in der tschechischen und deutschen Gesellschaft bzw. in dem Sprachdiskurs immer auch die unterschiedlichen Positionen zu berücksichtigen. Sie bilden die sog. „parallelen“ Sprachakte und stellen Alternativen zu einer Hauptströmung dar, die irrtümlich als repräsentativ gilt. Die einzige Ausnahme von diesem Resultat bildet eindeutig das Problem, das konnotativ mit der Ausnutzung der Sprache zusammenhängt, d.h. die bis heute nicht ausgesprochene Frage des einheitlichen Begriffsapparats, der die Aussiedlung der tschechischen Deutschen aus der Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg bezeichnet.

Allgemein bekannt ist, dass die tschechischen politischen Repräsentanten, die Medien sowie die tschechische Öffentlichkeit den von uns erwähnten Akt mit dem Begriff „Aussiedlung“ bzw. „Abschiebung“ verbinden, während die deutschen Medien und auch die deutsche Öffentlichkeit zu „Vertreibung“ tendieren. Ein bestimmter Kompromiss wurde im Rahmen der tschechisch-deutschen Deklaration über die wechselseitigen Beziehungen und ihrer zukünftigen Entwicklung vom 21. Januar 1997 erzielt. Beide Seiten haben sich über die Benutzung der Begriffe Flucht, Vertreibung und Aussiedlung geeinigt, die mit den zeitlich aufeinander folgenden Ereignissen der Vorkriegszeit, des Kriegsendes und den folgenden ersten Monaten zusammenhängen.

Unbestritten ist allerdings, dass die Situation immer noch andauert, in welcher wichtige Teile beider Gesellschaften (inklusive der politischen Akteure) für die Bezeichnung der Nachkriegsgeschehnisse unterschiedliche Termini benutzen. Ihre Benutzung hängt automatisch von der Konnotation der eigene Stellung zu dem schon erwähnten Akt ab; wer über eine Abschiebung oder Aussiedlung spricht, der wird automatisch als Verteidiger der Nachkriegszeitprozesse, wer über eine Vertreibung spricht, als Kritiker angesehen. Man kann also sagen, dass es weder im Tschechischen noch im Deutschen eine wertungsfreie Bezeichnung für die Nachkriegsgeschehnisse gibt (von mir werden sie sonst auch als „Geschehen oder Prozesse“ bezeichnet, um der Zwiespältigkeit auszuweichen).

Nun möchte ich einen Blick auf das Bild der Deutschen und Deutschlands in der tschechischen Gesellschaft kurz vor der Okkupationszeit im Jahre 1939 werfen. Wie beurteilt beispielsweise der tschechische Historiker Jan Rataj die Basischarakteristik des Zeitraums nach dem Münchner Abkommen? Es war das Erwa-

chen des tschechischen Nationalismus. Nach der Machtentscheidung wurde er aber seines traditionellen antideutschen Sinnes enthoben. „Das alte austroslawische Thema wurde zum Germanenslawentum umgebildet. Die Tschechen, als das am weitesten entwickelte slawische Volk, sollten unter dem deutschen Großmächteinfluss eine wichtigere und günstigere Rolle spielen, als die anderen Slawen.“²

Hitlers Deutschland wurde als ein großes Vorbild bezeichnet. Der Nazionalsozialist, der vor dem Jahre 1938 als vulgärer Primitivling im tschechischen politischen, kulturellen aber auch im medialen Milieu aufgefasst wurde, galt nach München als der deutsche Gentleman, Kultur-, Justiz- und Moralwächter. Das Feindbild trat in den Hintergrund und es entstand ein neues Bild – das Bild des großen Nachbarn oder Lehnsherren. Es sei notwendig, mit ihm gut auszukommen. Die sog. deutschen Eigenschaften wie z.B. Disziplin, Ordnungssinn, Beharrlichkeit, Pünktlichkeit, die früher, aber auch noch heute, ab und zu ironisiert werden, wurden als positive Eigenschaften wahrgenommen. So schreibt Jan Rataj: „Aus der fatalen Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit Deutschland wurde die Atmosphäre der zweiten Republik, einer Atmosphäre der Machtlosigkeit und Hilflosigkeit, mit dem tschechischen Bild des Deutschen als Gewaltmenschen unterstützt.“³ Die Ablehnung der Zusammenarbeit mit Deutschland und mit den Deutschen hätte den nationalen Selbstmord bedeutet. Aus der Sicht der Sprachanalyse gibt es eine interessante Bemerkung hierzu: Die tschechische politische Garnitur benahm sich zu der politischen Repräsentation Hitler-Deutschlands extrem devot. Man kann hier noch einmal Jan Rataj zitieren: „Die Reden des Premiers Rudolf Beran zu den deutschen Vertretern waren so devot, dass der Übersetzer Jiří Havelka gezwungen wurde, ihren Inhalt zu schwächen, damit es auch für die Beteiligten tragbar war.“⁴

Während die Stellung zu Hitler-Deutschland und den Reichsdeutschen nach München die Merkmale einer Abstumpfung kritischer Positionen aufweist (obwohl der große Teil der Politiker, der Kommentatoren aber auch der Journalisten von der Angst vor Deutschland beeinflusst wurden), kann die Haltung gegenüber den tschechischen Deutschen schon zu diesem Zeitraum als feindlich bezeichnet werden. Repräsentanten der zweiten Republik erkannten einige Fehler in der Minderheitenpolitik an, aber den tschechischen Deutschen wurden noch negativere Stereotype zugewiesen als vor München. Zu ihren Grundeigenschaften gehörten augenscheinlich Verschlagenheit, Lügen, Ungerechtigkeit und un-demokratische Tendenzen. Die Presse zur Zeit der zweiten Republik drängte zur Übernahme der ausgemachten Eigenschaften der Reichsdeutschen; dann gäbe es die Möglichkeit, die Rolle des Mittlers zwischen den Tschechen und den

² Rataj, Jan. (1997): O autoritativní národní stát. Ideologické proměny české politiky v Druhé republice 1938-1939, Prag.

³ Ebd.

⁴ Ebd.

Reichsdeutschen zu spielen. Alle tschechischen politischen Strömungen waren sich in dieser Richtung einig.

Zu einer grundlegenden Änderung des Bildes von den Deutschen in der tschechischen Gesellschaft kam es nach der Okkupation der tschechischen Länder im März 1939. Der deutsche Gentleman wurde wieder der deutsche Usurpator und Gewaltmensch. Dieses negative Bild vertieft sich noch weiter vor allem aufgrund der Gewaltrepressalien gegen die Bevölkerung des Protektorats Böhmen und Mähren nach dem Attentat auf den stellvertretenden Reichsprotektor Reinhard Heydrich. Einer der symbolischen Momente könnte der Mord bzw. Das Massaker an den Bewohnern der Gemeinde Lidice und ihre Zerstörung im Juni 1942 sein. Das Bild des deutschen Feindes wurde erst nach der Okkupation der tschechischen Länder voll etabliert. Obwohl sich die offiziellen tschechischen Protektoratsrepräsentanten bemühten, den Eindruck zu erwecken, dass die Nazis willkommen seien und dass sie von der tschechischen Repräsentation akzeptiert würden, kann man vor allem von der Kontinuität des Bildes der Deutschen im Sinne des Lehnsherren sprechen. Die Öffentlichkeit verstand die Deutschen vor allem als Gewaltmenschen.

Noch negativer als das Bild Deutschlands und der Reichsdeutschen war aber vor allem das Bild der tschechischen Deutschen. Jan Rataj schreibt dazu: „Das chronisch negative Bild des tschechischen Deutschen verschärfte sich nach dem 15. März 1939 plötzlich und dramatisch [...] Für die sudetendeutsche Elite stand die Liquidation der Tschechoslowakei für ihren Sieg über die Tschechen in dem tausendjährigen Kampf ... Nach der Okkupation haben sich manche tschechischen Deutschen in dem Protektorat niedergelassen, denn sie hatten die Vorstellung einer zukünftigen leichten Karriere. 30.000 von den Sudetendeutschen waren in der sog. deutschen Protektorats- und auch Autonomieverwaltung untergebracht. Vor allem in der niedrigeren oder Mittelschicht gab es sehr oft Umgang mit der tschechischen Bevölkerung. Auch die Teilnahme der tschechischen Deutschen an der Arisierung des tschechischen Eigentums war wichtig. Die tschechische Überzeugung über die totale Identifikation der tschechischen Deutschen mit dem Nazismus wurde durch die Schwäche des gegennazistischen sudetendeutschen Widerstands noch verstärkt.“⁵

Das Bild der Deutschen hat sich im tschechischen politischen Diskurs im Laufe des Krieges dramatisch verschlechtert. Während 1941 noch eine Differenzierung zu finden war: nicht jeder Deutsche sei wie der andere, galten ab 1944 die Deutschen für alle relevanten politischen Kräfte des tschechischen antifaschistischen Widerstands als Tyrannen und bestialische Monster. Jan Rataj demonstriert diese Veränderung der Stellung mit Hilfe der Rundfunkreden des Exilministers des auswärtigen Amtes der Londoner Exil-Regierung. Während in den Jahren 1941-

⁵ Ebd.

1942 Masaryk die Hoffnung aussprach, dass sich das Mozart, Beethoven, Heine oder Kant-Volk fasst, so kam er später zu der Auffassung, dass „die Deutschen mehr als die anderen Nationen zu den bösen Einflüssen neigen. [...] Die animalische, egoistische, preußisch-nazistische Diebesmentalität wende eigentlich das ganze deutsche Volk an“. Nach 1942 wurde der Deutsche von der tschechischen nicht kollaborierenden Öffentlichkeit und auch von der tschechischen politischen Repräsentation mit einer Bestie identifiziert. Auch der Christdemokrat Jan Šrámek hielt das deutsche Volk nach der Ausrottung von Lidice für vertrackt an sich. Der letzte politische Strom, der zu einer paradoxen Auffassung kam, waren die tschechischen Kommunisten; diese hofften bis 1943 auf die sozialistische Revolution in Deutschland.

Erinnern wir uns an die begrenzte Wahl der Begriffe, die nach dem Kriegsende im tschechisch medialen und politischen Diskurs benutzt wurden: „sadistischer widerlicher Hitler-Abschaum; deutsche Bestien; teutonische Monster; deutsche Parasiten; waldmenschliches Gebrüll der Deutschen; Heiserkeit, Pfeifen und Gebrüll der rasenden Menschen“. Mit diesen Schlagworten war die These der deutschen Unverbesserlichkeit eng verbunden. Das deutsche Volk wurde für einen psychiatrischen Fall gehalten, der kaum heilbar erschien. Als Sicherheit vor dem wahnsinnigen Patienten mit den aggressiven Neigungen wurde seine Isolation, also ein okkupiertes Deutschland verstanden.

In dem entworfenen Kontext ist es nötig, sowohl die Idee des Transfers als auch die den Prozess begleitende Rhetorik zu begreifen. Die Vertreter von allen relevanten tschechischen politischen Strömungen gaben gleich nach dem Kriegsende mehrmals Erklärungen ab, in denen der Transfer der tschechischen Deutschen verteidigt wurde. Dabei wurden sehr starke Ausdrucksmittel benutzt. Der Sozialdemokrat Bohumil Laušman wollte die Iglauer Deutschen bis an die Grenze zu Österreich und Bayern treiben; der Musikwissenschaftler und Kommunist Zdeněk Nejedlý versprach die Vertreibung der Deutschen und Ungarn aus der Tschechoslowakei; der bekannteste sudetendeutsche Kommunist Karl Kreibich konstatierte: „Es ist ohne Zweifel, dass dieser Transfer der Deutschen aus der Republik Grausamkeit bedeutet. Aber was bedeutet die Aussiedlung von ungefähr 2,5 Millionen Einwohnern einige Kilometer über die Grenze gegenüber dem Vertreiben zehntausender Menschen über hunderte Kilometer durch die Deutschen – hin und her in ganz Europa?“ Justizminister Prokop Drtina sprach von der „Reinigung“ der sudetendeutschen Gebiete. Auch die Äußerungen des tschechoslowakischen Präsidenten Edvard Beneš wurden oft diskutiert. Die Notwendigkeit der „Liquidierung“ der Deutschen wurde von ihm mehrmals hervorgehoben.

Dieter Schallner schlussfolgert: „Die radikale Rhetorik der politischen Nachkriegszeitäußerungen wurde durch die Bemühung um die Heuchelei der breiten Menge verursacht, bei denen die stark antideutschen Launen beachtet wurden. Zugleich vertiefte sie noch das Feindbild bis zum Extrem und rief manche Exzesse in der wilden Aussiedlung hervor [...] die Empörung über die deutschen

Kriegsverbrechen überwog gegenüber einer realistischen Bewertung der Sudetendeutschen“.

Die tschechischen politischen Repräsentanten riefen in der tschechischen Gesellschaft das Gefühl hervor, dass die wichtigste Bedrohung der tschechischen Staatlichkeit und Existenz des tschechischen Volks die tschechischen Deutschen seien, die die fünfte Kolonne Hitlers darstellten. Diese Argumentation ergab sich aufgrund der nazistischen Pläne für die tschechischen Länder. Die Sudetendeutschen bereiteten demnach immer wieder die Zerrüttung des tschechischen oder tschechoslowakischen Staates vor. Wenn man die Aussagen der tschechischen Vertreter analysiert, wird klar, dass sie die einzige Lösung in dem Transfer der Deutschen und in der Konfiszierung ihres Eigentums als Kompensation für die Kriegsschäden des tschechoslowakischen Staates gesehen haben. Der Transfer wurde im zeitgemäßen Diskurs als Mittel zur Verhinderung der Bemühung der tschechischen Deutschen verstanden, die Destabilisierung der tschechischen und tschechoslowakischen Staatlichkeit voranzutreiben. Was aber interessant ist – gleich nach dem Transfer oder schon während des Transfers – entstand ein anderes Bild des Deutschen; der geschlagene (tschechische) Deutsche wurde durch das Bild des Revanchisten, der wieder das tschechische Volk bedroht, ersetzt. Auf den ersten Blick kann diese Wandlung mit dem bipolaren Konfliktausbruch und mit dem Transfer der sowjetischen außenpolitischen Konzeption für Europa und die Welt in das tschechische Milieu verbunden werden. Es ist nicht zu vergessen, dass für manche tschechischen politischen Akteure die Kriegs- und Nachkriegsprozesse nur die Weiterführung des deutsch-slawischen Konfliktes darstellten. Deutschland und die Deutschen wurden als eine schicksalhafte Bedrohung aufgefasst. Die Kriegsverbrechen wurden nicht nur in den okkupierten tschechischen Ländern sondern auch in den von anderen slawischen ethnischen Gruppen bewohnten Gebieten hervorgehoben.

Die vermutete Bedrohung durch den deutschen Revanchismus war im tschechischen Milieu deutlich akzentuiert. Der bekannte Soziologe Emanuel Chalupný gab 1947 eine Monographie mit dem kennzeichnenden Namen *Die Deutschen drohen* heraus. Der Historiker Dieter Schallner stellt interessanterweise klar, dass sich die Buchpublikationen der Nachkriegszeit auf die Kriegserlebnisse und auf die Rolle der Deutschen und Deutschlands darin erstreckt haben. Der frühere Zeitraum wurde außer Acht gelassen.

Das Bild der Deutschen und Deutschlands, das Bild des Revanchisten, wurde selbstverständlich nach Ausbruch des Kalten Krieges und nach der schnellen Integration der Bundesrepublik Deutschland in die westlichen militärischen und politischen Strukturen noch verstärkt. Die politische und mediale Rhetorik nach 1948 wurde sehr oft mit den Begriffen „amerikanischer Imperialismus“ und „deutscher Faschismus und Revanchismus“ verbunden. West-Deutschland und die Vereinigten Staaten wurden feindliche Alliierte. Ihr Ziel war nicht nur die Niederlage des sozialistischen Lagers, sondern auch die Rückkehr der ehemali-

gen tschechischen Deutschen dahin, woher sie ausgesiedelt wurden. Diese Position änderte sich bis zu den 1980-er Jahren nicht drastisch. Trotz bestimmter Schwankungen kann man eindeutig sagen, dass das Bild der Deutschen als Gewaltmenschen und Revanchisten in der medialen und politischen Sprache dominierte und das ungeachtet der offiziellen Klassenideologie, die den deutschen Arbeiter doch als Genossen verstehen sollte.

Bemerkenswert war selbstverständlich die Existenz der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik. Dieser Staat wurde in der offiziellen Rhetorik als Bruderstaat benannt und seine Bürger als Deutsche angesehen, die andere Eigenschaften als die Deutschen der BRD hatten. Meiner Meinung nach, lag der Impuls für dieses Phänomen in der individuellen Basis der Beziehungen mit der DDR. In Bezug auf die gemeinsame Grenze zwischen der Tschechoslowakei und der DDR wurde ein spezifischer Zustand beschützt, der in anderen Ländern nicht bemerkbar war. Die Tschechen beherrschen wesentlich andere Fremdsprachen als Russisch und Englisch. Nach verschiedenen Umfragen heben sie ihre Deutschkenntnisse öfter als ihre Englischkenntnisse hervor. Die relativ positive Haltung der tschechischen Gesellschaft gegenüber den sog. Ostdeutschen verkümmerte durch die Erlebnisse von 1968. Zwar trugen die Austauschaufenthalte in allen Schichten zu einem fiktiven Zusammenhalt zwischen Deutschen und Tschechen bei, doch die Instabilität zeigte sich nach 1989 recht früh.

In der tschechischen Sprache wurde bis zum Jahr 1989 eine breite Palette von Begriffen für die Bezeichnung der beiden deutschen Staaten bzw. ihre Einwohner benutzt. Bemerkenswert ist ohne Zweifel die absichtliche und politisch gefärbte Verstümmelung des eigentlichen Staatsnamens; anstatt Bundesrepublik Deutschland (*Spolková republika Německo*) wurde die Bezeichnung Deutsche Bundesrepublik (*Německá spolková republika*) benutzt.

Gerade der Übergang zur wörtlichen Übersetzung, also Bundesrepublik Deutschland, bedeutete im politischen und medialen Diskurs nach 1989 eine der wichtigsten und greifbarsten Änderungen, was die Wahrnehmung der Deutschen und Deutschlands in Tschechien betrifft. Die meisten Begriffe für die Bezeichnung der Deutschen versteht man im Volksdiskurs eher als herabsetzend. Der Hohn zielte vor allem auf die vermutliche oder wirkliche Loyalität der Ostdeutschen zum Kommunismus, wie z.B. auf einige Produkte der ostdeutschen Industrie (Trabi oder Dederonhemd), aber vor allem darauf, dass die Deutsche Demokratische Republik und ihre Einwohner als solche Strukturen galten, die nach dem Krieg vom einen zum anderen Totalitarismus übergingen und der Strafe für den Zweiten Weltkrieg entgingen. Die DDR wurde trotzdem zum Einkaufsziel tschechoslowakischer Touristen, was vor allem an Problemen der Grundversorgung lag. Einerseits waren die Einkaufsmöglichkeiten willkommen, andererseits gab es den Verdacht, dass Ostdeutschland im System des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) der Tschechoslowakei vorgezogen würde.

Eine zurückhaltende Stellung gegenüber der DDR und ihren Einwohnern wurde gleich nach 1989 akzentuiert. Einige tschechische politische Vertreter und Journalisten wandten sich dem Thema der ungelösten nazistischen Vergangenheit Ostdeutschlands und seiner Einwohner zu. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands und auf Grund der Notwendigkeit, einen neuen Konzept- und Sprachenrahmen für die Ergreifung der deutschen Thematik zu bilden, wurde das Problem jedoch marginalisiert.

In den demokratischen Nach-Novemberverhältnissen der Tschechoslowakei und später der Tschechischen Republik ist eine politische und mediale Diskursstreuung bei der deutschen Thematik zu beobachten. Kurz nach 1989 dominierte Furcht gegenüber dem ungeeinten Deutschland. Sie wurde später durch die Entwicklung der Freundschaftsbeziehungen zwischen der Tschechischen Republik und dem sog. europäischen Deutschland abgelöst. Die Rechts- und Linksradi-kalen in der Tschechischen Republik griffen in ihren Aussagen immer wieder auf die Rhetorik der Nachkriegszeit zurück. Sie stellten die Deutschen als Revanchisten dar, die versuchten, die Resultate des Zweiten Weltkrieges (die Vertreibung) zu revidieren. Die dominierende Strömung stellen dabei die tschechischen Kommunisten und die mit ihnen verbundenen Verbände, z.B. der Verband des tschechischen Grenzgebietes.

Im Laufe der 1990er Jahre näherten sich die Regierungen einander an. Ergebnis war die deutsch-tschechische Deklaration von 1997. Dennoch kann man (aufgrund taktischer innenpolitischer Überlegungen) wiederholt Abschweifungen von der neutralen Rhetorik und von der Hinwendung zur Zukunft beobachten, die nicht korrekt und akzeptabel sind. Ich spreche z.B. vom Begriff „Schutz der Nationalinteressen“, der während der Vorwahlkampagne im Jahr 2002 in der Tschechischen Republik ausgenützt oder besser gesagt missbraucht wurde. Es geht aber auch um die Benutzung der Begriffe „bestehende“ und „staatliche“ Grenze in den Aussagen und Dokumenten deutscher Provenienz.

Wenn man die Bemerkungen zu der Entwicklung des Bildes der Deutschen und Deutschlands in der tschechischen Gesellschaft zusammenfassen möchte, ist meiner Meinung nach eindeutig, dass die heutigen tschechisch-deutschen Beziehungen so gut sind wie niemals zuvor in der Vergangenheit. Es ist meines Erachtens auch möglich, diese Tatsache in der Benutzung von Sprache im politischen und medialen Diskurs zu dokumentieren. Es entstehen zwar ab und zu radikale Positionen, aber die positiven Hauptströmungen oder die Bildung einer gleichgerichteten Politik sind nicht anzweifelbar, obwohl vereinzelt die tschechischen Medien diesen Verdacht vor allem wegen des Auftretens einiger politischer Vertreter der CSU hegten. Auch die mediale Rhetorik ist relativ korrekt, obgleich auch die kritischen Laute ab und zu hörbar sind. Der Grund hierfür liegt darin, dass die tschechischen Medien größtenteils in der Hand deutscher Unternehmer sind.

Die negative Rhetorik gegen die Deutschen ist heutzutage in der Tschechischen Republik nur auf die nationalistischen Strömungen – die Kommunisten und Rechtsextremisten – begrenzt. Es ist zu vermuten, dass sich das positive Bild der Deutschen und Deutschlands zukünftig im tschechischen Milieu noch verstärkt.

Ausgewählte Literatur:

Abrams, Bradley F (2004): *The Struggle for the Soul of the Nation. Czech Culture and the Rise of Communism*, Rowman & Littlefield.

Cabada, Ladislav (2003): *Aspekte der tschechischen politischen Kultur*, in: Erdödy, G. (Hrsg.): *Transformationserfahrungen. Zur Entwicklung der politischen Kultur in den EU-Kandidatenländern*, S. 47-70, Baden-Baden.

Křen, Jan/Broková, Eva (eds.) (1998): *Obraz Němců, Rakouska a Německa v české společnosti 19. a 20. století*, Prag.

Kučera, Rudolf (1992): *Kapitoly z dějin střední Evropy*, Prag.

Rataj, Jan (1997): *O autoritativní národní stát. Ideologické proměny české politiky v Druhé republice 1938-1939*, Prag.

Ein Abgleich Politischer Sprache in der Tschechischen Republik und in Deutschland

Stefan Gehrold

„Melde gehorsamst, dass ja!“

Vorbemerkung

Der folgenden Ausarbeitung meines Vortrags auf der Tagung „Sprache und Politik im erweiterten Europa“ in Seiffen/Erzgebirge liegen wie dem Vortrag selbst in der Hauptsache meine praktischen Erfahrungen und Beobachtungen als Außenstellenleiter der Konrad Adenauer- Stiftung in Prag zugrunde. Die Unterschiede, die ich zwischen Tschechien und Deutschland konstatiere, sind indes zum Teil schwer statistisch oder empirisch greifbar. Ich werde daher versuchen, diese Unterschiede anhand von praktischen Beispielen aus Politik und Gesellschaft zu veranschaulichen und den Leser bitten, meine Ausführungen eher publizistisch denn wissenschaftlich zu verstehen.

Thesenentwicklung

Bei der Beobachtung der politischen und gesellschaftlichen Szene in der Tschechischen Republik fällt die Existenz markanter Unterschiede in politischer Sprache und Kultur im Vergleich zu Deutschland ins Auge. Allgemein lässt sich diese Andersartigkeit in der Tendenz so beschreiben, dass die politische Auseinandersetzung in Tschechien schärfer, der Umgang rauer als in Deutschland ist.

Wo liegen Gründe und Ursachen dafür? Zu nennen sind hier sowohl Unterschiede in der „nationalen Mentalität“ (wobei sich allein über diesen Begriff und seine Inhalte schon trefflich streiten ließe) als auch divergierende historische Erfahrungen und politische Traditionen, in denen die deutsche und die tschechische Gesellschaft verwurzelt und sozialisiert sind.

Während in Deutschland politischer Umgang und politische Kultur durch Phrasen und „politische Korrektheit“ geprägt sind und es dementsprechend wenig Toleranz gegenüber Verstößen gegen den allgemein gültigen, akzeptierten Sprach- und Verhaltenskodex gibt, geht es in Tschechien im gegenseitigen Umgang miteinander merkbar aggressiver und in der Sprache deutlicher zu. Das kann so weit gehen, dass Politiker persönlich ausfällig werden, teilweise vulgär. Im Gegensatz zu Deutschland trifft dies bei Gesellschaft und Medien aber auf keinen entsprechenden Widerspruch und Protest, der Akzeptanzrahmen für das Verhalten der politischen und gesellschaftlichen Akteure ist weiter gefasst.

Meine These und Prognose ist jedoch, dass sich diese Unterschiede im fortschreitenden europäischen Integrationsprozess abschleifen werden. Die nationalen politischen Kulturen werden sich einander angleichen – ohne jedoch je völlig identisch zu sein. Diese Beobachtung basiert auf Entwicklungen und

Tendenzen, die heute spürbar sind und analysiert werden können, und auf die ich später noch eingehen will.

Politische Sprache und Kultur in Tschechien

1. Nationalcharakter und Humor

Geprägt wurde die Entwicklung der politischen Kultur, ihrer Sprache und ihres Humors in Tschechien durch eine lange Zeit der Unfreiheit und Fremdherrschaft. Die tschechische Gesellschaft nahm dies spätestens seit der Entwicklung der nationalen Bewegungen des 19. Jahrhunderts als solche wahr. Die „Zeit der Finsternis“ nach der verlorenen Schlacht am Weißen Berg 1620 mit der Re-Katholisierung und der Rückkehr der österreichischen Herrschaft über Böhmen und die böhmischen Stände sowie Arbeit und Kampf für die „Nationale Wiedergeburt“, das „Wiedererwachen“ der tschechischen Nation, prägten Nationalcharakter und politische Kultur. Die vollständige politische Emanzipation der Tschechen in der Ersten Tschechoslowakischen Republik nach dem Ersten Weltkrieg wurde schon 1938 durch das Münchner Abkommen und später durch den Einmarsch der Wehrmacht und der Einrichtung des Protektorats zunichte gemacht. Es folgten fast ein halbes Jahrhundert Kommunismus und „Gefängnis“ hinter dem „Eisernen Vorhang“.

Diese Erfahrungen, sowohl von „temno“ (Dunkelheit) nach 1620, als auch vom Protektorat und der kommunistischen Diktatur im letzten Jahrhundert, prägten die politische Kultur und das nationale Selbstbild. Das klassische Motiv des „braven Soldat Schwejk“, der mit seiner amtlich attestierten Blödheit die Militärmaschinerie der k. u. k. Monarchie an der Nase herumführt sowie zahlreiche andere Variationen dieses findigen Charakters, z. B. der schlaue „Honza“ („Hans“) oder der trickreiche „Pepíček“ versinnbildlichen das Selbstverständnis und das politische Verständnis. Jeder dieser Charaktere führt die Herrschenden hinter das Licht und kämpft gegen Fremdherrschaft und Fremdbestimmung.

Tschechen können sehr viel besser als Deutsche über sich selbst lachen, sich und ihre Situation ironisieren und verlieren selbst in schwieriger Lage ihren Humor nicht. Sie besitzen die Fähigkeit zu einer gewissen Selbstironie. Dies zeigen auch neuere Aussagen wie die des bekannten tschechischen Autors Michal Viewegh: Im Rahmen des Beitritts des Landes zur Europäischen Union (EU) war eine Diskussion über angeblichen oder tatsächlichen Identitätsverlust der Tschechen entstanden. Viewegh äußerte sich dazu: er wäre sicher, dass die Tschechen ihre Identität verloren hätten, wenn die tschechischen Männer anfangen, jeden Tag ein Duschbad zu nehmen und aufhören, auf die Gehwege zu spucken.

1.1 Merkmale des politischen Witzes

Dieser Charakterzug findet Eingang in die politische Kultur. Viele tschechische politische Witze behandeln die klassische tschechische Konfliktlösungsstrategie, wie sie die Figurenmotive darstellen. Schwejk, und der Tscheche (?!), kämpft heute gegen neue Herausforderungen und wehrt sich gegen Bürokratie auf nati-

onaler Ebene, aber auch auf europäischer Ebene und deren Verwaltungsapparat. In EU-kritischen Witzen finden sich die bereits benannten tschechischen Spezifika wieder: man wehrt sich gegen eine scheinbare Fremdherrschaft, gegen überwuchernde Bürokratie und setzt die eigene schwejsche Schläue ein, um es „denen dort oben“ in Brüssel oder anderswo „zu zeigen“.

Der politische Witz widerspiegelt die Entwicklungen in der tschechischen Politik und Gesellschaft. Er fungiert als ein Seismograph der aktuellen politischen Lage, als Gradmesser der Stimmung in der Bevölkerung. Wie oben beschrieben, half der politische Witz den Tschechen, die unbefriedigende gesellschaftliche Situation, geprägt von Fremdherrschaft und fehlender Demokratie zu überleben. Im Witz war man frei, man konnte das sagen, was man wirklich dachte. In Deutschland lässt sich dies vielleicht am ehesten mit der Entwicklung der Karnevalstradition im Rheinland vergleichen. Auch hier war Kritik an der preußischen Herrschaft nur in der Karnevalszeit und dann in satirische Form verkleidet möglich.

Nach der „Samtenen Revolution“ änderten sich die „Produktionsbedingungen“ für den politischen Witz grundlegend. Die ursprüngliche Funktion des Witzes – als Zentrifugalkraft gegen die starre Doktrin – wurde durch die Öffnung obsolet. Dennoch fungiert sie auch heute noch als Ventil für Unzufriedenheit mit den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten; gerade in einer Transformationsgesellschaft wie der tschechischen, die durch unrealistische Versprechungen und Rückschläge seit 1989 Vertrauen in die neuen politischen Eliten und ihre Verwaltung verloren hat.

Der politische Witz in Tschechien hat daher eine Ventilfunktion (z.B. während der Hochwasserkatastrophe 2002) und beschäftigt sich mit Transformationskritik und dem natürlichen Misstrauen des Bürgers gegenüber Politik und Bürokratie. Er zeichnet sich zudem durch einen Hang zur Vulgarität und oft – manchmal auch zugleich - durch hohen Sprachwitz aus.

1.2 Beispiele

Der politische Witz in Tschechien nimmt dabei niemanden aus, weder nationale Ikonen wie Altpräsident Václav Havel noch Fremde oder Minderheiten, die zum Teil als Problem wahrgenommen werden.

Einige Beispiele:

Bezogen auf Havels Krankheit, seinen Bier- und Zigarettenkonsum und seine deutlich jüngere Frau, die Schauspielerin Dáša Veškrnová:

„Dáša Veškrnová hat Salmonellen? Woher?“ – Antwort: „Von alten Eiern...“

Oder ähnlich über Minderheiten:

„Messerstecherei zwischen zehn Roma und zehn Vietnamesen, fünf Roma und fünf Vietnamesen kommen dabei um. Wer hat den Kampf gewonnen?“ – Antwort: Die Tschechen.“

Diese Art von politischem Witz wäre in Deutschland so in der Breite nicht möglich, da politisch nicht korrekt.

Während des Hochwassers tauchten auch Witz-Varianten mit dem deutsch-tschechischen Beziehungsmotiv auf, als Ventilfunktion für ungelöste politische Probleme:

„Mitteilung für Sudetendeutsche: Wir geben Ihnen Ihre Häuser zurück!“.

Auch die Ineffektivität der staatlichen Bürokratie wird aufgegriffen.

„Herr Novák kommt zum Ministerium und fragt an der Pforte, ‚Ist wohl ziemlich groß, dieses Ministerium, oder nicht?‘ – ‚Ja, das sehen sie doch!‘ – ‚Und könnten Sie mir wohl sagen, wie viele Leute hier arbeiten?‘ – ‚Tja, ich würde sagen, nicht einmal die Hälfte.‘“

2. Politischer Umgang

Auch im Vergleich der politischen Sprache und des politischen Umgangs existieren überraschend große Unterschiede zwischen Tschechien und Deutschland. Die Aussagen tschechischer Politiker sind teilweise von erschreckender Grobheit, politische Diskussionen oftmals fern jeglicher kultivierter Gesprächskultur. Doch muss zugleich festgestellt werden, dass dies seitens der Medien und der Wähler ohne wirkliche Konsequenzen bleibt. Es fehlt demnach eine mit deutschen Verhältnissen vergleichbare hohe Wähler- und/oder Mediensensibilität. Positiv gewendet sind Tschechiens Bürger und Medien im Hinblick auf die politische Kultur toleranter und bereit, mehr zu akzeptieren und fordern diese Deutlichkeit in Sprache und Ausdruck in gewisser Weise auch ein.

Politische Debatten in Tschechien erscheinen manchmal eher als eine Serie von Monologen statt wirklicher Dialoge gleichberechtigter Partner. Geschuldet ist dies einer verbreiteten mangelnden Fähigkeit seitens vieler Politiker, wirklich aktiv zuhören zu können.

Der persönliche Umgang in der Politik ist hart und in der Konsequenz mitunter unprofessionell. Es wird Fäkalsprache benutzt, nicht selten persönlich verletzend. Häufig wird dem Gesprächs-Partner (-Gegner!) das Wort abgeschnitten. Es werden für den deutschen Geschmack oft unzulässige rhetorische Zuspitzungen verwendet. Laut der konservativen Abgeordneten Zdeňka Horníková (ODS) ist diese Rohheit in der politischen Auseinandersetzung eine der Hauptursachen für die geringe Anzahl weiblicher Abgeordneter.

Rhetorische "Spitzen" wie beispielsweise seitens des ehemaligen Ministerpräsidenten Miloš Zeman können auch zur ernsthaften Belastung bilateraler Beziehungen führen. Dieser bezeichnete die Sudetendeutschen als "*fünfte Kolonne Hitlers*". Zemans Aussage belasteten die deutsch-tschechischen Beziehungen schwer und führten 2002 sogar zur Absage eines Prag-Besuches von Bundeskanzler Gerhard Schröder.¹

¹ Siehe: <http://www.radio.cz/de/artikel/44927>.

2.1 Klaus vs. Paroubek

Mangelnde politische Gesprächskultur und politischer Umgangsstil kennzeichnen aber vor allem die innenpolitische Auseinandersetzung. Die politischen „Scharmützel“ zwischen Staatspräsident Klaus und dem damaligen Premier Paroubek sind beredte Beispiele. Diese leisteten sich ein zum Teil unwürdiges Schauspiel, ob es nun um die Androhung der Streichung von Mitteln für Auslandsreisen des Präsidenten durch die Regierung² oder auf der anderen Seite durch die Weigerung des Präsidenten, den Gesundheitsminister zu ernennen,³ ging. Die Reihe der Konflikte zwischen Premier Jiří Paroubek und Staatspräsident Václav Klaus entwickelte sich jüngst während des Staatsbesuches des russischen Präsidenten Putin weiter. Premier Paroubek forderte Präsident Klaus am Vorabend des Staatsbesuches schriftlich auf, das Programm zu ändern. Ansonsten würden die Regierungsmitglieder nicht zur Vertragsunterzeichnung auf die Prager Burg kommen.⁴ Der eigentliche Hintergrund war, dass Paroubek selbst die bilateralen Verträge mit seinen Ministern unterschreiben wollte, um den Erfolg für sich zu verbuchen. Am Ende lenkte Paroubek ein und ein diplomatischer Eklat konnte noch verhindert werden. Ob Paroubek den Streit wirklich ernsthaft eskalieren lassen wollte ist zweifelhaft, ebenso die eigentliche Intention. Die Antwort Klaus' blieb nicht lange aus. Er liess verlauten, Paroubek solle erst einmal in seinem Laden – sprich dem Regierungsamt für Ordnung sorgen.⁵ Besonders erwähnenswert an diesem Streit ist unter anderem, dass die Kanzlei des Präsidenten die Medien mit Hintergrundinformationen – beispielsweise dem Briefwechsel beider Politiker – versorgte. Dankbar gaben die Medien den Schlagabtausch wieder, ohne dabei selbst wirklich kritisch in Erscheinung zu treten.

Im Ergebnis lässt sich sagen, dass ein diplomatischer Eklat oder die „Beschädigung des Amtes“ in persönlichen oder parteipolitischen Auseinandersetzungen in Kauf genommen wird. Persönliche und partikulare Politikinteressen werden dem allgemeinen Interesse vorangestellt. Dabei werden oft Grundregeln des Verhaltens in der Politik verletzt. Der politische Gegner wird bloßgestellt. Dies jedoch schadet nicht nur ihm persönlich, sondern unter Umständen auch dem Amt oder Mandat, das er innehat. In der Folge können die betroffenen demokratischen Institutionen und Ämter beschädigt werden. Die Politik verliert allgemein an Glaubwürdigkeit und Vertrauen beim Souverän, dem Volk.

² Siehe: <http://www.radio.cz/de/artikel/66967>.

³ Siehe: <http://www.radio.cz/de/artikel/72407>.

⁴ Siehe: <http://www.tschechien-online.org/news/1823-putin-besuch-paroubek-poltert-prager-burg/>.

⁵ Dazu http://www.novinky.cz/domaci/hrad-podle-paroubka-mohl-ohrozit-vztahy-s-ruskem_79421_8avtn.html.

2.2 Wahlkampf 2006

Ein weiteres Beispiel für den rauen politischen Umgangsstil in Tschechien sind die harten Auseinandersetzungen während des Wahlkampfs 2006. Bei den nun auch in Tschechien üblich gewordenen Fernsehduellen zwischen Amtsinhaber und Oppositionschef kam es zu verbalen Entgleisungen. Premierminister Jiří Paroubek und ODS-Vorsitzender und Herausforderer Mirek Topolánek beschuldigten sich gegenseitig der Korruption und der Verschwendung öffentlicher Gelder. Schließlich mutmaßte Topolánek, Paroubek würde alles tun, um die Wahlen zu gewinnen – und unterstellte die Anwendung unlauterer, illegaler Mittel: so ginge er davon aus, dass sein Telefon abgehört würde und, dass dies entweder legal oder illegal erfolge. Daraufhin sprach ihm der Amtsinhaber die Empfehlung aus, einen Psychiater wegen Paranoia aufzusuchen.⁶

Derartige Angriffe und Versuche, die Person des politischen Gegners zu beschädigen, sind keine Einzelfälle. Gesundheitsminister David Rath (Sozialdemokraten) verrät im Herbst 2005, dass er vor dem Staatspräsidenten Klaus in keiner Hinsicht Respekt habe. Jedoch wäre er in einer Hinsicht ein Vorbild, dem jeder Tscheche folgen sollte. Schließlich habe der verheiratete, über 60jährige Präsident eine gut aussehende, junge Freundin.⁷

Die öffentliche verbale und körperliche Auseinandersetzung zwischen Gesundheitsminister Rath und dem Präsidentenberater Miroslav Macek bildete den Höhepunkt der Auseinandersetzungen während des Wahlkampfs. Minister Rath äußerte sich im Mai 2006 über Herrn Macek im Rahmen eines Interviews mit der renommierten Tageszeitung „Lidové Noviny“: „Ich erinnere mich noch an Macek, als er noch jeden Abend mit einem anderen Mädchen ausging. Dann hat er irgendwann Millionen geheiratet. Einer liebt den Körper, einer die Seele, einer das Geld.“⁸

Daraufhin warnte Macek den Minister über die Presse, er würde ihm dies heimzahlen. Bei einem Stomatologenkongress Ende Mai 2006 kam es zum „show down“: Macek war als Moderator, Rath als Referent geladen. Macek ging ans Mikrofon, teilte dem Publikum mit, er müsse zunächst eine persönliche Angelegenheit erledigen und schlug den auf dem Podium sitzenden Rath auf einer gemeinsamen Veranstaltung von hinten auf den Kopf. Kurz darauf, nach einem kurzen verbalen Schlagabtausch, kam es zu einer handgreiflichen Auseinandersetzung zwischen beiden Politikern auf dem Podium. In Deutschland hätten diese Aktionen für beide Politiker Konsequenzen nach sich gezogen. Nicht so in Tschechien. Öffentlichkeit und Medien nahmen dies offensichtlich als Teil einer

⁶ Siehe: <http://www.radio.cz/de/artikel/76206>.

⁷ Siehe:

http://lidovky.zpravy.cz/ln_rozhovory.asp?r=ln_rozhovory&c=A051126_165706_ln_rozhovory_hlm.

⁸ Lidové noviny vom 6.5.2006; <http://www.ngz-online.de/public/article/nachrichten/politik/ausland/332905> – siehe auch <http://www.tschechien-online.org/news/2155-politiker-schlagerei-zahnarzte-tagung-tschechien/>.

wohl ausgefertigten politischen Auseinandersetzung hin. Beide Politiker behielten ihre Ämter.

Ursachen für den politischen Sprach- und Umgangsstil

Ist diese Entwicklung eines der Resultate der politischen Meinungsdifferenzierung, die in Tschechien vor 15 Jahren eingesetzt hat? Wahrscheinlich nicht. Die Ursachen für diesen politischen Umgangsstil und das niedrige Niveau der politischen Sprache liegen in der Vergangenheit. Der tschechischen Gesellschaft fehlt das breite gesellschaftliche Interesse am politischen Geschehen. Zu viele Bürger sind zu passiv und partizipieren nicht aktiv am politischen Prozess. Daher ist das Anliegen, die politische Kultur zu pflegen und zu entwickeln, wenig ausgeprägt, das Niveau der politischen Auseinandersetzung zwischen Parteien und deren Vertreter kein Gegenstand öffentlichen Interesses oder gar Kritik. Hier wird die Belastung aus der Vergangenheit deutlich. Der ausländische Beobachter muss sich bewusst machen, dass die Tschechen zwei beziehungsweise drei Generationen lang nicht in einer Demokratie lebten. Demokratie und deren politische Kultur und Sprache sind ein Lernprozess, den man nicht oktroyieren kann und der nicht über Nacht zu erreichen ist. Sie müssen eingeübt werden und haben in jedem Land ihre speziellen Charakteristika – auch wenn ich argumentiere, dass sie einem Angleichungsprozess unterliegen.

Eine Eigenart tschechischer und deutscher (!) politischer Rahmenbedingungen ist das Verhältnis zwischen Politikern und Wahlvolk. Anders als in Deutschland ist das politische Establishment keine abgeschlossene, abgehobene Kaste und unterliegt nicht dem Anspruch, eine besondere gesellschaftliche Vorbildfunktion übernehmen zu müssen. Deshalb herrscht in der politischen Auseinandersetzung ein rauerer, härterer Umgang. In der Wahl der Mittel wird von allen Seiten, Politikern selbst, Bürgern und Medien, mehr erlaubt und toleriert. Vieles was in Deutschland einen medial-gesellschaftlichen Skandal und Aufschrei provozieren würde, ist in Tschechien noch tolerabel oder wird schnell verziehen, ohne dass dies weitreichende Konsequenzen für die Beteiligten hätte. Die Politiker werden eher als normale Bürger betrachtet und erlebt – und entsprechend behandelt und beurteilt. Wer aber normaler Bürger ist, der ist zwar anfassbarer, ihm wird aber weniger zugetraut. In jedem Fall wird ihm oder ihr mehr gestattet. Auch in Tschechien existieren Grenzen, die aber – in Relation zu Deutschland – spür- und erlebbar weiter gefasst sind.

Positiv und in seinem Wert nicht zu unterschätzen ist, dass die politische Sprache, wenn auch zum Teil zu vulgär, Klarheit und Präzision besitzt. Durch das Stilmittel der Überzeichnung werden politisch-programmatische Unterschiede und Alternativen deutlich, politische Botschaften nicht verwässert. Negativ ist, dass der weitere Toleranzrahmen im Bereich der politischen Kultur und Sprache auch als Ausdruck fehlenden Respekts und mangelnden Vertrauens der Bürger in Politik und Staat und dessen Institutionen gewertet werden kann.

Rolle der Medien in Tschechien

Wie bereits erwähnt, mangelt es in der Tschechischen Republik an einer ausreichenden Mediensensibilität gegenüber dem groben Stil in der Politik. Wo bleibt der mediale Aufschrei bei verbalen Entgleisungen von Politikern in der Art, wie sie weiter oben schon aufgeführt wurden?

Vielmehr sind die Medien selbst Teil dieser Kultur und sie bedienen sich ähnlicher Mittel. Dies zum Beispiel, wenn die Journalistin Jílková Gesundheitsminister Rath im Rahmen eines Interviews fragt, ob er ein Spitzel des Premiers sei.⁹ Achtung! Das Wort „Spitzel“ (Konfident) ist in Tschechien besonders belastet. Zu beachten ist, dass die Medien in Tschechien der Entwicklungslogik europäischer Transformationsgesellschaften unterliegen. Dies bedeutet, dass ein rascher Kulturwandel vor sich geht, der sich vor statt hinter den Kulissen vollzieht.

Das Fehlen einer längeren ungebrochenen Tradition objektiv-kritischer Berichterstattung und der Drang nach Quoten- und Auflagenerhöhung tragen zudem dazu bei, dass der Charakter der Berichterstattung reißerischer und weniger objektiv-sachlich ist. Ein Beispiel dafür wäre die in den Medien sehr emotional geführte Diskussion um die Affäre von Ex-Premier Stanislav Gross und der Finanzierung seiner Wohnung.¹⁰ Eine profunde Debatte, die über tagespolitische Scharmützel hinausgeht, ist in Tschechien nicht immer möglich. Das Verhältnis zwischen Politikern und Medien ist zudem gespannt und problematisch. Politiker versuchen massiv, die Medien zu beeinflussen und diese einzuschüchtern. Ex-Premier Miloš Zeman beschimpfte die Journalisten als „Dummköpfe und Ganoven“¹¹, der amtierende Premier Paroubek wünschte, genervt durch eine aus seiner Sicht negative Berichterstattung über seine Regierungsarbeit, eine Verschärfung des Pressegesetzes.¹² Nach den Parlamentswahlen und dem vorhergehenden heftigen Wahlkampf wurde dieses Thema wieder auf die politische Agenda gesetzt.

Der Journalistenverband lehnt eine Einschränkung der Medien durch eine Verschärfung des derzeit sehr liberalen Presserechtes strikt ab. Debattiert wird aber über einen selbstverpflichtenden journalistischen Verhaltenskodex in der Wahlkampfzeit. Nötig ist ein Appell an die Medien, sachlicher zu informieren, die Diskussionskultur allgemein zu stärken und Entgleisungen und Beleidigungen klarer zu verurteilen. Diese Anregungen kommen zum Teil auch von außen, zum Beispiel von internationalen Journalistenverbänden. Auch die Konrad Adenauer-Stiftung engagiert sich in der Förderung einer pluralistischen Medienlandschaft.

⁹ Mladá Fronta dnes vom 1.3.2006,

http://zpravy.idnes.cz/domaci.asp?r=domaci&c=A060228_184715_domaci_nad

¹⁰ Vgl. <http://www.radio.cz/de/artikel/63298/limit>.

¹¹ Vgl. Ströbinger, Rudolf: Tschechien: Bürgergesellschaft wehrt sich gegen Diktat der Politik. In: Politische Studien, Heft 376, 52. Jahrgang, März/April 2001.

¹² Siehe: <http://www.radio.cz/de/artikel/66002>.

Politische Sprache und Kultur in Deutschland

In Deutschland wird die politische Kultur durch Ernsthaftigkeit und einen hohen Anspruch an Korrektheit in der politischen Auseinandersetzung geprägt. Zu dieser „political correctness“ passt auch eine deutsche Eigenheit: die Schwierigkeit, über sich lachen zu können oder eine gewisse Leichtigkeit in ernsten Situationen (Sinn für Situationskomik) zu behalten. Die politische Korrektheit und der konsensuelle Charakter der deutschen politischen Auseinandersetzung führen zu unerwünschten Entwicklungen: die politische Diskussion und der politische Wettstreit werden mit Phrasen statt mit klaren, inhaltlich belastbaren Aussagen bestritten. Dadurch verliert die politische Sprache in Deutschland an Informationskraft und Wahrhaftigkeit. Die Politik bedient sich eines sprachlichen Mantels, der wie ein Vorhang wirkt. Der Bürger und Wähler hat den Eindruck, hinter der Bühne werden die eigentlichen Geschäfte getätigt. Worum es ihm konkreten Fall wirklich geht, wird von den Politikern dem Wähler gegenüber nicht mehr klar kommuniziert, Verantwortlichkeiten für politische Entscheidungen werden nicht vermittelt und der eigentliche Charakter des Geschehens bleibt verborgen.

Der politische Witz in Deutschland

Es existiert keine einheitliche nationale Witzkultur in Deutschland. Es ist daher schwer, wirkliche Vergleiche hinsichtlich des politischen Witzes zu ziehen. Ganz allgemeinen scheinen Politikverdrossenheit und Europaskeptizismus in Deutschland im Vergleich zu Tschechien weniger ausgeprägt. Dem politischen Witz kommt daher nicht in gleichem Maße Ventilfunktion zu wie in Tschechien. In Deutschland herrscht „humoristischer Föderalismus“. Es existiert ein Nord-Süd- und ein Ost-West-Gefälle. In Süddeutschland oder im Rheinland ist die Sprache lockerer und direkter, die Toleranzbreite ist tendenziell etwas weiter gefasst als im Norden. Dort sind die Menschen etwas zurückhaltender und förmlicher. Natürlich bedient diese Feststellung allgemeine Vorurteile, die die Deutschen unter sich selbst pflegen. Dennoch stimmt die Tendenz. Auch der konfessionelle Aspekt zwischen protestantisch geprägtem „ernsthaft-steifem“ Norden und dem so genannten „gemütlich-katholischen“ Süden oder dem „nährischen“ Rheinland spielt eine Rolle. Allgemein lacht ein Hamburger über anderes als ein Münchner, ein Rheinländer findet anderes lustig als ein Sachse. Die dabei verwendete Art und der Charakter des Ausdrucks entsprechen der regionalen Sprachkultur.

Ein genereller Unterschied zwischen West- und Ostdeutschland sind die Ossi-Wessi-Witze. Die neuen Bundesländer sind humoristisch anders sozialisiert. In der DDR existierte eine spezielle Witzkultur, ähnlich der in der kommunistischen Tschechoslowakei. Viele DDR-Witze gab es in ähnlicher Form auch in der Tschechoslowakei und umgekehrt. Hier wie dort war Witzkultur Gegenkultur. Dies ist heute auch noch spürbar.

Die derzeitige schlechte wirtschaftliche Lage und die offensichtliche Unfähigkeit zur Reform in der Politik belasten den Deutschen eher, als dass er Witze

über die als drückend empfundene Entwicklung reißt. Dies unterscheidet die Deutschen nicht nur von den Tschechen, von ihnen aber besonders: der sorgenvolle, ernste deutsche „Michel“ im Vergleich zum „braven Soldaten Schwejk“.

Aktuelle Tendenzen in Deutschland

Der Regierungswechsel in Deutschland und die Tatsache, dass jetzt eine Frau der Nation vorsteht, führte zur Versachlichung und teilweisen Entmedialisierung der politischen Kultur, Sprache und Auseinandersetzung in Deutschland. Gerade der direkte Vergleich des Auftretens und der Persönlichkeit von Gerhard Schröder und Angela Merkel lässt dies deutlich werden. Frau Merkel pflegt eine neue Ernsthaftigkeit und Klarheit und setzt sich damit ab von sogenannter „Mediengeilheit“ und medialer Selbstdarstellung wie bei der alten Bundesregierung. Der neue Stil lässt sich als ernsthaft-sachlich, verbunden mit einer zielführenden Unaufgeregtheit, vielleicht am ehesten beschreiben. Gerade in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation und den damit verbundenen Reformnotwendigkeiten ist die gewollte Offenheit und Klarheit in der Sprache dem Wähler gegenüber besonders nötig. Er muss konkret und verlässlich wissen, was auf ihn zukommt und warum die durchgeführten Schritte erforderlich sind. Dieses Vermittlungsproblem war eines der Defizite der Regierung Schröder, an dem sie unter anderem gescheitert ist. Wünschenswert wäre sicher, dass sich dieser Stil durchhalten lässt und durchgehalten wird und bei der Bevölkerung auf Akzeptanz und Anerkennung stößt. Die Entwicklung ist noch nicht abschätzbar.

Wünschenswert deshalb, weil dies der Degeneration der politischen Sprache und der damit verbundenen Verminderung des Informationsgehalts entgegenwirken würde. Die Gefahr besteht, dass der Fokus immer weniger auf die Entwicklung überzeugender Argumente und Erläuterungen komplizierter Sachverhalte gelegt wird. Die Bewertung eines Politikers durch die Öffentlichkeit basiert zunehmend auf seiner Außenwirkung und Medienkonformität. Auch in Deutschland lässt sich die Entwicklung zum „Politainment“ in der politischen Sprache und Kultur beobachten. Altbundeskanzler Schröder wurde nicht zuletzt von zahlreichen bewundernd-kritischen Kommentaren als „Medienkanzler“ bezeichnet, als moderierender Politikmanager.

Erfolgreiche Medienformate wie die „Harald-Schmidt-Show“ oder „TV-total“ mit Stefan Raab verdeutlichen diese Entwicklung zum „Politainment“. Schmidt und Raab genießen in Deutschland eine gewisse Narrenfreiheit. Zumindest Schmidt wird in vielen Feuilletons für Aussagen gefeiert, für die andere harte mediale Schelte ernteten. Im Vergleich zum klassischen politischen Kabarett (z.B. „Scheibenwischer“ mit Dieter Hildebrandt) zeigen die o. g. Comedy-Formate folgende Entwicklung: Zielgruppe war bei Hildebrandt noch vornehmlich das linke Bildungsbürgertum, wohingegen sich Schmidt und noch mehr Raab (auch jüngeres Publikum) an die gesamte Breite der Bevölkerung richten, außer vielleicht der klassischen Arbeitnehmerschaft. Auch der eigene Anspruch der Sendungen ist signifikant unterschiedlich. War der Ton und die Perspektive des „Scheibenwischer“ noch der einer moralischen Überlegenheit, die Opfer

vornehmlich „die anderen da oben“, sprich das politische und wirtschaftliche Establishment, so halten Schmidt und Raab in ihren Comedy-Formaten der gesamten Gesellschaft einen Spiegel vor (ganz eindeutig bei TV Total: angeprangert wird der tägliche „Schwachsinn auf der Mattscheibe“). Schmidt und Raab verschonen dabei niemanden, alle können „Opfer“ werden, sogar Minderheiten. Der „Scheibenwischer“ hatte einen politischen Meinungsbildungsanspruch. Die Harald-Schmidt-Show und TV Total treten mit dem Ziel auf, gut unterhalten zu wollen; ohne besonderen Niveau- oder Bildungsanspruch. Insofern führen beide eine neue bei ihnen akzeptierte Form der politischen Unkorrektheit in die deutsche Medienlandschaft ein.

Sollte sich diese Entwicklung in Deutschland fortsetzen, so könnten sich deutsche und tschechische politische Kultur einander angleichen: Die alte deutsche politische Korrektheit unterliegt offensichtlich dem Wandel zu einer neuen deutschen politischen Unkorrektheit. Den Deutschen ist es auch, so belegen die Comedy-Formate, möglich, in zunehmendem Maße über sich selbst zu lachen. Die Tschechen hingegen, so beweisen die o. g. Beispiele, konnten dies immer schon.

Konformität im Wahlkampf

Globale Entwicklungen tragen zur Angleichung des Stils der politischen Auseinandersetzung in Europa bei. Die Präsenz und die Geschwindigkeit der modernen Medien und die hohe Publizität zwingen die Politik zu einem Mindestmaß an Medienkonformität. Fehler können nicht oder nur sehr schwer „ausgebügelt“ werden. Was live in die Kamera gesagt wird, kommt zum Wähler ins Wohnzimmer und schnell ins Internet und wird dort gegebenenfalls schnell in Blogs oder Foren diskutiert. Ziel in der politischen Darstellung ist deshalb eine größtmögliche inhaltliche Unverbindlichkeit bei zugleich professionell-dynamischem Auftreten. Ein Wahlkampfvergleich zwischen Deutschland und Tschechien zeigt diese Medienkonformität in den Wahlkampagnen. Eindeutig ist dabei der Versuch, Wahlentscheidung und Wahlkampagnen zu personifizieren (Schröder und Paroubek). Wahlkampf muss zudem möglichst unterhaltsam sein, um den Wähler anzusprechen: Organisation von Fernsehduellen, Konformität von Kampagnenfarben (s. u.: orange bei CDU und den tschechischen Sozialdemokraten) und -formaten (sowohl in Tschechien als auch in Deutschland entwickelten die Regierungsparteien nahezu übereinstimmende Negativkampagnen).



Die SPD entwickelte eine Merkel-minus-Kampagne, die dem Wähler verdeutlichen sollte, mit welchen persönlichen wirtschaftlichen („Kopfpauschale“, Mehrwertsteuererhöhung) und sonstigen politischen (Arbeitnehmerrechte, Atomausstieg) Nachteilen bei einem Regierungswechsel zu rechnen wäre. Die ČSSD (Sozialdemokraten), beraten durch bis zu einem Dutzend Experten der SPD, übernahm das Format und richtete die Plus-Kampagne der konservativen und oppositionellen ODS gegen diese.



Ganz offensichtlich findet auch im Wahlkampf diese Angleichung statt, die ich bereits oben ansprach.

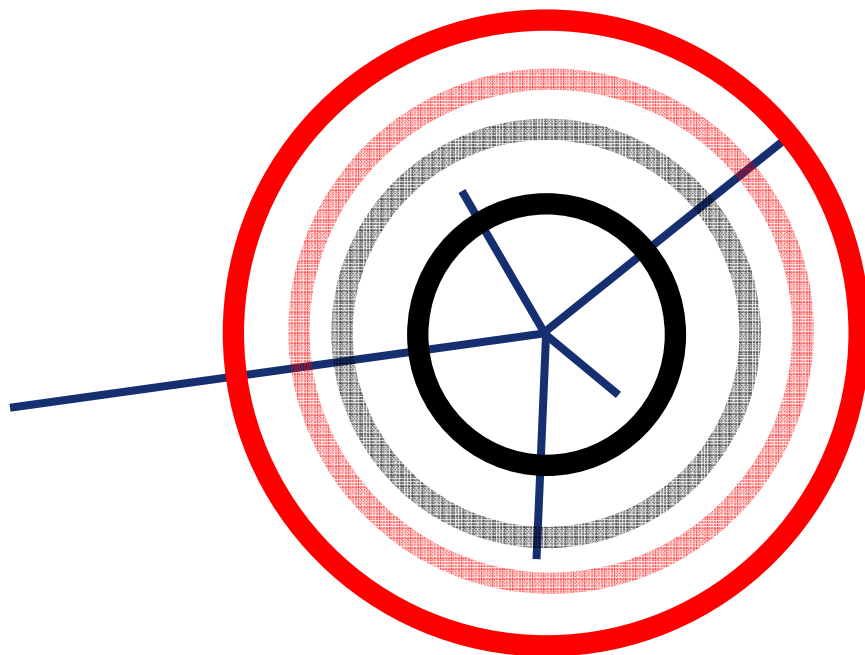
Fazit

Was ist ursächlich für diese Annäherung? Und ich greife die eingangs aufgestellte These wieder auf. M. E. wird die dargestellte Entwicklung durch den europäischen Integrationsprozess befördert. Speziell die Integration und Kooperation der Parteien auf europäischer Ebene (EVP, SPE, Europ. Grüne), die Europäisierung der Medien, die immer intensivere wirtschaftliche Integration und Zusammenarbeit, steigende Sprachkompetenz der europäischen Bevölkerung und vermehrte internationale Kontakte (Studentenaustausch, europäische Seminare und Konferenzen, die Wissenschaftskooperation) befördern diesen Annäherungsprozess.

Nationale Eigenheiten in der politischen Auseinandersetzung, so meine Prognose, werden sich bis zu einem gewissen Grad abschleifen, ohne dass eine voll-

kommene Identität des Stils der politischen Auseinandersetzung die Konsequenz wäre. Das wäre wohl auch nicht wünschenswert. Auf der anderen Seite wird der Angleichungsprozess zu einer Abnahme von Missverständnissen im zwischenstaatlichen politischen Dialog führen.

Das Diagramm verdeutlicht den Prozess. Der blaue Graph steht für die Härte einer politischen Aussage. Der Toleranzrahmen in Deutschland (schwarzer Kreis) war bis vor kurzem noch so eng gefasst, dass praktisch nur eine geringe Anzahl von Verhaltensweisen noch akzeptabel war. In Tschechien hingegen war dies umgekehrt (roter Kreis). In einigen Jahren könnte der Toleranzrahmen in Deutschland weiter (blauer Kreis) und der in Tschechien enger (rosa Kreis) sein, ohne dass sich eine absolute Deckung in der Akzeptanzbreite ergeben wird.



Tschechien
Deutschland

Defizite und Fehlentwicklungen gibt es hier wie dort, also auch in Deutschland und man kann und sollte voneinander lernen. Die deutsche politische Sprache darf durchaus wieder konkreter und deutlicher werden und weniger nach Konsens und Harmonie heischen. Die Deutschen könnten zweifellos mehr über sich selbst lachen. In Tschechien sollte sich die Fähigkeit zu Kommunikation und sachlich-politischer Diskussion verbessern.

Lösungsansätze und Konsequenzen für die politische Bildungsarbeit

Die Aufgaben für die politische Bildungsarbeit in Deutschland und in Tschechien ergeben sich konsequent. Für die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Prag steht die Unterstützung beim Abbau vorhandener Defizite im politischen System und damit eine stabile Weiterentwicklung der politischen Kultur in Tschechien im Vordergrund. Die Schwerpunkte liegen zum einen in der Unterstützung der Parteien der politischen Mitte und zum anderen in der Förderung

der Medien in Tschechien, um auch auf diesem Sektor für die demokratische pluralistische Gesellschaft Verbesserungen zu erreichen.

Ziel ist es, die politischen Parteien als unverzichtbare Organisatoren des demokratischen, pluralistischen, politischen Prozesses zu stärken.

Weiter gilt es für die politischen Stiftungen, den politischen Dialog zwischen den parlamentarischen, gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Eliten aus Ost- und Ostmitteleuropa, aus Deutschland und anderen EU-Staaten zu fördern.

Zuletzt ist es Aufgabe externer Demokratieförderung in Ostmitteleuropa die Zivilgesellschaft und zivilgesellschaftlicher Aktivitäten zu unterstützen. Die deutschen Parteistiftungen und vergleichbare kontinentaleuropäische Organisationen kooperieren bei ihrer politischen Bildungsarbeit mit festen einheimischen Partnerorganisationen.

Die verschwundene Vergangenheit

Václav Houžvička

Das Thema der Sudetendeutschen und ihrer Aktivitäten in der ČR erregen im tschechischen Grenzgebiet immer noch Aufmerksamkeit. Der Vergleich der Haltungen gegenüber dieser Frage in den Jahren 2003 und 2005 besagt jedoch, dass der Anteil derjenigen, die sich für dieses Thema interessieren, gesunken ist. Im Jahre 2005 zeigt nur etwa jeder vierte Bürger des tschechischen Grenzlandes Interesse an dem Thema, sehr interessiert ist sogar nur jeder Zwanzigste, was um die Hälfte weniger ist als zwei Jahre zuvor. So ein deutlicher Rückgang des Interesses wurzelt wahrscheinlich in einer Beruhigung der gegenseitigen Beziehungen zwischen der ČR und der BRD.

Einen Anteil am Rückgang der Bedeutung der sudetendeutschen Problematik hat bestimmt auch die Mitgliedschaft der ČR in der EU, wo Kooperation und Respekt gegenüber Standpunkten anderer EU-Partner akzentuiert werden. Ultimativ aufzutreten ist in einer Gemeinschaft, in der der Dialog ein konstitutives Instrument zur Lösung der Konfliktsituationen bildet, unzulässig.¹

Eine ähnliche Entwicklung gab es in den vergangenen zwei Jahren auch hinsichtlich der Beurteilung der Wichtigkeit des Sudetenthemas im Kontext der tschechisch-deutschen Beziehungen. Während im Jahre 2003 die Öffentlichkeit im Grenzgebiet etwa zwei gleich große Gruppen gebildet hat, dominiert im Jahre 2005 für drei von fünf Personen die Ansicht, dass es sich um ein Randthema handelte. Nur etwas mehr als ein Viertel der Bewohner hält die sudetendeutsche Problematik für wichtig. Der Anteil derjenigen, für die das Problem sehr wichtig ist, sank sogar auf die Hälfte (s. Abb. 1).

Die Sudetenfrage betrachten fast ein Drittel der Tschechen im tschechisch-deutschen Grenzgebiet als ein offenes Problem. Zwei Fünftel behaupten das Gegenteil. Fast ein Drittel der dortigen Öffentlichkeit weiß diese Frage nicht zu beantworten. Die Aktivitäten der Sudetendeutschen traten offensichtlich in den letzten zwei Jahren in den Hintergrund, was besonders aus dem Vergleich mit dem Jahr 1996 ersichtlich ist. Damals hielten 90% der Befragten aus den Grenzgebieten der ČR die Sudetenfrage für ein offenes Problem. Der wachsende Anteil der unentschiedenen Antworten zeugt davon, dass man über diese Problematik nicht viel spricht.

Meiner Meinung nach gehören die Medien zu den wichtigsten Akteuren, die die gegenwärtige Diskussion beeinflussen. Ihre Berichterstattung über die Sudetendeutschen nimmt die Öffentlichkeit in den Grenzgebieten etwas widerspruchsvoll wahr. Die Hälfte ist der Auffassung, dass die Informationen genügend und

¹ Die deutsche Außenpolitik ist sich der Rolle Deutschlands zur Erhaltung der politischen Stabilität in Europa bewusst. Sie hat im Unterschied zu Vertriebenenorganisationen Interesse an der Verhandlung (und nicht Bestimmung) der Prinzipien der Integration gegenüber den östlichen Nachbarn. Vgl. Hyde-Price, A. (2000): *Germany & European Order*, Manchester, S. 211.

wahrhaftig sind (übrigens weiß sie ein Drittel der Bürger nicht als wahrhaftig oder gar nicht zu beurteilen), andererseits meint fast die Hälfte der Bürger, dass die Informationen übertrieben dargestellt werden. Für zwei Fünftel der Bürger sind die Informationen unvollständig. Die Öffentlichkeit ist sich in der Meinung nicht einig, ob die Medien den Deutschen nach dem Mund reden - ein Drittel stimmt dieser These zu, ein Drittel nicht und ein Drittel kann es nicht beurteilen (s. Abb. 2).²

Der Vergleich von 2003 und 2005 deutet auf einen Rückgang der Zustimmung mit allen im Fragebogen angebotenen Möglichkeiten über die Lage der Berichterstattung über die Sudetendeutschen in den Medien hin. Dieser Rückgang hängt mit dem Anwachsen der Antworten „weiß nicht“ zusammen. Man kann jedoch nicht ausschließen, dass sich die Beurteilung dieser komplexen Frage außerhalb des Wahrnehmungshorizonts eines jeden Bürgers bewegt. In den Jahren 2003 und 2005 betrachtet die Hälfte der Bewohner des tschechischen Grenzlandes die bisherigen Informationen als genügend (s. Abb. 2).

Die Tätigkeit der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) ruft bei einem Drittel der Öffentlichkeit in den an Deutschland angrenzenden Landkreisen Befürchtungen hervor. Fast die Hälfte hat zur Tätigkeit der SL eine indifferente Beziehung und verbindet somit keine Angst oder Hoffnung. Hoffnung gibt es nur bei 2,8 %. Ein Fünftel konnte sich zu dieser Frage nicht äußern (s. Abb. 4).

Wir verfolgen also den Trend einer Senkung von Befürchtungen aus der Tätigkeit der Sudetendeutschen und einen Anstieg der indifferenten und unentschiedenen Gefühle. Das bestätigen die vorher erwähnten Erklärungen darüber, dass die negativ wahrgenommenen Aktivitäten der Sudetendeutschen Landsmannschaft (vor allem die Eigentumsansprüche) auf Grund des Beitritts der ČR zur EU in den Hintergrund treten und dass dagegen die gegenseitigen Sympathien der Tschechen und Deutschen in den Grenzgebieten wachsen.³ Die mehrfach publizierte Forderungen der SL, die keinen Widerhall finden, werden schrittweise zur leeren Rhetorik, die im Hintergrund der alltäglichen sozialen Erfahrungen und kooperativen Beziehungen zwischen Deutschen und Tschechen steht.⁴

² Dass die Informationen der Massenmedien wahr sind, denken oft die Bürger über 60 Jahre (58 %), mit Hochschulausbildung (67 %) und diejenigen, die sich für die sudetendeutsche Frage nicht interessieren (60 %) und die sie für ein abgeschlossenes Problem betrachten (64 %) und die mit der Tätigkeit der Sudetendeutschen Landsmannschaft Hoffnungen verbinden (78 %).

³ Befürchtungen aus der Tätigkeit der Sudetendeutschen Landsmannschaft wachsen mit dem Alter (bis 29 Jahren – 16 %, 30-44 Jahre – 31 %, 45-59 Jahre – 37 %, mehr als 60 Jahre – 47 %). Befürchtungen zeigen öfter die linksorientierten Wähler und diejenigen, die sich sehr oder teilweise für die sudetendeutsche Frage interessieren (50 %) und die sie für ein bedeutendes (60 %) und offenes Problem (54 %) betrachten.

⁴ Zum Beispiel die Haltungen der Angehörigen der bayerischen lokalen Eliten (Bürgermeister, Stadtrepräsentanten, Nichtregierungsorganisationen, Kirchen usw.) im Jahre 2003 zeugen von der Bedeutung des „Vertriebenenfaktors“ für die regionale Zusammenarbeit zwi-

Die Öffentlichkeit in den Grenzgebieten vertritt oft die Ansicht, dass das Ziel der Tätigkeit der sudetendeutschen Organisationen die Rückgabe des konfiszierten Eigentums in der ČR ist. Das behaupten mehr als zwei Drittel der Befragten. Zwei Drittel sind der Auffassung, dass das Ziel der Bemühungen der sudetendeutschen Organisationen die Gewinnung der moralischen Genugtuung für die Aussiedlung ist. Fast drei Fünftel der Öffentlichkeit neigen weiterhin zu der Meinung, dass das Ziel die Verstärkung des politischen Einflusses der Aussiedlerorganisationen in Deutschland ist. Die drei angeführten Antworten wurden in beiden Erhebungen am häufigsten erwähnt.

Aus dem Vergleich mit dem Jahr 2003 geht eine Neutralisierung in der Wahrnehmung der Tätigkeitsziele der sudetendeutschen Organisationen hervor. Die meisten denken nicht, dass das Ziel die Rückkehr in die ehemalige Heimat ist, noch weniger sehen die Ziele dieser Organisationen in der Bemühung der Sudetendeutschen um die Zerschlagung der Tschechoslowakei oder um die Verschlechterung der internationalen Stellung der ČR in der EU und der NATO. Dagegen stieg der Anteil derjenigen an, die die Auffassung vertreten, dass sich diese Organisationen nur um die Beendigung der vergangenen Konflikte kümmern und ihre Ziele patriotisch sind. Unterschiede zwischen den Jahren 2003 und 2005 in diesen Fragen sind nicht dramatisch, trotzdem kann man den langfristigen Trend des Rückgangs der Zahl derjenigen nicht außer Acht lassen, die sagen, dass sich die Sudetendeutschen für die Rückkehr einsetzen. Es bietet sich der Vergleich mit dem Jahr 1995 an, wo diese Variante 55 % der Befragten geteilt haben.⁵ Man kann hier wiederum die Minderung eines Gefühls der Bedrohung der Bewohner des tschechischen Grenzlandes vor der eventuellen Rückkehr der Sudetendeutschen feststellen.

Drei Viertel der Bewohner im Grenzland teilen die Ansicht, dass es bereits zum gegenseitigen Ausgleich in den tschechisch-deutschen Beziehungen gekommen ist, 39 % behaupten es nur teilweise. Diese Feststellung kann man als ein deutliches Signal für eine Verbesserung der tschechisch-deutschen Beziehungen unter Einfluss der Erklärung und der gemeinsamen Mitgliedschaft in der EU und der NATO betrachten. Man kann zwar von keinem innigen Versöhnungsgefühl sprechen, der Trend der positiven Wahrnehmung Deutschlands ist jedoch indisputabel. Da in den gegenseitigen Beziehungen keine medialisierten Initiativen unternommen wurden (mit Ausnahme des Vorschlags des Ministerpräsidenten J. Paroubek vom Juli 2005 zur moralischen Auszeichnung des deutschen Antifaschisten, die erst nach Beendigung dieser Untersuchung erklärt wurde),⁶ ist der

schen Tschechien und Deutschland. („Analyse und Entwicklung der Grenzgebiete ČR/BRD“. Forschungsprojekt des Außenministeriums der ČR RB 6/5/3.).

⁵ „Die Beziehung der tschechischen Gesellschaft zu Deutschland.“ Repräsentative Untersuchung (1347 Befragte) der Agentur GA&C Prag für die Friedrich-Naumann-Stiftung Mai-Juni 1995.

⁶ Die sog. Geste initiierte P. Mareš, der Vizepremier der tschechischen Regierung von V. Špidla.

Grund dieser Wandlung wahrscheinlich im Prozess der Annäherung beider Seiten des Grenzgebietes zu suchen.

Die Hauptgründe, warum es bis heute zu keinem Ausgleich der tschechisch-deutschen Beziehungen gekommen ist, bleiben gleich wie im Jahr 2003, hier kam es zu nur partikulären Veränderungen (s. Abb. 4). Es bestätigte sich der Faktor der konfliktgeladenen Vergangenheit als die intensivste Quelle der gegenseitigen Verständnislosigkeit (Anstieg um 6 %) und der Forderungen der sudetendeutschen Organisationen. Zurückgegangen ist auch der Anteil bei Antworten über die Arroganz Deutschlands (um 11 %), was sicher auch der Politik von G. Schröder und seiner Distanz Standpunkten der Aussiedlerorganisationen zuzuschreiben ist. Um 10 % sank auch der Anteil derjenigen mit der Meinung, dass Deutschland zu langsam die Opfer des Nationalsozialismus entschädigte. Und zu erwähnen ist auch die selbstkritische Reflexion des tschechischen Nationalismus (48 %). Die in der Presse immer wieder erschienenen Ansichten von manchen Kommentatoren basieren somit nicht auf dem tatsächlichen Zustand des gesellschaftlichen Bewusstseins und stellen eher ein ideologisierendes Klischee dar.

Im Grenzland zu Deutschland überwiegt im Grunde genommen die Unterstützung der Regierungsaktivitäten im Bereich der tschechisch-deutschen Beziehungen. Besonders zustimmend äußern sich die Bürger zur Ablehnung der Aufhebung der Präsidialdekrete.

Zwei Drittel haben keine Bedenken zum Vorgehen der Regierung in der sudetendeutschen Frage. Gleichzeitig orientiert sich mehr als die Hälfte der Öffentlichkeit nicht am Vorgehen der Regierung und der Staatsorgane. Sie denken, dass nicht klar ist, wie die Politik gegenüber den Sudetendeutschen aussieht, und dass die Regierung die Interessen der ČR gegenüber den Forderungen der sudetendeutschen Organisationen nicht genügend verteidigt. Diese Ergebnisse kann man jedoch etwas relativieren, denn man kann nicht erwarten, dass die Befragten ganz über die Kompliziertheit der tschechisch-deutschen Beziehungen informiert sind. Zwei Fünftel aus den an die BRD angrenzenden Landkreisen würden der humanitären Geste der Regierung gegenüber einigen Angehörigen der deutschen Minderheit in der ČR zustimmen, ein Viertel der dortigen Öffentlichkeit würde der Geste nicht zustimmen.⁷

Immer mehr Bürger lehnen die Eröffnung des Informationsbüros der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Prag sowie die These ab, dass die Regierung mehr Entgegenkommen gegenüber den Sudetendeutschen zeigen sollte. Der Premier Paroubek führt zwar an, dass die „Tätigkeit des Prager SL-Büros unbedeutend ist“,⁸ aus den Ergebnissen geht jedoch hervor, dass drei Viertel der Be-

⁷ Die Frage wurde im ersten Jahr gestellt und basierte auf der Geste von P. Mareš. Auch wenn der Ministerpräsident J. Paroubek im Juli 2005 eine andere Geste verabschiedet hat, behalten wir die ursprüngliche Frage, um einen Vergleich zu ermöglichen.

⁸ J. Paroubek: „Kancelář SL je nevýznamná“ (Das Büro der Landsmannschaft ist unbedeutend). (Právo vom 20. 8. 2005).

fragten seine Existenz ablehnen.⁹ Demnach misst die Öffentlichkeit diesen Aktivitäten eine gewisse Bedeutung bei. Die öffentliche Meinung im Grenzland ist etwas inkonsistent in den Ansichten über die Bedeutung der Vergangenheitsbewältigung. Einerseits stimmt eine große Mehrheit der Bürger der These zu, dass die Auseinandersetzung mit der Geschichte zur Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen beiträgt (91 %) und dass die Bestrafung der Kriegsverbrechen ähnliche Verbrechen verhindert (82 %), gleichzeitig identifiziert sich die Mehrheit damit, dass die finanzielle Entschädigung der NS-Opfer nur eine Geste ist (76 %) und die Wiederkehr der empfindlichen Fragen aus der Vergangenheit nur altes Verbrechen aufleben lässt (73 %). Nach den Ergebnissen stellt der Ausgleich mit der Vergangenheit einen widerspruchsvollen Prozess mit uneinheitlichem Inhalt dar. Die Botschaft für die Politiker sollte hier meiner Meinung nach sein, dass selbst die gut gemeinten Entschuldigungen und Gesten die Möglichkeit des Auflebens von scheinbar erloschenen Konflikten in sich bergen.

Die Ansichten über die Nachkriegsabschiebung der ehemaligen deutschsprachigen Bewohner der Tschechoslowakei bleiben langfristig stabil. Die zahlenmäßig stärkste Gruppe ist der Meinung, dass die Aussiedlung ein gerechter Racheakt und eine Bestrafung dafür war, was uns die SdP von K. Henlein bei der Zerschlagung der ČSR angetan hat (42 %). 32 % stimmen der Aussiedlung mit Vorbehalten gegenüber der Art und Weise zu. Langzeitig betrachtet stieg die Zahl der vorbehaltlosen Verfechter der Aussiedlung. Wir verfolgen also eine Polarisierung der Ansichten über dieses Schlüsselthema des gegenseitigen Dialogs. Diese Polarisierung betrifft jedoch vor allem die Aktivitäten und Forderungen der SL. Die Ergebnisse der qualitativen Erhebungen unter den Bewohnern des westböhmisches Grenzlandes besagen, dass auf der Ebene der zwischenmenschlichen Beziehungen ein Verständnis für die Schicksale der ehemaligen tschechoslowakischen Deutschen besteht.¹⁰

Die Öffentlichkeit in den an die BRD angrenzenden Landkreisen sieht die Lösung der Konflikte mit den Sudetendeutschen vor allem in den moralischen Gesten, die mit keiner Entschädigung verbunden sind. Noch im Jahre 1994 teilte diese These nur ein Fünftel der Befragten (21 %). Zwei Jahre später betrug der Anteil schon 55 %. In aktuellen Erhebungen meinen es 59 %. Was die Beurteilung des Vorgehens der Staatsorgane in diesen Fragen angeht, erweist sich als Raum für Initiativen wie die Geste Paroubeks. Immer mehr Befragte behaupten, dass der gegenseitige Streit mit den Sudetendeutschen durch den Beitritt der ČR in die EU gelöst wird (30 %), während es noch 1996 13 % gesagt haben. Eine

⁹ Im vom Verband der Freiheitskämpfer herausgegebenen Wochenblatt „Národní osvobození“ (Nationale Erweckung) erscheinen regelmäßig die Meinungen derjenigen, die die Tätigkeit des Büros ablehnen.

¹⁰ „Selbstdefinition und gegenseitige Wahrnehmung von Tschechen und Deutschen in direkter Nachbarschaft“ war der Titel eines gemeinsamen Projekts des „Centrums für allgemeine Politikforschung“ der Ludwig-Maximilians-Universität in München und der Abteilung „Tschechisches Grenzland“ des Soziologischen Instituts der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik in Ústí nad Labem 2003-2005.

positive Rolle spielt hier auch die Tschechisch-Deutsche Erklärung, die von 42 % als Ausweg angesehen wird. Allerdings soll hier auf die geringe Informiertheit über dieses grundlegende Dokument der bilateralen Beziehungen hingewiesen werden, denn 57 % der Befragten gaben 2005 an, dass sie diese nicht kennen.

Unterschiedlich stehen der Lösung des Ausgleichs die lokalen Eliten gegenüber. Sie sehen zwei Auswegsmöglichkeiten: die Erklärung (65 %) und die Zusammenarbeit mit den sudetendeutschen Organisationen zu Gunsten der Grenzgebiete (67 %).¹¹ Die Repräsentanten der Euroregionen akzentuieren auch beide Möglichkeiten. Gleichzeitig wünschen sie keine Eigentumsrückgabe an die Sudetendeutschen oder deren Entschädigung. Als eine Lösung betrachten sie auch ein „Laissez-faire“ nicht, also damit man „věci nechá volný průchod“.

¹¹ „Ansichten der lokalen Eliten auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Tschechien und Deutschland“. Tima Liberec, Juni 2004 (200 Befragte) und die Agentur SC&C Praha, Oktober 2004 (85 Befragte). Forschungsprojekt „Die bürgerliche Dimension der tschechisch-deutschen Beziehungen in der Phase des Beitritts Tschechiens zur Europäischen Union mit Akzent auf die Grenzgebiete“. Programm zur Förderung der gezielten Forschung und Entwicklung der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik

Anhang: Abbildungen¹²

Abb. 1: Wahrnehmung der Wichtigkeit des sudetendeutschen Problems

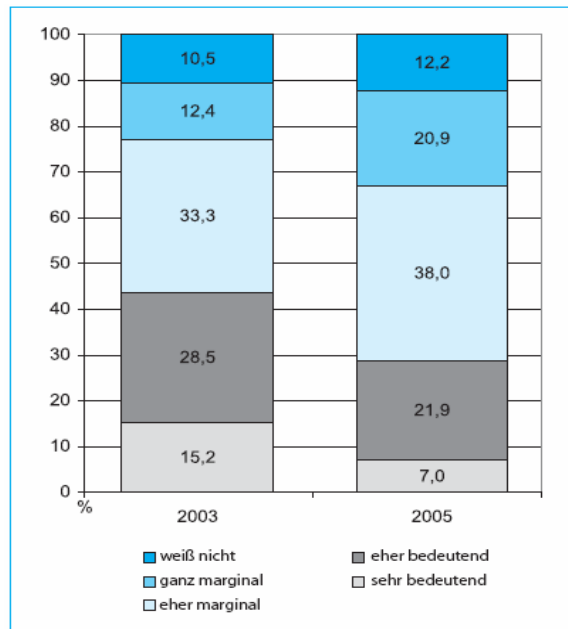
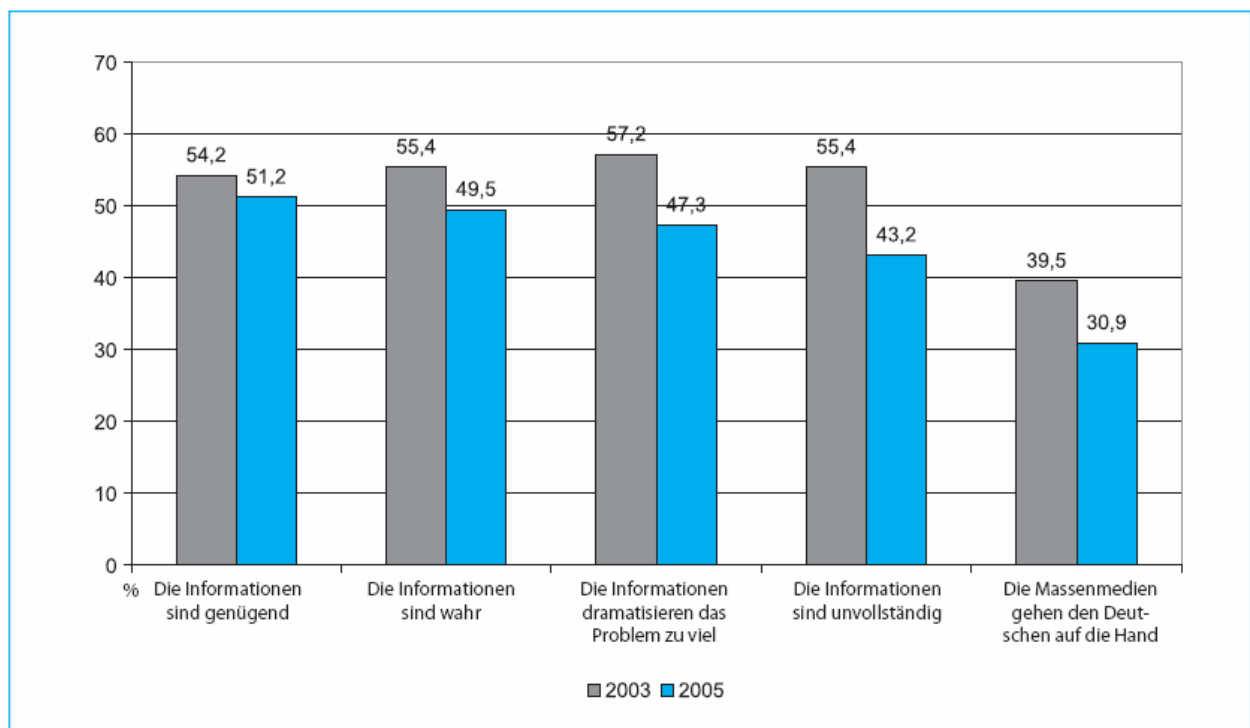


Abb. 2: Beurteilung des Informationsniveaus hinsichtlich der sudetendeutschen Problematik in den Massenmedien



¹² Quelle der Abbildungen: *Factum Invenio/Soziologisches Institut der Akademie der Wissenschaften (2005): Tschechisch-deutsche Beziehungen nach dem EU-Beitritt, Praha/Ústí nad Labem.*

Abb. 3: Gründe, warum es nicht zum Ausgleich in den tschechisch-deutschen Beziehungen gekommen ist

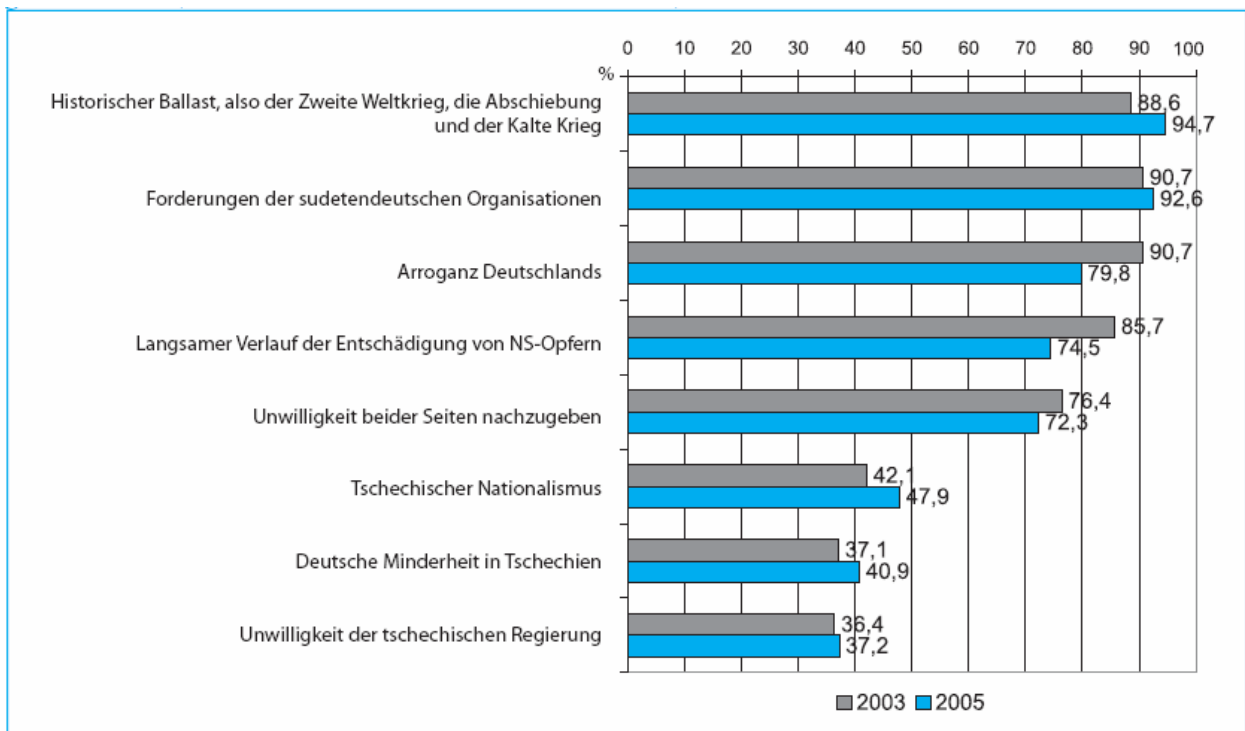


Abb. 4: Beurteilung der Tätigkeiten der Sudetendeutschen Landsmannschaft

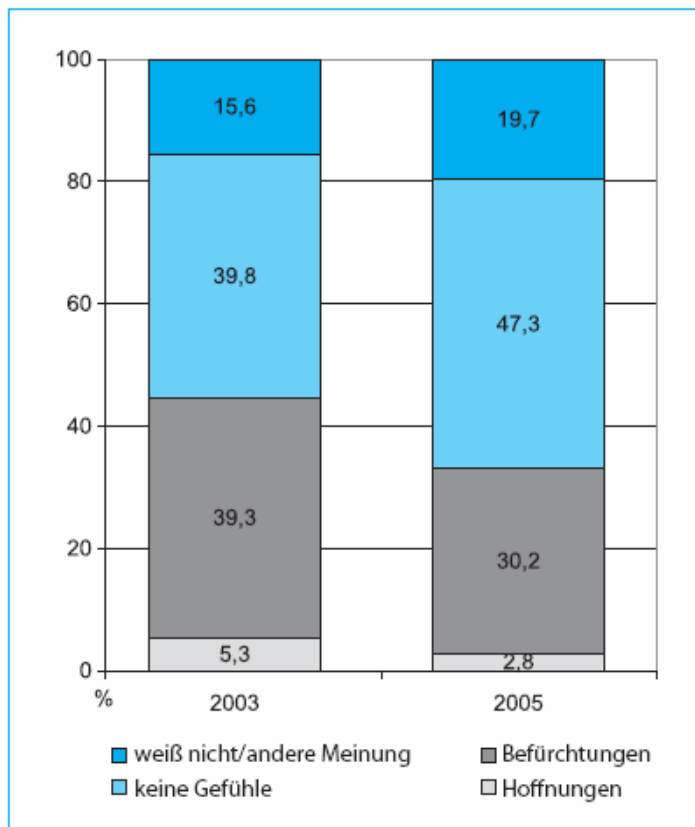


Abb. 5: Beurteilung der Haltung der Staatsorgane der Tschechischen Republik zur tschechisch-deutschen Auseinandersetzung

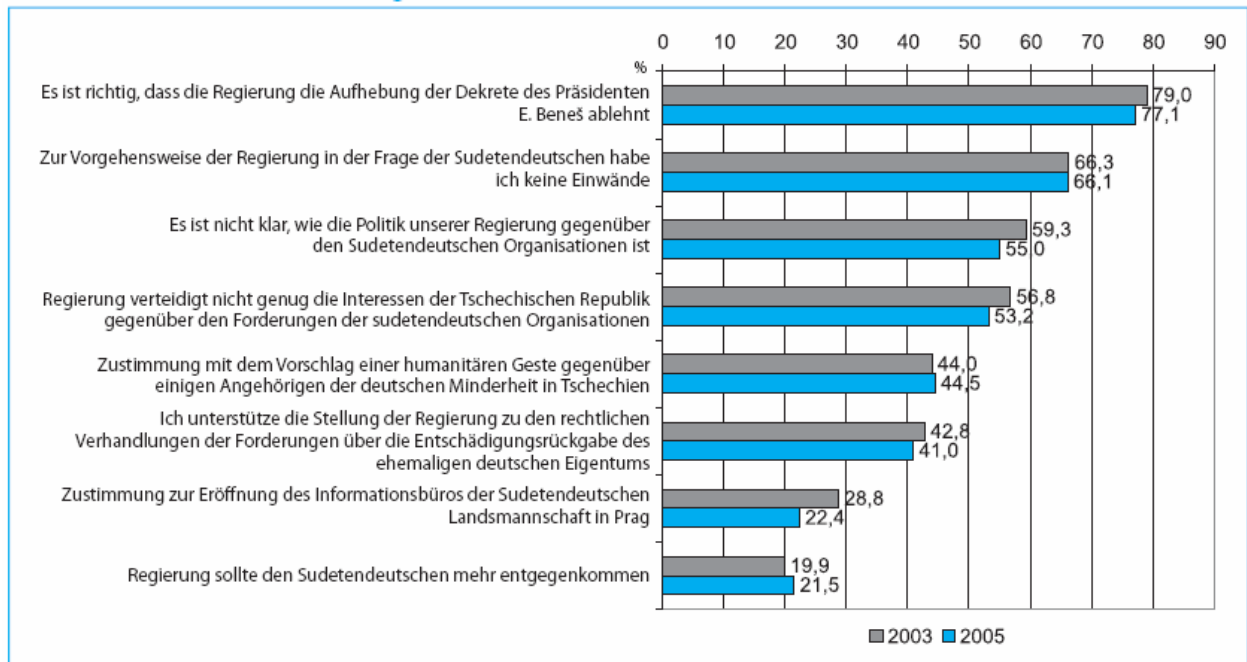


Abb. 6: Meinung über die Fragen, die mit dem Sich-Abfinden mit der Vergangenheit verbunden sind

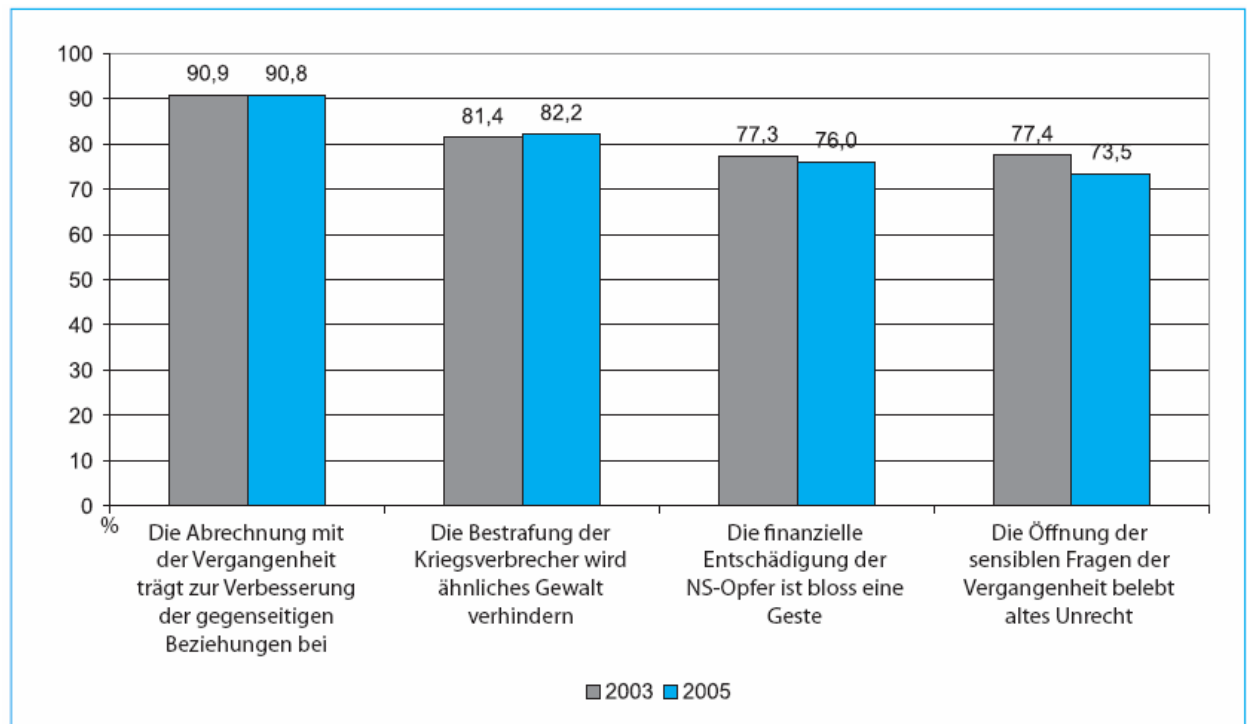
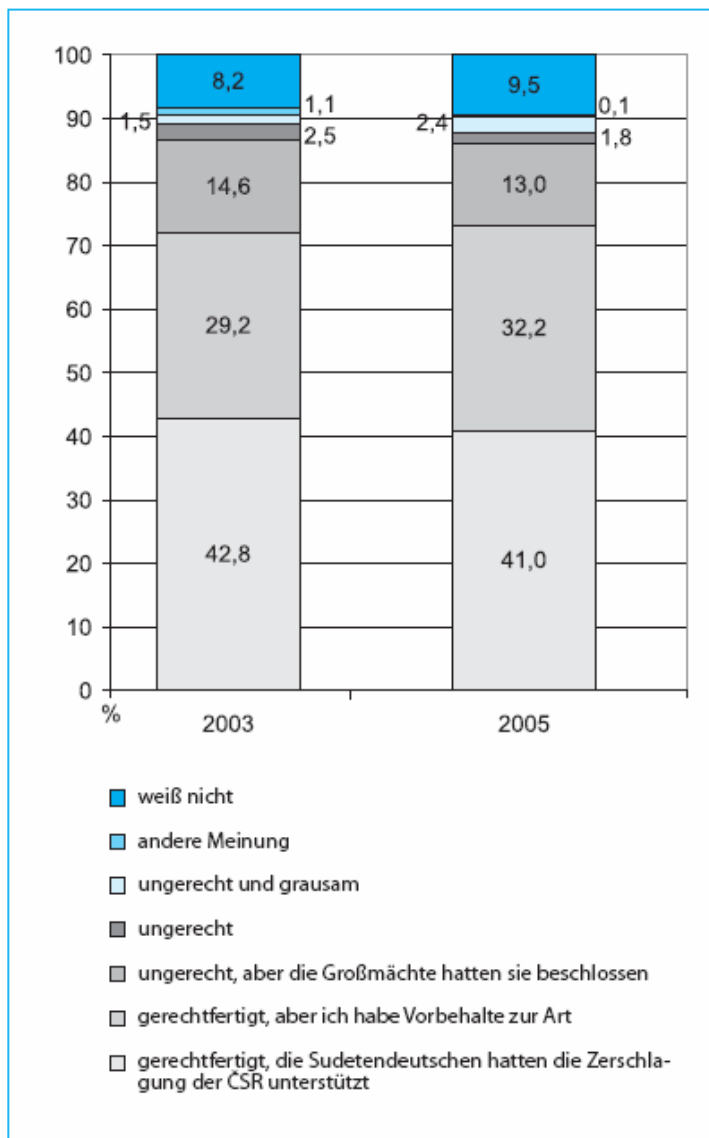


Abb. 7: Beurteilung der Abschiebung der Sudetendeutschen nach dem Krieg



„Dann fiel der Eiserne Vorhang und das war's“ – Grenze in den Augen der Bürger des tschechisch-bayerischen Grenzlands

Lukáš Novotný

1. Einführung

Bei meinen Wanderungen entlang der tschechischen Grenze zu Bayern sehe ich noch heute in Grenzgräben eingerollten Stacheldraht, verrostete im Gesträuch verworfene Schilder „Pozor, hraniční pásma“ (Achtung, Grenzstreifen), Reste der Grundmauern von Häusern, Friedhöfen, Kirchen, Denkmälern und anderen Bauten, die schweigende Zeugen einer unruhigen Zeit sind. Sie beweisen, wie belebt und bedeutend dieser Raum war und wie die historischen Ereignisse der letzten 70 Jahre diese Orte beeinflusst haben. An der bayerisch-böhmischen Grenze dominierte in dieser Zeit der Trennungseffekt. Abgesehen von einem kurzen Zeitabschnitt um den Prager Frühling und von einem Minimum an wirtschaftlichen Beziehungen während des Kalten Kriegs (wie etwa die Ausfuhr von Braunkohle von Sokolov/Falkenau nach Arzberg oder die Verbindungen der Porzellanfabriken in der Karlsbader Region mit Selb) gab es hier keinen bedeutenden Kontakt.¹ In der Wahrnehmung der Grenze überwogen bis 1989 Stereotype der Konfrontation zwischen Ost und West. Die westliche tschechoslowakische Grenze galt als „Schutzwall“ gegen den Kapitalismus und Imperialismus.² Man konnte jederzeit spüren, dass sich zwei verfeindete Staaten mit zwei unterschiedlichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systemen gegenüber standen. Nach November 1989 veränderten sich die bilateralen politischen Beziehungen zwischen dem wiedervereinigten Deutschland und der Tschechischen Republik grundlegend. Das war besonders intensiv in den Grenzgebieten zu spüren.³ Die grenznahen Regionen erlebten zu allererst die neuen Rahmenbedingungen. Die Grenze war nicht mehr abgesperrt sondern „offen“.

Dieser Artikel befasst sich mit der Rolle, welche die Grenze in der Bevölkerung der tschechischen Grenzgebiete zu Bayern spielt/e. Er fasst die Ergebnisse einer empirischen Sozialforschung im bayerisch-böhmischen Grenzland zusammen, welche im Rahmen des vom Soziologischen Institut der Akademie der Wissen-

¹ Vgl. Jörg Maier: *Bavorské pohraničí jako soused a partner českého pohraničí v procesu evropské integrace* [Das bayerische Grenzland als Nachbar und Partner des tschechischen Grenzlands im Prozess der europäischen Integration]. In: Václav Houžvička (Hrsg.): *České pohraničí v procesu evropské integrace. Sborník příspěvků z mezinárodní vědecké konference konané 28. listopadu 1991 v Chebu* [Das tschechische Grenzland im Prozess der europäischen Integration. Sammelband mit Beiträgen von der internationalen wissenschaftlichen Konferenz vom 28. November 1991, Cheb/Eger]. Ústí nad Labem 1992, S. 6-15.

² Vgl. *Pravda* (Plzeň) vom 2. Januar 1946, S. 2 – *Pravda* (Plzeň) vom 30. August 1955, S. 3.

³ Vgl. Jaroslav Dokoupil: *Der Einfluss der Grenzöffnung auf die Bewohner im tschechisch-bayerischen Grenzraum der Euregio Egrensis*. In: *ARL* Nr. 231, *Planerische Zusammenarbeit und Raumentwicklung in tschechischen, slowakischen und deutschen Grenzregionen*, Arbeitsmaterial. Hannover 1996, S. 59-68.

schaften der Tschechischen Republik und des „Centrums für angewandte Politikforschung“ der Ludwig-Maximilians-Universität in München durchgeführten interdisziplinären Projekts *Historische Prägestempel in grenzregionalen Identitäten. Selbstdefinition und gegenseitige Wahrnehmung von Deutschen und Tschechen in unmittelbarer Nachbarschaft* durchgeführt wurde. Die zwischen 2003 und 2005 realisierte Erhebung erfasste den gesamten bayerisch-böhmischen Grenzraum. Eine der zentralen Forschungsfragen war, welche Rolle die Grenze und der Andere jenseits der Grenze bei der prozessuellen Entwicklung des regionalen Bewusstseins spielen. Zu diesem Zweck führten das tschechische und deutsche Forscherteam jeweils 60 Interviews mit Bewohnern der grenznahen Landkreise durch. Alle Namen der Interviewten wurden aus Gründen der Anonymisierung geändert.

Für diesen Artikel liegt folgende Hypothese zu Grunde: Die Grenze ist keinesfalls konstant, sie ist eine variable historisch determinierte Kategorie, die die eigene regionale, nationale und kulturelle Identität mitgestaltet. Sie ist ein bedeutendes Mittel zur Unterscheidung zwischen dem Eigenen und dem Anderen.⁴ Aus den Antworten der Befragten und aus ihren Biographien geht ihre Bedeutung deutlich hervor. In diesem Artikel versuche ich zu beantworten, zu welchen strukturellen und typologischen Veränderungen es bei der Wahrnehmung der Grenze im Hinblick auf die historischen Prägestempel des 20. Jahrhunderts kam, welche Rolle die Grenze bei der Rezeption dieser historischen Ereignisse spielt und wie sie die Alteritätserfahrung und Fremdheitskonstruktionen determiniert und beeinflusst.

2. Spezifika des tschechisch-bayerischen Grenzlands

Die untersuchte Region, die Grenzlandkreise der Tschechischen Republik zu Bayern Cheb/Eger, Tachov/Tachau, Klatovy/Klattau, Domažlice/Taus, Prachatice/Prachatitz, erstreckt sich über 5834 km². Zur Zeit leben dort 338 500 Bewohner.⁵ Diese Landkreise weisen gleich mehrere geographische, historische und wirtschaftliche Spezifika auf.⁶

Aus geographischer Sicht bildet die Grenze zu Bayern ein Gebirgszug vom Fichtelgebirge zum Böhmerwald. Für diese peripheren Gebiete sind allgemein weniger Kontakte mit Verwaltungszentren typisch. Historisch gesehen handelt

⁴ Zum Vergleich siehe Geörgy Éger: Region, Border, Periphery. In: ders./Josef Langer (Hrsg.): Border, Region and Ethnicity. Results of an International Comparative Research. Klagenfurt 1996, S. 15-30.

⁵ Die Bevölkerungsdichte beträgt 53 Bewohner/km². Übernommen aus Milan Jeřábek: Reflexe regionálního rozvoje pohraničí České republiky [Die Reflexion der regionalen Entwicklung des Grenzlands der Tschechischen Republik]. Praha 2000. – Euroregiony na česko-německé hranici/Euroregionen an der tschechisch-deutschen Grenze. Liberec 2004.

⁶ Vgl. František Zich: Úvodní úvaha o problému vytváření přeshraničního společenství na česko-německé hranici [Die einführende Erwägung über die Schaffung der grenzüberschreitenden Gemeinschaft an der tschechisch-deutschen Grenze]. In: ders. u.a. (Hrsg.): Vytváření přeshraničního společenství na česko-německé hranici [Die Schaffung der grenzüberschreitenden Gemeinschaft an der deutsch-tschechischen Grenze]. Ústí nad Labem 2000, S. 7-13.

es sich um eine stabile zwischenstaatliche Trennlinie, die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs auch zwei ideologische Welten getrennt hatte.⁷ Bis 1989 war sie eine unüberwindbare Barriere. Der unmittelbare Grenzstreifen wurde zu einem geschlossenen Militärübungsraum. Je näher man zur Grenze kam, desto schwächer war die Infrastruktur. Ähnlich wie in anderen tschechischen Grenzregionen wurden von dort nach dem Zweiten Weltkrieg autochtone Deutsche zwangsausgesiedelt. Bei der zentral organisierten Wiederbesiedlung kamen in diese Gebiete neben Tschechen und Slowaken auch Auslandstschechen (aus der Ukraine oder aus Polen)⁸ und zahlreiche Angehörige der nationalen Minderheiten. Das kommunistische Regime wollte mit ihrer Hilfe „das aufbauen, was das Volk will: eine feste tschechische Bastion“⁹. Diese meist negativen Veränderungen der Grenzregionen wie die planmäßig durchgeführte Verwüstung vieler unmittelbar an der Grenze gelegenen und kaum neubesiedelten Ortschaften,¹⁰ die Einführung eines überwachten Raumes mit eingeschränkten bürgerlichen Rechten (zum Beispiel Passierscheine für das Leben im Ascher Zipfel) machten aus diesen Regionen entleerte Gebiete. Andererseits trugen diese Prozesse maßgeblich dazu bei, dass dort viele Naturschönheiten erhalten geblieben sind. Diese stellen heute ein Potential für die Entwicklung des Fremdenverkehrs dar. Im Jahre 1989 fiel der Eiserne Vorhang, die Grenze öffnete sich und war immer stärker durchlässig. Es entstanden neue Grenzübergänge und viele grenzüberschreitende Aktivitäten. Dies übte einen positiven Einfluss aus auf die wirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklung der Grenzgebiete, in die das Le-

⁷ Vgl. Lukáš Novotný/Michael Weigl: Historische Prägestempel als Strukturprinzipien gegenseitiger Wahrnehmung von Deutschen und Tschechen. In: Heiner Timmermann (Hrsg.): Europas schwierige Vergangenheit im 20. Jahrhundert. Zwischen kollektiver Entschuldigung, kritischer Reflexion, sachlicher Bearbeitung, emotionaler Bewältigung, psychologischer Verdrängung und gereifter Schuldkultur. Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen. Münster 2006 (i.E.). Im historischen Kontext wurde als Grenzland das auf Grund der Münchener Konferenz an Deutschland (und an Polen) abgetretene Gebiet betrachtet. Vgl. Radim Prokop: České pohraničí se zřetelem na národnostní a sociálně-ekonomickou charakteristiku 1918-1938 [Das tschechische Grenzgebiet unter Berücksichtigung der Nationalitätenstruktur und der sozioökonomischen Charakteristik]. Opava 2000.

⁸ Dazu siehe Quido Kastner: Osídlování českého pohraničí od května 1945 [Die Besiedlung des tschechischen Grenzgebietes seit dem Mai 1945]. Praha 1996. – Jaroslav Vaculík: Reemigrace a osídlování volyňských Čechů v letech 1945-1948 [Reemigration und Besiedlung der Wolhynien-Tschechen in den Jahren 1945 bis 1948]. Brno 1984.

⁹ Pravda 2/1946 vom 2. Januar, S. 2.

¹⁰ Vgl. Zdeněk Procházka/Zdeněk Vyšohlíd: Čím ožívá krajina – osudy 129 kostelů na Domažlicku a Tachovsku 1990-2000 [Wie erlebt die Natur – Schicksal von 129 Kirchen in der Domažlicer und Tachauer Region 1990-2000]. Domažlice 2000. – Zmizelé Sudety. Katalog k výstavě [Das verschwundene Sudetenland. Katalog zur Ausstellung]. Domažlice 2004. – Zdeněk Procházka/Jan Oulík: Historické náhrobky Tachovska [Die historischen Grabmäler der Tachauer Region]. Domažlice 1995. – Zapomenuté dědictví. Oprava drobných kamenných památek na Šumavě [Vergessenes Erbe. Renovierung der kleinen Steindenkmäler im Böhmerwald]. Vimperk 2004. – Zdenka Binderová: Zaniklé obce Duppovska II: v bývalých okresech Karlovy Vary a Žlutice [Verschwundene Gemeinden der Duppauer Region: in den ehemaligen Landkreisen Karlsbad und Luditz]. Chomutov 2004.

ben zurückkehrte. Der bayerisch-böhmische Grenzraum wurde schrittweise zu einem Vermittlungsraum.¹¹ Trotz der unterschiedlichen Lebensstandards kämpfen beide Grenzgebiete mit ähnlichen soziodemographischen Problemen wie der Abwanderung der Intelligenz oder mit dem ungenügenden Angebot an Arbeitsstellen oder an Kulturveranstaltungen. Unterschiedliche Lebensstandards komplizieren – abgesehen von wenigen durchgeführten Projekten – die Suche nach gemeinsamen Lösungen dieser Asymmetrie.¹² Zudem profitieren beide Seiten von dieser wirtschaftlichen Ungleichheit (Pendler, billige Arbeitskräfte usw.). „Typisch ist der Prozess der Veredelung. Bestimmte Halbfabrikate werden aus dem einen in das andere Land gefahren und dort weiter verarbeitet. Somit soll die billige und qualifizierte Arbeitskraft auf der tschechischen Seite ausgenutzt werden.“¹³ Auf diese Tatsache weisen seit langem auch die Vertreter der lokalen Eliten hin.¹⁴ Sie kritisieren dies, sind sich jedoch der wirtschaftlichen Vorteile bewusst.

Die Grenze und ihre historische Darstellung wird im Kontext verschiedener historischer Ereignisse und des individuellen historischen Gedächtnisses einerseits direkt erlebt, andererseits auf Grund des vermittelten Generationentransports und des lokalen historischen Bewusstseins (*man sagt, es wird erzählt*) angesehen. Solche Aussagen können sich deshalb vom kulturellen Gedächtnis unterscheiden. Sie vermitteln aber einen authentischen Blick nicht nur auf die Grenze und ihre Rolle, sondern auch auf die Grenzlandbevölkerung selbst und auf den Anderen hinter der Grenze.¹⁵

3. Wahrnehmung der Grenze im historischen Kontext

Bis 1945

Wenn man sich mit dem Einfluss der historischen Ereignisse des 20. Jahrhunderts auf die Wahrnehmung der Grenze beschäftigt, sollen im Zentrum der Aufmerksamkeit vorwiegend die Ereignisse der Jahre 1938, 1939, 1945, 1948,

¹¹ Vgl. Milan Jeřábek/Jaroslav Dokoupil/Tomáš Havlíček: České pohraničí. Bariéra nebo prostor zprostředkovávání? [Das tschechische Grenzgebiet. Barriere oder Vermittlungsraum?] Praha 2004. – Bernd Stallhofer: Grenzenloser Böhmerwald? Landschaftsnamen, Regionen und regionale Identitäten. Regensburg 2000.

¹² Zum Problem der Asymmetrie an Grenzen siehe Werner Holly/Jiří Nekvapil/Ilona Scherm/Pavla Tišerová: Unequal Neighbours: Coping with Asymmetries. In: *Bordering European Identities. Journal of Ethnic and Migration Studies*. Vol. 29: 5, 2003.

¹³ Václav Houžvička/Stanislav Řehák: Středoevropský prostor, role hranice a přeshraniční spolupráce [Der mitteleuropäische Raum, die Rolle der Grenze und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit]. In: Milan Jeřábek (Hrsg.): *Geografická analýza pohraničí České republiky* [Die geographische Analyse der Grenzlands der Tschechischen Republik]. Praha 1999, S. 154-158, hier 155f.

¹⁴ Vgl. Lukáš Novotný: Perception of the Border Effects on Inhabitants of the Borderland Areas. In: *Czech-German Connection* 1/2005, S. 6-7.

¹⁵ Vgl. Lubomír Falťan (Hrsg.): *Mentálna hranica. Obraz suseda v slovensko-rakúskom pohraničí* [Die mentale Grenze. Das Bild des Nachbarn im slowakisch-österreichischen Grenzland]. Bratislava 2003.

1989 und 2004 stehen. Alle diese geschichtlichen Diskontinuitäten bestimmten die Haltungen zur Grenze und beeinflussten das Leben (nicht nur) im Grenzland. Die Erinnerungen der Interviewpartner an die Zeit vor 1945 sind nur bruchstückartig. Die Zeitzeugen kann man in zwei nicht gleich große Gruppen unterscheiden. In die erste gehören die ununterbrochen in den Grenzgebieten lebenden Bürger. Es geht hauptsächlich um Bürger deutscher Nationalität und um Tschechen, die hier ebenfalls noch vor der Vertreibung der deutschsprachigen Bevölkerung gelebt haben. Wenn Erinnerungen an die Grenze aus der Zeit vor 1945 auch bei denjenigen Befragten auftauchen, die erst nach dem Kriegsende in die Grenzgebiete gekommen sind, dann basieren sie meist auf vermittelten Erzählungen oder auf weniger authentischen Erinnerungen. Am häufigsten wird erzählt, wie während der Wirtschaftskrise einige Bürger deutscher Nationalität die Grenze „ins Reich“ zum Arbeiten passierten, wie die mit Hitler sympathisierenden Sudetendeutschen dort den Umgang mit Waffen gelernt haben oder wie „[...] die Grenze hier vor dem Krieg historisch mehr oder weniger frei war, weil hier Deutsche lebten und drüben auch.“ (Jarmila, 71, Tachovsko) „Früher hat man gleich gelebt. Ob auf dieser, oder auf der anderen Seite, das war egal, die Grenze war damals nicht geschlossen. Man pendelte über die Grenze zur Arbeit. Die Menschen von uns gingen nach Deutschland und die Deutschen zu uns. Zumindest im Böhmerwald war es so. Ich weiß nicht, ob es auch anderswo so war.“ (Teodor, 66, Prachaticko)

Diese erzählte „Realität“ entsprach eher der Situation in der zweiten Hälfte der Existenz der Ersten Tschechoslowakischen Republik, denn vorher gab es zwischen den ethnischen Deutschen auf beiden Seiten der Grenze eine gewisse Unterscheidung. Neben der Zugehörigkeit zu einem anderen Staat spielten insbesondere das starke Bewusstsein der Zugehörigkeit der tschechoslowakischen Deutschen zur österreichischen Monarchie (sie bezeichneten sich auch – dies galt insbesondere für die Deutschen in Mähren – als Alt-Österreicher) und unterschiedliche wirtschaftliche Dynamik beider Grenzregionen eine Rolle. Allgemein betrachtet stellte jedoch die unmittelbare Nachbarschaft der tschechoslowakischen Deutschen zu Deutschland eine potentielle Bedrohung der weiteren Existenz der Tschechoslowakei dar.

Ein Interviewpartner deutscher Nationalität aus der Tachauer Region bemerkt dazu: „Na und im Jahre 1933 oder 1934 begann Hitler plötzlich mit dem Bau der Autobahnen. Und dann begingen wir einen großen Fehler, denn wir ließen unsere Leute über die Grenze gehen. Dort bekamen sie Mark und glauben Sie mir, sie verdienten dort damals ziemlich gut. Bei uns bekam man zehn Kronen pro Woche. In der Woche waren alle im Reich und am Samstag Mittag kamen alle zurück.“ (Ferdinand, 85, Tachovsko)

Aus seiner Lebensgeschichte ist mehrfach die Identifizierung mit der Tschechoslowakei spürbar (ingroup: *denn wir ließen unsere Leute über die Grenze gehen*). Deutschland betrachtet er als Fremdland. Er war jedoch über die Entwicklung des Landes nach der Machtübernahme Hitlers informiert. Ferdinand war kein entschiedener Kämpfer für oder gegen den Nationalsozialismus. Er hielt es

aber für einen Fehler, wenn Sudetendeutschen „erlaubt“ wurde, über die Grenze zur Arbeit zu gehen und dort für Reichsmark zu arbeiten. Er macht für diese Situation die tschechoslowakischen Organe verantwortlich, die in den mehrheitlich von Deutschen bewohnten Randgebieten der Tschechoslowakei die auf Grund der Weltwirtschaftskrise entstandene Arbeitslosigkeit nicht ausreichend bekämpft haben. Nach dem Krieg konnte er nicht nach Deutschland übersiedeln, denn er war ein unabhkömmlicher Fachmann in der Papierindustrie. Sein Leben in der Tschechoslowakei der unmittelbaren Nachkriegszeit unterscheidet sich nicht viel von dem der anderen Deutschen. Seine Papierfabrik wurde Anfang der 1950er geschlossen. Noch vorher war sie im Zuge der Kollektivierung verstaatlicht worden. Bis 1953 lebte Ferdinand in der Tschechoslowakei ohne tschechoslowakische Staatsbürgerschaft. Er erhielt sie erst per Gesetz im Jahre 1953. Paradox ist, dass er kurz danach von kommunistischen Funktionären zum „freiwilligen“ Aussiedeln gezwungen wurde. Er lehnte es jedoch entschieden ab, denn er behauptete, dass sich Deutschland noch in Trümmern befinde und dass ihn dort kein ruhiges Leben erwarten würde.

Viele seiner Mitbürger deutscher Nationalität in der Tschechoslowakei der Zwischenkriegs- und Kriegszeit identifizierten sich jedoch nicht mit der Tschechoslowakei, wie man es den Wahlergebnissen von 1935 und 1938 entnehmen kann, wo die irredentistische und von Hitler- Deutschland finanziell unterstützte Sudetendeutsche Partei Erfolge feierte.¹⁶ Für die Wahrnehmung der Grenze bis 1945 bedeutet das, dass sich diese Bürger verschiedentlich für die Nichtanerkennung der die zwei Staaten trennende Linie einsetzten. Spätestens seit 1938 sahen die meisten ihrer politischen Repräsentanten ihr politisches Ziel im Anschluss der Grenzgebiete an das Reich. Einige von ihnen kamen ins Reich zum Arbeiten und wurden dort auch auf Grund der antitschechoslowakischen Propaganda beeinflusst, erhielten dort Waffen usw. Das angestrebte Ziel dieser Deutschen erfüllte sich – wie bekannt – mit der Verabschiedung des Münchener Abkommens vom September 1938.

Von 1945-1989

„Hinter dem Stacheldraht“, „hinter dem Zaun“ oder „das bayerische oder beschissene Grenzland, wo der Hund verreckt ist und wo es 40 Jahre lang tote Hose war“ – das sind nur einige Beschreibungen der Situation an der Grenze, die bei Interviewpartnern im Zusammenhang mit dem Kalten Krieg auftauchen. Einen Einblick in den Alltag in der Klattauer Region bietet der Befragte Kamil, der Mitglied des tschechoslowakischen Grenzschutzes war. „[...] bekamen wir vier Kilometer Grenze an den Hals, es gab dort Drahtverhau, Elektrik, dazwischen Minen, sechzig Soldaten im Dienst. Und dazu nur drei Soldaten vom Be-

¹⁶ Vgl. Eva Hahn/Hans-Henning Hahn: Die sudetendeutsche völkische Tradition: Ein tschechisches Trauma des 20. Jahrhunderts. In: Wolfgang Benz (Hg.): Wann ziehen wir endlich den Schlussstrich? Von der Notwendigkeit öffentlicher Erinnerung in Deutschland, Polen und Tschechien. Berlin 2004, S. 29-74.

ruf. Ich bin dann noch nach Nýrsko gekommen. Dort habe ich zehn Jahre direkt an der Grenze verbracht (...) aber Malheure gab es dort viel, weil es dort überall in den Drähten Strom gab. Viele Menschen sind deshalb umsonst ums Leben gekommen, Soldaten und auch Zivilbevölkerung. Und es musste nicht sein. Das sehe ich heute ganz klar.“ (Kamil, 68, Klatovsko)

In der Zeit des Kalten Krieges wurde die Grenze als eine die bürgerlichen Freiheiten einschränkende Barriere wahrgenommen. Die Interviewpartner beschwerten sich, dass sie deshalb nicht in alle vier Himmelsrichtungen fahren konnten. Die westlichsten Landkreise wurden unattraktiv, sie hatten in der ganzen Republik ein schlechtes Image und wurden zum Ort, „von dem man nicht weiß, was es dort überhaupt gibt und wem es gehört“. In den wenig besiedelten Grenzregionen akzentuierte dagegen die Staatsmacht die Wichtigkeit der Staatsgrenze als „Schutz vor dem westlichen Imperialismus“. Seit der zweiten Hälfte des Jahres 1949 verwandelte sie sich deshalb zu einem undurchlässigen Wall. Die Bewohner der unmittelbar an der Grenze gelegenen Ortschaften mussten ihre Häuser verlassen. Entlang der Grenze zu Bayern entstand nach Vorbild der Sowjetunion der dreifach verdrahtete sog. Eiserner Vorhang mit elektrischem Strom von 5.000 Volt. Diese Bedingungen herrschten an der Grenze bis 1958, als die drei Reihen der Zäune beseitigt wurden und an ihrer Stelle ein breiter, etwa 2,50 Meter hoher elektrischer Signalzaun erwuchs. Die Kommunikation zwischen einzelnen Wachtürmen verlief über Signaltöne, die sich bei jeder Berührung sofort einschalteten. Alte hölzerne Wachtürme wurden im Jahre 1971 durch neue eiserne Konstruktionen ersetzt.

Trotz vieler Einschränkungen und Bspitzelungen entstand bei den dort lebenden Bürgern eine authentische Grenzland-Identität. Für ihre Verankerung akzentuierte man insbesondere die historischen Traditionen des Hussitismus oder des Chodenlandes, denn gerade während dieser Etappen der tschechischen Geschichte wurde ein großer Wert auf die Grenze und auf den Grenzschutz gelegt. Die Grenze übernahm im alltäglichen Leben eine dominierende Rolle. Es entstanden der Grenzschutz und die Grenzpolizei, die ihre Pflichten im Geiste der Grenzschutz-Traditionen der Choden – so die kommunistische Propaganda – ausübten. Beide Berufe erfreuten sich deswegen hohen Ansehens.¹⁷

In der Geschichte des Eisernen Vorhangs bedeutete der Prager Frühling einen bedeutenden Meilenstein. Nach der Okkupation durch die Armeen des Warschauer Paktes wuchs die Zahl der Flüchtlinge über die Grenze nach Westdeutschland rasch an. Allein im August 1968 passierten illegal 55 Zivilisten und vier Uniformierte die Grenze. Das war etwa so viel wie in den letzten sieben

¹⁷ In Publikationen zur regionalen Geschichte der Grenzregionen wurde die Gründung des Grenzlandschutzes als bedeutendes historisches Ereignis dargestellt. Zum Beispiel in Domažlice war es im Jahre 1950. Die Grenze zu Westdeutschland wurde als Grenze zwischen zwei Welten wahrgenommen. Ein großer Wert wurde auf die historische Parallele mit Hussiten und Choden und ihren Kampf gegen Deutschland gelegt. Vgl. dazu Miroslav Soukup: 30 let Domažlicka v osvobozeném Československu. [30 Jahre der Tauser Region in der befreiten Tschechoslowakei]. Domažlice 1975.

Monaten davor (57 Personen und vier Uniformierte).¹⁸ Vielen anderen ist die Flucht nicht gelungen.

Tabelle: Die Zahl der Flüchtlinge an der tschechoslowakischen Grenze zu Westdeutschland in den 1980er Jahren¹⁹

Jahr	Uniformierte	Zivilisten	insgesamt
1980	3	10	13
1981	3	16	19
1982	3	15	18
1983	3	13	16
1984	3	9	12
1985	4 (1 aus der UdSSR)	14	18
1986	4 (1 aus der UdSSR)	21	25
1987	3	12	15
1988	-	30	30
1989	2	34	36

Quelle: Bank, R., S. 28

Ende der 1980er Jahre zählte der zum Innenministerium gehörende tschechoslowakische Grenzschutz 13.000 Personen. Am Schutz der Grenze beteiligten sich Stabseinheiten, Baubrigaden (die Bunker gebaut haben) und eine Bildungsinstitution in Planá/Plan, die Offiziere und spezielle Teams weiterbildete. Den Schutz der 356 Kilometer langen bayerisch-böhmischen Grenze teilten drei Divisionen mit Sitz in Cheb/Eger, Domažlice/Taus und Sušice/Schüttenhofen, die auch an einem Teil der österreichisch-tschechoslowakischen Grenze wirkte. Jede Division umfasste 1.600 Soldaten und wurde weiter in Kompanien unterteilt. Die Kompanien waren unterschiedlich groß, je nach der Nähe zu einem Grenzübergang oder der Länge des zu „schützenden“ Teils der Grenze. In der letzten Phase des Eisernen Vorhangs waren an der Grenze zu Bayern 47 Kompanien tätig. In der nahen Umgebung der Grenzübergänge wirkten dazu noch spezielle Einheiten, die die Grenzübergänge geschützt haben.

Um den tschechischen bzw. tschechoslowakischen Charakter der Grenze zu betonen, entstanden an mehreren Orten im Grenzland neue Traditionen, die des Hussitismus und der Choden gedachten. Diese waren meist mit Militärparaden, speziellen kulturellen Programmen, historischen Feierlichkeiten und Festspielen verbunden. In Tachov/Tachau zum Beispiel findet das historische Hussiten-Fest

¹⁸ Mehr dazu aus Sicht eines bayerischen Polizisten: Robert Bank: Das war der Eisene Vorhang. Entstehung, Aufbau und Funktionsweise der Sperranlagen an der Westgrenze der ehemaligen ČSSR. In: Franz Amberger (Hrsg.): Grenzenlos. Straubing 2000, S. 16-29.

¹⁹ Die Tabelle zeigt eine Statistik des bayerischen Grenzschutzes. Sie berücksichtigt nicht die nicht gelungenen Versuche eines Grenzübertritts.

und die Stadtfeier seit 1946 statt.²⁰ Bis 1951 hatte die Feier keinen bedeutenden Charakter, sie erinnerte jedenfalls an die Choden-Traditionen. Ein großes Fest unter kommunistischer Regie und eine Parade des Grenzschutzes fanden im Jahre 1952 statt. Seit diesem Jahr fand die Veranstaltung im Fünf-Jahres-Rhythmus statt.²¹ Dadurch wird deutlich, welchen mobilisierenden Charakter die Geschichte haben und wie sie zu politischen Zwecken ausgenutzt werden kann.²² Die Feier besteht bis heute, auch wenn der politische Faktor und die Interpretation der Hussiten-Bewegung als revolutionärer Klassenkampf und als ewiger Konflikt mit Deutschland verschwanden. Sie ist eine willkommene Abwechslung im kulturellen Leben der Stadt und bildet ein bedeutendes Event, das gemeinsam mit der Partnerstadt Bärnau, einer unweit von Tachau im bayerischen Grenzland gelegenen Gemeinde, gefeiert wird. Beide Städte sind Mitglieder in der „Vereinigung der Städte mit hussitischer Kultur und Tradition“ mit Sitz in Tábor und Neunburg vorm Wald, die die Erinnerungen an den Hussitismus aufrechterhalten will.²³

Die neue Identität der grenznahen Regionen verstärkten verschiedene Bezeichnungen wie die der Zeitungen (Hraničář [Grenzer], Stráž míru [Wache des Friedens] usw.), Kinos, Kulturhäuser und anderer Einrichtungen (Pohraničník [Grenzsoldat] usw.). Trotz dieser und vieler anderer Bemühungen traten mit der Zeit sozioökonomische Probleme der Grenzlandkreise in den Vordergrund wie der Wegzug der Neusiedler zurück in das Landesinnere oder die schlechte Versorgung mit Lebensmitteln. Die Politik musste sich immer wieder damit beschäftigen, wie man diese Regionen für das Leben attraktiver machen kann, wie man die mit der Vertreibung der Deutschen zusammenhängenden wirtschaftlichen Verluste ersetzen kann usw. Probleme mit einer schwindenden Zahl qualifizierter Arbeitskräfte meldeten gleich mehrere strategisch wichtige Großbetriebe wie Okula in Nýrsko/Neuern, Textilfabriken in Aš/Asch oder Produktionsgenossenschaften in Kašperské Hory/Bergreichenstein.²⁴ Als ob das Grenzgebiet ein „anderes Land gewesen wäre, wo man schlechter lebt, wo es ein deutlich schlechteres Lebensniveau, mangelnde Versorgung mit Grundnahrungsmitteln und ihre schlechte Qualität gibt“.²⁵ Daneben gab es in den zwi-

²⁰ Vgl. Milada Krausová: Husitské války v historickém povědomí obyvatel česko-bavorského pohraničí. [Die Hussitenkriege im historischen Bewusstsein der Bewohner des böhmisch-bayerischen Grenzlands]. Domažlice 2000.

²¹ Vladimír Býrut/Václav Jakl: Z historie oslav vítězství husitů nad křižáky v bitvě u Tachova. In: Sborník okresního muzea v Tachově 7(1972), 1-12. – Jana Hutníková.: Z historie husitských oslav II. 560. výročí vítězství husitských vojsk nad křižáky u Tachova. Tachov 1987, 21-34. – Pravda (Plzeň) 66/1952 vom 22. August, S. 4. – Pravda (Plzeň) 69/1952 vom 26. August, S. 4. – Pravda 92/1957 vom 6. August, S. 1-2.

²² Dazu siehe Jan Vrba: Prokop Veliký. Praha 1957, insbesondere S. 103-116.

²³ Vgl. Společné dějiny spojují. Společenství měst s husitskou minulostí a tradicí/Gemeinsame Geschichte verbindet. Die Vereinigung der Städte mit hussitischer Vergangenheit und Tradition. Tábor/Neunburg vorm Wald 2000.

²⁴ Vgl. Pravda (Plzeň) vom 20. Oktober 1946, S. 3.

²⁵ Pravda (Plzeň) vom 21. August 1946, S. 1.

schenmenschlichen Beziehungen immer öfter soziale Vorurteile der Bürger im Landesinneren gegenüber den Landsleuten im Grenzland, die man für Goldgräber und für Menschen ohne Wurzeln hielt. Die Existenz dieser sozialen Vorurteile bestätigte auch eine Interviewpartnerin aus der Klattauer Region, die in ihrer Freizeit verschiedene Führungen durch den Böhmerwald organisierte: „... jede Gruppe und jeder, den ich hier führte, fragten immer, ob es hier deutsch war oder ob es hier das Sudetenland gab. Wie viele Deutsche hier lebten oder ob ich selbst Deutsche bin, wenn ich deutsch spreche. Erst als man darüber etwas mehr von der Presse erfahren hat, dann änderte sich es ein bisschen. Die Menschen zeigten hier auch etwas mehr Stolz. Und auch diejenigen, die ich hier führte, haben nach diesen Dingen etwas vorsichtiger gefragt. Aber sie fragen es bis heute noch ...“ (Jana, 72, Klatovsko)

Aus dem Erzählen eines anderen Interviewpartners, der nach der Vertreibung der Deutschen in das Grenzgebiet gekommen ist, geht hervor, dass die Staatsgrenze bis 1948 offen war: „An der Grenze begannen die Probleme erst seit 1948 [...] bis 1948 konnte ich einfach ruhig entlang der Grenze spazieren. Ich ging oft über die Grenze auf das deutsche Gebiet und traf dort Deutsche, grüßte sie und sie grüßten mich. Dann kam das Jahr 1948 und da fiel der Eiserne Vorhang und das war´s. Da war Schluss für mich. Ich will es nicht allzu lange erklären, aber viele Menschen sind einfach aus verschiedenen Gründen über die Grenze entflohen.“ (Květoslav, 75, Domažlicko) Die Ereignisse des Februars 1948 beeinflussten entscheidend die Entwicklung des Landes. Sie entfesselten zahlreiche, oft spontane Migrationen.²⁶

Erinnerungen der Befragten an die Jahre von 1945 bis 1948 sind nur selten vertreten. Es ist verständlich, denn die meisten haben noch nicht gelebt, oder sie erlebten die Zeit als Kinder. Die Zeitzeugen erwähnen oft, wie sie Ausflüge zur Grenze unternahmen und dort mit Grenzern von der anderen Seite sprachen. „... das Jahr 1947 verbrachte ich in Lenora. Dort konnte ich ruhig zur Grenze kommen, damals war alles ganz frei.“ (Václav, 81, Klatovsko)

Die Landkreise im Böhmerwald hatten schon während der ersten Tschechoslowakischen Republik eine geringe Bevölkerungsdichte (vor allem Vimperk/Winterberg, Nýrsko/Neuern, Hartmanice/Hartmanitz, Volary/Wallern, Kašperské Hory/Bergreichenstein). Die Gebiete waren meist durch tiefe und schwer zu begehende Wälder geprägt. Für diese bis 1945 überwiegend von einer deutschen (und jüdischen) Bevölkerung bewohnten Gebiete sind langdauernde und harte Winterzeiten typisch.²⁷ Diese Naturbedingungen und die schlechte Infrastruktur komplizierten deshalb die Wiederbesiedlung. Die nach 1948 er-

²⁶ Zu Migrationen aus der Tschechoslowakei siehe Pavel Tigríd: Politická emigrace v atomovém věku [Die politische Emigration im Atom-Zeitalter]. Praha 1990.

²⁷ Zur Geschichte der Grenze im Böhmerwald siehe Miroslav Moulis: Uloupená Šumava. K historii území připojeného v letech 1938-1945 k Bavorsku [Berauberter Böhmerwald. Zur Geschichte des in den Jahren 1938-1945 an Bayern angeschlossenen Gebietes]. In: Zdeněk Radvanovský (Hrsg.): Historie okupovaného pohraničí 1938-1945 [Die Geschichte des okupierten Grenzlands 1938-1945]. Ústí nad Labem 2003, S. 47-112.

folgte Schaffung des Grenzstreifens mit eingeschränktem Zutritt für die Zivilbevölkerung hatte zwar weitere Aussiedlungen zur Folge, andererseits blieb dort eine kaum verschmutzte Umwelt mit vielen Naturschönheiten erhalten. Dessen ist sich auch ein Interviewpartner bewusst: *„Später war hier der Grenzstreifen, in den man nicht gehen konnte. Wenn es nicht diese verbotene Zone gegeben hätte, würde sich hier nie die so schöne Natur erhalten. Und viele Besitzer der Hotels würden Pech haben und würden daran nicht verdienen können.“* (Kryštof, 67, Prachaticko)

Die Befragten erkannten die Naturschönheiten immer dann, wenn der Grenzstreifen geöffnet wurde. Besser gesagt, wenn sein Gebiet verringert wurde. Für die 61-jährige Markéta aus der Egerer Region, die einen Teil ihrer Jugend im Böhmerwald verbrachte, ist die räumliche „Verkleinerung“ des Grenzstreifens ein bedeutendes Ereignis, sie verbindet damit mehr Erinnerungen als mit der Grenzöffnung von 1989. *„Und die Grenze, wie sehen Sie ihre Öffnung im Jahre 1989? Ich habe hier nicht viel davon gesehen. Aber ich erinnere mich gut daran, als ich noch im Böhmerwald war. Dort hat man im Jahre 1961 den Grenzstreifen etwas in Richtung Grenze verschoben. Ein Teil öffnete sich deshalb. Die Natur war wirklich jungfräulich. Ganz unberührt. Das war sehr schön. Jetzt ist es alles so offen, also auch das Schöne hat sich geöffnet so, dass man es jederzeit besuchen kann. Heute ist alles zu viel offen, überall stoßen Sie auf Touristen und es werden dort neue Pensionen und Hotels gebaut.“* (Markéta, 61, Chebsko) Die Entstehung des Nationalparks Böhmerwald und vieler Schutzgebiete mit einzigartiger Fauna und Flora soll die Naturschönheiten erhalten. Andererseits haben der verstärkte Tourismus und die immer offenere Grenze (insbesondere die Ausweitung des Straßenverkehrs bis zum Grenzübergang Rozvadov/Waidhaus) eine enorme Belastung der Umwelt zur Folge.²⁸

Der Interviewpartner Otakar beschreibt, wie man „unter den Kommunisten“ in der Tauser Region lebte: *„Nehmen wir zum Beispiel Folmava, das ist eine ganz deutsche Gemeinde. Heute haben wir dort einen Grenzübergang. Vorher hatten dort aber die Menschen ein schlechtes Leben, weil es dort den Grenzstreifen gab. Und er war absolut geschlossen. Irgendwann Ende der 50er Jahre hat man ihn zwar etwas geöffnet, aber jeder, der dort gehen wollte, wurde fünfmal angehalten und gefragt, wohin er gehen und was er dort hin machen will. Auch in die Kirche konnte man zwar gehen, aber sie waren ständig hinter uns und fragten nach allem.“* (Otakar, 81, Domažlicko) Der Grenzstreifen war eine Zone mit stark eingeschränkten Zugangsmöglichkeiten. Es gab dort viele Stützpunkte der Grenzarmee, und die wenigen Gemeinden, die dort existieren durften, waren durchsetzt von Spitzeln. Der Alltag des Befragten wurde durch die dortigen Bedingungen und durch das „Zusammenleben“ mit dem Grenzschutz offensichtlich negativ beeinflusst. Er zeigt es am Beispiel der Kirchenbesuche, an denen er von allen Seiten gehindert wurde. Diese Situation lockerte sich, wie er erzählt, erst in

²⁸ Vgl. Rudolf Erhart (Hrsg.): *Setkání Na zlaté stezce/Begegnung Am Goldenen Steig*. Prachatic 2000.

den 1970er Jahren etwas. Ein ähnliches Erlebnis mit dem Grenzstreifen hat auch der 66-jährige Felix aus der Egerer Region: *„Wir wollten als Kinder in den Grenzstreifen gehen, aber wir hatten Angst. Der Zutritt war dort streng verboten, nur Förster konnten dorthin, wenn sie dort etwas mit den Bäumen machen wollten. Aber ein normaler Mensch, der dazu noch nicht ideologisch gut angeschrieben war, hatte keine Chance, einen Erlaubnisschein für den Grenzstreifen zu bekommen. Mich hat es auch nicht gelockt, was würde ich dort denn suchen? Soldaten mit Waffen?“* (Felix, 66, Chebsko)

Ein Interviewpartner aus Tachov/Tachau erzählte eine Geschichte über den illegalen Grenzübertritt. Er führte eine Bekannte über die Grenze. Auch wenn die Flucht erfolgreich war, wurde er als Helfer entdeckt und die Staatssicherheit ließ ihn in den 1950er Jahren verschiedentlich verfolgen. *„Dieser Raum wurde sehr bewacht. Trotzdem habe ich ihr geholfen. Und haben Sie sie über die Grenze geführt? Klar, ich kannte es dort doch gut. Besser als der Grenzschutz.“* (Slavoj, 84, Tachovsko)

Mit dem Ausbau des Eisernen Vorhangs liquidierten spezielle Einheiten viele direkt an der Grenze gelegenen Ortschaften, egal, ob sie nach der Vertreibung der deutschen Bevölkerung neu besiedelt wurden oder nicht.²⁹ Somit wurde ein ganzer Streifen von mehreren Kilometern entvölkert, damit *„sich dort keine Diversanten verstecken können. Im Jahre 1950 räumte man ganze Gemeinden aus. Alles, was unmittelbar an der Grenze lag, musste verschwinden. Dort in einem Tal im Böhmerwald ließen sie ein kleines Waldstück stehen, deshalb konnte ich ab und zu dorthin gehen. Aber nicht alleine. Das war alles etwa im Jahre 1950 oder 1951, als sie den Drahtverhau bauten.“* (Teodor, 66, Prachaticko)

Trotz des strengen Verbots konnten einige Bürger in den durch Soldaten bewachten Grenzstreifen gehen, meist diejenigen, die dort gearbeitet haben (insbesondere Förster). Andere gingen dorthin heimlich auf eigene Gefahr (zum Beispiel suchten sie dort Pilze oder Blaubeeren). Mit der Zerstörung der Ortschaften an der Grenze wurde die Entvölkung der Grenzgebiete fortgesetzt. Einen großen Verlust bedeutete insbesondere die Beseitigung von vielen wertvollen Gebäuden, meist Kirchen. Während der Interviews verwiesen darauf insbesondere ältere Befragte und altansässige Deutsche.

Die nächste Interviewpartnerin macht auf ein oft auftauchendes Phänomen aufmerksam: Während sie heute oft gar nicht erkennt, ob sie in der Nähe der Grenze lebt oder nicht, spürte sie die Grenze vor 1989 überall. Die Grenze beeinflusste und schränkte ihr Leben ein. *„Spielt es noch heute für Sie eine Rolle, wenn Sie hier im Grenzgebiet leben? Das kann ich heute nicht richtig beurteilen. Heute eher nicht, aber bestimmt lebte es sich hier schlechter vor dem Jahr 1989, als es hier den Grenzstreifen gab. Da konnte man in verschiedene Orte nicht gehen wegen der Grenze. Aber heute spielt es, denke ich, keine Rolle mehr,*

²⁹ Vgl. hierzu Esther Neblich: Das Flüchtlingslager in Hof-Moschendorf in der Nachkriegszeit und die Integration der Heimatvertriebenen im Raum Hof. In: Jahrbuch für fränkische Landesforschung 64. Erlangen 2004, S. 217-236.

ob man an der Grenze lebt oder nicht, weil man überallhin gehen kann. Auch über die Grenze.“ (Linda, 38, Klatovsko)

In der oben zitierten Aussage bezeichnet der 81-jährige Otakar Folmava „*eine rein deutsche Gemeinde*“. Aussagen wie „wir hatten hier früher Deutsche“ oder „hier sind halt noch Sudeten“ tauchen bei Interviewpartnern öfter auf. Manchmal wird auch das Präsens benutzt, was den Zusammenhang zwischen der Vergangenheit und Gegenwart stärker hervorhebt.

Im nördlichen Teil des Grenzlands zu Bayern verliefen zwar in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre und in den 1950er die Wellen der Wiederbesiedlung, über die Zukunft des Ascher Zipfels war aber noch nicht definitiv entschieden. Die Region lag direkt an der Grenze und sollte deshalb geschlossen werden. Andererseits war es ein an Textilindustrie reiches Gebiet mit 15.000 Einwohnern, es gab dort noch in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre etwa 150 Kleinbetriebe, die Kleidung genäht und Handschuhe und Spitzen hergestellt haben. Die Zahl der nach den Deutschen in den Ascher Zipfel Neuangekommenen war deutlich geringer. Auch wenn dort relativ viele Deutsche als qualifizierte Fachkräfte zurückgeblieben waren (darunter viele Frauen), konnte man die Bevölkerungszahl aus den 1930er Jahre nicht erreichen. Auf Grund des Mangels an Fachleuten mussten deshalb die neuen Machthaber etwa die Hälfte der Betriebe in der Textilindustrie schließen. Daran änderte die Versicherung der Prager Politiker nichts, dass die kommunistische Partei an der Erhaltung der traditionellen Textilindustrie im Ascher Zipfel enormes Interesse habe.³⁰ Die Tatsache sah aber anders aus. Ähnlich wie in grenznahen Regionen des Tachauer Landkreises handelte es sich um einen nicht zugänglichen Raum, zu dem man ohne spezielle Passierscheine keinen Zutritt hatte. Die Grenze schränkte somit das Leben der dortigen Bürger gewaltig ein. „*Bei Haslau war eine Schranke und dort standen die Mitglieder des Grenzschutzes (pésáci), die sie nicht weiter fahren ließen. Wenn man nach Asch mit dem Zug gefahren ist, musste dort der Zug wie an der Grenze anhalten und alle ohne gültige Passierscheine mussten aussteigen.*“ (Daniel, 41, Chebsko)

Die Bürger von Asch kritisierten das System der Passierscheine als notwendige Grundlage für den Übertritt in den Grenzstreifen. Ein Interviewpartner erinnert sich daran und sagt dazu, dass man in Asch „*wie in einem Käfig lebt*“. (Jan, 68, Chebsko) Erst in den Jahren 1957 bis 1958 ließ die Zentralmacht eine Studie zur weiteren Zukunft des Ascher Zipfels einschließlich notwendiger Investitionen ausarbeiten. In dieser Zeit veränderte sich die Region grundlegend, es ver-

³⁰ Dazu mehr in Pravda (Plzeň) vom 28. Oktober 1978. Bei Interviewpartnern aus Asch überwiegt die negative Darstellung der Stadt. Die größte Kritik richtet sich gegen die geschmackswidrigen Plattenbausiedlungen, gegen verlassene alte Häuser in der Stadtmitte, gegen schlechte Lebensqualität und gegen die Situation auf dem Arbeitsmarkt. Da die neue Bevölkerung von Asch nicht der vorherigen sozialen Struktur entsprach, arbeiteten nicht alle Arbeiter in ihren Branchen. Probleme gab es insbesondere mit Männern, die Beschäftigung der Frauen war im Gegensatz gut, weil die meisten in der Textilindustrie arbeiten konnten (vgl. Pravda Plzeň vom 30.12. 311/1965; 22.5. 122/1968).

schwanden historische Bauten des architektonisch sehr wertvollen Stadtzentrums sowie auch ganze Ortschaften in der Ascher Region. Die früheren Besitzer dieser Häuser hatten während des Krieges nicht genug Geld für die Verbesserung ihrer Häuser und Wohnungen. Die Stadt erlitt dazu in der Zeit der Zwangsaussiedlung großen Schaden durch die Tätigkeit vieler aus dem Landesinneren zugeströmten „Goldgräber“, die überall plünderten und die Häuser ausraubten. Die Bauten konnten deshalb ohne notwendige Investitionen nicht lange überleben. Da das kommunistische Regime lieber in die Errichtung von Plattenbauten investierte, wurden aus den historischen Objekten bald „Geisterhäuser“. In den 1950er und 1960er Jahren machten die Bulldozer diese Häuser dem Boden gleich. Ein ähnliches Szenarium erlebten zur selben Zeit auch Bürger in anderen Städten des Grenzlands wie in Tachov/Tachau oder Cheb/Eger. Über die noch Ende der 1950er Jahre in Asch stehenden Häuser entschied die oben bereits erwähnte Studie. Sie empfahl zwar weitere Investitionen in Asch, allerdings sollten die bis dahin nicht bewohnten historischen Bauten abgerissen werden. Somit wuchsen weitere Plattenbauten, und die alten Villen verschwanden. Auf Grund der Ergebnisse der Studie wurde aber insgesamt deutlich mehr in den Ascher Zipfel investiert.³¹ Asch gehörte allerdings weiterhin zu meist bewachten Orten in der ganzen Republik. Über den Zipfel zwischen Ost- und Westdeutschland flohen Personen in den Westen. Asch wurde deswegen Zwischenstation für viele Flüchtlinge aus der DDR auf dem Weg nach Westdeutschland.

Eine etwas kleinere Gruppe betrachtete die Bedingungen an der Grenze zu Westdeutschland zwischen 1948 und 1989 als positiv. Leute mit diesen Ansichten waren vor allem Kommunisten. Daneben gab es aber eine Gruppe von Nicht-Kommunisten, die im Grenzschutz eine bedeutende Rolle zur Bewahrung des Friedens sahen. Für sie stellte Deutschland weiterhin eine potentielle Gefahr dar, deshalb unterstützten sie diese übertriebenen Verteidigungstendenzen.³² Der 67-jährige Kryštof aus dem südlichen Grenzland zu Bayern war im Grenzschutz tätig. Er verteidigt die für den Grenzstreifen übliche Praxis wie die regelmäßigen Begehungen, die mit Elektrozäunen gesicherte Grenze oder die Erschießung von „Ruhestörern“ und hält sie für etwas für die damalige Zeit ganz Normales. *„Man hat zwar die Waffe benutzt, aber wenn jemand auf Sie schießen würde und Sie eine Maschinenpistole in der Hand haben werden, dann werden Sie dort nicht so lange warten, bis er Sie trifft. Sie benutzen einfach die Waffe. Alle Mitglieder des Grenzschutzes schwören die Grenze zu schützen. es war eigentlich ihre gesetzliche Pflicht. Und sagen Sie selbst, welcher Staat schützt seine Grenze nicht? Ein solcher Staat verdient dann die Selbstständigkeit nicht, wenn er nicht die Grenze sichern kann. Also hier kann man einfach nicht sagen, dass man irgendwo mit der Waffe herumläuft.“* (Kryštof, 67, Prachaticko)

Diesem Befragten kommt es auch nicht ungewöhnlich vor, wenn direkt an der Grenze mehrere an Gefallene beim illegalen Grenzübertritt erinnernde Mahnma-

³¹ Mehr dazu in Pravda (Plzeň) 255/1978 vom 28. Oktober (Příloha Pravdy), S. 1.

³² Vgl. Pravda (Plzeň) 69/1955 vom 30. August, S. 3.

le stehen oder wenn dort Vertriebene Gedenktafeln zur Erinnerung an verschwundene Ortschaften aufstellen. Er verteidigt die Handlungen des Grenzschutzes, der seiner Meinung nach nichts Gesetzwidriges getan hat. Er bemerkt zudem, dass viele dieser Denkmäler von Vandalen zerstört werden. *„Wenn Sie entlang der Staatsgrenze wandern würden, dann würden Sie dort viele Denkmäler sehen, wenn sie die Vandalen nicht zerstören würden. Bei uns in der Nähe der Brücke steht ein Denkmal vom Wachtmeister Kočí. Man muss es aber oft restaurieren und waschen, denn es findet sich immer jemand, der es beschädigt. Zum Beispiel findet man die Tafel etwas weiter im Wald weggeworfen. Das mit dem Grenzschutz ist ja ziemlich kompliziert. Hier spricht man auch oft darüber, ob es richtig war, diese Ruhestörer zu erschießen. Ich habe dazu meine Meinung.“* (Kryštof, 67, Prachaticko)

Wie sehr diskutiert und emotional belastet das Thema des Grenzschutzes ist, zeigt der beabsichtigte Plan des Rathauses in Cheb/Eger, ein Denkmal für alle „Opfer des Eisernen Vorhangs“ zu errichten. Der geplante Gedächtnisort stieß aber auf den Widerstand einer großen Gruppe der ehemaligen Mitglieder der Grenztruppen und der links orientierten Politiker. Für sie ist das Denkmal die Schändung ihres „Heimatdienstes“.³³

Ein anderer Zeitzeuge aus der Zeit der Entstehung des Eisernen Vorhangs in der Region um Volary erzählt, wie auch die andere Seite der Grenze um die Undurchlässigkeit der Grenze bemüht war. In der alltäglichen Praxis an der Grenze spiegelte sich somit auch die ideologische Konfrontation zwischen Ost und West wieder. *„Es ist interessant, dass unsere Schienen von Volary bis zur Grenze führten. Dann war aber Schluss, nach Heitmühle konnte man nicht kommen, weil die Deutschen die Gleise auseinandergelassen haben.“* (Jakub, 58, Prachaticko) Im Kontext dieser Aussage verdient das bekannte historische Ereignis aus Asch Erwähnung, wo ein tschechischer Zug, der in Asch enden sollte, weiter in Richtung Grenze gefahren ist, ohne in Asch anzuhalten. Dem Zugführer ist somit die Emigration gelungen. Diese Tat hatte die weitere Befestigung der Grenze zur Folge.³⁴

Ein Interviewpartner, Rentner aus der Region Klatovy/Klattau, der Mitglied der Grenztruppen war, erinnert sich, wie anspruchsvoll der Grenzschutz besonders in den 1950er Jahren war. In diesen Jahren fielen im Grenzstreifen auf Grund des elektrischen Stroms und von Schüssen viele Personen.³⁵ *„[...] die meisten Menschen kamen ums Leben in der Zeit, als es dort noch Minen oder elektrischen Strom gab. Das hat alles so wie so nichts gebracht, das war ganz umsonst. In den Grenzstreifen hatten Förster und andere Arbeiter Zutritt. Viele wa-*

³³ Dazu beispielsweise Mladá fronta dnes vom 17. Juni 2005 (Regionalbeilage im Karlovarský kraj).

³⁴ Vgl. Václav Jiřík: Vlak svobody. Kniha reportáží z moderních dějin [Der Zug der Freiheit. Das Buch der Reportagen von der modernen Geschichte]. Cheb 1999.

³⁵ Dazu mehr bei Luděk Navara: Geschichte des Eisernen Vorhangs. Brno 2004. – Tomáš Jílek: Železná opona: česko-bavorská hranice 1948-1989 [Der Eiserne Vorhang: die tschechisch-deutsche Grenze 1948-1989]. Plzeň 2002.

ren einfach nicht vorsichtig genug, als sie hinter dem Drahtverhau arbeiteten.“ (Kamil, 68, Klatovsko)

Nach 1989

„Wie verlief denn überhaupt die Beseitigung des Eisernen Vorhangs? Na ja, so vor zehn Jahren sind wir über die Grenze gegangen, immer wenn wir wollten. Der Grenzschutz hat uns immer gesucht, aber das war uns egal. Die Grenze war zwar noch irgendwie bewacht, aber das war uns egal. Heute ist es sowieso egal, weil die Grenzen allgemein an Bedeutung verlieren.“ (Jiří, 29, Klatovsko) Dieser Interviewpartner bestätigt, dass die offene Grenze eine Bewegung in alle vier Himmelsrichtungen ermöglicht. Mit ihrer Öffnung verbinden die meisten Befragten eine neue Qualität der Nachbarschaft. Fast alle bringen die Ereignisse des Jahres 1989/90 mit einem euphorischen Gefühl angesichts der Grenzöffnung in Verbindung. Etwas mehr Leute sprechen darüber in ihren Erzählungen im südlichen böhmischen Grenzland zu Bayern. Die Bürger haben viele Erinnerungen an die feierlichen Grenzöffnungen, die entlang der ganzen Grenze zu Deutschland und Österreich stattfanden. Viele nahmen an den mit der Grenzöffnung zusammenhängenden Kulturveranstaltungen teil. Nach 1989 entstanden spontane Kontakte, die die Grundlage für die Schaffung einer grenzüberschreitenden Gemeinschaft bildeten. *„[...] die Grenzöffnung war etwas Feierliches. Ich stand auch direkt an der Grenze gegenüber den Deutschen und wir drückten Deutschen die Hände. Das war beeindruckend.“* (Jana, 72, Klatovsko)

Die Grenzöffnung brachte allerdings keine gewaltigen Veränderungen für den sozialen Status der Bewohner der Grenzgebiete. Nur ein kleiner Teil verbesserte seinen Lebensstandard und konnte von der entstandenen Situation profitieren. Soziologischen Untersuchungen aus dem Jahre 1993 zufolge veränderten 21 Prozent der erwachsenen Tschechen ihren sozialen Status. 14 Prozent verbesserten ihn, 7 verschlechterten ihn. Diese Veränderungen in den ersten Jahren nach dem November 1989 sind insbesondere mit der Gründung von Unternehmen und durch Restrukturalisierung der Betriebe gegeben. Diese Prozesse verursachten Karrieresprünge oder Entlassungen. Die tschechischen Soziologen Pavel Machonin und Milan Tuček untersuchten diese strukturellen Einflüsse in der Tschechischen Republik in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Sie berücksichtigten diese neuen Entwicklung und kamen zum Schluss, dass 7,8 Prozent der Bürger Tschechiens in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ihre soziale Mobilität verändert haben.³⁶ Daraus wird sichtbar, dass zwischen 70 und 80 Prozent der Bewohner ihre soziale und ökonomische Situation nicht verbessert oder

³⁶ Mehr dazu in Pavel Machonin/Milan Tuček: *Česká společnost v transformaci* [Die tschechische Gesellschaft in der Transformation]. Praha 1996. – Petr Večerník/Petr Matějů (Hrsg.): *Zpráva o vývoji české společnosti 1989-1998* [Bericht über die Entwicklung der tschechischen Gesellschaft 1989-1998]. Praha 1998. – František Zich/Ondřej Roubal/Barbora Spalová: *Mezigenerační biografická konfigurace obyvatel české části euroregionu Nisa* [Die intergenerationale biographische Konfiguration der Bewohner des tschechischen Teils der Euroregion Neiße] Praha 2003.

gar verschlechtert haben. Ähnliche Ergebnisse sind auch in den tschechischen Grenzgebieten festzustellen. Gemeinsam ist fast allen Befragten, dass die Grenze ihre Bedrohung und ihre Geheimnisse (verbunden mit dem nicht zugänglichen Grenzstreifen) weitestgehend verloren hat und dass sich das Leben leichter gestaltet.

„Wo es Grenze gibt, dort gibt es Probleme.“ (Vendelín, 48, Chebsko) So begann das Interview mit dem Interviewpartner Vendelín aus Cheb/Eger. Als Egerer Patriot beobachtete er aufmerksam, wie in der Stadt während des Kommunismus ein gewisses „besonderes Regime“ herrschte, das nach seinen Erinnerungen in einem Mangel an kulturellen Angeboten für die junge Generation bestand. Er hält es bis heute für nicht zu verstehen, warum man in Eger nicht einige englische Lieder spielen konnte und warum es in anderen Städten möglich war. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs verschwanden zwar diese Einschränkungen, trotzdem meint er, dass die Lage der Stadt in Grenznähe langfristig eine negative Rolle für das Selbstverständnis der Bürger spielte. In einer Passage spricht der Befragte über die spezifische Rolle der Grenze zu Deutschland, die mit der Vertreibung der Sudetendeutschen nicht nur zu einer Trennlinie zwischen zwei Staaten, sondern auch zu einer ethnischen, sprachlichen und kulturellen Grenze wurde.³⁷ *„Hier gab es keine Sprachbarriere. Jetzt ist sie aber hier und wir müssen einfach die Kontakte knüpfen und pflegen. Wir müssen es anders machen als vor dem Krieg, denn heute gibt es hier kein Egerland mehr. Und es wird hier auch kein Egerland mehr geben.“* (Vendelín, 48, Chebsko)

Im Zusammenhang mit dem Fall des Kommunismus im Jahre 1989 stellt er sich positiv gegenüber verschiedenen grenzüberschreitenden Aktivitäten, die zur Beseitigung der Unterschiede in den Grenzgebieten beitragen. Die Zukunft seiner Region sieht er in der engen Zusammenarbeit mit bayerischen und sächsischen Grenzregionen, die ebenfalls strukturell schwächer sind und deshalb ähnliche Probleme haben. *„Es verbindet uns gerade dieser niedrige Lebensstandard. Das gilt auch für die bayerischen Grenzgebiete. Sie sind zwar reicher als wir, aber im Vergleich mit dem Landesinneren ist es dort ähnlich wie bei uns. Das ist der negative Faktor unserer Grenzlage. Dieses Phänomen gibt es nicht nur bei uns sondern in ganz Europa. [...] Allgemein gilt deshalb, wir sind beide etwas ärmer, deshalb sollten wir uns gegenseitig helfen.“* (Vendelín, 48, Chebsko) Die Grenze nimmt der Interviewpartner als eine natürliche Trennlinie zwischen Deutschen und Tschechen wahr. Sie wird nicht mehr als Bedrohung betrachtet, sondern als „normaler Bestandteil des Staates, der jederzeit zugänglich ist“.

³⁷ Aus den Erhebungen des Soziologischen Instituts der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik seit den 1990er Jahren bis heute geht hervor, dass die Mehrheit der Tschechen die Vertreibung der Deutschen für richtig hält. Vgl. Václav Houžvička: Die Betrachtung der sudetendeutschen Frage und die Haltung der Bevölkerung im tschechischen Grenzgebiet gegenüber Deutschland. Aussig a.d. Elbe 1997. – Lukáš Novotný: Die Stellung der Bürger der tschechischen Grenzgebiete zur deutsch-tschechischen Vergangenheit. In: Brücken 2006 (i.E.).

Dieser Normalisierung der Wahrnehmung der Grenze ging eine Phase der Euphorie in den ersten Jahren nach der Grenzöffnung voran. Diese Zeit hat die Bevölkerung oft noch in frischer Erinnerung. Viele von ihnen nahmen an Begegnungen an der Grenze teil, fuhren zum Einkaufen in die bayerischen Städte, besuchten dort Schwimmhallen, Festspiele usw. Sie erlebten einen Kulturschock, als sie mit dem dortigen Alltag konfrontiert wurden. Diese Phase dauerte allerdings bei denjenigen nicht lange, die von der Öffnung der Grenze nicht profitierten. Die Bevölkerung auf beiden Seiten der Grenze erkannte immer mehr die realen Unterschiede in den Lebensstandards und Mentalitäten in beiden Ländern und stellte sich immer stärker mit dem Rücken zueinander. Die ökonomischen Unterschiede der Haushalte wurden zu einer neuen Barriere, die Desinteresse hervorbringt. *„Welche Bedeutung hat für Ihren Alltag die Staatsgrenze mit Bayern? „Na ja, der Anfang war gut, das hat mir gefallen, aber heute habe ich keine Lust mehr, dorthin zu fahren. Ich habe dafür eigentlich kein Geld, um dort etwas zu kaufen.“* (Horymír, 49, Prachaticko)

Auch einen 30-jährigen Interviewpartner aus Domažlice zieht es nicht nach Deutschland. Zwar lebt er nah an der Grenze, trotzdem war er nur einmal im Leben im Nachbarland. Die Grenzöffnung im Jahre 1989 veränderte seine Lebensumwelt kaum. Das einzige, was sich in seinen Augen etwas anders entwickelt, ist der Fremdenverkehr in seiner Stadt. *„Wissen Sie, für mich ist es eigentlich egal, ob die Grenze zugemauert war oder ob sie offen ist. Für mich ändert sich nicht viel. Ich war in Deutschland nur einmal im Leben. Damals musste ich noch meinen Pass vorweisen. Etwas verändert hat sich der Tourismus hier in der Gegend. Nach der Grenzöffnung kommen halt mehr Touristen aus dem Ausland, würde ich sagen. Zwar nicht so sehr viel, aber doch etwas mehr als irgendwann vorher...“* (Radim, 30, Domažlicko)

„Wir waren hier die letzten vierzig Jahre immer nach Osten gedreht, deshalb kommt es mir normal vor, dass es hier die Grenze gibt. Heute ist es doch etwas anderes. Früher habe ich die Grenze überall gespürt. Heute, wenn ich zum Beispiel einkaufen gehen, dann merke ich sie nicht mehr.“ (Daniel, 41, Chebsko)

Ähnlich wie einige andere Befragte behält auch Daniel die Grenze im kommunikativen Gedächtnis, auch wenn er bemerkt, dass er sie im alltäglichen Leben nicht wahrnimmt. Wenn er sie spürt, dann meist im Zusammenhang mit der Anwesenheit von Deutschen in seiner Stadt.

Die Grenze wird insbesondere von lokalen Eliten und von der Intelligenzschicht als positiv angesehen. Diese sozialen Gruppen profitierten am meisten von der Grenzöffnung, konnten als erste Kontakte mit Deutschland aufnehmen, eröffneten Geschäfte und Firmen usw. Auf der anderen Seite gibt es unter den Eliten auch einen Teil derjenigen mit dem kritischen Blick auf die Entwicklung in den Grenzgebieten. Der Interviewpartner Jonáš aus der Region Prachatice ist sich der Vorteile der Grenzöffnung bewusst, bemerkt aber, dass nicht nur sein Land, sondern auch Deutschland, die Bayern und die Österreicher (*Bavoráci a Rakušáci*) vom Wegfall des Eisernen Vorhangs profitiert haben.

„Hier gab es einfach früher das beschissene Grenzgebiet, wo der Hund verreckt war und wo 40 Jahre lang nichts war. Wir hatten hier zum Beispiel eine hohe Arbeitslosigkeit. Vor zwanzig oder dreißig Jahren lag sie bei 20 oder 30 Prozent. Die da drüben hinter der Grenze verdienten sehr viel an der Grenzöffnung, denn unser Markt war absolut ungesättigt. Viele Tschechen sind zum Einkaufen nach Deutschland gefahren. Und sie verdienten auch deshalb, weil wir eine völlig offene und liberalisierte Ökonomik ohne Barrieren waren. Sie haben daran verdient. Deshalb finde ich es nicht richtig, wenn gerade die Österreicher und Bayern bei unserem EU-Beitritt die Einschränkungen im Personenverkehr durchgesetzt haben. Ich kann es zwar zum Teil nachvollziehen, aber finde es nicht fair, dass wir nicht gleichberechtigte Partner werden können. Sie wollen ihre Einschränkungen, dabei profitierten sie von unserer Markt-Ungesättigkeit. Und für sie haben wir keine Einschränkungen eingeführt. Das haben sie schon irgendwie vergessen.“ (Jonáš, 37, Prachaticko)

Im Vordergrund seiner Darstellung der Zeit nach 1989 stehen Unterschiede der deutschen und tschechischen Wirtschaft und Ökonomien, und es überwiegt Kritik an Deutschland (und Österreich) angesichts der mit dem Beitritt Tschechiens zur EU verbundenen Einschränkungen in der Arbeitnehmerfreizügigkeit. Die Grenzregionen kämpfen tatsächlich mit einer Reihe von strukturellen Problemen, die im Landesinneren nicht bestehen wie die grenznahe Kriminalität, wo Zigaretten und Benzin über die Grenze geschmuggelt werden, ein geringes Angebot an Arbeitsplätzen in traditionellen Industriebereichen (wie in der Textilindustrie in Aš/Asch oder in der Holzverarbeitung in Tachov/Tachau und Klatovy/Klattau), die Verschmutzung der Umwelt als Folge der Öffnung neuer Grenzübergänge (zwischen 1990 und 1996 wuchs der LKW-Verkehr am Grenzübergang Česká Kubice-Furth im Wald von 97.000 LKWs im Jahre 1990 auf 343.000 im Jahre 1996), die Ausnutzung der billigen tschechischen Arbeitskraft, die keine langfristige Perspektive im Prozess der Beschäftigung der Grenzlandbevölkerung hat, oder die Bedrohung einiger Tierarten (der Naturschutzpark Böhmerwald warnt vor einem weiteren Anwachsen des Verkehrs, der die Existenz der geschützten Luchse bedroht) usw.³⁸ Ähnlich wie Jonáš denkt ein große Gruppe der Bürger der Grenzgebiete zu Bayern, die nicht glauben, dass unter diesen ungleichen Bedingungen eine faire Nachbarschaft aufgebaut werden kann.

„Wissen Sie, das mit der Staatsgrenze wird oft bagatellisiert. Wir brauchen doch die Staatsgrenze. Wir hier im Egerland müssen uns doch gegenüber denjenigen in Selb und Hof abgrenzen. Dafür haben wir gute Gründe, auch historische. Die Unterschiede zwischen uns sind jederzeit spürbar und man kann sie kaum verwischen. Die Staatsgrenze trennt hier eigentlich zwei Welten, die vor allem im wirtschaftlichen Bereich sehr unterschiedlich sind. Wir können zwar darüber

³⁸ Vgl. Jaroslav Dokoupil: *Vliv otevření hranic na obyvatele česko-bavorského pohraničí – Euroregion Egrensis. Referáty a diskusní příspěvky. 5. zasedání Německo-česko-slovenského pracovního společenství při akademii pro prostorový výzkum a zemské plánování DCSAG/ARL. Praha 1995.*

diskutieren, inwieweit die beiden Welten ähnlich sind oder inwieweit sie sich unterscheiden, aber wir sind einfach anders. Und deshalb brauchen wir die Staatsgrenze.“

“Ist es Ihrer Meinung nach ein Unterschied, wenn man in der Nähe der Grenze lebt? Oder nicht? Das kann ich kaum beurteilen. Heute ist es ja egal, da spielt es keine Rolle, aber vor 1989 war es bestimmt ein Unterschied. Da gab es hier den Grenzstreifen und man konnte in viele Orte nicht gehen, aber heute, denke ich, dass es keine Rolle mehr spielt. Ich war jetzt vor kurzem überhaupt zum ersten Mal in Deutschland und an der Grenze musste ich den Reisepass vorzeigen. Aber es ist nur eine Formalität. Ich denke, dass die Demontage der Staatsgrenzen mein Leben nicht viel beeinflussen wird.“ (Eliška, 65, Chebsko)

Die Grenze wird zwar noch offensiv thematisiert, es wird ihr jedoch für den Alltag kaum Bedeutung beigemessen. Die Grenzgebiete zu Deutschland setzen sich weiterhin mit der Sprachbarriere sowie auch mit der wirtschaftlichen Asymmetrie zwischen beiden Ländern auseinander.³⁹

„Ich gehe oft über die Grenze. Ich sehe es mir dort an, wie schön sie es dort haben, aber dann gehe ich wieder zurück und ich kehre gerne wieder zu uns zurück, weil dort zwar alles so schön ist, sie haben dort bunte Gärten und saubere Straßen, aber was nutzt es mir, wenn ich es mir mit meiner Krone nie erlauben kann. Wenn ich die Krone auf Euro umrechne, dann ist es klar, dass ich es mir nie leisten kann.“ (Květoslav, 75, Domažlicko)

Neben den unterschiedlichen ökonomischen Standards des bayerischen und böhmischen Grenzlands thematisiert der Interviewpartner den Faktor der Vergangenheit, oder besser gesagt Stereotype und Fremdheitskonstruktionen, die bis heute ein Konfliktpotential der gegenseitigen Beziehungen darstellen. Die tschechischen Grenzgebiete werden paradoxerweise von einigen Befragten als „Stoßstange“ angesehen, an welche die Deutschen sowieso einmal anschließen. Diese Auffassungen hängen mit der Aktualität der sog. Sudetenfrage zusammen, andererseits mit der Entstehung von Kontakten von Organisationen der Vertriebenen mit Vereinigungen im Grenzland, die bei einem Teil der Bewohner Angst und Empörung erwecken. Einige Befragten erinnern daran, wie die früheren Besitzer der Häuser, in denen sie zu wohnen begannen, noch während des Kommunismus kamen und Kontakt mit ihnen suchten. Die meisten haben dies abgelehnt. Diese Befürchtungen erklären auch die Tatsache, warum in den Grenzgebieten alle politischen Parteien Zulauf haben, die sich gegenüber den Deutschen oder besser gesagt den Sudetendeutschen abgrenzen.

„Ihre Erzählung kann auch so verstanden werden, dass die Deutsch-Tschechische Erklärung von 1997 die Vergangenheit abgeschlossen hat. Gab es denn in ihrer Region irgendwelche Befürchtungen hinsichtlich der Sudetendeutschen? Sicher. Daran kann ich mich gut erinnern. Vor allem bei den Kommunis-

³⁹ Vgl. Max Barlow; Petr Dostál; Martin Hampl (Hrsg.): Territory, Society and Administration. The Czech Republic and the Industrial Region of Liberec. Amsterdam 1994.

ten, die nach dem Umbruch gedacht haben, dass jetzt alle kommen und dass unsere Republik aufhört zu existieren. Das war halt in der Zeit, als der Eiserne Vorhang fiel. Die Befürchtungen sind hier bis heute. Sie haben doch immer wieder ihre Treffen, wo auch Stoiber auftritt, und sie wollen einfach all dies zurück. Das ist halt ihr Selbstbestimmungsrecht, das ruft eine gewisse Unruhe hervor. Aber nur bei den Älteren, weil die Dreißigjährigen, die hier geboren sind, läßt es in Ruhe. Aber die Älteren haben Angst und ich wundere mich nicht, weil es nur 10 Millionen Tschechen gibt, während sie 82 Millionen sind. Nehmen Sie zum Beispiel die Polen. Sie haben ihnen klar gesagt, dass man die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs nicht anzweifeln kann und dass man sie nur mit einem weiteren Krieg verändern kann. Das sollten wir den Sudetendeutschen auch sagen. Die Polen sind selbstbewusst, wir dagegen nicht. Wenn wir es ihnen einfach erlauben, dass sie alles kaufen können, wie sie es schon teilweise machen, zum Beispiel im Agrarbetrieb Lipová bei Cheb, dann würde ich das nicht für richtig halten. Wenn sie hier eine Firma eröffnen, dann ziehen sie irgendwann mit der ganzen Familie zu uns und sie werden immer mehr und mehr und irgendwann sind wir dann in der Minderheit. Und dann wird das kommen, was wir nicht wollen, die Germanisierung des Grenzlands. Genauso wie im 11. oder 12. Jahrhundert. Und vergessen Sie nicht, dass jede deutsche Politik seit dem Samo-Reich immer expansiv war. Sie sagen es klar, dass Länder wie Polen oder Tschechien ihnen gehören.“ (Felix, 66, Chebsko)

Die Vertreter der lokalen Eliten müssen sich mit diesen und ähnlichen Meinungen der Bürger stets auseinandersetzen. Zu diesem Thema äußerte sich auch der Interviewpartner Přemysl aus der Tachauer Region, der solche Ansichten als übertrieben betrachtet und der behauptet, dass die Sudetenfrage nicht Bestandteil des kommunikativen Gedächtnisses und Grund für Unruhe im Grenzland ist.

„Als ich zum ersten Mal in die Grenzgebiete gekommen bin, dann habe ich insbesondere aus dem Binnenland gehört, dass sie dieses Gebiet annectieren und wie schrecklich es sein muss, an der Grenze zu leben. Ich muss dazu sagen, dass ich es hier nicht empfinde. So wird hier einfach nicht darüber nachgedacht. Die meisten Menschen widmen diesem Thema überhaupt keine Aufmerksamkeit, es interessiert sie einfach nicht. Heute ist es doch kein Problem, über die Grenze nach Deutschland zu gehen. Ich selber aber sehe keinen Grund, weshalb ich dorthin fahren sollte. Heute kann man alles auch bei uns kaufen, dafür muss ich nicht nach Weiden fahren. Mich zieht es nicht nach Deutschland und viele andere bestimmt auch nicht. Zwar habe ich gedacht, dass nach der Grenzöffnung der Kontakt etwas intensiver sein wird, aber so ist es halt.“ (Přemysl, 49, Tachovsko)

4. Schlussbetrachtung

Auf Grund der oben dargestellten Erinnerungen der Interviewpartner an die Grenze lassen sich folgende drei Wahrnehmungstypen der Grenze unterscheiden:

1. *Grenze als Barriere*: Dieser Typus ist am stärksten an den jeweiligen Zeitraum gebunden. Er überwiegt in den Aussagen der Befragten über die Zeit von 1948 bis 1989. Die Grenze wird als kompromisslose Trennlinie angesehen, die dazu noch vom Grenzschutz geschützt wird. Diese Meinung vertreten meistens die ehemaligen Mitglieder der Grenzpolizei und des Grenzschatzes. Um diese von der Kommunistischen Partei propagierte Wahrnehmung der Grenze zu verstärken, bedienten sich die Presse und die regionale Literatur der historischen Motive aus Hussitismus und der Choden, bei denen der Schutz der Grenzen vor den Deutschen die höchste Priorität war. Die Presse und Lokalpolitiker bezeichneten die Grenzlandbevölkerung als „neue Hussiten“ und „neue Choden“, und für ihr Lebensziel hielten sie den Kampf gegen die Kreuzritter, also gegen den Westen, insbesondere gegen die Deutschen.⁴⁰ Es entstanden neue Feiertage und Stadtfeierlichkeiten, die dieses neue Selbstverständnis und die Abwehrtradition der Choden verstärken sollen.

Nach 1989 schwächte sich dieser Wahrnehmungstypus ab. Er erschien jedoch immer wieder bei politischen Debatten über die Sudetendeutschen und ihre Forderungen, insbesondere über den Anspruch auf die Rückgabe des beschlagnahmten Eigentums. Bis heute kann man die Denkmuster dieses Typus bei einem Teil der älteren und meist links orientierten Generation verfolgen, die in der Zeit der Ost-West-Konfrontation aufwuchs. Träger dieser Auffassungen sind regionale Gruppierungen des „Klubs des tschechischen Grenzlands“.⁴¹ In der letzten Zeit tauchen ähnliche Gedanken auch bei einem Teil der lokalen Eliten in den Grenzgebieten auf. Sie geben somit ihre Kritik an den bei dem Beitritt Tschechiens zur Europäischen Union vereinbarten Einschränkungen zum Ausdruck.⁴² Ablehnende Haltungen gibt es zur Nicht-Aufnahme der Tschechischen Republik in den Schengen-Raum, also zu weiterhin bestehenden Kontrollen an der Grenze zu alten EU-Staaten oder zu Übergangsfristen bei der Öffnung des Arbeitsmarktes Deutschlands und Ös-

⁴⁰ Vgl. Pravda (Plzeň) 107/1960 vom 16. Juni, S. 1.

⁴¹ Vgl. Wolf Oschlies: Postkommunistische Aufarbeitung in Politik und Recht der Tschechoslowakei und ihrer Nachfolgestaaten. In: Gerhard Hirscher (Hrsg.): Kommunistische und postkommunistische Parteien in Osteuropa. Ausgewählte Fallstudien (Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung 14). München 2000, S. 7-46, hier S. 34.

⁴² Mehr dazu in Sociální a ekonomické dopady integrace České republiky do Evropské unie. Nové příležitosti, možná rizika. Podle zadání rady vlády pro ekonomickou a sociální strategii [Soziale und ökonomische Auswirkungen der Intergration der Tschechischen Republik in die Europäische Union. Neue Möglichkeiten, mögliche Risiken. Nach Unterlagen des Rates der Regierung für die ökonomische und soziale Strategie]. Praha 2001.

terreichs für tschechische Bürger. Die Interviewpartner verwehren sich gegen solche Einschränkungen, sehen darin die Einführung von Barrieren von der anderen Seite und empfinden in der Mitgliedschaft ihres Landes in der EU eine Asymmetrie. Die Gruppe der so denkenden Menschen – meist politische und wirtschaftliche Eliten – in den tschechischen Grenzgebieten ist jedoch klein. Außerdem kann man diese Ansichten nicht mit denen aus der Zeit des Eisernen Vorhangs vergleichen oder gleichstellen. Trotzdem besteht in ihrer Wahrnehmung eine Barriere, die zu überwinden ist.

2. *Distanzierte Wahrnehmung der Grenze:* Während die Interviewpartner bei ihren Erinnerungen an die Zeit vor 1989 die Grenze oft spontan und ohne Hilfe der Interviewer thematisiert haben, veränderte sich die Rolle der Grenze im individuellen Erinnern nach 1989 und nach der euphorischen Kontaktpphase bis hin zu einer Distanzierung. Bei diesem Typus wird die Grenze nicht erwähnt, und ihr Einfluss auf das alltägliche Leben wird als gering bezeichnet. Die Interviewpartner sagen, dass „es ihnen nicht so vorkommt, dass sie an der Grenze (oder im Grenzgebiet) leben“ oder dass „es ihnen egal ist, dass sie hier wohnen“. Diese distanzierte Wahrnehmung der Grenze zu Bayern gibt es bei einem Großteil der Bürger. Diese profitierten offensichtlich nicht bedeutend von der Öffnung der Grenze und verbesserten oder verschlechterten ihren sozialen Status nicht sehr. Sie fühlen sich auch nicht von verschiedenen grenzüberschreitenden Aktivitäten vieler Institutionen angesprochen, die die Kontaktbildung über die Grenze hinweg initiieren und unterstützen.
3. *Grenze als Vermittlungsraum:* Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs entstand die Grundlage für die Kontaktknüpfung mit Mitgliedern des ehemaligen „Feindstaates“. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Bayern und Böhmen war in vieler Hinsicht musterhaft, denn in diesem Raum wurden die ersten bilateralen Initiativen und Institutionen gebildet wie die Euregio Egrensis, die im Jahre 1991 entstand. Träger dieser Kontakte sind lokale Eliten und die Intelligenz wie Bürgermeister, Lehrer, Archivare u.a., wie aus der Erhebung im tschechischen Grenzland zu Bayern hervorgeht. Neben den Eliten vermitteln die Kontakte mit dem Nachbarland auch Angehörige der deutschen Minderheit, die vorwiegend im nördlichen Teil des tschechischen Grenzstreifens zu Bayern leben. Sie pflegen Kontakte insbesondere mit vertriebenen Deutschen, unter denen sie meist Verwandte haben. Im nördlichen Grenzland wird dies durch die Tatsache verstärkt, dass viele der Sudetendeutschen aus dem früheren Egerland in die Grenzlandkreise in Bayern ausgesiedelt wurden (Hof, Wunsiedel, Tirschenreuth). Grenze und Grenzland sind für diese Personen Orte der Begegnung. Auch diese Gruppe ist sich zwar der politischen, wirtschaftlichen und andere Asymmetrien zwischen beiden Ländern bewusst, dies hindert sie jedoch nicht an der häufigen Überschreitung der Grenze und an der Knüpfung von Kontakten auf verschiedenen Ebenen.

Dieser Wahrnehmungstypus erscheint auch bei einer Gruppe der älteren Befragten aus dem südlichen Grenzland zu Bayern in ihren Erinnerungen an die Zeit zwischen 1945 und 1948. Einige sprechen gleich mehrmals über die Begegnungen mit den „Grenzern“ aus Bayern. Es waren spontane Kontakte, die bei Wanderungen entlang der Grenze entstanden. In der Zeit von 1948 bis 1989 gab es keine Anzeichen dieses Wahrnehmungstypus. Das Jahr 1989 stellte einen bedeutenden Wandel in der Wahrnehmung der Grenze dar. Etwas öfter findet man ihn im nördlichen Teil der Grenze zu Bayern. Dort gibt es mehrere bürgerliche und institutionelle Initiativen zur Knüpfung von Kontakten.

Die Befragten im Norden des Grenzlands sind auch besser über diese Formen der Zusammenarbeit informiert als diejenigen im Süden. Wenn man die Aussagen der Interviewpartner untersucht, so wird deutlich, dass sich das Kontakt-Potential schrittweise ausschöpft und dass diese Begeisterung für den Nachbarn oft durch Gleichgültigkeit und Interesselosigkeit ersetzt wird. Das Ziel vieler deutsch-tschechischen Organisationen und Bürgervereinigungen sollte deshalb verstärkt in der Beseitigung dieses Desinteresses liegen. Deutsch-tschechische Begegnungen sollten mehr auf die bürgerliche Ebene übergehen und nicht nur auf Politik oder Wirtschaft basieren. Erst dann hört die Grenze auf, Trennlinie zwischen zwei Welten zu sein und kann zu einem richtigen Vermittlungsraum werden.

„... Aber wieso sollte man sie wegboxen? Sind wir hier in Amerika oder was?“

Zwei Amerika-Bilder in deutschen Hiphop-Texten und ein vergleichender Blick nach Tschechien

Holm Krieger

1. Einleitung

Es gibt heutzutage im Bereich der Jugendkultur wohl kaum ein prominenteres Thema als Hiphop. Unzählige Schriften, vor allem aus dem Wissenschaftszweig der ebenso prominenten Cultural Studies, aber auch anderen wie Linguistik, besonders der Soziolinguistik, Musikwissenschaft, Soziologie und andere beschäftigen sich mit einem Phänomen, das wohl aufgrund seiner Entstehung ein ganz besonderes Augenmerk verdient. Denn anders als beispielsweise Punk oder Wave ist Hiphop nicht von einer überschaubaren, mitten in der Kunstszene zu verortenden Gruppe von Menschen ‚gemacht‘ worden, sondern ist durch die berühmte ‚invisible Hand‘ entstanden. Während viele Einflüsse zu Beginn dessen, was später als Hiphop von anderen Musikrichtungen differenziert werden sollte, netzwerkartig und relativ gleichberechtigt etwas Neues formten, traten in der Strömung des Hiphops erstmals verschiedene Phänomene zutage, die heute in der Musikbranche Alltag sind.

Vor allem Dingen ist da die musikalische Wiederverwertbarkeit älterer Musikstücke zu sehen, die ein wirkliches Novum darstellt. Der Künstler kreiert nicht mehr, sondern rearrangiert bereits Vorhandenes, eine Handlung, die vorher den Handwerker vom Künstler, dem Genie trennte. Neu war auch eine heute im Musikgeschäft übliche Praxis, die Musikkultur als Teil einer Jugendkultur, die sich auf Mode, Sprache, Tanz, Malerei und andere Bereiche erstreckt, zu verstehen. Deshalb geht Kapitel 2 auch ausführlicher auf die Entwicklung und die Geschichte ein, da sich viele mediale Repräsentationen in und um Hiphop auf die verschiedenen historischen Punkte in der noch jungen Hiphop-Geschichte beziehen. Kapitel 3 wendet sich dem Phänomen besonders des deutschen Hiphops zu und zeigt verschiedene Strategien zur Darstellung der Differenz zum ‚Anderen‘, aber auch der Gemeinsamkeit in der Szene. Diese Dualität scheint sich bis in die Konstruktion des Amerikabildes in Hiphop-Texten fortzusetzen, so dass es sinnvoll ist, die vorhandenen, exemplarischen Texte aus Foren und Raptexten in zwei verschiedene Arten zu unterscheiden. Dies wird im Kapitel 3 begründet und in 4 durchgeführt. In den Kapiteln 5 und 6 wird ein grober Überblick über das Amerika-Bild in Deutschland und Tschechien gegeben. Kapitel 7 fasst die Ergebnisse zusammen und versucht einen Ausblick zu geben.

2. Die Geschichte des Hiphops

Um den Zeichenvorrat des Hiphops zu verstehen, ist es unerlässlich, die Geschichte des Hiphops zumindest in Ansätzen zu kennen, da sich viele Kommunikate mehr oder weniger explizit auf die Anfänge und die kulturelle Wiege des Hiphops beziehen. Es soll an dieser Stelle ein explorativer Exkurs in die Geschichte dieser Subkultur gemacht werden, um später die Idee eines durch einen sozialen Stil erzeugten Bildes von einem anderen Land weiterzuverfolgen. Dabei werden historische Ursprünge transportiert und zu Tradition. Die geschichtlichen Umstände der Entstehung von Hiphop waren, sind und bleiben relevant für diese Musikrichtung.

Die Anfänge des Hiphops, obwohl es in diesem speziellen Fall richtiger wäre, von einem Anfang zu sprechen, liegen im Süden des Stadtteils Bronx in New York, Mitte der 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Doch wie es schon im Hiphop-Kultfilm ‚Beatstreet‘ von 1984 heißt: ‚*You wanted to go to N.Y.C.? This is not N.Y.C., this is the Bronx.*‘ Die Bronx ist eine Insel mitten in New York, obwohl es der einzige Stadtteil von New York ist, der auf dem Festland liegt. Das liegt vor allem an der um 1960 einsetzenden ‚Ghettoisierung‘ des Südteils der Bronx. Dabei waren vor allem vier Veränderungen, besonders im Süden des Stadtteils, sehr wichtig, deren Überlagerung dazu führte, dass die Bronx zum prototypischen Beispiel für einen sozialen Brennpunkt der USA wurde.

Erstens wurde die Bronx durch städtebauliche Veränderungen, besonders durch den Bau einer Umgehungsstraße, vom Rest der Stadt infrastrukturell abgeschnitten, so dass geographisch eine Stadt in der Stadt entstand. Als zweites Phänomen muss man die Abwanderung vieler Firmen in die Vorstädte mit Platz für Erweiterungen und günstigeren Grundstückspreisen hinzu rechnen, die einerseits eine hohe Arbeitslosigkeit (die Jugendarbeitslosigkeit stieg um 1970 auf bis zu 40%), andererseits die ‚Stadtflucht‘ der mittleren Einkommenschichten nach sich zog. Als dritte Besonderheit kam hinzu, dass die Stadt New York versuchte, in der Bronx sozial Schwache zu konzentrieren, was auch zunehmend durch die Unterbringung von Sozialhilfeempfängern durch die Stadtverwaltung gelang, so dass mit dem Kampf der konservativen US-Regierungen gegen den Wohlfahrtsstaat die sozialen Probleme verschärft wurden. Ein vierter und besonders für den Hiphop sehr wichtiger Punkt ist die Ohnmacht der Ordnungsbehörden gegenüber der Straßekriminalität und des Drogenhandels in der Bronx. Als de facto rechtsfreiem Raum gab es in den späten 60er Jahren einen fast ungebremsten Zuwachs von Gewalttaten in diesem Stadtteil. Viele davon wurden in Zusammenhang mit Drogen verübt.

In dieser Gemengelage von Einwanderern, kultureller Ghettoisierung, Gewalt- und Drogenproblemen bot sich nun ein Milieu, das durchaus als ein kreatives¹

¹ „Kreative Milieus bezeichnen ein komplexes bzw. dichtes Netz von vor allem informellen sozialen Beziehungen, die oft nach außen ein spezielles Image prägen und nach innen eine bestimmte Wahrnehmung bzw. ein Zugehörigkeitsgefühl; dieses Netz fördert die örtliche Innovationsfähigkeit durch synergetische und kollektive Lernprozesse“ (Fromhold-Eisebith (1996), S. 41).

zu bezeichnen war, da insbesondere die Jugendlichen sowohl Zeit hatten, als auch durch die lokalen, sozialen und kulturellen Umstände an der Teilnahme an einer amerikanischen Mainstream-Kultur gehindert waren. Es muss dabei aber beachtet werden, dass zu diesem Zeitpunkt etwas begann, was später zur Auflösung des Mainstreams in der Jugendkultur² führen sollte, dass die sich in der Bronx entwickelnde Hiphop-Kultur nicht nur passiv ausgeschlossen wurde, sondern in gewisser Weise durch eine aktive Differenzierung zum Mainstream erst entstand. Eine Struktur, die aber in den 70er und 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts auch für andere Jugendkulturen konstitutiv sein sollte (z.B. Punk, Death Metal etc.).

Das Milieu, in dem Hiphop entstand und sich viele kulturelle Einflüsse überlagerten, in dem Gewalt und Drogen Bestandteile des Alltags waren und in dem technische Gegebenheiten zur Erzeugung von Musik improvisiert wurden, findet sich aber in vielfältiger Weise in den Zeichensystemen des Hiphops wieder, von den ‚baggy pants‘, den ausgebeulten Hosen (die an die entfernten Gürtel im Gefängnis erinnern sollen), über zur Schau getragene Verletzungen (z.B. der Rapper Nelly hatte als Markenzeichen ein Pflaster im Gesicht, diverse Hiphop-Stars zeigen in ihren Videos gern Zahnlücken, Schusswunden, Narben etc.), bis hin zum (durchaus auch in anderen Musikstilen gepflegten) Image des Knastbruders, welches durch Tattoos angezeigt wird.

3. Die Dualität des Hiphops

Seitdem Robertson³ den Begriff der ‚Glokalisierung‘ für die Beschreibung des Phänomens einer lokal angeeigneten, globalen Kultur kultiviert hat, bezieht sich eine duale Sichtweise auf die Kultur des Hiphops meist auf die Fragestellung, inwieweit ein globaler Zeichenvorrat auf lokaler Ebene aktualisiert wird und wie sich dabei Gemeinsamkeiten und Differenzen auf der Ebene der Interaktanten darstellen⁴. Für eine Fragestellung in diesem Sinne ergäbe sich also die Frage: „Inwieweit werden die in und an der Ghettokultur der South Bronx entwickelten Zeichensysteme vor Ort aktualisiert und welche spezifischen Abwandlungen sind zu beobachten?“

Doch hier soll der Blickwinkel etwas anders sein, da es anscheinend bei einem schnellen Überblick über die Szene noch eine weitere Dualität im Hiphop gibt, die zugunsten der ersten vernachlässigt wird, aber diese doch in gewisser Weise bricht. Ich möchte diese Dualität mit den Überbegriffen Artifizialität und Authentizität beschreiben. Ähnlich wie ‚global‘ und ‚lokal‘ handelt es sich um scheinbar widersprüchliche Begriffe, die in der Hiphop-Kultur vereint werden: einerseits Hiphop als Kunstform, die sich den klassischen Zuschreibungen wie Originalität, einer gewissen kritischen Wachsamkeit der Welt gegenüber und

² Vgl. Holert/Terkessidis (1996).

³ Vgl. Robertson (1992).

⁴ Z.B. Androutsopoulos/Scholz (2002).

einem progressiven Umgang mit dieser stellen muss.⁵ Andererseits subsumiert der Begriff ‚Authentizität‘ die Vorstellungen, die mit dem Entstehungsmilieu des Hiphops verknüpft werden: materielle Güter, Gewalt, Chauvinismus, Drogen und die fast darwinistische Vorstellung vom Überleben des Stärkeren, Besseren. Diese beiden Seiten der Hiphop-Kultur beziehen sich gegenseitig aufeinander und haben ihre typischen Vertreter, also ihre Stars, die von Fans des jeweiligen Geschmacks bevorzugt und in der Differenzierung zur anderen Seite auch verstanden und unterstützt werden. Diese Vertreter beziehen sich einerseits negativ aufeinander, andererseits werden aber Zeichen der jeweils anderen Seite benutzt, da es letztendlich um eine einzige Jugendkultur geht, an der alle teilhaben. Texte dieser Bands und Texte aus Forencommunities die das belegen, sollen im Folgenden näher beleuchtet werden.

3.1 Artifizialität – Hiphop als Kunstform

Der für Hiphop typische Sprechgesang Rap bietet aufgrund eines ungebremsten Textflusses die Möglichkeit, sehr große Mengen an Information zu kommunizieren und aufgrund des gleichbleibenden Beats eine eigenständige Rhythmik zu entwickeln. Diesen ‚Flow‘ zu brechen und mit Wortspielen und tiefsinnigen Texten zu füllen, zeichnet eine künstlerische Seite des Hiphops aus. Die relativ gehobene Sprache, abseits des ‚Sprechblasen-Raps‘, die aber natürlich immer noch auf die Erfahrungswelt eines Hiphop-Fans bezogen alltagssprachlich sein muss, wird oft als zentraler Punkt herausgestellt.

Typische Vertreter auf internationaler Ebene für diesen Hiphop-Stil, womit hier der amerikanische, also der bestimmende Markt gemeint ist, sind eher auf die Originalität der Kunst bezogen z.B. die Beastie Boys oder auf die politische Verortung des Hiphops z.B. Public Enemy. Gerade in der Anfangszeit des Hiphops war die Form der Artifizialität stark ausgeprägt. Die Themen der Texte waren oft sozialkritisch wie das Lied von Grandmaster Flash, der zu den Begründern von Hiphop zählt. Der Song ‚The Message‘ beginnt:

„Broken glass everywhere, People pissing on the stairs, you know they just don't care, I can't take the smell, I can't take the noise. Got no money to move out, I guess I got no choice. Rats in the front room, roaches in the back, Junkies in the alley with a baseball bat. I tried to get away, but I couldn't get far, cause the man with the tow-truck repossessed my car... “

Eine andere Hiphop-Crew der Anfangszeit waren Zulu-Nation, deren Gründer Afrika Bambaataa sich explizit über die Grenzen des Hiphops hinaus bewegte und sich auch an der deutschen Band Kraftwerk orientierte. Zulu-Nation waren auf Hiphop als neue Kunstform fixiert und versuchten sich auch öffentlich von

⁵ Hier ist als Beispiel die Hiphop-Band Anti Pop Consortium zu nennen, die diesen Standpunkt in der Musikzeitschrift Intro, Nr. 93, treffend zusammenfasst: „Insofern ist 'Warp' ein gutes Label für uns ... denn es steht für individualistische Entwürfe und ist gleichzeitig außerhalb dieser ganzen HipHop-Connection. Es steht für künstlerische Freiheit. Die ist uns wichtiger als mit einem Stil und einer Familie assoziiert zu werden.“

der Gang-Szene zu distanzieren, indem sie die künstlerische Form des Hiphops betonten. Sie spielten auch in dem schon erwähnten Film ‚Beatstreet‘ mit, in dem der Aspekt der Artifizialität sehr stark herausgestellt wird und der viele in dieser Richtung zu kategorisierende Künstler mit Hiphop in Verbindung brachte, z.B. die Ikone des russischen Raps Foox:

„Foox wurde wie viele im Ostblock von Beatstreet angefixt. Film gesehen, und um ihn war es geschehen. Mit seinen Homies wurde Breakdance geübt, mit Farbe aus Schuhpflegedosen gemalt etc. Mittlerweile ist er in den auch hier bekannten Streetworker-Projekten mit HipHop-Kids engagiert. Wird mal nach Marseille oder Berlin eingeladen, staatlich gefördert.“ (I30)

In dem Film ‚Beatstreet‘, den auch Harry Belafonte mitproduzierte, geht es unter anderem um die Anschlussmöglichkeiten des Hiphops an klassische Künste wie Tanz und klassische Musik. Weitere erkennbare Tendenzen in diesem Hiphop-Stil sind die meist globalen Vernetzungsstrategien. So hat schon erwähnter Afrika Bambaataa den deutschen Rapper Torch (der wiederum zu einer der wichtigsten deutschen Hiphop-Crews der Anfangszeit Advanced Chemistry zählt) zum König der Zulu-Nation in Deutschland erklärt. Der deutsche bekannte DJ WestBam (House/Techno) hat seinen Namen von Westfalen Bambaataa. Dieser Teil der Szene, der sich dem Hiphop als Kunstform verschrieben hat, ist auch der, der die vier Grundpfeiler des Hiphops in seiner Gesamtheit vertritt: das DJing (das Abspielen der Platten auf vielfältigste Weise), den Breakdance oder B-Boying (das Tanzen), Graffiti (das Malen) und natürlich das MCing (der Sprechgesang, der Rap), manchmal wird auch beatboxing (die Rhythmus-Erzeugung ohne Instrumente) als eine fünfte Kunstform erwähnt, z.B. bei Ebersbach 2005. Aber auch genreüberschreitende Tätigkeiten sind immer wieder zu beobachten (vgl. Sammy Deluxe zum letzten splash-Festival in Chemnitz 2006 mit der Robert-Schumann-Philharmonie). Auch heute gibt es viele nicht so bekannte Künstler, die einen großen Wert auf die künstlerische Originalität, auf politische Standpunkte und/oder die künstlerische Vernetzung innerhalb der Sparten des Hiphops und zu anderen Genres legen. Diese als Conscious-Rapper⁶ bezeichneten Künstler sind z.B. Jeru oder Sage Francis⁷ in den USA oder Blumentopf in Deutschland (für die in Deutschland der abwertende Begriff Studenten- oder Zeigefingerrap benutzt wird). Gerade in den USA, wo der so genannte Gangsta Rap die Szene (zumindest kommerziell) dominiert, wehren sich Mitglieder der Hiphop-Szene immer wieder gegen die Bezeichnung Alternative Hiphop, weil sie sich als den eigentlichen Hiphop verstehen.

Ein in Foren gebrauchtes Vorurteil ist, dass sich sowohl die Künstler, als auch die Fans der ‚authentischen‘ Seite des Hiphops verpflichtet fühlen, sich eben nicht um die Einheit der Szene aus Writern, Rappern, B-Boys und MCs küm-

⁶ Vgl. I1, hier wird auch explizit auf den Widerspruch „Gangsta-Rapper/Conscious Rapper“ hingewiesen.

⁷ Peta schreibt auf ihrer Homepage über den Künstler: „...Sage Francis lebt seit Jahren Straight Edge, er behandelt in seinen Texten politische Fragen und soziale Missstände und er ist – Trommelwirbel – seit Jahren Vegetarier!...“ I2.

mern, sondern künstlerisch eindimensional produzieren, im Gegensatz zu der hier artifiziell bezeichneten. Dort wird natürlich auch über die Sprache und auch die Inhalte die Beziehung zur Szene hergestellt. Stellvertretend möchte ich das an einem Liedtext der Band Blumentopf zeigen. Das Lied entstand in Zusammenarbeit mit der Künstlerin Johanna und der Text fällt durch die interessante Komposition auf, denn es werden einerseits ganz typische Phrasen aus der Hip-hop-Kultur gegen politischen Themen gestellt und diese Themen werden gleichzeitig als Metaphern für Vorgänge und Handlungen genutzt, meist ohne sie wirklich zu bewerten.

- 01: Wenn Du Dein Mikrofon checkst und nur mit miesem Flow rappst,
- 02: bist Du *zum scheitern verurteilt* so wie der Friedensprozess.
- 03: Doch wenn ich auf einer Bühne meine Parts droppe,
- 04: dann sind noch mehr Hände *in der Luft als Schadstoffe!*
- 05: Leute live zu rocken ist wie *lesen, manche lernen es nie.*
- 06: Doch am Mic hab ich mehr *Ausstrahlung als Kernenergie.*
- 07: Ich bin ein derber MC, denn ich hab Brenner am Start
- 08: Und meine Reime **liegen** im Takt so wie die *Penner im Park.*
- 09: Wenn ihr mich batteln wollt, rat ich, dass Ihr das lieber lasst,
- 10: denn meine Disse **sitzen** wie *Ausländer in Abschiebehäft!*
- 11: Und ganz genauso wie *Verfahren gegen Rechtsradikale*
- 12: **dauert** meine Rapkarriere nun *schon etliche Jahre.*
- 13: Früher **träumte** ich oft von Applaus und von Props,
- 14: *wie Menschen in Halle heute noch vom Aufschwung Ost.*
- 15: Aber ich will keinen Benz oder'n Häuschen mit Garten,
- 16: ich will **durch die Welt ziehen** wie *deutsche Soldaten!*
- 17:
- 18: Mikrofon und MC`s sind **nicht zu trennen** wie *Religionen und Krieg.*
- 19: Da läuft was schief!
- 20: Ja wir und das Mic sind **nicht zu trennen** wie *Nike und Kinderarbeit.*
- 21: Irgendwas stimmt hier nicht!
- 22: Der Stift und das Blatt sind **nicht zu trennen** so wie *Willkür und Macht.*
- 23: Da läuft was schief!
- 24: Wir und dope Beats sind **nicht zu trennen** wie *Lügen und Politik.*
- 25: Irgendwas stimmt hier nicht!
- 26:
- 27: Zu viele Rapper ham nur noch die Charts im Kopf
- 28: und denken MTV entscheidet, wer die Party rockt.
- 29: Aber Videorotationen, Fame und Medienhype
- 30: Da sind wie *Passanten, wenn es Stress gibt: Sie gehen vorbei!*

- 31: Und drum scheisse ich auf Clips voller Glitz und Glamour.
 32: Ich will's **unten halten** wie der Westen die Entwicklungsländer.
 33: Ich brauch 'ne fette Kick im Sampler und 'ne krachende Snare,
 34: damit mein Sound so **dreckig** wird wie das Wasser im Meer.
 35: Wenn wir 'ne Platte pressen, die **schwarz** ist wie Ostseestrände
 36: und **flach** wie das Niveau der Fernsehshows am Wochenende,
 37: dann **vergammelt** die nicht im Regal wie Großmutter im Pflegeheim,
 38: weil's auf ihr **mehr Hits** gibt als auf'm Schulhof Schlägereien.
 39: Ja wir stürmen Eure Hitparaden
 40: mit Texten, die **unter die Haut** gehen wie Fixernadeln.
 41: Wir releasen 'ne LP voll fetten Beats und Burnerraps
 42: und **scheissen** auf Popmusik wie Amis aufs Völkerrecht!

Die Art der Konstruktion dieses Textes zeigt, in welcher Art und Weise sich Hip-hop in der Welt positioniert: in diesem Fall als ein Beobachter, der die durch die Politik bestimmte Welt zwar wahrnimmt (aber diese nicht zu ändern bereit ist). Im Gegenteil werden viele der nichtkursiven, auf den Hip-hop bezogenen Teile positiv besetzt, so dass die Metapher, eine zumindest neutrale, wenn nicht sogar im Sinne des Respekts vor dem Stärkeren, eine positive Bewertung erfährt. Gebrochen wird dieses nur im Refrain, in dem die Gleichsetzung durch die Hookline ‚Da läuft was schief!‘ negativ bewertet wird. Die Wortspieltaktik des Liedes beruht darauf, Polysemie und Homonymie von Worten oder Wortgruppen so zu verwenden, dass sich in Bezug auf den eigentlichen Hip-hop-Text eine andere Bedeutung als die auf die politischen Themen bezogene ergibt. Um diese wie Scharniere wirkenden Worte (im Text fett) herum gibt es also immer zwei Bedeutungen.

In diesem Text sind das:

- ‚zum Scheitern verurteilt‘ (der schlechte MC vs. der Friedensprozess),
- ‚in der Luft‘ (Hände beim Konzert vs. Schadstoffe),
- ‚manche lernen es nie‘ (gute Konzerte machen vs. lesen),
- ‚Ausstrahlung‘ (Charisma vs. Kernenergie),
- ‚drin liegen‘ (Reime im Takt vs. Penner im Park),
- ‚sitzen‘ (Disse – im Sinne von Disrespect, Beleidigungen – vs. Ausländer in Abschiebehaft),
- ‚dauert etliche Jahre‘ (Rapkarriere vs. Verfahren gegen Rechtsradikale),
- ‚träumen‘ (ich vom Applaus vs. Menschen in Halle vom Aufschwung Ost),
- ‚durch die Welt ziehen‘ (Reisen vs. Kriegseinsätze),
- ‚sie gehen vorbei‘ (Medienhype vs. Passanten, wenns Stress gibt),
- ‚unten halten‘ (ich den Glamour vs. der Westen die Entwicklungsländer),
- ‚dreckig‘ (Sound vs. Wasser im Meer),
- ‚schwarz‘ (Platte vs. Ostseestrände),
- ‚flach‘ (Platte vs. Niveau der Fernsehshows am Wochenende),
- ‚vergammelt‘ (die Platte nicht vs. Großmutter im Pflegeheim),

‚es gibt Hits‘ (auf der Platte vs. Schlägereien auf dem Schulhof), wobei in diesem speziellen Fall die ‚a wie b“-Logik durchbrochen wird und zur ‚a mehr als b“-Form wechselt,

‚unter die Haut gehen‘ (Texte vs. Fixernadeln),

‚schießen‘ (wir auf Popmusik vs. Amis aufs Völkerrecht).

Diese klare Struktur zeigt letztendlich, wie kreativ, aber doch formal mit Sprache im HipHop umgegangen wird. Einerseits gibt es viele integrative Momente wie die szenetypischen Anglizismen (checkst, Flow rappst, Parts droppe, live ... rocken, Mic, MC, battlen, Disse, Props, dope Beats, Rapper, Fame, Kick, Sampler, Snare, Sound, releasen, Beats und Burnerraps), es wird auf den kompetitiven Charakter hingewiesen (Wenn ihr mich batteln wollt, rat ich, dass Ihr das lieber lasst), es werden Vulgarismen (ich scheiße auf) und viele Verschmelzungen der Alltagssprache (ham statt haben, odern statt oder ein etc.) verwendet. Gerade diese Verknüpfung von Kunst/Artifizialität und der authentischen Reproduktion der Alltagsszenekommunikation macht diesen Teil der Szene aus, wobei der differenzierende Teil sicher der hier als Artifizialität bezeichnete ist. Die Wahrnehmung eines HipHop- und Blumentopf-Fans in einem Forum (I9) zeigt auch, dass gerade dieses so wahrgenommen wird:

„Fakt ist, dass solche Leute eher weniger mit HipHop als Kunstform zu tun haben. Das sind meist Leute mit starken minderwertigkeitskomplexen die das regelmässige Ritual " Herumgepose am Pausenhof" brauchen um sich gut zu fühlen und um eine Art Gruppendazugehörigkeit zu erfahren. Das ist schön und gut und auch lustig anzusehen(ich wär froh, wenns solche Leute an meiner Schule gäbe :-)) , aber ich denke man darf diese Leute nicht als pars pro toto, als Repräsentanten für hiphop sehen. Viele hiphoper, die auch selbst texten und musik machen, beschäftigen sich mit höherer Literatur und Versmaßen, Reimschemen, etc... Also sehen das ganze als Kunstform vielleicht sogar als Handwerk. Ich finde man sollte die Vorurteile und Klugees über HipHop aber auch über alle anderen Musikrichtungen, ablegen um ernsthaft darüber diskutieren zu können.“

Sicher ist die Fangemeinde nicht so homogen, um von einer klaren Trennung im Sinne der hier dargestellten Dualität zu sprechen, gerade nachdem Blumentopf zu jedem Spiel der deutschen Fußballnationalmannschaft der Männer bei der WM ein Lied gemacht haben, was ihnen Kritik von Personen eingebracht hat, die die Kunstform einforderten. Aber gewisse Differenzen und Tendenzen sind auszumachen und nur so ist es zu erklären, dass bestimmte Vorurteile gegenüber Blumentopf, aber auch anderen Bands und Rappern, immer wieder in verschiedenen Versionen auftauchen. In I10 fasst ein HipHop-Fan diese zusammen:

„Ich hab zwar nicht .die aktuellste Hip Hop Bibel hier, aber in meiner Version steht, dass "Blumentopf"

- schwul sind

- nach Tofu stinken

- wack sind
- Scheiße aussehen
- nicht rappen können
- Studenten sind
- Studentenrap machen
- längst nicht mehr cool sind

Deswegen zieh ich jetzt wieder mein New Era Cap an und geh richtigen, knallharten Rap aus Berlin und Frankfurt hören. Yüär, ihr Muttafickaäaaa.“

In diesem die Kunst focussierenden Teil der Szene wird auch oft versucht, die Bewertungsstrategien rational und intersubjektiv nachvollziehbar zu machen, indem versucht wird, mit Begriffen wie Flow (Das Text/Musik-Zusammenspiel), Vergleiche und Kreativität (bzw. die Sanktionierung von bereits vorhandenen Reimen oder Worten, vgl. I18: „Jeder Rapper, MC oder ‚Lyriker‘ der was auf sich hält wird sich wohl von sogenannten ‚Standartreimen‘ fernhalten, um nicht als "Standart" verpönt zu werden.“) die Hiphop-Szene auf die in der Kunstform angelegte Originalität einzuschwören.

3.2 Authentizität

Authentizität ist ein oft fokussiertes Phänomen im Hiphop. In den Foren wird der Slogan „Keep it real“ benutzt, um darauf hinzuweisen, dass Hiphop ‚echt‘ zu sein hat. Hier wird der Bogen zu einer internationalen Hiphop-Tradition geschlagen und nur die Hiphop-Stars, die sich in ‚richtiger‘ Weise auf diese Kultur beziehen, können damit rechnen, anerkannt zu sein. Diese Akkreditierung läuft durch Foren, Gespräche, durch szeneweite Diskurse und wird durch äußere Vorgänge mitbestimmt (Pop-Vorwurf, Kommerzialisierung). Eine wichtige Rolle spielt dabei die sprachliche Konstruktion, die durch die Formulierung von szenetypischen Worten und Wendungen die jeweiligen Sprachproduzenten (als Rapper, aber auch als Fan) in der Szene verortet.

Das passiert auch im schon erwähnten künstlerischen Teil der Szene, der sich nur in den seltensten Fällen als ‚unauthentisch‘ bzw. nicht zum engeren Hiphop gehörig versteht. Der Begriff der Authentizität wird in breiten Diskursen auf unterschiedliche, zum Teil widersprüchliche Weisen gefasst, so versuchen z.B. die ‚Künstler‘ unter den Hiphop-Stars, nicht zu kommerziell zu werden, um authentisch zu sein, während die ‚Gangsta‘ das Geldverdienen als durchaus authentischen Teil des Business verstehen.

Diese Diskurse gibt es, seit es Hiphop gibt. Schon die erste kommerziell erfolgreiche Hiphop-Single der Sugar Hill Gang (Rappers Delight) war in das Kreuzfeuer der Szene geraten, weil sie einerseits unerlaubt Texte von ‚richtigen‘ Rappern (die Band war gecastet) aus der ‚richtigen‘ South Bronx benutzt, andererseits, weil sie kommerziell erfolgreich war.

Der erste Grammy in der Sparte Hiphop ging an Jazzy Jeff and The Fresh Prince (Will Smith), die schon lange nichts mehr mit dem Ghetto zu tun hatten. Sie kamen aus sauberen amerikanischen Vorstädten und die ‚message‘ ihrer Texte war längst einer partytauglichen Aussage gewichen. Anfang der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts verschob sich die Bezugnahme zur Herstellung von Authentizität von der Zugehörigkeit zum sozialen Brennpunkt Ghetto zu einer fokussierten Zugehörigkeit zum Gangstermilieu. Diese Trennung ist nicht eindeutig, und immer wieder werden sowohl auf die sozialen Gegebenheiten, als auch auf die konstruierte ‚Gangsta‘-Realität bezogene Aussagen getroffen, manchmal sogar in einem Lied, z.B. Die Abrechnung von EKO Fresh, in dem es einerseits heißt „mein weed mitgeraucht“ oder als Diss (von disrespect, als Beleidigung) an die Rapper Fler und Sido „ich erzähl euch einen witz, fler hat mathe studiert, ich wär auch gern ein gangsta doch hab die maske nich hier“, andererseits aber auch „Wollt ihr mir Leute schicken? guckt euch an ihr macht euch lächerlich, ich bin kein gangsta, nein, aber ihr seid auch keine gangsta, wir sind alles rapper...“. In diesem Aufsatz wird Authentizität nicht allgemein, sondern als das aufgefasst, was die Verbindung zu Kriminalität bzw. ‚der Straße‘ oder dem ‚Ghetto‘ herstellt.

Die Differenzierung zwischen sich selbst als ‚schlechtes Vorbild‘ (Sido) und den ‚Gebildeten‘ bzw. dem Bildungssystem zieht sich durch die Repräsentation der Künstler, die versuchen, so ‚authentisch‘ zu sein. Sido: „ich hab ne abneigung gegen lehrer und ne sechs in mathe“, Bushido: „Denn ich war nie ein Rapper, ich hab meine Schule geschwänzt. Und kann bis heute sagen ich war nie ein schwuler Student“, Fler „Ich bin kein Abiturient“ oder Bass Sultan Hengzt „ich scheiß auf Bildung“.

‚Die Straße‘ als zentrales Motiv der Authentizität prägt viele bekannte Texte, wie die adidas Werbung von 50cent, der auf seine 9 Schussverletzungen anspielt und sagt „...Dort, wo ich herkomme, gibt es keinen Plan B. Daher nutze jeden Tag, denn es ist nicht sicher, ob es ein Morgen gibt...“. Dieses Dort ist die Straße, in dem der blanke Überlebenskampf tobt, wo es heißt: Ich oder die anderen. Auf der Straße tobt die Schlacht und nicht umsonst ist die ‚Battle‘ eines der wichtigsten Elemente der Jugendkultur Hiphop.

Hiphop ist die kompetitivste Jugendkultur, die existiert. Große Hiphop-Events werden meistens von vielen Wettbewerben begleitet, auf denen Writer, Breakdancer, Rapper und MCs gegeneinander ‚battlen‘ und den ‚Besten‘ zu ermitteln suchen. In hoch subjektiv bewertbaren Bereichen wie Kunst ist eine gerechte Bewertung unmöglich, so dass in vielen Texten eine extrem übersteigerte Selbstbewertung zutage tritt. Im ‚Rap 1x1‘ auf www.rap.de, einer Art Anleitung für Rap-Einsteiger, heißt es: „Allgemein gehts ja beim battle zu zeigen das man besser ist als der andere, weshalb man sich immer selber als den tollsten bezeichnet und den andern als den schlechtesten...“ So gibt es im beliebten Online-Battle eine Menge Beispiele, so die Aussage ‚Ich bin der Beste.‘:

I4: Ich bin der Beste hier, der beste im Bezug auf allem (sic!)

I5: doch scheiß egal ich bin der beste und ich "Bums dich hart"

- I6: wenn ich sag, ich bin der Beste, bin ich ehrlich zu mir,
 I7: es ist krin betrug nein ich bin wirklich der beste,ich schreibe
 nämlich wirliche texte
 I8: Tu mir den gefallen,ich bin der beste,hoeeeeeeeeeee// Denn ich
 fick dich in Po und du schreist ohhhhhh//

Das Beispiel I6 ist aus einen bekannten Hiphop-Song von EKO Fresh mit dem Titel „Ich bin jung und brauche das Geld“ und zeigt, wie nah hier die Szene an den ‚Stars‘ ist. In wortgewaltigen Tiraden wird der ‚andere‘ zum ‚Opfer‘ und ‚zerstört‘ und seine Mutter kommt dabei meist auch nicht gut weg. Das gehört zum Hiphop seit seinen Anfängen und nicht umsonst stürzten sich 2004 die Presseleute auf die Bilder von den Hiphop Open in Stuttgart, als Sido nach einer Beleidigung der Mutter des Rapperkollegen Azad in eine Prügelei verwickelt wurde. Es ist also nicht nur eine Teil der Hiphop-Kultur, sondern auch etwas, was von außen erwartet wird, wo die Unwissenheit über die hochfunktionelle Abstraktheit der Battle-Raps (nämlich reale Gewalt zu vermeiden) zutage tritt. Die Texte werden geschaffen, um den Gegner zu schocken, ihn mundtot zu machen. Dabei wird auch vor allem auf vulgäre Sprache zurückgegriffen. Dieses in seiner Reinform als Porno-Rap bezeichnete Phänomen wirkt auf Außenstehende wie eine sinnlose Aneinanderreihung sexuell-vulgärer Floskeln, was in nicht unerheblichem Maße immer wieder, auch innerhalb der Szene, als Niveaulosigkeit begriffen und sanktioniert wird. Die latente Benutzung dieser Phrasen führt dann zu solchen Aussagen wie I11: „so richtigen Pornorap hat Aggro noch nie wirklich gemacht. Die Pornoraptracks von Aggro kann man an einer Hand abzählen: Bums mich, Arschficksong und Der Ficker. Das wars.“ Mit diesen drei Liedern wird im Hinblick darauf, dass es nur 3 sind, argumentiert, dass die Hiphop-Künstler vom Label Aggro Berlin nicht, wie es an gleicher Stelle heißt, ‚nur um Titten und AÄrsche‘ geht.

Von den Texten der hier als authentisch benannten Szene kann man sagen, dass sie das Gangsta-Milieu verbalisieren, das heißt mit dem ‚Gesetz der Straße‘ eben nicht das Ghetto in seiner Gesamtheit der sozialen Probleme meinen, sondern dass Drogen, Nutten, Gewalt, Waffen häufig aufgegriffene Themen sind und z.B. Bildung als Negativ-Thema konstruiert wird, weil das nicht zu einem ‚authentischen‘ Rapper gehört.

Die Beschäftigung mit allgemeinen gesellschaftlichen Diskursen ist sehr selten und wenn, dann nur in geringem Maße (s. nächstes Kapitel). Das kann bei dieser Art des Hiphops auch daran liegen, dass es sich um eine unwahrscheinlich egozentrische Form der Kunst handelt, nicht umsonst treten Mitstreiter eher als Kampfgenossen auf. Das hat zur Folge, dass in dieser Sparte viele Einzelkünstler bekannt sind (Fler, Sido, Bushido, EKO, Hengzt, Massiv, Kool Savas etc.), während in der im vorigen Abschnitt erwähnten Szene viele Bands vertreten sind (Blumentopf, Deichkind, Fettes Brot, 5 Sterne deluxe, Fanta4 etc.). Ausnahmen wie z.B. Rapkillaz im ersten und Samy deluxe oder Dendemann im zweiten Fall sind zwar vorhanden, aber ungewöhnlicher.

4. Das Amerikabild in deutschen Hiphop-Texten

4.1 Amerika und der ‚Studenten-Rap‘

Die Aneignung des Themas Amerika wird im Hiphop, der sich innerhalb des gesellschaftlichen und künstlerischen Diskurses verortet und verortet wird, thematisch in ähnlichen Bahnen wie in anderen politischen Diskursen der Gesellschaft gehalten. Die Kritik ist allgemein gegen Amerika oder die Person George W. Bush gerichtet. Neben kleineren Anspielungen, wie im schon erwähnten Lied von Blumentopf: „Wir ... scheissen auf Popmusik wie Amis aufs Völkerrecht!“ u.a. gibt es einige Lieder, die sich aus dem sozialkritischen Anspruch heraus ganz dem Thema widmen. Ein gutes Beispiel dafür ist ein Lied derselben Band Blumentopf unter dem Titel ‚Danke Bush!‘. Das Online-Magazin Pooltrax (I14) zum Lied: „Auch Blumentopf sind mal auf den Anti-Bush-Zug aufgesprungen. In diesem Fall allerdings schon vor dem Beginn des Irak-Feldzuges. So ist durchaus zu vermuten, dass die Gruppe ihren Protest durchaus ernst meint. Im Zuge von Krieg, Wahlkampf und Wiederwahl war es ja nicht einfach, der ‚Anti-Bush-Mode‘ die seriösen und somit politisch auch wertvollen Beiträge zu entlocken. ‚Danke Bush‘ von Blumentopf allerdings gehört eher zu den wertvollen Sachen. ‚Antikriegshiphop‘ haben sie das genannt. Und es handelt sich ganz und gar nicht um Ausschlussmaterial, wie man bei kostenlosen Mp3-Tracks eventuell vermuten könnte. Die Jungs haben eine Meinung und eine Message. So einfach vorbeikommen kann man daran nicht.“.

„Danke Mr. Bush

Sehr geehrter Mister Bush, ich kann nicht länger schweigen, ich muss Ihnen schreiben, jetzt in diesen schwierigen Zeiten, denn ich muss Ihnen beweisen: Es gibt auch Alteuropäer die noch solidarischer zu Ihnen halten als Tony Blair, die keine Showabziehen wie Michael Moore beim Oscarverleih, denen als Botschaft an Sie einfach nur ne Postkarte reicht. Denn ich will Ihnen nicht die Füße küssen wie Angela Merkel; alles was ich will, ist Sie in Ihrem Handeln bestärken, denn diesseits des Atlantikshalten Sie fast alle für krank und unsre Völkerrechtler wollen Sie auf derAnklagebank. Doch die Wahrheit ist, und Sie Mr. Bush ham das erkannt, woran's unsEuropäern offensichtlich mangelt ist Dank. Denn die Politiker ham keinen Respekt mehr vor Ihnen, die Presse und die Zeitungen schreiben nur schlecht über Sie, alle lästern über Sie, doch damit ist jetzt Schluss, denn hier steh ich und sag es Ihnen: Danke Mr. Bush!

You can fool some people sometimes, but you can't fool all the people all the time.

Danke Bush, dass Sie mit Ihrem Kreuzzug gegen das Böse kämpfen, denn obwohl ich vielleicht kein besonders religiöser Mensch bin weiß ich: Sollte es so was geben wie das Jüngste Gericht, dann ham Sie viel getan für so nen armen Sünder wie mich, denn dass ich endlich voll auf einer Linie bin mit dem Papst verdank ich einzig und allein dem Kriegsbeginn im Irak. Danke Bush, denn ich hätt auch nie zu glauben gewagt, dass ich einer Meinung sein kann mit dem was Gauweiler sagt. Und ich bin nicht allein, Herr Bush, ganz Deutschland ist dankbar, denn wären Sie nicht so aggressiv hätten wir Stoiber als Kanzler, und wenn's ne Frage gibt in der sogar Herr Schröder konsequent bleibt ist das nur eins Ihrer vielen Verdienste an der Menschheit. Danke Mr. Bush, wir brauchen mehr Männer wie Sie, die sich noch aktiv engagieren für die Demokratie, Sie sind der Größte Bush, niemand anderem kann es gelingen so viele Menschen für den Frieden auf die Straße zu bringen. Danke Bush dafür dass man wie ich als feiger Pazifist mal wieder stolz sein kann dass man Kriegsdienstverweigerer ist, und es ist Ihr Verdienst, dass sich Völker versöhnen mit Deutschland, keiner tut mehr als Sie für die deutsch-französische Freundschaft. Danke Bush, endlich bekommen wir hier ne Ahnung von dem wofür die Armyjacken und die Camouflagehosen stehn; und es tut gut, die Jugendlichen auf der Strasse zu sehn und festzustellen, dass die nicht nur auf die Loveparade gehn. Danke Bush, weil es an niemand anders liegt als an Ihnen dass die sich plötzlich alle so für Politik interessieren. Danke Bush, denn jetzt wird endlich öffentlich diskutiert, was sonst im Sicherheitsrat hinter den Kulissen passiert. Jetzt wissen wir, dass es dort üblich ist sich Stimmen zu kaufen und dass die Welt nicht mehr bereit ist Ihre Lügen zu glauben. Danke für die Show, Herr Bush, weil wir sonst selten dabei sind wenn Rumsfeld auftritt mit vom CIA gefälschten Beweisen. Danke Mr. Bush für ihre bestechende Logik, mit der es heißt, der Irak sei so schrecklich bedrohlich dass man ihn angreifen muss, was wiederum kein Problem ist, weil er militärisch so schwach ist, dass man ihn leicht erledigt. Danke Bush, endlich wissen wir was los ist am Golf, dass man dort jahrelang UN Resolutionen nicht befolgt. Danke dass wir jetzt wissen, dass das schon reicht für nen Krieg obwohl in Israel seit 30 Jahren das Gleiche geschieht. Danke Bush, schließlich hätt' es sonst ja keiner erfahren Wie offensichtlich da gemessen wird mit zweierlei Maß; und dort ham Sie auch sicherlich gelernt als cleverer Mensch wie effektiv man mit Waffengewalt den Terror bekämpft. Danke Mr. Bush, Ihre Strategen sollten sich schämen bei soviel Dummheit von intelligenten Bomben zu reden, auch wenn Sie tausendmal sagen, keine davon ging daneben, es wird niemals so was wie intelligente Bomben geben, danke Bush.

You can fool some people sometimes, but you can't fool all the people all the time.

Danke Bush sag nicht nur ich, weil auch Bin Laden gefällt, wie Sie den Hass auf sich schüren in der arabischen Welt und Extremisten von Pakistan bis nach Saudiarabien müssen Ihnen dankbar sein, auf einmal soviel Auftrieb zu haben. Vielen Dank Herr Bush, denn Sie bringen Menschen den Krieg und da geht's nicht um Macht und Öl sondern um Demokratie, und obwohl Gore behauptet von den Demokraten zu sein, sind Sie es, der deshalb die Welt von nem Diktator befreit, was als leuchtendes Beispiel für alle Länder gedacht ist, damit man nirgends den Willen des Volkes noch länger missachtet. Meinen Respekt Herr Bush, weil's mutiger nun wirklich nicht geht, denn Sie sind selbst nicht von der Mehrheit Ihrer Bürger gewählt, fuck you Bush.

You can fool some people sometimes, but you can't fool all the people all the time.”

Der Text ist ironisch und die Ironie wird nur durch das durchaus phrasenhafte ‚fuck you Bush‘ am Ende aufgehoben. Schon der Titel ‚Danke Bush‘ wird im Lied oft erwähnt und die Danksagung zieht sich durch den gesamten Text bis zum Refrain „You can fool some people sometimes, but you can't fool all the people all the time.“ Dieses Zitat ist nicht belegt, wird aber mit Abraham Lincoln, Bob Dylan und Bob Marley in Verbindung gebracht. Letzterer verwendete es in dieser Form in seinem Lied ‚Get up, stand up‘. Besonders an diesem Lied ist die Höflichkeitsform ‚Sie‘, die sehr ungewöhnlich für Hiphop-Texte ist und die Ironie sehr stark markiert.

Auch hier ist zu erkennen, dass es Teil der Hiphop-Kultur ist, sich formal und inhaltlich von den allgemeingesellschaftlichen Diskursen an Biertischen und ‚auf der Straße‘ abzuheben, ‚artifizuell‘ zu werden.

4.2 Der ‚authentische‘ Hiphop

Die Frage, inwieweit sich diese authentische ‚Straße‘ an Diskursen, hier im Besonderen am Amerika-Diskurs beteiligt, ist grundsätzlich in zwei Stränge zu teilen: der eine, der sich völlig verabschiedet und die mediale Präsenz eines Themas als Spielwiese nutzt (siehe weiter unten: Bushido, 11. September) und der andere Strang, der die Meinung der (durchaus konstruierten) Straßenkids authentisch wiedergibt. Es sind diese Texte, die sich an der Battle-Mentalität einer authentischen Gangsta-Rap-Szene orientieren und dabei Themen des allgemeinen politischen Diskurses aufgreifen. So zum Beispiel die Crew ‚Warheit‘ (sic!), ein Zusammenschluss von vier MCs (darunter AZAD, der die schon erwähnte Prügelei mit Sido vom Zaun brach), die von sich behauptet, sich beson-

ders dem sozialkritischen Rap verschrieben zu haben. Die Rapper kommen aber nicht aus der ‚Studentenrap-Szene‘, was darin mündet, dass sehr phrasenhaft und wenig reflektiert ein abstraktes ‚Amerika‘ kritisiert wird und dabei eben nicht auf die Originalität oder die Form Wert gelegt wird, sondern so brachial und medienwirksam wie möglich ein Text geschrieben wird, der ganz aus der authentischen Szene (von der Straße) kommt. Auf der Homepage (I13) steht geschrieben: „Hart...fast wie verboten, so ehrlich gerappt, dass man meint, die ‚Frankstadt‘ streckt ihre Arme aus für eine kalte Umarmung.“ Der Liedtext löste (was den Promotion-Zweck des Textes etwas zu betonen scheint) einige Diskussionen aus und wird auf der Bandhomepage (I13) per Blog von Bandmitglied Chaker folgendermaßen beantwortet: „Vielleicht habt ihr mitbekommen, dass einige den Inhalt unseres Songs völlig falsch interpretiert haben und wir als Terroristen, Anti Amerikaner usw. abgestempelt werden! Dann stell ich hiermit nochmal offiziell klar, dass wir einfach was gegen dieses elende Bush Regime haben und sonst nichts weiter! Aber ich glaube, dass wisst ihr ja! :o)“. Doch nun zu den wichtigen Stellen im Text des Liedes, welches die ‚falschen Interpretationen‘ und den Vorwurf des Anti-Amerikanismus hervorriefen:

- (1) „Der Teufel ist ein Mann, in einem Haus das weiß ist
erkenne dein Feind, es ist Zeit - jetzt!“
- (2) „Demokratie wird mit Blut rein gewaschen
Amerika will aus uns gute Menschen machen“
- (3) „Kriege überschatten das neue Zeitalter
Amerika führt sich auf wie ein Zuhälter“
- (4) „Hölle auf Erden - In Afrika verhungern Kinder
Hölle auf Erden - George Bush spielt Hitler
Hölle auf Erden - Ein Krieg gegen den Islam
Hölle auf Erden - Irak brennt wie Vietnam“
- (5) „Die neue Weltordnung, nichts als eine Intrige
Denn die Wahrheit wird mit allen Mitteln verschwiegen
George Bush, nur ein Handlanger der Lobby-Gruppen
Und wenn sie pfeifen, dann mobilisiert er seine Truppen
Der 11. September, nur ein Mittel zum Zweck
Über drei tausend Tote für ein dreckiges Geschäft
Amerika, Land der unbegrenzten Möglichkeiten
Opfert seine Menschen um Feinde zu beseitigen“

Besonders fällt bei den Beispielen auf, dass neben den fast kindlichen Reimen eine Kaskade von Stereotypen und Vorurteilen losgelassen wird, von denen das hervorstechendste sicher der Bush-Hitler-Vergleich ist, der ja, seit Herta Däubler-Gmelin vor Gewerkschaftlern am 19.9.2002 eine Andeutung in diese Richtung gemacht hat, immer wieder gut für Pressewirbel ist. Der eigentlich viel längere Text zählt alle sattsam bekannten Begriffe wie Macht, Öl, Krieg, 9/11 etc.

herunter, versucht nicht, neue Gedanken in den Diskurs einzubringen und kommt für einen wirklich brisanten Track viel zu spät (Mai/2007).

Bei dem Teil der Szene, der sich als der authentische Hip-hop des Ghettos sieht (Massiv: „Das ist das Ghettolied auf einem Ghetto-beat. Schau mir in die Augen und du weißt, dass ich das Ghetto lieb.“) ist aber viel eher noch die Abkehr von gesellschaftlichen Problemen zu sehen. Alles, was außerhalb des Blocks, der Gegend passiert, ignorieren die durchaus bewusst konstruierten Marionetten im deutschen Hip-hop-Kasperletheater. Besonders deutlich wird das im Fall Bushido, für den der 11. September zu einer Metapher wird, die zur medialen Spielweise seines ganz persönlichen Ego-Trips wird. Sein zu Promo-Zwecken am 11. September stattfindender Releasetermin wird überschattet von Diskussionen über ein Lied, welches sich letztendlich nicht auf der CD findet.

Das Lied heißt ‚11. September‘ und sollte ursprünglich auf Bushidos Album ‚Von der Skyline zum Bordstein zurück‘ veröffentlicht werden, wurde aber kurzfristig von der Tracklist gestrichen und daraufhin als Free-track zum kostenlosen Download angeboten, was den Diskussionen um die Kommerzialisierung des Themas neuen Antrieb gab. Dieses Lied übernimmt unreflektiert Phrasen aus dem diskursiven Zusammenhang der Anschläge vom 11. September und bezieht diese aber auf das Erscheinungsdatum des Albums bzw. setzt in der Battle-Logik Terrorist (Bushido) gegen Worldtrade-Center (der Gegner) ein. Der Plan funktioniert und szeneweite Diskussionen waren im Gange, als das Album schließlich erschien. Dem moralischen Diskurs (der in den Hip-hop-Foren durchaus stattfand) über den Respekt vor den Opfern wird mit vollkommener Nichtbeachtung begegnet. Der Text hat den Grundgedanken, dass die vermeintlichen Gegner die Amerikaner sind und Bushido dieser Terrorist, ‚an den die Jugend glaubt‘. Er läßt den Gegner ‚bluten wie die Typen aus den Twin Towers‘. Während die Freunde ‚Sonny und Saad zwei ganz harte Moslems, wir sind das Double-Team wie Van Damme und Rodmann‘ und ‚Ich und Eko sind verlinkt wie Michael Knight und Devon‘ mit thematisch fremden Bildern verglichen werden, bleibt die Nennung der Feinde ganz im Thema ‚11. September‘: ‚Scheiß auf Hengzt ‚scheiß auf Fler seine Diss-Tracks, ihr fetten Schweine ich hab eure Airline gekidnappt.‘ Die Bezugnahme auf allgemeine politische Diskurse geschieht nur in sehr oberflächlicher Weise. Die netzeitung führte mit Bushido ein Interview (I12), das diese Abkehr ganz deutlich werden läßt. Nachdem Bushido das zweite Flugzeug live in die Türme rasen sah, spielte er Computer: ‚ich habe Computer gespielt und hinter mir lief der Fernseher. Das habe ich am 11. September gemacht.‘. Auf seine Gefühle hin angesprochen antwortet er: ‚Ich habe nicht getrauert, aber ich habe auch nicht gefeiert. Ich habe das sozusagen als neutraler Zuschauer mitbekommen.‘ oder ‚Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Mir ist es völlig egal, was am 11. September in New York passiert ist. Genauso egal ist mir, ob jemand in Afrika hungert oder in Südamerika im Ghetto abgeknallt wird. Ich bin da nicht, ich lebe da nicht. Mir geht es gut. Ich brauche nicht aufgrund meines angeblich schlechten Gewissens so zu tun, als hätte ich mit irgendeinem gottverdammten Menschen auf dieser

Welt Mitleid. Wenn du Eier im Sack hast, dann geh dorthin und hilf ihnen. Fahr nach Rio und werde Jugendbetreuer in den Slums, fahr nach Afrika und grab einen Brunnen, oder flieg nach Thailand und hilf den kleinen Kindern, die dort verkauft werden. Mach was, aber rede nicht hier in Deutschland mit nem dicken Bierbauch darüber, wie arm die kleinen Negerkinder in Afrika dran sind.“

Der Liedtext drückt genau diese Form der Abkehr aus, schon die erste Zeile zeigt an, dass die Veränderung der Welt das Erscheinen des Albums ist und nicht die Anschläge von New York.

Der Text ist formal recht einfach gebaut, die Reime sind eher einfach (,bedroht‘–,mission‘ oder ,glaubt‘–,strauß‘), stellenweise wird der Sinnzusammenhang schwer durchschaubar, z.B.

,meine Freunde tragen Lederjacken und sind stinksauer.‘ oder ,Bin Laden ist schlimmer, ich häng im Hotel schick mir jetzt nen Pagen aufs Zimmer.‘, wo das Gefühl entsteht, hier ist der Reim der Erfinder des Satzes gewesen.

Diese Welt wurde verändert, am Elften des Septembers, Junge das geht von Berlin in alle Herrenländer,

Al Sarkawi ist tot, der Iran wird bedroht, deine Freunde chillen bei der Bahnhofsmision.

Es ist Rambo 4, Bin Laden auf der Jagd, der Wagen ist geparkt ihr Küchenschaben seid im Arsch.

Meine Feinde euer Blut läuft ich spürs, vielleicht werd ich dieses Jahr ein Flugzeug entführen,

Kontert wie ihr wollt, ich bekomme noch mal Gold, ich hab Chemowaffen bei und komme durch den Zoll.

Junge ich kotz, denn Amerika gefällt euch, für mich gibts nur eine Zahl und die is 11-9.

Der 11. September, der Tag der Entscheidung, ich bin dieser Junge über den man laß in der Zeitung,

wenn ich will seid ihr alle tot, ich bin ein Taliban, ihr Mißgeburten habt nur Kugeln aus Marzipan.

Der 11. 9., der Tag der Verdammnis, du kannst dich überzeugen falls du ein Mann bist,

ich lass dich bluten, meine Freunde tragen Lederjacken und sind stinksauer.

Ihr denkt ich bin schlimm aber Bin Laden ist schlimmer,

ich häng im Hotel schick mir jetzt nen Pagen aufs Zimmer.

Ich bin dieser Terrorist an den die Jugend glaubt, hinter meinem Rücken trage ich kein Blumenstrauß.

Meine Waffen hinterlassen für euch nur noch Staub, das Haus deiner Mutter nennt man auch ein Hurenhaus,

du bringst ein Album raus, woher kommt nur dieser Scheiß, du bist ekelig genau wie Condoleza Rice.

Komm durch die Wüste auf nem Schimmel geritten,
deine kleine Freundin sie ist meinen Pimmel geritten,(yeah)
von mir aus kannst du mich auch schwulenfeindlich nennen,
doch ich nenn dich immer noch 'stupid white man'.
Warum glaubst du denn ich zeige für dich Bastard Gnade,
komm wir treffen uns heute in der Katzbach Straße,
frag doch in Berlin, ja ich hab die besten Leute,
für mich gibt es nur ein Date, das ist der 11. 9.

Der 11. September, der Tag der Entscheidung, ich bin dieser Junge
über den man las in der Zeitung,
wenn ich will seid ihr alle tot, ich bin ein Taliban, ihr Mißgeburten
habt nur Kugeln aus Marzipan.
Der 11. 9., der Tag der Verdammnis, du kannst dich überzeugen falls
du ein Mann bist,
ich lass dich bluten wie die Typen aus den Twin Towers,
meine Freunde tragen Lederjacken und sind stinksauer.

Mein Album kommt, es ist 11. September, manche meiner Freunde sie
sind Hells Angels Banger,
sag meinen Namen Junge das bedeutet nur noch Stress, wir stürzen ab
und ich ficke mit der Stewardess.
Guck, ich habe zweimal Gold nenn mich Goldschmied, und Amerika
hass ich seit dem Golfkrieg,
du bist jetzt stolz Junge, sieh du hast mit Schwulen Sex, Ich bin King
Bushido, zweiter Name Mohammed.
Ich hab ein Flächenbrand über deine Stadt gelegt, Mädchen finden,
dass ich ausseh wie ein Kraftpaket,
die Zeit im Knast vergeht einfach viel zu langsam Mann,
ich bin Cowboy, dun dummer Hund wie Ran Tan Plan.
All' die Kids da draussen, rappen meine Parts mit, du siehst aus wie
ein Einbeiniger beim Arschtritt,
Ich und Eko sind verlinkt wie Michael Knight und Devon,
für mich gibts nur einen Tag und das is nine eleven.

Der Text ist ganz in der Form des Battle-Raps. Es gibt sexuelle Eindeutigkeiten wie ‚wir stürzen ab und ich ficke mit der Stewardess.‘ oder ‚deine kleine Freundin sie ist meinen Pimmel geritten‘, Beleidigungen wie ‚du siehst aus wie ein Einbeiniger beim Arschtritt‘ oder das Must-have, die Mutterbeleidigung ‚das Haus deiner Mutter nennt man auch ein Hurenhaus‘.

Daneben wird auf den Diskurs um die Beleidigungsrituale im ‚authentischen‘ Battle-Rap angespielt, in dem Begriffe wie ‚schwul‘, ‚Nigger‘, ‚Mongo‘, ‚Spast‘

und andere einerseits als Beleidigung des Gegners benutzt werden, andererseits natürlich auch dem Zuhörer das Gefühl vermitteln sollen, dass man selbst ein freier, starker Rapper sei, der außerhalb der gesellschaftlichen Normen operiert. Bushido war nach seinem Titel ‚Berlin‘ zum Ziel der Kritik der Schwulen- und Lesbenverbände geworden, die, für Bushido unverständlich, aus folgenden Zeilen einen Aufruf zur Gewalt gegen Schwule herauslesen wollten: „Berlin wird wieder hart, denn wir verkloppen jede Schwuchtel / Du Nutte kannst nach Hause gehn, ab jetzt ist es Hardcore du Opfer / die Party ist vorbei, Deutschland hat wieder ne Grenze / es ist ganz normal, Männer lutschen keine Schwänze.“ In „11. September“ wird in den Zeilen „von mir aus kannst du mich auch schwulenfeindlich nennen, doch ich nenn dich immer noch 'stupid white man'.“ darauf Bezug genommen, auch wenn wenig später mit „sieh du hast mit Schwulen Sex“ diesen Vorwurf als Diss zu gebrauchen.

Auf Amerika wird nur an 3 Stellen direkt Bezug genommen: ‚Junge ich kotz, denn Amerika gefällt euch‘, ‚du bist ekelig genau wie Condoleza Rice‘ und ‚Amerika hass ich seit dem Golfkrieg‘. Aus diesen Stammtischparolen ein Amerika-Bild abzuleiten ist nicht möglich. Viel einleuchtender scheint die These zu sein, dass der authentische Hip-hop kein Amerikabild verbalisiert und sich mit politischen Statements, die sich aktiv in einen politischen Diskurs der Gesellschaft einmischen, zurückhält, also eine ‚Entpolitisierung‘ eintritt.⁸

5. Amerika, ein ‚Gangsta’s Paradise‘? Die Bezugnahme auf Amerika im deutschen Hip-hop

Während der hier salopp als ‚Studenten-Rap‘ bezeichnete Hip-hop, der sich an Begriffen wie künstlerische Originalität und Sozialkritik orientiert, zu weiten Teilen sein Amerika-Bild im diskursiven Mainstream der Gesellschaft verortet, ist das bei dem hier als authentisch bezeichneten Hip-hop nicht so eindeutig zu sagen.

Einerseits wird die Ausklammerung der politischen Thematik aktiv zur Abgrenzung zum Studentenrap benutzt, andererseits beziehen sich viele Anspielungen im Rahmen des Ghetto-Gangster-Milieus nicht, wie dargestellt, auf die alltägliche Erfahrungswelt, sondern auf eine konstruierte, die sich in vielem an dem orientiert, was aus dem amerikanischen Hip-hop bekannt ist. Da ist einerseits die Kleidung, aber auch die Einstellung zu Gewalt, zu Drogen, Zuhälterei, zu Minderheiten, die Zurschaustellung materieller Güter und der Stolz auf eine (meistens auch konstruierte) Nationalität bzw. Zugehörigkeit zu einer bestimmten Volksgruppe.

Die folgende Übersicht soll zeigen, wie scheinbar ‚amerikanische‘ Dinge (durch Sinnverweise auf amerikanische Hip-hop-Attitüden) aktualisiert und wiederum in Frage gestellt werden.

⁸ Vgl. Bock/Meier/Süß (2007) .

Die Kategorisierung der Themen ist hier Gewalt, Drogen, materielle Güter, wobei hier nur die verbalen Zitate angeführt sind, viele klischeehaften Bilder werden in Videos gezeigt, z.B. der Pimp, der als herausgeputzter Zuhälter mit Frauen, Goldketten und großen Autos unterwegs ist, oder auch die Pumpgun. Diese werden nicht oder selten verbalisiert und werden hier nicht betrachtet.

Gewalt	
B-Tight (Märkisches Viertel): „er war vor kurzem wieder stark besoffen / hat ghettostyle jemanden abgestochen / was soll man machen der typ hats nich anders gewollt“	„ich würde noch sagen im ghetto wurde es ja grad mit hip hop geklärt. und solche die sich provozieren lassen sind da sowieso am falschen platz.“ (I15)
Massiv (Berlin Crime): „Fang schon an zu betteln, Junge das ist Berlin Crime! Uns're Waffen stecken wir euch in die Fresse rein!“	„nd dann machen se einen auf "wir leben im ghetto" und hauen drauf. so etwas gibt es oft und auch solche typen sind dafür verantw. dass das image von hiphop (was sowieso shon oft mit gewalt in verbindung gesetzt wird) noch schlechter wird. wir sind hier nun mal nicht im ghetto“ (I15)
Bushido (Hast du was bist du was): „Wenn ich will lass ich dich jetzt wissen wie das Blei schmeckt,“	
KIZ (Geld essen): „du brauchst street-credibility und lässt dir kugeln implantieren“	„Aber wieso sollte man sie wegboxen? Sind wir hier in Amerika oder was?“ (I16)
	„aber am lächerlichsten ist fler, der sein ganzes leben im ghetto (wo gibt es in deutschland ghettos, häh...) fristete und "täglich" morde und vergewaltigungen miterleben musste. pffff...“ (I19)
Drogen	
KIZ (Geld essen): „rockstars, bloß ohne klampfe und H“	(I29): „ich muss bestimmt keine Drogen nehmen nur weil ich Hip hop höre“
Bushido (Electro Ghetto): „Ich verkauf mit Kumpels Heroin“	
Saad (FickdeineMutterSlang): „Ja es stimmt ich habe Drogen getickt“	
materielle Güter	
Sido (Schlechtes Vorbild): „ich hab geld, hab frauen, hab spass und du musst immer noch bahn fahren“	„Ja klar Massiv erzählt storys aus dem Amerikanischen Ghetto denn so arm kann wedding nicht sein... (I20)“
Nationalität	
(I17) „tja net jeder hat das glück als türke auf die welt zu kommen“	„Da der Ausländeranteil in diesen Schichten nicht unerheblich ist und man seine ausländischen Kontakte pflegt ,wird im Hip Hop Multikulti täglich gelebt.“ (I22)
(I20) „wir araber übernehmen bald den deutschen rap. libanon 4 ever“	

<p>Fler (Neue deutsche Welle): „Das ist Schwarz- Rot- Gold, hart mit stolz. Man siehst mir nicht an, doch glaub mir, meine Mum ist deutsch“</p> <p>B-Tight (Der Neger): „Wer hat das Gras weggeraucht? Der Neger! Wer rammt dir den Penis in den Bauch? Der Neger!“</p> <p>(I21): „POLEN TRITT DEUTSCHLAND DICK IN DEN ARSCH !!! Allein schon dafür das hitler es als erstes land im 2. weltkrieg überfallen hat!!!!“</p>	<p>„türke hin türke her, ich bin auch türke aber 002 003 Dein Grundgedanke ist mehr homo als der vom Zäpfchen“ (I23)</p> <p>„egal ob kurde türke russe oder deutscher wenn sich der text und der hintergrund gut anhören ist es sowas von scheiß egal aus welchem land man kommt man. schaut ecuh sido an. der kommt aus Polen und rappt nur scheiße vor sich hin.Aber ich kenn auch genug Polen die gut rappen können.“ (I24)</p>
---	--

In gewisser Weise kann man hier von einem virtuellen Raum sprechen, der angelehnt an amerikanische Vorstellungen vom Ghetto- und Gangstermilieu aktualisiert wird. Diese Vorstellungen differieren von einer wirklichen, ‚authentischen‘ Darstellung des Ghetto-Milieus, was man nicht zuletzt daran erkennen kann, dass die Texte aus der ‚richtigen‘ South-Bronx durchaus starke sozialkritische und künstlerische Ambitionen transportierten, während es hier nur um die Gestaltung des Gangsta-Raps geht.

6. Ein Blick nach Tschechien

Die betrachteten Texte sind aufgrund der Sprachbarriere sehr eingegrenzt, es handelt sich um drei Forum-Threads und einen Liedtext, die freundlicherweise von Martina Divišová und Dita Hommerová ins Deutsche übertragen wurden und exemplarisch betrachtet werden.

Die Forentexte gleichen den deutschen vom sprachlichen Stil, eine von Anglizismen durchzogene, sehr lockere Sprache, die vor Beleidigungen und Vulgärausdrücken nicht haltmacht. Ganz ähnlich den Texten in den deutschen Foren wird ein Diskurs entwickelt, der außerhalb vergleichbarer Maßstäbe ein anscheinend quantifizierendes Wertesystem entwickelt.

Die tschechische Hiphop-Szene ist zwar (wahrscheinlich aufgrund der demographischen Daten) kleiner als die deutsche, doch sehr lebendig. Die Trennung zwischen Gangsta- und Concious Rap wird auch hier von beiden Seiten betont, so wirbt das Hiphop Kemp in Hradec Králové damit, strictly Concious/Trueschool zu sein (I26). Dieses Festival war neben dem Chemnitzer Splash 2006 das größte in Europa, nicht zuletzt wegen der Lage mitten in Europa. Die Fans diskutieren in Foren oft über Hiphop-Musik aus anderen Ländern und bewerten diese, wobei interessanterweise neben den in den Aussagen alles überragenden Vereinigten Staaten vor allem französischer Rap (I27) in den Vordergrund gestellt wird. Es bleibt zu vermuten, da das nur an wenigen Stellen belegbar ist, dass es sich hierbei um Fans handelt, die vor allem auf Hiphop, der sich als Kunstform versteht, fixiert sind, also mit Respekt vor der Leistung der Künstler in anderen Ländern sprechen. Die rein kompetitiven Aussagen („Polish Hip Hop number 1

in earth“ etc.) sind eher der authentischen Seite zuzuordnen. Die Differenzierung wird aktiv von beiden betrieben und die Bezeichnung „studentskej rap“ (I28) ist analog zum Deutschen durchaus gebräuchlich.

Das Amerika-Bild ist neben der authentischen ‚Ghetto‘-Konstruktion, die auch in Deutschland zu finden ist und von brachialen Battles und vulgären Texten strotzt und vor allem im visuellen Bereich eine starke Anlehnung an die globale, aber amerikanisch konstruierte Hiphop-Welt anschließt, vor allem durch den so genannten Studenten-Rap geprägt, der ähnlich wie der Hiphop gleicher Couleur in Deutschland in einem durchaus breiten gesellschaftlichen Diskurs schwimmt. Das Lied ‚Kurva Amerika, swině Evropa‘ (Bitch Amerika, Drecksau Europa) des Prager Künstlers Coltcha bringt vieles auf den Punkt, allerdings (das Lied ist von 1998) nicht so sehr in Bezug auf Kriege, sondern auf Drogen und Geld, das Hasch und der Dollar, der verneint wird mit den einzigen englischen Zeilen: „Life must be fucking real“. Es geht um Lügen der Politik, aber auch der eigenen, und ähnlich wie in deutschen Texten wird mit Phrasen („Hiphop ist ein Glauben“) und der Ausweg aus dem Dschungel der Lügen dargestellt. Das Wort ‚konkrétní‘ steht im Tschechischen für das ‚real‘ der South Bronx, welches die Künstler als Wegweiser immer an der Szene orientiert („Real ist das, was glaubhaft in Szene gesetzt wird.“⁹). Es ist die Idee authentisch zu sein, sei es als an der Kunstform Hiphop interessierter Künstler oder als Gangsta und hier schließt sich der Kreis von den Anfängen des Hiphops bis jetzt.

7. Zusammenfassung

Hier aufgrund der eher explorativen Methode ein endgültiges Fazit zu ziehen fällt schwer. Ein Ergebnis könnte sein, den Befund von Bock/Meier/Süß (2007): „Mit zunehmendem Erfolg scheint HipHop jedoch einer Entpolitisierung und Kommerzialisierung unterworfen zu sein, die inhaltlich eher individuellen Reichtum und persönliche Macht als Ziel propagiert und in den Spielarten des Gangster-Rap seinen vorläufigen Höhepunkt erfährt.“ nicht als Entwicklung von einem Zustand zum nächsten zu verstehen, sondern als Differenzierung im Sinne einer Spezialisierung, in der besonders der ‚Studentenrap‘ und der ‚Gangsta-Rap‘ sich gegenseitig als Antipoden der Hiphop-Szene im Kontrast von Kunst und ‚Straße‘ konstruieren.

Die Bezugnahme der Hiphop-Künstler auf Amerika erfolgt in ähnlicher Weise, die sich in zwei Hauptdiskurse unterscheiden lässt. Einerseits in den Bezug auf Amerika als politisches Konstrukt, als Staat, andererseits im Rahmen der Authentifizierung des Hiphops als Bezug auf die Globale Kultur Hiphop, die sich aber auf die lokalen, amerikanischen Praktiken der konstruierten und stilisierten Ghetto-Welt in der South Bronx Ende der 70er Jahre bezieht.

Im politischen Amerika-Bild kann man starke Unterschiede zwischen den hier gezeigten Strömungen des Hiphops zwischen Artifizialität und Authentizität ausmachen. Während der sich als sozialkritische Kunstform verstehende Hiphop

⁹ Klein/Friedrich (2003), S. 7.

durchaus mit seinen Texten im politischen Mainstream-Diskurs liegt, in selteneren Fällen differenzierenderweise auf die ‚Ghetto-Mentalität‘ anspielt, wie in I25: „deutschland scheint sich hier mal wieder negativ vom staendig kopierten amerika abzusetzen. aus unseren sozial schwaecheren gegenden scheint eher nur dreck zu kommen, besonders was die botschaft angeht. vom aesthetischen grundverstaendniss ganz zu schweigen. hiphop ist vielleicht im intellektuellen niemandsland geboren und zur grundschule gegangen, aber seit einer weile trennt sich doch schon die spreu vom weizen, hauptschueler im geiste entwickeln hiphop jedenfalls nicht weiter...“, kann man beim so genannten Gangsta-Rap eine absolute Abkehr vom politischen Diskurs erkennen, der sich sogar über die Grenzen der ‚political correctness‘ hinwegsetzt, sei es als PR-Instrument, oder um eigene Stärke zu demonstrieren. So sagt ein Forumteilnehmer zum Vorwurf der Gefühlskälte: „musste das letzte mal weinen, als mir meine katze in das essen gekackt hat...“ (I25).

In Tschechien ist das inhaltlich, soweit das geringe Korpus vermuten lässt, nicht anders, wobei die Vergleichslage anders ist, es wird mehr auf die Nachbarländer geachtet, die Slowakei, Polen und vor allem Frankreich scheinen stärker im Fokus der tschechischen Hiphop-Gemeinde zu stehen, was aber auch mit der geringeren Größe des Landes bzw. der Einwohnerzahl zusammenhängen kann.

Die Konstruktion des Amerika-Bildes in den ähnlichen Hiphop-Kulturen in Deutschland und auch in Tschechien ist jeweils auf zwei Ebenen zu sehen, einerseits die des so genannten Studenten-Raps, der Hiphop als sozialkritische Kunstform versteht und der das Amerika-Bild durchaus aus der Mitte des politischen Diskurses der Gesellschaft konstruiert, während der hier als authentisch bezeichnete Gangsta-Rap sich aus dem politischen Diskurs verabschiedet und zum passiven Kommentator und Zuschauer wird.

8. Literatur und Quellen

Androutsopoulos, Jannis/Arno Scholz (2002): On the recontextualization of hip-hop in European speech communities: a contrastive analysis of rap lyrics. In: PhiN 19/2002.

Androutsopoulos, Jannis (2003): HipHop und Sprache: Vertikale Intertextualität und die drei Sphären der Popkultur. In: ders.: Hiphop: globale Kultur – lokale Praktiken. Bielefeld: transcript. S. 111-136.

Ebersbach, Bruno (2005): Mein Block. Studienarbeit, Akademie der Bildenden Künste Nürnberg.

Bock, Karin/Stefan Meyer/Gunter Süß (2007): Hiphop meets Academia. In Druck.

Fromhold-Eisebith, Martina (1996): Das kreative Milieu – ein Förderer regionaler Technologietransfers?. Erhebungsergebnisse aus den Regionen Aachen und Karlsruhe“. In: Maier, J. (Hrsg.): Bedeutung kreativer Milieus

für die Regional- und Landesentwicklung. Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung. Heft 153. Bayreuth.

Holert, Tom/Mark Terkessidis (Hg.) (1996): *Mainstream der Minderheiten – Pop in der Kontrollgesellschaft*. Berlin.

Klein, Gabriele/Malte Friedrich (2003): *Is it real? Die Kultur des HipHop*. Frankfurt am Main.

Robertson, Roland (1992): *Globalization: Social Theory and Global Culture*. London.

Internetquellen:

- I1: <http://www.rap.de/features/694/t2>
- I2: http://www.peta2.de/spotlight/p270/sage_francis_und_PETA2_neues_vom_eastcoast_conscious_rapper.html
- I3: <http://www.mzee.com/forum/showthread.php?t=100013997&page=2037>
- I4: <http://www.hiphop-battles.com/battle/4342/>
- I5: <http://www.hiphop-battles.com/battle/1961/>
- I6: <http://fluter.de/look/article.tpl?IdLanguage=5&IdPublication=2&NrArticle=2388&NrIssue=22&NrSection=40>
- I7: <http://www.mzee.com/forum/archive/index.php/t-104291.html>
- I8: <http://www.hiphop.de/home.cfm?p=165&pl=2&idf=49,28453,0&CFID=10835685&CFTOKEN=55457280>
- I9: <http://www.uni-protokolle.de/foren/viewt/29383,30.html>
- I10: <http://www.hiphop.de/de/home.cfm?p=165&pl=2&idf=50,51404,0&CFID=7564061&CFTOKEN=61574093&page=2>
- I11: <http://www.uni-protokolle.de/foren/viewt/29383,75.html>
- I12: <http://www.netzeitung.de/entertainment/interviews/438474.html>
- I13: <http://www.warheit.de/>
- I14: http://www.pooltrax.com/freemp3/abc/blumentopf_danke_bush.html
- I15: <http://www.worldofhiphop.de/community/rap-allgemein/9353-gewalt-hiphop.html>
- I16: <http://forum.rap.de/forum/archive/index.php/t-45770.html>
- I17: <http://www.mzee.com/forum/showthread.php?t=100026298>
- I18: <http://forum.rap.de/forum/archive/index.php/t-26685.html>
- I19: <http://www.mzee.com/forum/showthread.php?t=100024718&page=12>

- I20: <http://www.shesaiddestroy.org/archives/2006/07/21/65-for-life-massiv-blut-gegen-blut/>
- I21: <http://www.mzee.com/forum/showthread.php?t=35162&page=8>
- I22: www.nordmob.de/html/hip_hop.html
- I23: <http://www.hiphop-battles.com/battle/5151/>
- I24: <http://milch.junkies.ws/2007/07/02/azad-feat-adel-tawil-ich-glaub-an-dich/>
- I25: <http://forum.rap.de/forum/showthread.php?t=48880&page=7>
- I26: <http://www.hiphopkemp.de/content/blogsection/2/36/>
- I27: <http://www.hip-hop.cz/forum/?rowid=46&from=90>
- I28: <http://boombap.cz/hiphop/fini-trax/>
- I29: http://www.beepworld.de/cgi-bin/forum_de/archive/t-147836.html
- I30: <http://www.de-bug.de/texte/3154.html>

Songtexte: Sämtliche Songtexte sind hier nur unter ihrem Titel zitiert und auf diversen Internetseiten verfügbar. Dabei gibt es oft unterschiedliche Schreibweisen, so dass ein ‚richtiges‘ Zitat nicht möglich scheint, zumal die Künstler ihre Texte live oft abwandeln, verändern, so dass es den fertigen Text im Grunde nie gibt.

Die Forenbeiträge und auch die Songtexte sind in der hier dargestellten Weise mit vielen Tipp- und Rechtschreibfehlern im Netz vorhanden. Eine durchgängige Markierung durch (sic!) habe ich mir und dem Leser erspart, da es sich um eine zu große Anzahl von Markierungen gehandelt hätte.

Die Stadt wird sein: Die Rolle umbenannter Städte in der Gedächtnispolitik der DDR und der VR Polen – dargestellt am Beispiel der Zeitschrift „Blick nach Polen“

Kerstin Preiwuß

1. Einleitung

Das erste, was Sie von einer Stadt zu Gesicht bekommen, ist ihr Name. Sie begegnen ihm mit dem Finger auf der Landkarte, wenn Sie deren Lage suchen, Sie lesen ihn auf dem Titel des Reiseführers, den Sie sich vielleicht kaufen werden, denn Sie wollen diese Stadt zum ersten Mal besuchen, schließlich erkennen Sie ihn prüfend auf den Abfahrts- oder Ankunftslisten am Bahnhof oder auf den zahlreichen Straßenschildern wieder, mittels derer Sie sich vergewissern, dass Sie richtig liegen auf Ihrem Weg in die Stadt.

Welches Bild eröffnet Ihnen aber dieser Name? Wie soll die Stadt sein, die schon vor Ihrer Ankunft über den Namen als Konzept vor Ihrem geistigen Auge entsteht? Was erwarten Sie dort vorzufinden und was möchten Sie gerne sehen?

„Im Vergleich zu Wohnungen, Wohnräumen und Wegen wird Städten eine sehr viel ausgeprägtere Individualität zugeschrieben, die durch ihre Geschichte geprägt erscheint und durch den Besitz von Eigennamen symbolisiert wird. Städte besitzen ein Image oder ein Bild im Bewusstsein ihrer Bewohner, aber auch im kollektiven Bewusstsein einer Sprachgemeinschaft. Wie ist diese städtische Identität zu fassen? Unter sprachwissenschaftlichen Aspekten liegt die Analyse von Stadtnamen nahe. Sowohl in die Intention der Namen wie auch in Ausdrücke für häufig anzutreffende Beinamen von Städten gehen stereotype Vorstellungen von Eigenschaften städtischer Makroräume ein, die auch Raumvorstellungen einschließen können.“¹

In diesem Beitrag soll es mir jedoch nicht nur um dieses Bild der Städte gehen, das über ihren Namen im Bewusstsein einer Sprachgemeinschaft erzeugt wird, sondern gerade auch um die Möglichkeiten, durch die Umbenennung von Städten ihr Bild zu verändern und in dieser Veränderung im kollektiven Gedächtnis der Sprachgemeinschaft auch neu zu verankern.

Die Umbenennung von Städten ist häufig ein Akt politischer Willkür, der infolge veränderter Grenzziehungen und Gebietszuweisungen zwischen zwei Staaten den rechtmäßigen Machtanspruch auf den gewünschten städtischen Raum untermauern soll. In Bezug auf das deutsch-polnische Kontaktgebiet kam es mit der Niederlage des Dritten Reiches und dem Ende des Zweiten Weltkriegs auf Beschluss der Alliierten laut Potsdamer Vertrag zu Grenzveränderungen, die eine Umbenennung ehemals deutschnamiger Städte nach sich zogen. Anstelle seiner ostpolnischen Gebiete, die es auf Wunsch Stalins an die Ukraine abtreten musste, erhielt Polen die ehemaligen deutschen Provinzen östlich von Oder und

¹ Hartmann (1989), S. 71.

Neiße und verschob sich dadurch nach Westen. Die Regierung der Volksrepublik Polen kartographierte den zu ihrem Staatsgebiet hinzugekommenen Raum um, indem sie ihn mit neuen polnischen Namen versah. Inwieweit es bei den bekannten Städten wie *Breslau*, *Danzig* oder *Stettin* durch die Umbenennung in *Wrocław*, *Gdańsk*, *Szczecin* auch zu einer Veränderung ihres Städtebildes kam, soll im Laufe des Beitrages einer genaueren Untersuchung unterzogen werden. Als Material dient hierbei die Zeitschrift „Blick nach Polen“, die im Zuge der Gründung der DDR für den Zeitraum von 1949 bis 1953 in Berlin von der „Helmut-von-Gerlach-Gesellschaft für kulturelle, wirtschaftliche und politische Beziehungen zu dem neuen Polen“ herausgegeben wurde mit dem Ansinnen, den Deutschen der Nachkriegszeit nicht nur ein neues Bild dieses neuen Polens zu vermitteln, sondern sie auch dafür zu begeistern. Anfangs noch als Zeitung für das gesamte Nachkriegsdeutschland gedacht (immerhin gründete sich nach dem Berliner Vorbild eine gleiche Gesellschaft in Düsseldorf und erreichten auch Leserbriefe aus Westdeutschland die Redaktion der Ostberliner Zeitschrift), verstand sie sich jedoch bald als ein Medium der Vermittlung dieses neuen Städtebildes zwischen der DDR und der VR Polen und kann demnach auch als Dokument der Beziehungen zwischen den beiden neu entstandenen „sozialistischen Bruderländern“ betrachtet werden.

2. Name als Symbol

„Die Menschen ordnen ihre nähere Umgebung und die für sie wahrnehmbare Welt weitgehend über die Namen, die den identifizierten Gegenständen ‚anhaf-ten‘; die Namen, die jemand kennt, und die Relationen zwischen den Namen bilden für das Individuum gewissermaßen die mentale Landkarte (‚mental map‘) der sprachlich artikulierbaren Welt.“²

Zwar sind Namen einerseits das erste Mittel zur Identifikation und damit zur Ordnung der empirischen Außenwelt, von dem Moment ihrer Benennung an verfügt der Mensch mit ihnen jedoch auch über die Möglichkeit, sie als Zeichen seiner Welt anzusehen, als Symbole der Welt zu nutzen, die er wahrnimmt und in Abhängigkeit von Raum, Zeit und ihn umgebender Kultur in verschiedener Bedeutung konzeptualisiert.

„Der Name adressiert die Informationsmenge, die durch die *Rezeption dieses Gegenstands* im menschlichen Gehirn erzeugt wurde“³, jedoch über den Umfang dieser Informationsmenge „lässt sich nichts sagen. Es lässt sich auch nicht vorhersagen, welche Merkmale rezipiert werden. Dies ist vom Wissensstand des Rezipienten und vom Kontext (d.h. von Situationsfaktoren) abhängig.“⁴ Damit ist ihre Bedeutung über die reine Identifikationsfunktion hinaus veränderbar und für die jeweils passende Gegenwart einer Stadt neu festlegbar, denn: „Nicht nur die Rechtschreibung und die grammatischen Regeln der Ausgangssprache, son-

² Wimmer (1995), S. 373.

³ Hansack (1990), S. 41.

⁴ Ebd., S. 65.

dern auch der gesamte historische und kulturelle Hintergrund determinieren die Besonderheit des Namens. Hinter seiner lautlichen und schriftlichen Form verbergen sich zahlreiche Codes, die geballte Bedeutungen tragen und bestimmte Bilder und Assoziationen, Gefühle und Emotionen bei den Rezipienten hervorrufen.“⁵

Kommt es nun – wie im Falle des deutsch-polnischen Kontaktgebietes nach dem Zweiten Weltkrieg – mit einem Gebietswechsel auch zu einem Namenwechsel, gerät die Verwendung des ehemaligen wie des neuen Namens zu einer politischen Tat: „Alle wissen, was gemeint ist, wenn der eine oder der andere Name bevorzugt wird. Es ist ein semantischer Code, an dem man Haltungen erkennen, Ressentiments oder den Kampf dagegen ablesen kann. Jeder Name meint etwas anderes, meist eine andere Generationenerfahrung“⁶

In Bezug auf die bezeichneten Städte sind Namen sogar in der Lage, diese symbolisch zu vertreten: „Nicht nur ein oberflächliches oder gar verstecktes Politikum sind Namen. Als besonders attraktive Zentralpunkte für eine ‚*symbolische Ortsbezogenheit*‘ aggregieren in ihnen offensichtlich umfassende historische Formationen, wesentliche Züge der Gesamtgeschichte einer Stadt.“⁷

3. Das Bild der Stadt

Über ihren Namen sind wir in der Lage, in unseren Köpfen ein Bild von der Stadt, über die wir sprechen, zu erzeugen. Die Stadt wird mit Hilfe der Sprache zum vorgestellten Raum. Dass dieser vorstellbare Raum auch immer ein angeordneter, genauer: ein angesagter Raum ist, wird anhand unterschiedlicher (bildlicher) Vorstellungen ersichtlich, die von einer Stadt in unseren Köpfen existieren können und sich anhand ihrer Namen manifestieren. Dies kann bei mehrfacher Konnotation zu ungeahnten Problemen, aber auch zu verblüffenden Lösungen führen. Auf die Frage eines Freundes: „Wenn in Stanislau Schnee fällt, welches Wetter ist dann in Iwano-Frankiwsk?“, antwortet der ukrainische Schriftsteller Juri Andruchowitsch ganz im Sinne seiner von *Stanislau* in *Iwano-Frankiwsk* umbenannten Heimatstadt: „’Überwiegend Winterwetter, muß aber nicht sein’, schrieb ich zurück. Erst später wurde mir klar, daß ich mich nicht geirrt hatte. Es sind in der Tat zwei verschiedene Städte. Ja, zwei Nachbarstädte, räumlich so eng beieinander, streng genommen befindet sich die erste mitten in der zweiten, eine Stadt in der Stadt. Aber man darf sie keinesfalls für identisch halten.“⁸ Im Gegenzug dazu bekennt der polnische Wissenschaftler und Schriftsteller Andrzej Zawada sich zu einer Heimatstadt „Bresław“: „Wrocław, Wratislavia, Breslau, Wrocław. Eigentlich sollte es heute Bresław heißen, damit sich im Verwachsen der deutschen und der polnischen Namenshälfte ihr Wesen ausdrückt.“⁹

⁵ Stopińska (2002), S. 52.

⁶ Schlögel (2003), S. 227.

⁷ Bering (2002), S. 210.

⁸ Andruchowitsch (2003), S. 54.

⁹ Zawada (2005), S. 86.

Städtebilder, das wird hier deutlich, sind auch immer unsere Imaginationen von Städten, deren Aufgabe es ist, eine kulturspezifische Aneignung des Raumes (symbolisch) zu vertreten. Dabei ist es interessant zu untersuchen, welche unterschiedlichen Bilder von ein- und demselben Ort existieren und aus welchen Einzelheiten diese unterschiedlichen Bilder jeweils zusammengesetzt sind. Durch eine selektive Auswahl der Fakten und Daten aus der Geschichte einer Stadt, durch die Mythisierung einzelner Abschnitte ihrer Vergangenheit, durch die Hervorhebung und Verallgemeinerung bestimmter Eigenschaften oder Charakteristika (z.B. Sehenswürdigkeiten) wie auch durch Verschweigen anderer, für das jeweilige Bild unpassender Typika lässt sich die Vorstellung vom Wesen der Stadt im Kopf der Sprachbenutzer beeinflussen.

Wird eine Stadt sogar von mehreren Kulturen gleichzeitig als Symbol ihrer jeweiligen Identität beansprucht, gewinnt sie zudem eine historische Bedeutung, die sie von einem Schauplatz zu einem Medium des kollektiven Gedächtnisses, zu einem Gedächtnisort werden lässt.

„Jede Gruppe, die sich als solche konsolidieren will, ist bestrebt, sich Orte zu schaffen und zu sichern, die nicht nur Schauplätze ihrer Interaktionsformen abgeben, sondern Symbole ihrer Identität und Anhaltspunkte ihrer Erinnerung.“¹⁰ Städte werden dadurch „weniger durch Zeichen („Denkmäler“) akzentuiert, als vielmehr als Ganze in den Rang eines Zeichens erhoben, d.h. *semiotisiert*.“¹¹

In Bezug auf die hinzugekommenen Westgebiete war die Regierung der Volksrepublik Polen bestrebt, diese in die Geschichte des polnischen Staates einzugliedern. Dies geschah zum einen durch den Rückgriff auf eine Vergangenheit aus der mythischen Vorzeit der ersten Oberhäupter des polnischen Reiches, der Dynastie der Piasten, zum anderen durch Auslassen bzw. Umdeuten der nicht-polnischen Geschichte der Zwischenzeit. Aus den per Vertragsschluss festgelegten neu hinzugekommenen wurden in diesem Kontext „wiedergewonnene Gebiete“. Dies zeigte sich auch in der Art der Umbenennung. Für den umzubenennenden Raum wurde zum Teil auf die alten Namen aus der Zeit des piastischen Polens zurückgegriffen, die damit das neue Polen mit seiner alten Vergangenheit ein Einklang bringen sollten.

„Jeder tiefere Kontinuitäts- und Traditionsbruch kann zur Entstehung von Vergangenheit führen, dann nämlich, wenn nach solchem Bruch ein Neuanfang versucht wird. Neuanfänge, Renaissance, Restaurationen treten immer in der Form eines Rückgriffs auf die Vergangenheit auf. In dem Maße, wie sie Zukunft erschließen, produzieren, rekonstruieren, entdecken sie Vergangenheit.“¹²

Verwurzelt in der ältesten Geschichte verkündeten die neuen Namen die neue politische Ordnung des neuen Polens.

¹⁰ Assmann (1999), S. 40.

¹¹ Ebd., S. 60.

¹² Ebd., S. 32.

4. Blick nach Polen

Werfen wir nun einen Blick nach Polen. Dabei stellt sich die Frage nach dem Aufnahmestandpunkt, von dem aus dieser Blick geworfen wird.

1949 bis 1953 gab unter Lizenz der sowjetischen Militäradministration die „Hellmut-von-Gerlach-Gesellschaft für kulturelle, wirtschaftliche und politische Beziehungen zu dem neuen Polen“ unter dem Titel „Blick nach Polen“ über den hauseigenen Verlag eine Monatszeitschrift heraus, deren erklärtes Ziel es war, „alle die Freunde zusammenzufassen, die sich besonders für unser nächstes östliches Nachbarvolk interessieren, die erkannt haben, daß die Gestaltung eines neuen deutsch-polnischen Verhältnisses ein Hauptbestandteil unserer demokratischen Entwicklung ist. [...] Sie soll ihnen die Kenntnisse, die Informationen, das Material vermitteln, das sie brauchen, um überall zu zeigen, wie es hinter Oder und Neiße wirklich aussieht.“¹³ Zwar richtete die Zeitung sich in ihrer Aufgabenstellung zunächst an alle Deutschen, doch mit der bedingungslosen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als alleinige Voraussetzung, friedliche Beziehungen zum neuen Polen aufzubauen, war gleichzeitig die politische Linie der DDR im Gegensatz zur BRD ablesbar. Gerade für das Gebiet West-Polens galt 1949 laut einem Memorandum über die Versorgung der Hellmut-von-Gerlach-Gesellschaft mit Propagandamaterial aus der Republik Polen: „Es ist notwendig, in der Frage der deutsch-polnischen Grenze ganz besondere Kampagnen zu führen. Um Illusionen zu zerstören und Lügen zu widerlegen, werden besonders dringend Zahlenmaterial und Fotos über den Aufbau in den Westgebieten benötigt. Bisher war lediglich Material über die beiden Städte Wrocław und Szczecin vorhanden. Es hält sich aber hier hartnäckig die Lüge unserer Feinde, daß diese Westgebiete nicht voll ausgenutzt seien. Diesen Lügen muß man mit Material entgegentreten können.“¹⁴

„Das neue Polen muß uns so heilig und unantastbar sein wie unsere eigenen Neubauerngehöfte und volkseigenen Betriebe, wie die Freiheiten und Rechte unserer Gewerkschaften und wie das freie Wort unserer neuen, demokratischen deutschen Literatur“, schreibt Wolfgang Harich in einer der ersten Ausgaben der Zeitschrift.¹⁵ „Blick nach Polen“ war als Medium der Umerziehung im Einklang mit dem Staat DDR mit der Aufgabe „zur Herstellung einer neuen imaginären Topographie des polnischen Raumes“¹⁶ betraut. Das wirkte sich auch auf die Namen aus. Zum einen wurde die Benutzung ehemaliger deutscher Namen für die nun polnischen Gebiete von Seiten der DDR-Regierung strikt untersagt,¹⁷

¹³ Blick nach Polen, 3/1949, S. 45.

¹⁴ Die Beziehungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen. 1986, S. 70.

¹⁵ Blick nach Polen 3/1949, S. 21.

¹⁶ Dzikowska (1998), S. 71.

¹⁷ „Doch ausnahmsweise ist auch ein amtliches für die eigene Sprachgemeinschaft verfügbares Exonymenverbot zu beobachten. So hat die DDR den Gebrauch aller dt. Exonyme für polni-

zum anderen wurde bereits in der ersten Ausgabe von 1949 eine Landkarte erstellt, in der die ehemaligen deutschen Provinzen mit ihren neuen polnischen Namen aufgelistet waren. Zum Ende des Jahres 1950 folgte eine zweiteilige Serie „So spricht man polnische Namen“, in der die Aussprache des polnischen Alphabetes anhand von Orts- und Personennamen dargestellt war.

In einem programmatischen Artikel der Zeitung heißt es: „Seitdem nun das polnische Volk sein Schicksal in die eigenen Hände genommen hatte, sind auf den Karten dieses Landes neue geographische Namen aufgetaucht. [...] Nicht nur eine neue Form – auch einen neuen Inhalt hat ihnen die volksdemokratische Macht gegeben. [...] Nur von den geographischen Namen kann man sagen, daß sie ganz neu und sehr alt zugleich sind. Nach langer Entfremdung wurden den seit alters her polnischen Ländern die polnischen Namen zurückgegeben. Das alte Wroclaw trug diesen polnischen Namen bereits im 10. Jh. Heute heißt es ebenso wie vor tausend Jahren. Und der neue Name ist das Symbol für eine neue Stadt, die aus den Ruinen des früheren Breslau entsteht. [...] Ein zweites Leben leben auch die anderen Städte in den wiedervereinigten Gebieten: Gdansk, Szczecin, Walbrzych, Opole und Olsztyn.“¹⁸

Zusammenfassend kann die Zeitschrift „Blick nach Polen“ „als eine Miniatur betrachtet werden, ein erster Entwurf und ein Modell für den Gedächtnisraum Polen, für das neue Polen, wie es vom neuen Deutschland imaginiert wurde.“¹⁹

5. Was wurde daraufhin entworfen?

1949 lebten auf dem Gebiet der DDR etwa 4,4 Millionen Menschen, die als Heimat die nun ehemaligen deutschen und von polnischer Seite aus „wiedergewonnenen“ Gebiete bezeichneten. Da das Thema des Heimatverlustes in der DDR bis hin zum Verbot der Verwendung ehemaliger Namen zwar tabuisiert wurde, aber dennoch nicht geleugnet werden konnte, waren in der Zeitung veröffentlichte Reiseberichte oft „Besichtigungen der verlorenen Landschaften“²⁰, in denen die ungeheure Schuld, mit der Hitlerdeutschland sich Polen gegenüber beladen hatte, einen Gegensatz zur ungeheuren Aufbauleistung seitens der polnischen Bevölkerung bildete. Der Grundtenor war dennoch (oder gerade) ein optimistischer: Ob delegierte „antifaschistische Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler“, ehemalige Kriegsgefangene, ehemalige Widerstandskämpfer und ehemalige „Umsiedler“, Auslandskorrespondenten, „Friedenskämpfer“, Sportler oder Erholung suchende hervorragende Mitglieder des Arbeiter- und Bauernstaates, sie alle kündeten vom „Neuen Polen“, schwärmten von einem Wiederaufbau sondergleichen und bestätigten einhellig das durch diese Wiederaufbauarbeit erworbene Anrecht Polens auf die neue Heimat samt ihrer Städte und

sche Städte, ausgenommen Warschau und Krakau (poln. Warszawa, Kraków) verboten (Allg. Richtlinien 1974).“ (Breu 1996, S. 448f.).

¹⁸ Blick nach Polen 3/1951, S. 28ff.

¹⁹ Dzikowska (1998), S. 74.

²⁰ Ebd., S. 83.

Dörfer. „Jetzt, nachdem das polnische Volk der Herr im eigenen Hause geworden war, begann ein großartiger planvoller Wiederaufbau, der in wenigen Jahren das Antlitz des ganzen Landes von Grund auf veränderte. Das Antlitz des neuen Polens gleicht in nichts mehr dem Polen der Vorkriegszeit. Heute ist ganz Polen ein einziger großer Bauplatz.“²¹

Die durch die Namenregelungen vorgenommene Umschriftung des ehemaligen deutschen Raumes in einen polnischen sowie der von Seiten der DDR-Regierung strikt untersagte Gebrauch der ehemaligen deutschen Namen wiesen dahingehend den Namensgebrauch als politische Tat aus und ließen aus Städtenamen Zeichen werden, deren Gebrauch symbolisch war für die offiziell freundschaftlichen Beziehungen des neuen Deutschlands zum neuen Polen.

Mit der Etablierung der neuen Namen veröffentlichte die Redaktion in der Zeitschrift zudem Leserbriefe, die nunmehr auf das Bild hinter den Namen zielten: „Darf ich Ihrer Redaktion einen Vorschlag machen? Bringen Sie doch bitte recht viel Tatsachen, Zahlen und Bilder über die Entwicklung in Breslau, Stettin, Danzig und diesen Gebieten. Ich habe ja selbst als Kriegsgefangener in Polen gesehen, wie dort aufgebaut wurde und daß die Behauptungen über brach- und öde liegende Gebiete nicht der Wahrheit entsprechen. Ihre Zeitschrift kann viel mithelfen, solche falschen Auffassungen zu widerlegen.“²²

„Dabei kam mir der Gedanke, ob es nicht möglich ist, in jeder Ausgabe der Zeitschrift Reiseberichte zu veröffentlichen. [...] Es gibt kein besseres Argument, um allen Gerüchten und Verleumdungen gegen unsere polnischen Freunde die Krone zu brechen, als wenn man sagen kann: Ich habe es selbst gesehen!“²³ Im Zuge dessen ging die Zeitschrift zur Vorstellung der zu den neuen Namen zugehörigen „neuen“ Städte über und mit ihnen zur Vermittlung eines neuen Stadtbildes: „Wroclaw und Szczecin, Gdansk und Rjepin zeigen, wie aufgebaut werden muß und kann. Allerdings waren es polnische Menschen, die mit beispiellosem Fleiß und großartiger gemeinsamer Leistung diese neuen polnischen Städte an Stelle der Ruinen von Breslau und Stettin, Danzig und Reppen setzten. [...] Anstelle eures Dorfes, das Hitler, Himmler und Göring verbrennen ließen, steht heute ein anderes, das ihr nicht mehr kennt. [...] Dasselbe wird der frühere Einwohner von Breslau, Stettin und Danzig erleben, der vergebens die alten Straßen suchen wird.“²⁴

Sieht man die Vorstellungen der einzelnen Städte (ähnlich wie Ortsprospekte und Reiseführer) als eine Art „touristische Leitbilder“ bzw. Wegweiser oder Sehanleitungen an, deren Aufgabe es ist, dem Leser sowohl Orientierung zu bieten als auch ihn zu belehren und zu bilden, stellt sich erneut die Frage nach der vorgenommenen Anordnung der Fakten, die zusammen ein Stadtbild ergeben.

²¹ Das Antlitz des Neuen Polen (1951), S. 2.

²² Blick nach Polen, 2/1949, S. 38.

²³ Blick nach Polen, 10/1951, S. 47.

²⁴ Blick nach Polen, 3/1950, S. 3.

Interessant ist es also zu überlegen, was hier wie vorgestellt wird, wie das neue Bild der Stadt unter anderem Namen in einen bewussten Gegensatz zu ihrem vorherigen Bild gesetzt wird. Ein Blick auf die vorgestellten Städte lässt vielleicht Genaueres sichtbar werden.

6. Neue Bilder alter Städte

„Neu, schön und sozialistisch“ – unter diesen Attributen lässt sich zusammenfassen, was das urbane „Antlitz des neuen Polen“ ausmachen soll.

6.1 Neu

Mit der Neubenennung ging ein erneuter Wiederaufbau der kriegszerstörten Städte einher. Interessant ist dabei, welches alte Stadtbild als Gegensatz zum Neuaufbau aufgeboten wird. Die alte Stadt ist die Stadt von 1945 in ihren letzten Stunden, ein von den „Hitlerfaschisten“ erst verursachtes und dann zurückgelassenes Trümmerfeld. Die Rede ist von „zerpflügten und verminten Landstücken“, von „Bergen von Schutt und Asche“ oder „einem Meer von Trümmern“. Sofern noch Häuserreste existierten, standen diese „wie spukhafte Geisterskelette da und starrten mit leeren Fenstern und Löchern in die Nacht hinein“, fielen „bei jedem Windstoß Ziegel herab und stürzten Mauern ein“, ragten schon bald „von den Häusern meist nur die Schornsteine anklagend in die Luft. „Die Stadt hatte keinen Strom, kein Wasser, keine Straßenbahnen fuhr“, „nach Brand und Leichen roch es.“²⁵

Von diesem Zustand der Wüstung aus gesehen setzte der Aufbau ein, der zwar als Wiederaufbau galt, jedoch unter dem Motto „Die Stadt wird sein“ mehr noch dem Charakter eines Neuaufbaus bzw. Umbaus entsprach: „Die Chausseen sind wieder in einem mustergültigen Zustand, die Eisenbahnen wiederhergestellt, neue Bahnhöfe errichtet, die Brücken fehlen nicht mehr. An Stelle der verbrannten Dörfer und Städte erheben sich neue schöne Ortschaften.“²⁶ „Straßenbahnen und Autobusse fahren durch die Stadt; normal funktioniert das E-Werk und die Post.“²⁷

Das „alte Breslau“ z.B. ist namentlich die „Festung Breslau“ von 1945, ein vom Krieg und von den Nazis selbst zerstörter Trümmerhaufen, ohne Strom und Wasser geschweige denn Elektrizität. Es gilt entweder das Bild der apokalyptischen Wüste oder des wieder entstandenen Urwalds: „Die durch das Feuer verbogenen Eisenträger ähnelten überdimensionalen Urwaldgewächsen.“ Neues Leben regte sich erst nach dem Auf- und Umbau in „Wrocław“ wieder: „Neues Leben pulsierte auch in Wrocław. [...] Aus allen Ecken und Enden drang das Klopfen und Dröhnen, das Hämmern und Rattern, kreischten die Bremsen der Trümmerbahnen. „Die ersten elektrischen Lampen brennen, die ersten Motoren

²⁵ Blick nach Polen, 3/1949, S. 8.

²⁶ Blick nach Polen, 3/1950, S. 3.

²⁷ Blick nach Polen, 3/1949, S. 8.

dröhnen“, „die Waggonfabrik speit wieder Waggon“, „langsam wachsen Häuser gen Himmel“, „die Pforten der Universität öffnen sich“ und bei der ersten Fahrt der Straßenbahn erschallt der Jubel: „Wroclaw rührt sich, Wroclaw atmet wieder.“²⁸ Dieser Umbau ist als Wiederbelebung einer Wüstung derart vollständig, dass am Ende aller Aufzählungen nur ein Schluss zu ziehen ist: „Wir wollen es ganz offen sagen, Breslau existiert nicht mehr. [...] Das heutige Wroclaw, das sich an der Stelle des zerstörten Breslaus erhebt, ist mit seinen Neubauten ein Werk polnischer Hände. Die blühende Universität, die wieder fleißig arbeitende Waggonfabrik, die zerstörten Wohnviertel, das zertrümmerte Stadtzentrum, die Verkehrsmittel – alles ist ohne uns Deutsche neu erbaut worden. Dasselbe gilt für Gdansk, für Szczecin, für zahllose Dörfer und Städte in Pommern und Schlesien, für Chausseen und Eisenbahnen, für Kirchen und Schulen in ganz Westpolen – fast alles mußte von polnischen Menschen neu errichtet werden.“²⁹

Auch *Danzig* erlebte seine Wiedergeburt als *Gdańsk* neu: „Aus Schutt und Trümmern entsteht das neue alte ehrwürdige Gdansk, eine der schönsten Städte in Polen. [...] Man kann sich jedoch nicht auf eine getreue Kopie der Vergangenheit beschränken. Auch die gegenwärtige Zeit verlangt ihr Recht.“³⁰ Zwar soll seine „unvergleichliche Schönheit wiederentstehen“, diese allerdings als „Frucht der Gegenwart und nicht als Geschenk der Vergangenheit“: Die alten Häuserzüge entlang der Straßen sind Fassaden, hinter denen sich moderne Wohnformen verbergen, die historische Innenstadt verfügt nun über ein Kino und der Hafen erhält als Industriehafen das größte Fließband Europas. „Man kann sich nicht auf eine getreue Kopie der Vergangenheit beschränken. Auch die gegenwärtige Zeit verlangt ihr Recht.“³¹ „In diesen wiedererrichteten Häusern“ das wird dabei deutlich, „ist Vergangenheit und Zukunft auf einen Nenner gebracht. Ist so etwas möglich, wenn nicht das Volk der Bauherr ist?“³²

6.2 Schön

Schön ist vor allem der durch den Umbau erzielte Fortschritt und die damit verbundene Erhöhung des Lebensstandards. Aus einem in Trümmer und Asche versunkenem Land heraus entfaltet sich „leuchtendes Leben“ und schon bald ist „das Land ein einziger großer Garten“. Reisen nach bzw. durch Polen sind für den Leser der daraus erwachsenen Reiseberichte auch immer Reisen in den Frühling oder Sommer, Polen ist von Seiten der DDR aus gesehen das „Nachbarland im Frühling“.

In den Städten dagegen erklingt „die Melodie der Arbeit“: „Das dumpfe Tuten der Schiffssirene, helle Pfiffe der Hafenbarkassen, Kreischen der Kräne und Waggonen. Und von den Werften kommt die Melodie der Arbeit: die dröhnenden

²⁸ Ebd., S. 27.

²⁹ Blick nach Polen, 2/1949, S. 51.

³⁰ Blick nach Polen, 6/1951, S. 8ff.

³¹ Ebd., S. 9.

³² Blick nach Polen 1/1953, S. 8.

Schläge der Dampfhämmer, das Rattern der Pressluft-Hämmer.“³³ Es ist ein „Klopfen und Dröhnen, Rattern und Hämmern aus allen Ecken und Enden“, hervorgerufen von neuen Maschinen, die in der Beschreibung ihrer Arbeit nahezu lebendig wirken: „dort schwenken und wenden stählerne Arme ein Lokrad“, „dort starren wie Zähne vorsintflutlicher Riesentiere die Formteile einer Profil-Walzstraße“, „dort stampft der Elefantenfuß eines pneumatischen Hammers.“³⁴ Bewohnt von jungen schönen Menschen („diese Munterkeit, diese hellen lachenden Gesichter, diese blitzenden Augen“) erblühen Stadt und Land und ist die Vergangenheit nicht viel mehr als ein „Schatten, fast schon verschwindend hinter dem leuchtenden Lebens, das sich neu entfaltet.“³⁵

Aus dem *Lodz* des Gestern beispielsweise, von den Nazis in *Litzmannstadt* umbenannt, der Stadt, die nie eine Universität besessen hatte „dem einzigartigen, beschämenden ‚Symbol einer kapitalistischen Stadt‘“³⁶, die aufgrund ihrer im Zuge der Industrialisierung erfolgten Verelendung den Beinamen „das polnische Manchester“ erhielt, wird das *Łódź* des Heute, eine Stadt „der emsigen Webstühle, der Mittelpunkt der polnischen Textilindustrie, die Stadt der Aktivisten der Textilindustrie“³⁷, der meisten Grünanlagen, der „neuen großen Arbeitersiedlungen und großen, modernen Wohnhäuser“ und letztendlich eine Stadt der Bildung, „ein Zentrum der kulturellen und geistigen Arbeit“ mit einer Universität, einem Polytechnikum und sechs weiteren höheren Schulen – eine Stadt, in der alles „schöner, heller, leichter“³⁸ ist.

In *Poznań*, ehemals *Posen*, erlebt der Reisende „das schöne Poznań“: „Es waren nur kurze sechs Jahre, die diese Stadt an der Warthe völlig verändert haben, die aus ihr eine stolze, bewußt polnische Stadt machten. Und dieses Polnische an der Stadt ist nicht etwa künstlich aufgepropft, sondern knüpft an eine wertvolle Vergangenheit besten kulturellen Erbes an.“³⁹

Auch *Stettin* tritt als *Szczecin* verschönt wieder auf: „Szczecin wird mit jedem Tag schöner. Die Stadt war schön – jeder wird das zugeben müssen. Das neue Arbeiter-Szczecin wird schöner werden, schöner in seinem ganzen Bereich – nicht nur in den früheren Vierteln der exklusiven Parkanlagen der reich gewordenen Handelsreisenden und der verdienten pensionierten Unterstaatssekretäre.“⁴⁰

6.3 Sozialistisch

Alles, was durch den Wiederaufbau neu entsteht, wird in den Artikeln der Zeitschrift „Blick nach Polen“ gleichzeitig mit dem Attribut des Schönen und des

³³ Blick nach Polen 11/1950, S. 26.

³⁴ Blick nach Polen, 1/1949, S. 28.

³⁵ Blick nach Polen, 2/1950, S. 29.

³⁶ Blick nach Polen, 10/1952, S. 32.

³⁷ Blick nach Polen, 4/1950, S. 30.

³⁸ Blick nach Polen, 10/1952, S. 32.

³⁹ Blick nach Polen, 12/1951, S. 7.

⁴⁰ Malczuzynski (1950), S. 31.

Sozialistischen versehen. Sowohl die Elektrifizierung („die Lichter der befreiten Arbeit“) als auch die Mechanisierung („Melodie der Arbeit“) des Landes werden außerordentlich betont und in diesem Sinne interpretiert („Kraftwerke, Strom, Licht, Rundfunk, Sauberkeit und Schönheit überall“). In der Verjüngung des Landes („der unablässige Strom junger Menschen, der die Straßen füllt“) zeigt sich die „junge“ Gesellschaftsordnung ebenso wie im Tempo der Aufbauarbeit deren zukünftige Kraft. Eine Kraft, die nach eigener Logik den Wiederaufbau des Landes unter sozialistischen Vorzeichen der ganzen Welt zu widmen versteht: „Dort, wo neben den Fabriken neue Menschen wuchsen“, „ein revolutionärer Wille pflügt, ackert und pflanzt“, „arbeitet freies Volk auf freiem Grund“, „das hat den arbeitenden Menschen aller Länder ein neues unverlierbares Stück Heimat gewonnen“, „eine neue Bastion des Friedens und des Sozialismus.“ Angesichts des Neubauten wird das Alte „mit den äußeren und geistigen, vielmehr geistlosen Ruinen verschwinden müssen“, „Das verlorene Land ist also gar nicht verloren. Hier ist eine neue Bastion des Friedens und des Sozialismus entstanden.“⁴¹, gleichzeitig ist „der Aufbau in Warszawa, in Wrocław, Szczecin und Gdańsk für unsere Freunde in Westdeutschland“ eine ernste Mahnung, „daß sie es nicht zulassen, wie Köln, Hamburg, Hildesheim und Hannover durch häßliche amerikanische Bauklötzer verschandelt werden.“⁴² Der Besucher aus der DDR hingegen „ist immer wieder erschüttert von der großen Liebe und Sorgfalt, die das polnische Volk auf die Wiedererrichtung seiner Städte verwendet. Auch unsere Städte warten darauf, daß ihnen die gleiche Liebe zuteil wird. Wir haben ein Beispiel, den Dresdner Zwinger. Aber noch liegt Rostock in Trümmern, und wir wollen alle doch einmal den Marktplatz von Rostock in alter Schönheit wiedersehen.“⁴³

1949 heißt es in einem Artikel, der den Titel „Breslau oder Wrocław“ trägt: „Waren sie auch in Breslau?“ Jawohl, ich war auch in Wrocław! [...] „Wer an ‚Breslau‘ festhält, will seinen Anspruch auf die Stadt unterstreichen, will ihre Zugehörigkeit zu Polen bestreiten, will, hoffend und drohend, auf eine zukünftige Revanche hinweisen. Wer ‚Wrocław‘ sagt, anerkennt den Verzicht auf jede neuerliche Expansion, zieht der Verewigung des deutsch-polnischen Gegensatzes die Freundschaft oder Zusammenarbeit vor, zu der Polen bereit ist. ... Wrocław oder Breslau? Niemand auch wird in der Wahl der Bezeichnung zögern, der heute Gelegenheit hat, diese Stadt zu besuchen, die als Teil für das Ganze steht. Das Überraschende ist nämlich, daß ihr Polentum bereits jetzt stärker in Erscheinung tritt als das mancher Stadt im Innern.“⁴⁴

Vom ehemaligen *Stettin* heißt es: „Im Gegensatz zu dem früheren Stettin ist Szczecin eine reine Arbeiterstadt. Die Szczeciner Arbeiter wohnen in jenen vor-

⁴¹ Blick nach Polen, 3/1949, S. 21.

⁴² Blick nach Polen, 12/1952, S. 19.

⁴³ Ebd.

⁴⁴ Blick nach Polen, 2/1949, S. 33.

nehmen Vierteln, wo früher die wohlhabenden Kreise, die Reeder und Fabrikbesitzer, die großen Kaufleute und hohen Beamten ihr Domizil aufgeschlagen hatten. [...] Befreit von der Herrschaft der preußischen Raubritter in Frack und Uniform, die hier eine feste Stütze für ihre Eroberungsfeldzüge gegen den Osten und für ihre Unterdrückungsfeldzüge gegen das eigene Volk hatten, befreit von der Willkür der kapitalistisch-faschistischen Tyrannen, die die Stettiner Werktätigen in die Fessel der Ausbeutung und des Terrors schlugen, entsteht hier auf den Trümmern Stettins das neue, schönere, freie Szczecin. Als Bollwerk des Friedens, des Fortschritts und der Völkerfreundschaft wird Szczecin nicht Zankapfel zwischen Feinden sein, sondern Brücke von Freund zu Freund.“⁴⁵ Polens neues Städtebild trägt nunmehr „das Antlitz der neuen Zeit, des Sozialismus“, „und das, was an diesen Tagen entstanden ist, wird sich, wenn auch nur als ein kleiner, kaum sichtbarer Strich, auf der Landkarte abzeichnen, die mit der Sprache neuer Bezeichnungen von den Siegen der Völker, die den Sozialismus aufbauen, berichtet.“⁴⁶

7. Schluss

Letztlich wird für den, der von Seiten der DDR nach Polen blickt, deutlich: „Jedes Wort und jeder Satz, die man formuliert, erweisen sich als zu schwach, und ich sträube mich, Superlative zu verwenden, weil kein Superlativ die Kraft besitzt, um die Stärke des Erlebnisses wiederzugeben.“⁴⁷

Dieses Erlebnis ist sowohl ein „Aufbau im Kleinen und Großen, durchdacht, mit allen Voraussetzungen der Natur und des Klimas rechnender und fertig werdender Plan“⁴⁸ als auch ein Wunder: „Das große Wunder, mit dem das heutige Polen aufwarten kann, heißt Wiedergeburt, Aufsprießen einer bislang verschütteten menschlichen Substanz.“⁴⁹

Nur folgerichtig scheint angesichts dieser als übermenschliche charakterisierten Aufbauleistung der Ausruf: „Hier baut wahrhaftig eine neue Welt die neue Welt!“⁵⁰, der schließlich in eine religiöse Prophezeiung mündet: *Die Stadt wird sein*. Sie wird so sehr sein, bis es heißt „Wir sehen nichts Neues mehr – das heißt: Wir sehen nur Neues.“⁵¹

Letztendlich kommt es so zu einem kuriosen Schulterschluss mit der Vergangenheit, denn das Älteste am neuen Polen sind die Namen.

⁴⁵ Blick nach Polen, 3/1950, S. 14ff.

⁴⁶ Blick nach Polen, 2/1953, S. 25.

⁴⁷ Blick nach Polen, 10/1950, S. 29.

⁴⁸ Dem Wiederaufbau Warschaus ging der 6-Jahres-Plan des Präsidenten Bierut voraus, ein Analogieschluss zum göttlichen Plan, die Welt in sechs Tagen zu erschaffen, scheint hier möglich.

⁴⁹ Blick nach Polen 11/1950, S. 8.

⁵⁰ Blick nach Polen 11/1952, S. 23.

⁵¹ Nell (1951), S. 30.

Literatur

- Andruchowitsch, Juri (2003): Das Stanislauer Phänomen. In: Das letzte Territorium. Essays. Frankfurt am Main.
- Assmann, Jan (1999): Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen. München.
- Bering, Dietz (2002): Das Gedächtnis der Stadt. Neue Perspektiven der Straßennamenforschung. In: Kremer, Dieter (Hrsg.): Onomastik. Akten des 18. Internationalen Kongresses für Namenforschung. Trier, 12.-17. April 1993. Band I. Tübingen.
- Blick nach Polen. Herausgegeben von der Hellmut-von-Gerlach-Gesellschaft für kulturelle, wirtschaftliche und politische Beziehungen zu dem neuen Polen. Berlin (Ost), 1949-1953.
- Breu, Josef (1996): Mehrsprachigkeit in der Toponymik. In: Goebel, Hans/Nelde, Peter H./Starý, Zdeněk/Wölck, Wolfgang (Hrsg.): Kontaktlinguistik. Ein internationales Handbuch zeitgenössischer Forschung. 1. Halbband. Berlin/New York, (HSK 12.1).
- Das Antlitz des neuen Polens. (1951): Illustriertes Sonderheft der Zeitschrift „Blick nach Polen“. Berlin (Ost).
- Die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen. Dokumente und Materialien 1949-1955. (1986): Berlin (Ost).
- Dzikowska, Elzbieta (1998): Gedächtnisraum Polen in der DDR-Literatur. Fallstudien über verdrängte Themen. Wrocław.
- Hansack, Ernst (1990): Name, Begriff, Bedeutung. Regensburg.
- Hartmann, Dietrich (1989): Stadtbeschreibungen. Zur Konzeptualisierung von Makroräumen und städtischer Identität. In: Habel, Christopher/Herweg, Michael/Rehkämper, Klaus (Hrsg.): Raumkonzepte in Verstehensprozessen. Interdisziplinäre Beiträge zu Sprache und Raum. Tübingen.
- Malczuzynski, Karol (1950): Vom anderen Ufer. Reportagen aus den polnischen Westgebieten. Berlin.
- Nell, Peter (1951): Nachbarland im Frühling. Berlin.
- Schlögel, Karl (2003): Im Raume lesen wir die Zeit. Über Zivilisationsgeschichte und Geopolitik. München.
- Stopińska, Agata (2002): Zum Gebrauch von Eigennamen in der deutschsprachigen Publizistik. Eine Untersuchung des Eigennamengebrauchs in der deutschen Presse. Marburg [CD-Rom].
- Wimmer, Rainer (1995): Eigennamen im Rahmen einer allgemeinen Sprach- und Zeichentheorie. In: Eichler, Ernst/Hilty, Gerold/Löffler, Hein-

rich/Steger, Hugo/Zgusta, Ladislav (Hrsg.): Namenforschung. Ein internationales Handbuch zur Onomastik. Berlin/New York, (HSK 11.1).

Wloch, Karl (1952): Gespräche über Oder und Neiße. Berlin (Ost).

Zawada, Andrzej (2005): Niederschlesien. Land der Begegnung. Dresden.

Deutschland und Polen: Alte Feinde oder neue Brüder? – Bilanz und Perspektiven einer konfliktbeladenen Beziehung

Susanne Günther

Seit über 1000 Jahren unterhalten Polen und Deutsche nachbarschaftliche Beziehungen. In der Geschichte Europas hat diese Nachbarschaft stets einen eigenartig ambivalenten Charakter gehabt. Schon 1670 charakterisierte der polnische Dichter Waclaw Chocimska das komplizierte und wechselhafte deutsch-polnische Verhältnis mit den Worten: „Nie solange es die Welt gibt, wird der Deutsche dem Polen ein Bruder sein.“¹ Während das Verhältnis zwischen beiden Staaten lange Zeit zu den stabilsten und friedlichsten in Europa gehörte und auf einem natürlichen – geographisch gegebenen – Zusammengehörigkeitsgefühl gründete,² leitete das ausgehende 18. Jahrhundert ein beziehungs geschichtliches Zeitalter politischer Brüche und Diskontinuitäten ein, welche die Landkarte Europas grundlegend veränderten und zur rasanten Ausbreitung nationalen Bewusstseins beitrugen.³ Die eingespielten Nachbarschaftsbeziehungen traten in eine spannungsreiche Phase, die in einer tiefen Rivalität kulminierten.

Der Aufstieg der Deutschen zur europäischen Großmacht erfolgte wieder und wieder auf Kosten polnischer Souveränität. Der Einverleibung polnischer Territorien zum Zwecke der geostrategischen Machterweiterung in den Jahren 1772, 1793 und 1795 folgte die Auslöschung des Staatsbegriffs *Königreich Polen*. Verband die gemeinsame Sehnsucht nach nationaler Einheit Deutsche und Polen noch bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, existierte nach der Vereinigung der deutschen Territorien und der Gründung des Deutschen Reiches 1871 keinerlei Verständnis für die national-emanzipatorischen Ansprüche der Polen mehr. Die radikale Beseitigung sprachlich-kultureller Eigenheiten der polnischen Minderheit im Sinne der Bismarckschen Germanisierungspolitik unterdrückte jegliche Hoffnung auf nationale Selbstständigkeit. Die hegemonialen Ambitionen der Deutschen und deren aggressiver Politikstil führten zu einer stetig wahrgenommenen Bedrohung durch den westlichen Nachbarn. Die Entfesselung zweier Weltkriege, welche unendliches Leid über die Polen brachten, zerstörte die verbliebene Basis für ein vertrauensvolles Mit- und gutnachbarschaftliches Nebeneinander und bestätigte zugleich die polnischen Befürchtungen des expansiven deutschen Drangs gen Osten.⁴

Die historischen Erfahrungen von deutscher Okkupation, kriegerischer Tyrannei, Flucht und Vertreibung brannten sich tief ins kollektive Gedächtnis. Dieses nahm Einfluss auf die Form, in welcher beziehungs geschichtliche Fakten und

¹ Zit. nach Potocki, Waclaw, in: Trzeciakowski (1996), S. 57.

² Vgl. Trzeciakowski (1996), S. 59.

³ Vgl. Piskorski (2004), S. 93.

⁴ Vgl. Mildemberger (2001), S. 116.

politische Kontakte wahrgenommen und bewertet, welche Aspekte betont und welche tradiert wurden. Die Überwindung der „scharfen Demarkationslinie“⁵, welche Polen und Deutsche nach dem 2. Weltkrieg trennte, wurde durch die Teilung des deutschen Staates erschwert, durch die Einbindung in antagonistische Machtblöcke (vorerst) verhindert. Die deutsch-polnische Nachbarschaft wurde zu einer konfliktbeladenen Dreierbeziehung, deren Gelingen von äußeren Kräften abhängig war. Unter der Federführung Moskaus entwickelte sich zwischen Polen und Ostdeutschen ein Beziehungsgeflecht, welches historische Belastungen und nationale Ressentiments ausblendete.⁶ Die beiderseitige „staatliche Sprachlosigkeit“⁷ verhinderte eine umfassende Bewältigung der gemeinsamen Vergangenheit. „Das Verwischen aller Spuren deutscher Vergangenheit“⁸ wurde Grundpfeiler polnischer Nachkriegspolitik. Die tiefe Traumatisierung der deutschen Flüchtlinge aus den ehemaligen deutschen Provinzen wurde in beiden Ländern tabuisiert und jegliche Aufarbeitung der Vertriebenenproblematik unterdrückt.

Die Entwicklung neuerlicher bilateraler Kontakte zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen stand im Schatten der Diskussion um die völkerrechtliche Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze. Nach dem Ende des Krieges wurden die früheren deutschen Gebiete zunächst unter polnische Verwaltung gestellt. Eine endgültige Lösung der Grenzfrage sollte, so war es im Potsdamer Abkommen festgelegt, bis zu einer Friedenskonferenz zurückgestellt werden.⁹ Die Zuspitzung des Ost-West-Gegensatzes und die Teilung des deutschen Staates verhinderten eine finale Lösung. Erklärtes westdeutsches Ziel wurde die territoriale Einbeziehung der ehemaligen deutschen Ostprovinzen im Falle einer deutschen Wiedervereinigung.¹⁰ Die Perzeption Polens als „Vertreiberstaat“¹¹ erklärt den revisionistisch geprägten Politikstil der Bundesregierung. Die Revisionsansprüche wiederum nährten das polnische Feindbild, in welchem der Deutsche etwas Böses, Abstoßendes und Schlechtes verkörperte.¹² Der beziehungs geschichtliche Neubeginn geriet durch die ungelöste *deutsche Frage* nach künftiger nationaler Wiedervereinigung bereits in den Anfangstagen ins Stocken. Polen machte die Klärung der offenen Grenzfrage – die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie – zur Voraussetzung für die Aufnahme diplomatischer Kontakte. Die polnischen Ängste einer

⁵ Trosiak (2001), S. 147.

⁶ Vgl. Madajczyk (2000), S. 163f.

⁷ Mehlhorn (2001), S. 61.

⁸ Dmitrów (2000), S. 251.

⁹ Vgl. Dokumentenarchiv (o. A.) Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin („Potsdamer Abkommen“).

¹⁰ Vgl. Hackmann (2000), S. 297.

¹¹ Vgl. Trzeciakowski (1996), S. 68.

¹² Vgl. Tomala (2000), S. 118.

neuerlichen Bedrohung durch den deutschen Nachbarn im Falle nationaler Einheit prägten die polnische Außenpolitik in den ersten Nachkriegsjahren.

Mitte der sechziger Jahre entwickelte sich die Debatte um die Anerkennung der Grenze in Westdeutschland zu einem öffentlichen Diskurs. Die Betonung der moralischen Verantwortung Deutschlands wurde in Polen wohlwollend registriert. Mit der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages im Jahre 1970 entspannten sich die Beziehungen zwischen beiden Staaten zwar, einen anhaltenden Durchbruch auf dem Weg zur Normalisierung stellte er aber nicht dar. Die symbolische Kraft des Kniefalls von Willy Brandt vor dem Denkmal der Aufständischen des Warschauer Ghettos überstrahlte den Erfolg der vertraglichen Vereinbarung in Westdeutschland um ein vielfaches. Mangels medialer Präsenz verpuffte die Wirkungskraft der Geste in Polen jedoch. Die staatliche Annäherung blieb schwierig.

Ein konstant distanzierteres Verhältnis kennzeichnete die bilateralen Beziehungen in den achtziger Jahren. Die westdeutsche Regierung begrüßte den politischen Wandel im Zuge der Solidarność-Bewegung, vermied aber eine offizielle Positionierung zur Reformbewegung. Es blieb bei dem Ausdruck *moralischer Verbundenheit* – eine bloße symbolische Geste – ohne die Überwindung der zwischenstaatlichen Distanz.¹³ Erst 1989/1990 eröffnete sich die neuerliche Möglichkeit für einen nachbarschaftlichen Neubeginn. Das Ende des Kalten Krieges, die deutsche Wiedervereinigung und der demokratische Aufbruch in Polen bildeten den Ausgangspunkt einer neuen politischen Ära, welche sich den Zielen *guter Nachbarschaft* und *gemeinsamer Zukunft in Europa* verschrieb.¹⁴ Diese Ära soll im Blickfeld der nachfolgenden Erörterungen stehen.

Die Frage, ob die deutsch-polnischen Beziehungen seit dem Ende des Ost-West-Konflikts einer „Zäsur epochaler Bedeutung“¹⁵ unterlagen, beschäftigt zahlreiche Publikationen. Die Urteile über Erfolg und Misserfolg, über Kontinuität und Wandel im Beziehungsgefüge variieren. Besonders auffällig ist die Diskrepanz zwischen den Einschätzungen. Polen und Deutsche werden als *Erbfeinde* und *Freunde*, *Vertragsparteien* und *Interessengemeinschaft*, *Partner* und *Brüder* charakterisiert. Die außergewöhnlichen innen- und außenpolitischen Herausforderungen, welchen sich beide Staaten zu Beginn der neunziger Jahre gegenüber sahen, trafen auf antagonistische nationale Erinnerungskulturen, welche mit dem rasanten politischen Wandel Schritt halten sollten. Das Aufeinandertreffen dieser zwei Wirkungsmächte und deren gegenseitige Einflussnahme kommen in den polarisierenden Charakterisierungen zum Ausdruck.

¹³ Vgl. Bingen (2005), S. 12.

¹⁴ Vgl. Mildenerger (2001), S. 121.

¹⁵ Wolff-Powęska (2005a), S. X.

Die kritische Hinterfragung des Zustandes der deutsch-polnischen Beziehungen unter Berücksichtigung der Wahrnehmung und Einschätzung durch die Bevölkerungen scheint aus diesem Grund sinnvoll. Es gilt zu überprüfen, ob sich im Zuge der Intensivierung deutsch-polnischer Kooperationen auch ein gesellschaftlicher Bewusstseins- und Wahrnehmungswandel vollzogen hat. Anhand empirischer Befunde wird der Zustand der Beziehungen einer bilanzierenden Wertung unterzogen, um abschließend künftige Entwicklungstendenzen zu skizzieren.

Aufbruchsjahre: Historisch-moralische Annäherung

Nachdem die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Grenzvertrages im Jahr 1990 die völkerrechtlichen Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Polen beendet hatte¹⁶, war der Weg für eine neue Nachbarschaftspolitik, welche künftig im Sinne einer Werte- und Interessengemeinschaft gestaltet werden sollte, geebnet.¹⁷ Im „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ vom 17. Juni 1991 wurden umfangreiche Regelungen getroffen, die dazu beitragen sollten, dass sich die frühere konfliktbeladene Dreierbeziehung in eine durch sachlichen Meinungs Austausch und Vertrauen geprägte Partnerschaft wandelte. Dies stellte ein ambitioniertes Vorhaben dar, denn die vertragsrechtlichen „Verordnungen“ guter Nachbarschaft setzten nicht automatisch einen Wahrnehmungs- und Bewusstseinswandel der Bevölkerungen in Gang. Dies zeigen Umfragewerte des polnischen Meinungsforschungsinstituts CBOS aus den Jahren 1990 und 1993. Die Frage, vor welcher Nation sich die Polen fürchten, beantworteten 88 Prozent der Befragten mit Deutschland.¹⁸ Auch die Gefühle gegenüber dem deutschen Nachbarn waren zurückhaltend. So erklärten 1993 lediglich 23 Prozent der befragten Polen, dass sie positive Gefühle gegenüber den Nachbarn hegten.¹⁹

Eine Untersuchung des deutschen Instituts für Demoskopie ergab eine ähnliche Zurückhaltung der Deutschen. So waren lediglich 39 Prozent der Westdeutschen im Juli des Jahres 1991 der Meinung, dass der deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag positive Auswirkungen auf das bilaterale Verhältnis haben würde.²⁰ Immerhin ein Drittel der Bevölkerung erwartete dies nicht. Die Auffassung der Ostdeutschen wich nur minimal von der Meinung der Westdeutschen ab.

¹⁶ Vgl. Auswärtiges Amt (2000a): Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenzen vom 14. November 1990.

¹⁷ Vgl. Eberwein (2001), S. 13.

¹⁸ Vgl. CBOS (2004): Na kogo Polska może liczyć, a kogo powinna się obawiać? (Vor wem sollten die Polen Angst haben?), S. 2.

¹⁹ Vgl. CBOS (2001a): Whom do Poles like? (Wen mögen die Polen), S. 5.

²⁰ Vgl. Noelle-Neumann / Köcher (1993): Nachbarschaftsvertrag, S. 993.

Das historische Erbe wog schwer und das Bemühen um die Aufarbeitung gemeinsamer Geschichte kennzeichnete die deutsch-polnischen Beziehungen in der ersten Hälfte der neunziger Jahre. Die rhetorische Beschwörung des beiderseitigen Willens zur Aussöhnung war maßgebliches Element der diplomatischen Kontaktaufnahme. Die Diskrepanz der nationalen Geschichtsschreibung und -wahrnehmung kam auch auf dieser Ebene besonders deutlich zum Ausdruck. Der damalige Bundespräsident Roman Herzog bat in einer Rede anlässlich des Gedenkens an den Warschauer Aufstand um Versöhnung, betonte aber zugleich, dass beide Völker sich dem Grauen ihrer jüngsten Geschichte stellen müssten.²¹ Damit adressierte er das ungelöste Dilemma der Frage nach Tätern und Opfern des 2. Weltkrieges. Er ließ keinen Zweifel daran, dass die Deutschen „der Vergebung bedürftig“ seien, die Polen aber auch „zur Vergebung bereit“ sein müssten.²² In Polen löste die Rede eine heftige Debatte aus. Die jahrzehntelange Tabuisierung der gemeinsamen Vertreibungserfahrungen und die Problematik der deutschen Minderheit in Polen rückten ins Blickfeld der öffentlichen Diskussion.²³

Die Fortsetzung der symbolischen Gesten auf diplomatischer Ebene, die jedoch auch – wie die Rede Herzogs zeigt – mit Forderungen verknüpft wurden, zeugte von einer Kontinuität des gemeinsamen Umgangs, welche nicht auf einen baldigen Umbruch hoffen ließ. Andererseits trieb die verstärkte öffentliche Präsenz ungelöster Probleme die Aufarbeitung voran. Dies beweist die Entwicklung der bereits erwähnten Umfragewerte. Im Mai 1992 waren nur noch 58 Prozent der Befragten der Meinung, dass Polen vor der deutschen Nation Angst haben müsse.²⁴ Im September 2004 war die Zahl auf 35 Prozent gesunken. Ein Bewusstseinswandel war also durchaus erkennbar. Auch die deutsche Bewertung der Vergangenheit markiert den Wandel der nationalen Erinnerungskultur. Ungeachtet der emotional aufgeladenen Vertriebenenproblematik waren 50 Prozent der West- und 47 Prozent der Ostdeutschen im Juli 1994 der Meinung, dass die Beziehungen zu Polen durch den Verlust der ehemaligen deutschen Ostgebiete nach dem 2. Weltkrieg nicht mehr belastet würden.²⁵

Auf dem Weg nach Europa: Institutionelle Einbindung und Kooperation

Der beziehungsgeschichtliche Umbruch innerhalb des deutsch-polnischen Verhältnisses war nicht ausschließlich durch historisch-moralische Aspekte geprägt. Die innen- und außenpolitische Neuorientierung beider Staaten stellte ein weiteres Merkmal dar. Das Ende des Kalten Krieges setzte umfassende Transformati-

²¹ Vgl. Veröffentlichung des Bundespräsidialamts (1994): Ansprache von Bundespräsident Roman Herzog.

²² Ebd.

²³ Vgl. Ociepka (2005), S. 217f.

²⁴ Vgl. CBOS (2004): Na kogo Polska może liczyć, a kogo powinna się obawiać? (Vor wem sollten die Polen Angst haben?), S. 2.

²⁵ Vgl. Noelle-Neumann / Köcher (1997): Ehemalige deutsche Ostgebiete, S. 1117.

onsprozesse in Gang, welche sich unterschiedlich auf Polen und Deutschland und deren Entwicklung auswirkten und das beiderseitige Verhältnis maßgeblich mitbestimmten.

Die Wiedervereinigung der deutschen Staaten erfolgte durch die Eingliederung des östlichen Teils in das Wirtschafts- und Währungssystem der Bundesrepublik. Die Transformation im Osten Deutschlands war umfassend, tangierte die deutsche Außenpolitik jedoch wenig. Bundeskanzler Helmut Kohl knüpfte an seinen erfolgreichen außenpolitischen Kurs an, in dessen Fokus die umfassende europäische Einigung rückte.²⁶ Die Situation für und in Polen war etwas komplizierter. Im Zuge des mittelosteuropäischen Umbruchs hatten zahlreiche Staaten ihre Unabhängigkeit zurückerlangt. Der polnische Staat sah sich an all seinen Grenzen neuen Nachbarn gegenüber. Die Neuorientierung der Außen- und Nachbarschaftspolitik war demnach wesentlich vielschichtiger als die der Deutschen. Die eingeleitete Phase der Transformation hatte Polen in eine Art Schockzustand versetzt. Oberste Priorität bestand in der Wiederherstellung rechtsstaatlicher Prinzipien sowie der Überführung des planwirtschaftlich geprägten Wirtschaftssystems in eine soziale Marktwirtschaft. Die Folgen der Umgestaltungen wogen schwer: Korruption, Arbeitslosigkeit und Inflation bedeuteten *eine Zerreißprobe* für die polnische Gesellschaft.²⁷ Die außenpolitische Neuorientierung des Staates wurde aufgrund der innenpolitischen *Umbauarbeiten* zunächst zurückgestellt. Die Instabilität und Mannigfaltigkeit der politischen Gruppierungen erschwerte die Initialisierung einer konstanten Außenpolitik.

Grundlage und Konstante polnischer Politik war die *Westorientierung*. Die polnische Zugehörigkeit zum Ostblock war unfreiwillig gewesen und die Westorientierung war der grundlegendste Schritt auf dem Weg zurück nach Europa. Dass dieser Weg nur *über Deutschland* führen konnte, war eine Auffassung, die allgemeine Gültigkeit besaß.²⁸ Abbildung 1 bestätigt dies. Im Jahr 1997 erachteten 58 Prozent der Befragten Deutschland als interessantesten ökonomischen Partner für den polnischen Staat.

Abbildung 1: Potenzielle politische, ökonomische und militärische Partner Polens

Welche Staaten sollten die engsten ökonomischen, politischen und militärischen Partner Polens sein?			
	ökonomisch	politisch	militärisch
	<i>Angaben in Prozent</i>		
Deutschland	58	51	47
USA	38	51	55

²⁶ Vgl. Deutsches Historisches Museum (2006): Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem Deutschen Bundestag vom 28. November 1989.

²⁷ Vgl. Buras / Tees (2005), S. 219ff.

²⁸ Vgl. Szczypiorski (1992), S. 29.

Russland	23	24	13
Frankreich	10	11	11
Großbritannien	8	8	12
Ukraine	8	4	4
Tschechische Republik	5	7	6

Quelle: eigene Darstellung, in Anlehnung an: CBOS (1997): Directions of Poland's Foreign Cooperation (Die Richtung der polnischen Außenbeziehungen), S. 2.

Das Interesse am deutschen Nachbarn nährte sich sicherlich aus der geographischen Nähe, welche eine Kooperation *natürlich* vorsah. Des Weiteren spiegelte sich die deutsche Brückenfunktion gen Westen sowie die prowestliche Haltung der Polen in den Antworten wider. Der Wunsch enger politischer und militärischer Zusammenarbeit kam ebenfalls zum Ausdruck. Zwar wurden die USA auf militärischer Ebene als engster polnischer Partner erachtet. Jedoch schienen die Polen auch Deutschland gegenüber keine signifikanten Vorbehalte zu hegen. Politisch war es ein ebenso interessanter Kooperationspartner wie die USA. Und auch als potenziellen militärischen Verbündeten akzeptierten die polnischen Befragten Deutschland. Dies lässt darauf schließen, dass das latente Bedrohungsgefühl, welches noch zu Beginn der neunziger Jahre das deutsch-polnische Verhältnis prägte, abgebaut werden konnte. Im Vergleich zu Russland, mit welchem Polen ein ähnlich belastetes Verhältnis unterhielt, schien sich das bilaterale Verhältnis mit dem westlichen Nachbarn geradezu euphorisch zu entwickeln.²⁹

Eine vergleichbare Tendenz war in Deutschland zu beobachten. Schon 1991 vertraten 43 Prozent der West- und 41 Prozent der Ostdeutschen die Meinung, dass die politische Zusammenarbeit mit Polen besonders eng sein müsse.³⁰ Die ökonomische Bedeutung Polens für die deutsche Entwicklung wurde zwar als marginal erachtet.³¹ Die Bereitschaft zur wirtschaftlichen Unterstützung der polnischen Transformation wurde jedoch von einem Drittel der Deutschen bekundet, fast die Hälfte der befragten Deutschen war sich der Erhöhung der Reformchancen durch wirtschaftliche Hilfe sicher.³²

Abbildung 2 stellt die deutsche Meinung potenzieller Kooperationspartner überblicksartig dar. Offensichtlich wird dabei, dass die Polen – ungeachtet der geographischen Nähe, welche enge Zusammenarbeit impliziert – einen hinteren Platz in der Bewertung als deutscher Kooperationspartner einnimmt. Diese Tendenz hat sich seit Ende des 2. Weltkrieges wenig gewandelt.³³ Dies lässt den Schluss zu, dass sich das Kooperationsgefüge in der Wahrnehmung der deutschen Öffentlichkeit nur marginal wandelte und das Bewusstsein der Überlegenheit nach wie vor erhalten blieb.³⁴ Die bereits erwähnte polnische Auffas-

²⁹ Vgl. Mildenerger (2001), S. 121.

³⁰ Vgl. Noelle-Neumann / Köcher (1993): Osthilfe, S. 990.

³¹ Vgl. Noelle-Neumann / Köcher (1997): Wirtschaftsbeziehungen, S. 1120.

³² Vgl. Noelle-Neumann / Köcher (1993): Reform in Polen, S. 990.

³³ Vgl. Noelle-Neumann / Köcher (2002): Zusammenarbeit mit wem?, S. 968f.

³⁴ Vgl. ebd., S. 969.

sung, der Weg nach Europa führe allein über Deutschland, bestätigt das Verharren im historisch gewachsenen Schema von *stark und schwach*.

Abbildung 2: Potenzielle, politische und ökonomische Partner Deutschlands

Man hört sehr verschiedene Meinungen, mit welchen Ländern der Welt Deutschland möglichst eng zusammenarbeiten sollte. Was ist Ihre Ansicht?		
	Westdeutschland	Ostdeutschland
	<i>Angaben in Prozent</i>	
Frankreich	79	72
USA	78	74
Großbritannien	55	62
Niederlande	54	47
Russland	33	39
Polen	24	30
Tschechische Republik	21	34

Quelle: eigene Darstellung, in Anlehnung an: Noelle-Neumann / Köcher: Zusammenarbeit mit wem?, S. 968f

Die Heranführung Polens an die Europäische Gemeinschaft wurzelte, das zeigen die Umfragewerte, nicht vordergründig im Willen nach enger Partnerschaft, sondern im politischen Kalkül der Bundesrepublik. Die Oder-Neiße-Grenze war im Zuge der Wiedervereinigung zum östlichen Außenposten der Europäischen Gemeinschaft geworden. Gutnachbarschaftliche Beziehungen sowie die institutionelle Einbindung Polens waren die Voraussetzung für Grenzsicherheit und das Fundament der neu begründeten bilateralen Interessengemeinschaft.³⁵ Die positive Einstellung der Deutschen zu einem polnischen EU-Beitritt war bereits 1991 von Bundeskanzler Kohl bekundet worden. Dennoch schritt die politische Integration Ostmitteleuropas Anfang der neunziger Jahre nur langsam voran, denn im Blickfeld der Europäischen Gemeinschaft stand das ehrgeizige Ziel der Vertiefung des bestehenden Kooperationsgefüges. Der Maastrichter Vertrag aus dem Jahr 1992 proklamierte die Verwirklichung einer Wirtschafts- und Währungsunion, den Willen zum Aufbau einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Intensivierung der Zusammenarbeit im Bereich der Justiz. Die polnische Ambition nach rascher EU-Mitgliedschaft stellte ein untergeordnetes Ziel dar. Der Diskurs über eine Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft wurde zurückgestellt. Deutschland ermutigte Polen jedoch weiterhin in seinem Bestreben nach Aufnahme von Beitrittsverhandlungen und signalisierte seine Unterstützung auf europäischer Ebene.³⁶

³⁵ Vgl. Auswärtiges Amt (2000b): Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991.

³⁶ Vgl. Bingen (2005), S. 14.

Ähnlich positiv war die deutsche Einstellung zu einer polnischen NATO-Mitgliedschaft. Das Streben nach einer engen Kooperation mit dem Westen stellte eine beziehungsgeschichtliche Konstante dar. Während Westdeutschland schon seit Mitte der fünfziger Jahre im militärischen Bündnis der Westmächte integriert war, stellte dies ein dringliches polnisches Ziel nach Beendigung des Kalten Krieges dar. Die Loslösung von russischer Fremdbestimmung bedeutet den ersten Schritt der Überwindung des historisch gewachsenen polnischen *Traumas der Mittellage*. Die Einbindung ins westliche Bündnissystem sollte künftig verhindern, dass Polen neuerlich zum Spielball der angrenzenden Großmächte wurde. Die polnische Ablehnung der Russen kommt auch empirisch zum Tragen. Im Dezember 1998 erklärten 55 Prozent der befragten Polen, dass sie Russen nicht mögen würden und als Gegner erachteten.³⁷

58 Prozent der Deutschen teilten die Auffassung des ehemaligen US-Außenministers Henry Kissinger, dass die ostmitteleuropäischen Staaten baldmöglichst in die NATO eingebunden werden sollten, bevor Russland seine machtpolitische Einflussphäre wieder ausdehnen könne.³⁸ 74 Prozent der Deutschen benannten die Hilfe eines Bündnispartners im Angriffsfall als Hauptaufgabe der NATO, 14 Prozent spezifizierten diese Aussage und betonten die spezielle Schutzfunktion für osteuropäische Länder im Falle eines russischen Angriffs.³⁹ Eine NATO-Mitgliedschaft bedeutete für die Polen demnach Schutz vor der nun stärker wahrgenommenen Bedrohung aus dem Osten, welche die Ängste gegenüber dem westlichen Nachbarn schwinden und viel Raum für *pragmatische Politik* ließen.

Augenscheinlich kam es in den neunziger Jahre auf politischer Ebene zu einer *Entdramatisierung* des deutsch-polnischen Verhältnisses.⁴⁰ Die Klärung der Grenzfrage und die überwältigende deutsche Akzeptanz der Oder-Neiße-Grenze als deutsch-polnische Staatsgrenze – diese betrug mehr als zwei Drittel der Gesamtbevölkerung – bildete das Fundament, auf welchem neue bilaterale Strukturen errichtet wurden.⁴¹ Das gemeinsame außenpolitische Ziel der Erweiterung von EU und NATO führte zur Knüpfung neuerlicher nachbarschaftlicher Bande. Die Transformationserfahrungen beide Staaten, so verschiedenen sie waren, trugen vermutlich ebenfalls zum beiderseitigen Verständnis bei. Wie fragil die Beziehungen trotz des an den Tag gelegten politischen Pragmatismus blieben, offenbarte die Entwicklung des Verhältnisses nach 1998.

³⁷ Vgl. CBOS (1998): *The Poles' Sympathies (Die polnischen Sympathien)*, S. 1.

³⁸ Vgl. Noelle-Neumann / Köcher (1997): *Einbindung Osteuropas*, S. 1137.

³⁹ Vgl. Noelle-Neumann / Köcher (1997): *Aufgaben der NATO*, S. 1135.

⁴⁰ Vgl. Grimm (1998), S. 135.

⁴¹ Vgl. Noelle-Neumann / Köhler (1993), S. 992.

Von Euphorie zum Stillstand: Europäisierung und Renationalisierung

Kritische Beobachter der neuerlich gedeihenden deutsch-polnischen Partnerschaft beobachteten deren rasante Entwicklung mit Sorge.⁴² Die überstarke Betonung guter Nachbarschaft, welche nicht mehr länger durch politische Einengung und Fremdbestimmung, sondern durch Pragmatismus geprägt war, wirkte einerseits als Initialzündung für den deutsch-polnischen Annäherungsprozess. Andererseits lenkte die Konzentration auf gemeinsame ökonomische und politische Interessen vom Ziel der beziehungsgeschichtlichen Aussöhnung ab. Das Vermeiden offener Dialoge und die Flucht in symbolische Gesten und Signale konnte „die kleinsten Risse in der Harmonie jederzeit zu Krisen auswachsen.“⁴³

1998 hätte für Deutsche und Polen ein Jubeljahr werden können. In den ersten Monaten des Jahres erfolgte die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zur EU mit Polen. Der Verhandlungsprozess demonstrierte jedoch, wie kompliziert die deutsch-polnischen Beziehungen trotz der sich vollziehenden Annäherung noch waren. Während der Aushandlungsphase wurden beziehungsgeschichtlich sensible Themen in der öffentlichen Debatte mit dem Ziel stilisiert, politische Forderungen vor dem Hintergrund des Erweiterungsprozesses durchzusetzen. Insbesondere die Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, nutzte rhetorische Spitzen, um historische Ressentiments zu reaktivieren und für ihre Ziele zu instrumentalisieren. Neben der Forderung nach privatrechtlicher Entschädigung der deutschen Vertriebenen im Zuge der EU-Erweiterung stellte die Errichtung eines *Zentrums gegen Vertreibungen* das primäre Ziel Steinbachs dar. Ihrer Argumentation zufolge sollte ein solches Zentrum in der Nähe des Holocaust-Mahnmals in Berlin errichtet werden, da sich Juden und Vertriebene in der Geschichte einem entmenschten Rassenwahn ausgesetzt gesehen hatten.⁴⁴ Die emotionale Wirkungsmacht dieser Aussagen war vor allem in Polen gewaltig, beeinflusste die deutsch-polnische EU-Verhandlungsführung jedoch nicht nachhaltig.⁴⁵ In seiner Rede zum 60. Jahrestag des Warschauer Aufstandes im Jahr 2004 erklärte Kanzler Schröder, dass sich die Bundesregierung gegen die Errichtung eines Zentrums gegen Vertreibung wende und die mit dem 2. Weltkrieg zusammenhängenden Vermögensfragen kein Schlüsselthema der deutsch-polnischen Beziehungen darstellen.⁴⁶

Eine Befragung des CBOS-Instituts im Dezember 1999 deutete dennoch die konstante Präsenz gemeinsamer historischer Vergangenheit an, vor allem aber der jüngeren Geschichte. Auf die Frage, welche Personen den größten Einfluss auf die Weltgeschichte ausgeübt hatten oder ausübten, antworteten 69 Prozent aller Befragten mit Adolf Hitler, welcher das Sinnbild *deutschen Übels* darstell-

⁴² Vgl. Bachmann (2000), S. 855; Bingen (2001), S. 42f.

⁴³ Mildenerger (2001), S. 121.

⁴⁴ Zit. nach Mildenerger (2001), S. 136.

⁴⁵ Vgl. Koszel (2005), S. 32.

⁴⁶ Vgl. Schröder (2004): Rede zum 60. Jahrestag des Warschauer Aufstandes.

te.⁴⁷ Nur Papst Johannes Paul II. wurde von den Befragten mehr weltgeschichtlicher Einfluss zugesprochen. 35 Prozent der Polen erachteten den Beginn des 2. Weltkrieges als dominierendes Ereignis polnischer Geschichte.⁴⁸

Auf diplomatischer Ebene bewirkten die rhetorischen Anfeindungen nur leichte Irritationen. Die Bereitschaft, historische Problemfelder im Sinne einer gemeinsamen europäischen Politik zu begrenzen, war ein wesentlicher Bestandteil der deutsch-polnischen Aussöhnung.⁴⁹ Diese Begrenzung markiert den Kompromiss, welchen Deutsche und Polen eingehen mussten, um von der anfänglichen Euphorie auf der letzten Etappe zur polnischen EU-Mitgliedschaft nicht in gänzlichen Stillstand zu verfallen. Die Gefahr der Instrumentalisierung emotional belasteter Thematiken wurde hinsichtlich einer künftigen Partnerschaft im geeinten Europa in Kauf genommen.

Ein zweiter Aspekt, welcher ein Jubeljahr 1998 verhinderte, war der deutsche Regierungswechsel nach der Bundestagswahl im Herbst. Bundeskanzler Helmut Kohl, der mehr als ein Jahrzehnt als Garant kontinuierlicher deutsch-polnischer Außenbeziehungen gegolten und auch für die polnische Bevölkerung eine Konstante in der eigenen, transformationsgeschüttelten innenpolitischen Landschaft dargestellt hatte, wurde von Gerhard Schröder abgelöst. Während die Regierung Kohl als *Anwalt der polnischen Interessen* aufgetreten war und die Beitrittsverhandlungen vorangetrieben hatte, galt Schröder als *Europaskeptiker*.⁵⁰ Um diese Wahrnehmung zu revidieren, initiierte Schröder eine Besuchsdiplomatie, welche ihn zwischen 1999 und 2002 sechsmal nach Polen führte. *Dennoch*: lediglich 13 Prozent der polnischen Bevölkerung waren der Meinung, dass der Wechsel der Regierungskoalition in Deutschland positive Auswirkungen auf das deutsch-polnische Verhältnis haben würde. 21 Prozent sahen die Möglichkeit einer negativen Entwicklung, 34 Prozent sprachen sich für die Chance einer unveränderten Weiterentwicklung aus.⁵¹ Diese Wahrnehmung politischer Kontinuität könnte durchaus positiv bewertet werden. Berücksichtigt man jedoch, dass das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen Ende der neunziger Jahre im Stillstand verharrte, war diese Einschätzung denkbar pessimistisch.

Diese pessimistische Grundstimmung sollte sich tatsächlich durchsetzen. Der Verhandlungsprozess um eine EU-Mitgliedschaft gestaltete sich weiterhin zäh. Vor allem die Frage der Agrarhilfen im Rahmen der Strukturfonds führte zu hef-

⁴⁷ Vgl. CBOS (1999b): What has the 20th century brought us? (Was hat uns das 20. Jahrhundert gebracht?), S. 1.

⁴⁸ Vgl. ebd.

⁴⁹ Vgl. Hackmann (2000), S. 324.

⁵⁰ Vgl. Koszel (2005), S. 25.

⁵¹ Vgl. CBOS (1999a): Will the change of German government affect relations between Poland and German? (Wird der Regierungswechsel in Deutschland Einfluss auf die deutsch-polnischen Beziehungen haben?), S. 1.

tigen Kontroversen. Die Einzelheiten der Ereignisse seien an dieser Stelle nicht näher erläutert. Anzumerken ist aber, wie stark sich das polnische Bewusstsein über den eigenen Stellenwert in Europa gewandelt hatte. Die Beharrlichkeit, mit der es in den Verhandlungen auftrat, zeugt von außenpolitischen Selbstvertrauen. Je selbstsicherer die Polen für ihre Ziele eintraten, desto größer wurden die deutschen Vorbehalte gegenüber einer polnischen Vollmitgliedschaft. Im März des Jahres 2000 waren 54 Prozent der Deutschen der Auffassung, die EU-Osterweiterung würde Europa schwächen.⁵² Im Jahr 2002 sprachen sich 33 Prozent der West- und 30 Prozent der Ostdeutschen, insgesamt 32 Prozent der Gesamtbevölkerung, gegen den EU-Beitritt Polens aus.⁵³ 31 Prozent der Deutschen war noch immer unsicher, wie sie einen Beitritt bewerteten. Lediglich 37 Prozent der Deutschen – 36 Prozent in West- und 40 Prozent in Ostdeutschland – befürworteten einen Beitritt. Der politische Stillstand und die gesellschaftlichen Vorbehalte übertrugen sich auch auf die Einstellung der polnischen Bevölkerung. Hatte die Befürwortung eines EU-Beitritts auf dem Höhepunkt der deutsch-polnischen Annäherung Mitte der neunziger Jahre fast 80 Prozent betragen, sank diese Zahl bis zum Ende des Jahres 1998 um fast 20 Prozent.⁵⁴

Eine weitere Zuspitzung der Beziehungen erfolgte in den Jahren 2000/2001, was im Zeichen der Reformierung der EU-Institutionen stand. Schon 1999 hatten 79 Prozent der deutschen Führungskräfte die Vertiefung der EU-Zusammenarbeit gegenüber der EU-Erweiterung favorisiert. Dieser Grundtenor beschleunigte den Agendawechsel in der deutschen Europapolitik. Primäres Ziel war nun zunächst die flexiblere Gestaltung der institutionellen und bürokratischen Strukturen der EU, der der Erweiterung folgen sollte. Die Besorgnis der Polen, dass dies den Beitritt verzögern, gar gefährden könnte, wuchs. Als auf dem Gipfeltreffen in Nizza die Neugestaltung der Stimmverteilung im Europarat auf Kosten der polnischen Stimmenzahl erfolgen sollte, stellte sich Polen offen gegen diese „Diskriminierung“.⁵⁵ Die Ängste einer neuerlichen politischen Dominierung durch große (EU-)Länder, zu denen Deutschland gehörte, waren weiterhin präsent und prägten den polnischen Politikstil.

Problematisch gestaltet sich 2001 auch die deutsch-polnische Debatte über die Orientierung der Außenpolitik. Aufgrund der negativen historischen Erfahrungen und des Traumas der geographischen Mittellage war die Einbindung in die stabilen westlichen Sicherheitsstrukturen eine Priorität polnischer Politik. Das sicherheitspolitische Engagement innerhalb Europas war dabei ebenso bedeutsam wie die NATO-Mitgliedschaft. Die deutschen Ambitionen lagen eher in der Schaffung einer europäischen Verteidigungspolitik.

⁵² Vgl. Noelle-Neumann / Köcher (2002): EU-Erweiterung?, S. 948.

⁵³ Vgl. Noelle-Neumann / Köcher (2002): EU-Erweiterung S. 947.

⁵⁴ Vgl. CBOS (1999a): On the way to the European Union (Auf dem Weg in die Europäische Union), S. 2.

⁵⁵ Vgl. Koszel (2005), S. 35.

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 veränderten das Gesicht der atlantischen Allianz nachhaltig. Die Frage der Teilnahme am Irakkrieg spaltete die Europäische Union. Deutsche und Franzosen lehnten eine Beteiligung kategorisch ab, während die Polen einen proamerikanischen Kurs verfolgten und sich im Irak engagierten. Das Verfolgen eigenstaatlicher Interessen und die Kompromisslosigkeit deuten auf eine Tendenz der Renationalisierung innerhalb der EU hin. Der polnische Anspruch war es, ein verlässlicher Kooperationspartner im Rahmen der Sicherheitspartnerschaften zu sein. Den Deutschen fiel es schwer, die Rolle Polens als gleichberechtigten Partner in einem neuen geostrategischen Umfeld zu akzeptieren. Die neuen Aufgaben, die im Rahmen der Grenzöffnung entstanden waren, stellten eine große Herausforderung für die deutsch-polnischen Beziehungen dar. Schnell wurde offensichtlich, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in vielen Politikbereichen schwerer zu bewerkstelligen war als die bloße militärische und ideologische Abgrenzung während des Ost-West-Konflikts. Die Kontroverse um die Sicherheitspolitik verdeutlicht dies ebenso wie die Frage nach der künftigen politischen Gestalt der Europäischen Union. Wie stark die nationale Geschichtsschreibung es noch immer vermochte, die jeweiligen Standpunkte zu beeinflussen, ist ebenfalls zum Ausdruck gekommen.

Die Beziehungen zwischen Deutschen und Polen zeichneten sich durch eine „Ungleichzeitigkeit“⁵⁶ aus, welche die beiderseitigen Kontakte immer wieder in einen Zustand des Schlummerns fallen ließ: EU-Erweiterung versus EU-Vertiefung, polnische Öffnung versus deutschem Protektionismus, europäische Partnerschaft versus transatlantischer Verpflichtung. Die erzielte Annäherung ist dennoch bemerkenswert: das deutsch-polnische Verhältnis entwuchs einem *beziehungs-geschichtlichen Graben*, welcher ein historisches Erbe hinterließ, das lange untragbar schien. Der NATO-Beitritt im März 1999 und die Vollendung der EU-Mitgliedschaft im Mai 2004 beendete, so James Gow, „the traditional conflict between states and creat[ed] a [...] community in which the importance of borders is de-emphasized.“⁵⁷

Auch die empirischen Befunde weisen auf eine Normalisierung der Beziehungen hin. Wie in Abbildung 3 zu sehen ist, bewerten im Jahr 2006 33 Prozent der Polen und 17 Prozent der Deutschen das Verhältnis als gut. 57 Prozent der Polen und 44 Prozent der Deutschen empfinden sie weder als sonderlich gut, noch als sonderlich schlecht.

⁵⁶ Dietrich (2005), S. 1.

⁵⁷ Gow (2003), S. 67.

Abbildung 3: Der Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen 2006

Polen	How do you evaluate the current Polish-German Relations?	Deutsche
<i>Angaben in Prozent</i>		
33	good	17
57	neither good nor bad	44
4	bad	13
6	difficult to say	13

Quelle: eigene Darstellung, in Anlehnung an: CBOS (2006b): Poles and Germans about their mutual relations (Polen und Deutsche über ihre Beziehungen), S. 1

Das allgemeine Desinteresse der Bevölkerungen lässt keinen Hinweis über den Grad der vollzogenen Annäherung der Länder zu, verweist aber vermutlich darauf, dass keine grundlegenden Differenzen mehr existieren, die eine gesteigerte Wahrnehmung hervorrufen. Auch die Bewertung des künftigen Wesens der deutsch-polnischen Beziehungen fällt, wie in Abbildung 4 dargestellt, überwiegend positiv aus. Nur 4 Prozent der polnischen und 7 Prozent der deutschen Befragten fürchten eine Verschlechterung der Beziehungen.

Abbildung 4: Die künftigen deutsch-polnischen Beziehungen

Polen	In your opinion, will the Polish-German Relations in the nearest future:	Deutsche
<i>Angaben in Prozent</i>		
37	improve	29
46	remain unchanged	34
4	deteriorate	7
13	difficult to say	30

Quelle: eigene Darstellung, in Anlehnung an: CBOS (2006b): Poles and Germans about their mutual relations (Polen und Deutsche über ihre Beziehungen), S. 1

Dialog und Aussöhnung: Zivilgesellschaftlicher Wahrnehmungswandel

Während sich die deutsch-polnischen Beziehungen auf politischer Ebene normalisierten und die Bemühungen um sachliche Annäherung auch durch die Bevölkerungen positiv bewertet wurden, ist die Erörterung des gesellschaftlichen Wahrnehmungswandels komplizierter.

Die zivilgesellschaftliche Wiederaufnahme bilateraler Beziehungen wurde nach dem 2. Weltkrieg durch die Teilung des deutschen Staates und die sofortige Einbindung in antagonistische Machtsysteme erschwert. Der deutsch-polnische Grenzraum geriet zum symbolischen Austragungsort der ideologischen Differenzen zwischen Ost und West. Alltägliche Kontakte zwischen Deutschen und Polen, welche historische Feindbilder revidiert und Gefühle der Zusammenge-

hörigkeit geweckt hätten, existierten nicht. Die Dämonen der Vergangenheit blieben gegenwärtig.⁵⁸

Die Öffnung der Grenzen bedeutete nicht automatisch, dass mentale Trennlinien aufgebrochen und historische Differenzen überwunden wurden. Ohne gesellschaftliche Dialogbereitschaft war die Ausgestaltung der viel beschworenen Interessengemeinschaft jedoch unwahrscheinlich. Es gilt also zu überprüfen, ob sich ein Wahrnehmungswandel auf mentaler Ebene vollzogen und ein ähnlicher Annäherungsprozess wie auf politischer Ebene stattgefunden hat.

Die zivilgesellschaftliche Erneuerung nachbarschaftlicher Kontakte zwischen Ostdeutschen und Polen gestaltete sich äußerst kompliziert. Die traditionellen wirtschaftlichen Verflechtungen und regionalen Kontakte waren in Folge des 2. Weltkrieges zum Erliegen gekommen. Ethnische Säuberungen, Flucht und Vertreibung veränderten die Bevölkerungsstruktur entlang der Grenzen grundlegend. Fremde und tief verfeindete Bevölkerungen standen einander gegenüber.⁵⁹ An einen gemeinsamen grenzübergreifenden Alltag, der zur Überwindung historischer Belastungen geführt hätte, war nicht zu denken.

Die Anerkennung des Status quo Oder-Neiße-Grenze als deutsch-polnische Grenze 1950 wurde in der DDR offiziell zum Wegbereiter einer freundschaftlichen Nachbarschaft propagiert. Der sowjetische Druck, unter dem der Vertrag zustande gekommen war, verhinderte jedoch einen wirklichen Neuanfang. Die erzwungene Kooperation mit den sozialistischen Brüdervölkern wurde folgendermaßen bewertet: „Wir nennen die Nachbarn Brüder, denn Freunde kann man sich aussuchen.“⁶⁰ Diese verordnete Freundschaft fußte auf der Ausblendung der gemeinsamen Geschichte.

Die grenzüberschreitenden Kontakte zwischen Ostdeutschen und Polen beschränkten sich bis zum Ende der fünfziger Jahre auf den offiziellen Austausch von Parteifunktionären. Eine „halboffizielle grenzüberschreitende Begegnungskultur“⁶¹ entwickelte sich erst seit den sechziger Jahren. Die Intensivierung kultureller und bildungspolitischer Kontakte setzte aber auch keine Aufarbeitung in Gang. Erst das im November 1971 geschlossene Abkommen über den pass- und visafreien Grenzverkehr initiierte erste persönliche Annäherungen.

Der gesellschaftliche Dialog zwischen Ostdeutschen und Polen blieb eng an den politischen Kurs der Sowjetunion geknüpft. Die ostdeutsche Reaktion auf die Solidarność-Bewegung der frühen achtziger Jahre verdeutlichte diese Abhängigkeit. Im August 1980 trat die Belegschaft der Danziger Leninwerft in Streik. Die Forderung nach Zulassung freier Gewerkschaften stellte das kommunistische Herrschaftssystem Polens vor eine Bewährungsprobe. Die Regierung ging

⁵⁸ Vgl. Wolff-Powęska (2005b), S. 18.

⁵⁹ Vgl. Schultz (2001), S. 19.

⁶⁰ Urban (2003), S. 82.

⁶¹ Schultz (2001), S. 21.

zunächst auf weniger folgenreiche, vor allem ökonomische Forderungen der Streikenden ein. Der Versuch, die Bewegung so zu schwächen, scheiterte. Am 31. August 1980 wurde die *Solidarność* zugelassen und verzeichnete im darauf folgenden Jahr einen rasanten Mitgliederzuwachs. Die ostdeutsche Regierung reagierte mit Zurückhaltung und Besorgnis auf die Ereignisse in Polen. Die Angst vor einem Überspringen der Protestwirkung hatte die Schließung der Grenzen zur Folge, die bis 1990 beibehalten werden sollte.⁶² Die Medien belegten die Polen „mit einem Sperrfeuer feindseliger Äußerungen“⁶³, um eine mögliche Sympathiewelle der ostdeutschen Bevölkerung im Keim zu ersticken. Die DDR schloss sich mit ihrem zurückhaltenden, dann offen ablehnenden Kurs gegenüber Polen der Haltung der SU an.⁶⁴ Die *Freundschaft zum Brudervolk* wurde nur solange gepflegt, wie das von der sowjetischen Führung verordnet und gewollt war. Eine tatsächliche Basis für Kooperation und Unterstützung existierte nicht. Obwohl auch in der DDR die Oppositionsbewegung an Schwung gewann, fand kein Dialog zwischen ostdeutscher und polnischer Opposition statt. Die politischen Vorzeichen für eine solche Kooperation waren schwierig; potenzielle Oppositionelle wurden von der DDR-Führung mit einem Ausreiseverbot belegt. Aber auch auf polnischer Seite wurde die ostdeutsche Opposition kaum wahrgenommen.⁶⁵

Die Beziehungen der DDR und Polen beruhten auf verordneten Kontakten. So entstand ein tiefer Graben zwischen politischem Anspruch und gesellschaftlicher Wirklichkeit. Die Tabuisierung sensibler Themen führte zur Konservierung von Ressentiments. Ein Neubeginn der Beziehungsgeschichte war aufgrund der erzwungenen Freundschaft ausgeschlossen.

Ein erster zivilgesellschaftlicher Dialog nach dem Ende des Krieges fand zwischen Westdeutschen und Polen erst Mitte der sechziger Jahre statt. Da beide Staaten keine direkte Grenze teilten, war eine Annäherung auf lokaler und regionaler Ebene ausgeschlossen. Das außenpolitische Engagement der Bundesrepublik Deutschland konzentrierte sich zunächst auf die Verringerung der Abhängigkeit von den Besatzungsmächten, um den eigenen politischen Handlungsspielraum zu erweitern und so den Weg für die neuerliche Übertragung der Souveränität zu ebnet.⁶⁶ Die Westintegration der Bundesrepublik hatte oberste Priorität. Die Verankerung der Bundesrepublik im westlichen Bündnis-system war ein notwendiger Schritt, um die Bedrohung durch die Sowjetunion zu verringern. Der Aufnahme diplomatischer Kontakte zu Polen wurde zunächst keine Dringlichkeit beigemessen. Als sich im Jahr 1965 polnische Bischöfe in

⁶² Die Schließung der Grenze dauerte bis zur Aufhebung des Kriegszustandes am 31. Dezember 1982. Der visa- und passfreie Grenzverkehr wurde jedoch bis 1990 nicht wieder aufgenommen.

⁶³ Davies (2002), S. 388.

⁶⁴ Vgl. Davies (2002), S. 388.

⁶⁵ Vgl. Mehlhorn (2001), S. 70.

⁶⁶ Vgl. Bingen (2001), S. 36.

einem versöhnlichen Schreiben an ihre „deutschen Brüder in Christus“⁶⁷ wandten, war das eine Handreichung ungeheurer Strahlkraft. Der daraus resultierende Briefwechsel bedeutet den Beginn eines Annäherungsprozesses, der auf der diplomatischen Ebene erst einige Jahre später aufgenommen werden sollte. Die Gründung der UNESCO-Schulbuchkommission 1972 stellte einen weiteren Versuch dar, der auf die gesellschaftliche Annäherung abzielte. Die Arbeitsgruppe entwickelte Empfehlungen für die Darstellung der deutsch-polnischen Geschichte in Schulbüchern. Die Vertiefung der Kenntnisse über die Nachbarn sollte diese einander mental näher bringen. Ein vermehrter deutsch-polnischer Dialog als Ergebnis der Arbeit war jedoch nicht erkennbar.⁶⁸ Der Versuch einer Annäherung auf gesellschaftlicher Ebene konnte nicht den gewünschten Erfolg erzielen, solange die notwendige politische Flurbereinigung – die endgültige Klärung der Grenzziehung – nicht erfolgt war.

Die Wiedereröffnung der deutsch-polnischen Grenze für den Personenverkehr im Jahr 1990 wirkte als Initialzündung für Aktivitäten im Grenzraum. Besonders der Einzelhandel profitierte vom neuerlich einsetzenden Einkaufstourismus. An Oder und Neiße entstanden grenzüberschreitende Alltagsbeziehungen, die von den politischen Vorgängen auf staatlicher Ebene nur wenig tangiert wurden. Nach den langen Perioden tiefer Isolierung als Folge von Kriegen, Bevölkerungsverschiebungen und Grenzschließungen entstand neuerlich ein Raum des Kontakts.⁶⁹ Als Phänomen der Grenzöffnung waren die Grenzmärkte „das breiteste Feld zwischenmenschlicher grenzüberschreitender Beziehungen.“⁷⁰ Eine mentale Annäherung bewirkte der Einkaufstourismus nicht. Vielmehr wurde die ökonomische Asymmetrie zwischen beiden Staaten offenbar. Das Bewusstsein über die Existenz eines Wohlstandsgefälles trug nicht zur gesellschaftlichen Annäherung bei. Die gemeinsame Mitgliedschaft in EU und NATO hat, das haben die bisherigen Erörterungen gezeigt, die Wahrnehmung der Asymmetrie abgeschwächt und deutsch-polnische Partnerschaft auf politischer Ebene stabilisiert.⁷¹

Die Basis für eine zivilgesellschaftliche Ausweitung der Kontakte war somit breit aufgestellt. Empirische Befunde zeugen von der Bereitschaft zur Vertiefung der Kenntnisse über den Nachbarn. So hat mehr als ein Drittel der Polen seit der Grenzöffnung Deutschland besucht.⁷² Als Gründe für die Besuche werden neben Urlaubs- und Einkaufstourismus die Treffen von Familie und Freun-

⁶⁷ Dmistrów (2000), S. 252.

⁶⁸ Vgl. Hackmann (2000), S. 312f.

⁶⁹ Vgl. Lisiecki (1996), S. 97.

⁷⁰ Zit. nach: Wojnoski, Edmund, in: Schultz (2001), S. 31.

⁷¹ Vgl. Abb. 3 und 4.

⁷² Vgl. CBOS (2001b): Foreign trips of Poles and knowledge of foreign languages (Auslandsreisen der Polen und Fremdsprachenkenntnisse), S. 3.

den genannt.⁷³ Die beiderseitige Verständigung wurde auch durch die Schaffung zivilgesellschaftlicher Institutionen vorangetrieben, welche sich der Intensivierung deutsch-polnischer Kontakte verschrieben. Deutsch-polnische Hochschulpartnerschaften, europäische Freiwilligendienste und Stiftungsarbeit ermöglichten Jugendbegegnungen, die über gegenseitiges Kennenlernen zur Verständigung, über Verständigung zur Versöhnung beitragen sollten.⁷⁴ Historischen Ressentiments sollte frühzeitig der Nährboden entzogen werden, um die künftigen deutsch-polnischen Beziehungen auf ein vertrauensvolles Fundament betten zu können. Diese Bemühungen scheinen zu fruchten. Noch 1990 schlossen 50 Prozent der Polen eine Versöhnung mit den Deutschen aus.⁷⁵ 2005 hielten 74 Prozent der Befragten die endgültige Aussöhnung für möglich.

Eine mentale Annäherung der Deutschen ist ebenfalls erkennbar. Auf die Frage, mit welchen Völkern Deutschland viel gemeinsam habe, erwiderten 31 Prozent: Polen.⁷⁶ Eine breitere gesellschaftliche Ähnlichkeit wurde nur Franzosen, Briten, Amerikanern, Italienern und Skandinaviern bescheinigt. Weitere osteuropäische Staaten wurden nicht benannt, was auf den besonderen Stellenwert der deutsch-polnischen Beziehungen verweist. Der gesellschaftliche Wahrnehmungswandel ist noch offensichtlicher, wird eine Befragung aus dem Jahr 1994 hinzugezogen. Aus einer Liste verschiedener Personengruppen sollten diejenigen herausgesucht werden, die als Nachbarn unbeliebt seien. 18 Prozent der Befragten nannten Polen.⁷⁷ Dass 2001 fast doppelt so viele Deutsche die Gemeinsamkeiten mit dem polnischen Nachbarn betonten, kann als Erfolg gewertet werden.⁷⁸

Die empirischen Befunde verweisen darauf, dass ein Wahrnehmungswandel auf privater und zivilgesellschaftlicher Ebene stattgefunden hat. Politische Missstimmungen im Zuge der Vertriebenendebatte oder der Irakkrise wirkten sich auf den gesellschaftlichen Bewusstseinswandel nicht negativ aus. Die deutsch-polnischen Beziehungen scheinen seit dem Ende des Kalten Krieges eine neue Qualität erlangt zu haben. Noch immer existieren ungelöste, emotional geladene Belastungen, aber der Wille zur bilateralen Zusammenarbeit und die Möglichkeit des offenen grenzüberschreitenden Dialogs scheinen diese zu marginalisieren.

Es bleibt festzuhalten: Deutsche und Polen sind sich sympathisch. 33 Prozent der polnischen Befragten erklären im Jahr 2006 ihre Sympathie für die Deut-

⁷³ Vgl. ebd.

⁷⁴ Zit. nach: Jonda, Bernadette, in: Trzeciakowski, S. 70.

⁷⁵ Vgl. CBOS (2005): Stosunek do innych narodów (Das Verhältnis zu anderen Nationen), S. 1.

⁷⁶ Noelle-Neumann / Köcher (2002): Wer ist den Deutschen ähnlich?, S. 536.

⁷⁷ Vgl. Noelle-Neumann / Köcher (2002): Unbeliebte Nachbarn, S. 204.

⁷⁸ Vgl. Noelle-Neumann / Köcher (2002): Wer ist den Deutschen ähnlich?, S. 536.

schen⁷⁹, über 60 Prozent der Deutschen finden die polnischen Nachbarn sympathisch.⁸⁰ Die gesellschaftliche Beseitigung ideologischer Grenzen seit 1990 scheint erfolgreich gewesen zu sein.

Deutsche und Polen: Eine Bilanz

Fast zwei Jahrzehnte sind seit dem Ende Kalten Krieges vergangenen. Seither haben sich die Rahmenbedingungen für die deutsch-polnischen Beziehungen grundlegend gewandelt. Die Implosion des Sowjetimperiums, die Wiedervereinigung des deutschen Staates und der demokratische Umbruch in Polen stellen beziehungsgeschichtliche Zäsuren dar, die sich auf das künftige bilaterale Verhältnis beider Staaten tiefgreifend auswirkten. Die völkerrechtlich verbindliche Festlegung der deutsch-polnischen Staatsgrenze entlang Oder und Neiße bildete die Basis eines *bilateralen* Neubeginns.

Erstmals seit Jahrzehnten standen sich zwei Staaten gegenüber, deren politische Kontakte nicht durch andere Mächte beeinflusst oder gesteuert wurden und sich frei entfalten konnten. Die Gestaltung stabiler und effizienter nachbarschaftlichen Beziehungen schloss die Fortsetzung alter Politikstile aus. Die innenpolitischen Herausforderungen, welche beide Staaten im Zuge der mannigfaltigen Transformationsprozesse zu bewältigen hatten, schufen eine Atmosphäre der *Solidarität* und *Hilfsbereitschaft*. Die Bereitschaft der Deutschen, die staatlichen Reformen der Polen wirtschaftlich zu unterstützen, kennzeichnet die Aufbruchsstimmung der frühen neunziger Jahre.⁸¹ Die positive Bewertung der polnischen Reformbemühungen markiert auch die beginnende Normalisierung der nachbarschaftlichen Beziehungen. Außenpolitisch zeichnete sich ebenfalls ein deutsch-polnisches Zusammenwirken ab. Beide Staaten mussten ihre Rolle innerhalb Europas neu definieren. Die gemeinsame Mitgliedschaft in EU und NATO schuf Kontroll- und Orientierungsstrukturen, welche die deutsch-polnischen Beziehungen in einen festen Rahmen einbanden und die notwendige politische und militärische Sicherheit gaben, um eine gleichwertige Partnerschaft auf bilateraler Ebene zu ermöglichen. Die Reduzierung der polnischen Bedrohungsperzeption, welche in diesem Zusammenhang mehrmals genannt wurde, verdeutlicht den beziehungsgeschichtlichen Fortschritt.⁸²

Der Stillstand, welcher die Beziehungen in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre ergriff, leitete das Auseinanderdriften der politischen Interessen ein. Die zähen EU-Beitrittsverhandlungen, die Diskussion um die künftige Gestaltung der Agrarpolitik und die Differenzen bezüglich des gemeinsamen sicherheits- und verteidigungspolitischen Engagements verlangsamten die bilaterale Annä-

⁷⁹ Vgl. CBOS (2006c): The Attitudes to other Nations (Die Einstellung gegenüber anderen Nationen), S. 1.

⁸⁰ Vgl. Stern-Umfrage (2007).

⁸¹ Vgl. Abbildung 2.

⁸² Vgl. CBOS (1997): Directions of Poland's Foreign Cooperation (Orientierungen polnischer Außenbeziehungen), S. 1.

herung, stoppten diese jedoch nicht. Die Irritationen im deutsch-polnischen Zusammenwirken können als anfängliche Ungeschicklichkeiten bezeichnet werden.⁸³ Die Realisierung einer bis dato nicht existenten Interessengemeinschaft stellte ein ambitioniertes Unterfangen dar, welches trotz all der rhetorischen Beschwörungen nicht beschleunigt werden konnte. Die Entdramatisierung der Beziehungen und die beiderseitigen Bemühungen um Pragmatismus markieren eine erste Etappe auf dem Weg zur interessengeleiteten Partnerschaft.

Eine erste Bilanz fällt positiv aus. Die deutsch-polnische Zusammenarbeit auf politischer Ebene gestaltet sich effektiv. Obwohl noch immer ungelöste Probleme und historische Ressentiments existieren, führt deren Instrumentalisierung nicht mehr zu einer langfristigen Belastung der Beziehungen. Polen und Deutsche bewerten die bisherigen Entwicklungen positiv und zeichnen auch für das künftige Verhältnis ein optimistisches Bild.⁸⁴

Die politische Annäherung Deutscher und Polen wurde von einem gesellschaftlichen Wahrnehmungswandel begleitet. Während sich die bilateralen Beziehungen bis zum Ende der achtziger Jahre auf offizielle und halboffizielle Kontakte beschränkten, bedeutete die Grenzöffnung im Jahr 1990 eine Rückkehr zu vielfältigen, grenzüberschreitenden Alltagskontakten. Die Überwindung ideologischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Trennlinien bedurfte der Bereitschaft, den Nachbarn kennen zu lernen und zu verstehen. Erste Begegnungen fanden vor allem im Rahmen des Einkaufstourismus statt. Die *Polenmärkte* symbolisierten die Ferne, welche trotz der geographischen Nähe zwischen den Nachbarn existierte. Die wirtschaftliche Asymmetrie nährte das alte polnische Bedrohungsgefühl des übermächtigen deutschen Nachbarn. Andererseits wirkte sich diese Asymmetrie positiv auf die Bereitschaft zur Kooperation aus. Die polnische Bevölkerung versprach sich von der bilateralen Kooperation ökonomische und soziale Stärkung, Deutschland war sich seiner moralischen Verantwortung gegenüber dem östlichen Nachbarn bewusst.⁸⁵

Auf die rasche politische Annäherung Anfang der neunziger Jahre folgten Jahre der Resignation. Die Signifikanz der zivilgesellschaftlichen Bemühungen um historische Aufarbeitung wird während dieser Phase offensichtlich. Die Intensivierung der gesellschaftlichen Kontakte durch bildungspolitische und kulturelle Projekte erweiterte die Kenntnisse übereinander und weckte Verständnis für die unterschiedliche Bewertung historischer Ereignisse. Trotz der jahrzehntelangen Ausblendung der gemeinsamen Vergangenheit wird die Chance auf eine deutsch-polnische Aussöhnung als sehr gut bewertet.⁸⁶

⁸³ Vgl. Mildenerger (2001), S. 141.

⁸⁴ Vgl. Abb. 4.

⁸⁵ Vgl. Wolff-Powęska (2005b), S. 19.

⁸⁶ Vgl. CBOS (2005): Stosunek do innych narodów (Das Verhältnis zu anderen Nationen), S. 1.

Eine weitere positive Bilanz: zwar führen ungelöste historische Altlasten nach wie vor zu Irritationen auf politischer und gesellschaftlicher Ebene. Sie dominieren die deutsch-polnischen Beziehungen jedoch nicht mehr. Die Möglichkeit des offenen Dialogs in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens stieß einen Wahrnehmungswandel an, welcher die Grundvoraussetzung für ein künftiges deutsch-polnisches Zusammenwirken als *tatsächliche* Werte- und Interessengemeinschaft darstellt.

2007: Der Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen ist auf dem Tiefpunkt. Seit der Wahl Lech Kaczyńskis zum polnischen Präsidenten im Oktober 2005 und der Ernennung Jarosław Kaczyńskis zum Ministerpräsidenten hat sich der Ton zwischen beiden Staaten verschärft. Denn ein Eckpfeiler kaczyńskischer Außenpolitik ist *Geschichte*.⁸⁷ Historische Thematiken überschatten das politische Alltagsgeschäft. Die Bekämpfung der deutschen Gefahr bedürfe, so der polnische Präsident, einer „nationalen Front.“⁸⁸ Der kompromisslose polnische Kurs belastet das bilaterale Verhältnis. Auch die effektive Partnerschaft auf europäischer Ebene leidet. Versuche diplomatischer Kontaktaufnahme werden ignoriert, die deutsche EU-Ratspräsidentschaft durch abstruse politische Forderungen boykottiert.⁸⁹ So drohte Polen im Juni 2007 mit einem Veto gegen den europäischen Verfassungsvertrag, sollten seine Forderungen bezüglich der Reform des Abstimmungsmodus im Europäischen Rat nicht erfüllt werden. Anstelle des Modells der doppelten Mehrheit solle das polnische Quadratwurzel-Modell implementiert werden, welches den großen EU-Ländern – unter ihnen Erzfeind Deutschland – weit weniger Stimmrecht zugestünde als im ursprünglichen Entwurf vorgesehen. Gerechtfertigt wurden diese Forderungen durch das Argument, dass Polen ohne den 2. Weltkrieg heute doppelt so viele Einwohner hätte.⁹⁰ Sämtliche Vermittlungsversuche der europäischen Partner scheiterten. Am Ende kamen sie den Polen entgegen. Die Neugestaltung der Stimmengewichtung wird frühestens in sieben Jahren erfolgen.⁹¹

Bedürfen die positiven Bilanzierungen nun der Revision? Mitnichten! Die empirischen Befunde beweisen, dass die verbalen Attacken der Kaczyński-Brüder nicht der gesellschaftlichen Realität entsprechen. Formeln zur Charakterisierung der Regierung Kaczyński reichen vom „Schlechtesten seit der Wende“⁹² über „maßlos arrogant“⁹³ bis hin zum Bild vom polnischen „Sheriff“⁹⁴ oder „Garten-

⁸⁷ Vgl. Krzeminski (2005), S. 2.

⁸⁸ Neef u. a. (2007), S. 36.

⁸⁹ Vgl. Neef u. a. (2007), S. 38.

⁹⁰ Vgl. Bota (2007), S. 3.

⁹¹ Vgl. ebd.

⁹² Neef u. a. (2007), S. 36.

⁹³ Neef u. a. (2007), S. 36.

⁹⁴ Krzeminski (2005), S. 2.

zwerg.“⁹⁵ Die Rückwendung der Kaczyńskis zu vertrauten Denkmustern sollte nicht überbewertet werden. Das Ausleben nationaler Gefühle gibt ebenso Sicherheit wie das Berufen auf alte Feindbilder. Künftig wird sich Polen dennoch gemeinsam mit seinen politischen Partnern den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts stellen müssen und auf die enge Zusammenarbeit – auch mit Deutschland – angewiesen sein. Die Politik der Kaczyński-Brüder wird sich künftig sicherlich versöhnlicher zeigen, als ihre aggressive Rhetorik es vermuten lässt.

Insgesamt gesehen unterlagen die deutsch-polnischen Beziehungen seit dem Ende des Ost-West-Konflikts einer *epochalen Zäsur*. Die Annäherung beider Staaten kann als eindrucksvolle Erfolgsgeschichte erachtet werden. In den vergangenen Jahren vollzogen Deutschland und Polen innenpolitische Transformationsprozesse und fanden als Bündnispartner in EU und NATO zusammen. Ihre Gesellschaften sind durch den gemeinsamen Wunsch, „in einem stabilen, demokratischen und wohlhabenden Europa zu leben“⁹⁶, verbunden. Die empirischen Befunde bestätigen diesen Trend.

Was bleibt ist die Frage: *Dokąd idą Polska i Niemcy? – Welchen Weg gehen Polen und Deutschland?* Es ist zu hoffen, dass sich beide Staaten weiterhin auf die Erfolge ihrer *Partnerschaft* besinnen und „nie solange es die Welt gibt, der Deutsche dem Polen wieder ein Feind sein wird.“⁹⁷

Literatur

Auswärtiges Amt (2000a): Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenzen vom

14. November 1990, URL:

<http://www.auswaertigesamt.de/diplo/de/AAmt/PolArchiv/DokumenteUndVertraege/901114-VertDeuPLGrenzen-pdf.pdf> (24.02.2006).

Auswärtiges Amt (2000b): Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991, URL:

<http://www.auswaertigesamt.de/diplo/de/AAmt/Pol/Archiv/DokumenteUndVertraege/910617-VertDeuPIFreund-pdf.pdf> (24.02.2006).

Bachman, Klaus (2000): Von der Euphorie zum Misstrauen. Deutsch-polnische Beziehungen nach der Wende, in: Osteuropa, Jg. 50, Heft 8, S. 853-871.

Bingen, Dieter (2001): Der lange Weg der „Normalisierung“, Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen 1949-1990, in: Eberwein, Wolf-Dieter / Kerski, Basil (Hrsg.): Die

⁹⁵ Tomicek (2007), S. 4.

⁹⁶ Zit. nach Holzer, Jerzy, in: Trzeciakowski (1996), S. 70.

⁹⁷ In Anlehnung an: Potocki, Waclaw, in: Trzeciakowski (1996), S. 57.

- deutsch-polnischen Beziehungen 1949-2000. Eine Werte- und Interessengemeinschaft?, Opladen, S. 35-59.
- Bingen, Dieter (2005): Die deutsch-polnischen Beziehungen nach 1945, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 5-6, S. 9-17.
- Bota, Alice (2007): Jarosław allein zu Haus, in: Die Zeit, Jg. 62. Heft 27 (28.06.2007), S. 3.
- Boysen, Jens (1998): Der Geist des Grenzlands. Ideologische Positionen deutscher und polnischer Meinungsführer in Posen und Westpreußen vor und nach dem Ersten Weltkrieg, in: Krzoska, Markus / Tokarski, Peter (Hrsg.): Die Geschichte Polens und Deutschlands. Ausgewählte Beiträge (Veröffentlichungen der Deutsch-Polnischen Historischen Gesellschaft, Bd. 1), Osnabrück, S. 104-123.
- Bugajski, Janusz (1995): Nations in Turmoil. Conflict and Cooperation in Eastern Europe, Boulder / San Francisco / Oxford.
- Bundespräsidialamt (Hrsg.) (1994): Ansprache von Bundespräsident Roman Herzog anlässlich des Gedenkens an den 50. Jahrestag des Warschauer Aufstandes am 01. August 1994 in Warschau, URL: http://www.dhm.de/lemo/html/WegeindieGegenwart_redeHerzogZumWarschauerAufstand/index.html (22.04.2006).
- Buras, Piotr / Tees, Henning (2005): Polens Weg. Von der Wende bis zum EU-Beitritt, (Konrad-Adenauer Stiftung Warschau), Stuttgart / Leipzig.
- Centrum Badani Opiniii Spoolecznej (CBOS) (1997): Directions of Poland's Foreign Cooperation (Orientierungen polnischer Außenbeziehungen), Papier 08/1997, Warschau, S. 2, URL: http://www.cbos.pl/PL/Opinia/1997/08_1997.pdf (12.09.2006).
- CBOS (1998): The Poles' Sympathies (Die polnischen Sympathien), Papier 11/1998, Warschau, URL: http://www.cbos.pl/PL/Opinia/1998/11_1998.pdf (12.09.2006).
- CBOS (1999a): Will the change of German government affect relations between Poland and German? (Wird der Regierungswechsel in Deutschland Einfluss auf die deutsch-polnischen Beziehungen haben?), Papier 1/1999, Warschau, URL: http://www.cbos.pl/PL/Opinia/1999/1_1999.pdf (12.09.2006).
- CBOS (1999b): What has the 20th century brought us? (Was hat uns das 20. Jahrhundert gebracht?), Papier 12/1999, Warschau, S.1, URL: http://www.cbos.pl/PL/Opinia/1999/12_1999.pdf (12.09.2006).
- CBOS (2001a): Whom do the Poles like? (Wen mögen die Polen?), Papier 07/08/2001, Warschau, URL: http://www.cbos.pl/PL/Opinia/2001/7_8_2001.pdf. (18.07.2006).

- CBOS (2001b): Foreign trips of Poles and knowledge of foreign languages (Auslandsreisen der Polen und Fremdsprachenkenntnisse), Papier 07/08/2001, Warschau, URL:
http://www.cbos.pl/PL/Opinia/2001/7_8_2001.pdf. (18.07.2006).
- CBOS (2004): Na kogo Polska może liczyć, a kogo powinna się obawiać?, Papier 183/2004, Warschau, URL:
http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2004/K_183_04.PDF (18.07. 2006).
- CBOS (2005): Stosunek do innych narodów (Das Verhältnis zu anderen Nationen), Papier 1/2005, Warschau, URL:
http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2005/K_001_05.PDF (21.01. 2006).
- CBOS (2006a): Polish-German Relations (Polnisch-Deutsche Beziehungen), Papier 01/2006, Warschau, URL:
http://www.cbos.pl/PL/Opinia/2006/01_2006.pdf (12.11.2006).
- CBOS (2006b): Poles and Germans about their mutual relations (Deutsche und Polen über ihre Beziehungen), Papier 03/2006, Warschau, URL:
http://www.cbos.pl/PL/Opinia/2006/03_2006.pdf (12.09.2006).
- CBOS (2006c): The Attitudes to other Nations (Die Einstellung gegenüber anderen Nationen), Papier 10/2006, Warschau, URL:
http://www.cbos.pl/PL/Opinia/2006/10_2006.pdf (12.11.2006).
- Davies, Norman (2002): Im Herzen Europas. Geschichte Polens, 3. Auflage, München.
- Deutsches Historisches Museum Berlin (2006): Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem Deutschen Bundestag am 28. November 1989. Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas, Auszüge, URL:
http://www.dhm.de/lemo/html/dokumente/DieDeutscheEinheit_redeKohlZehnPunkteProgramm/index.html (01.08.2006).
- Dietrich, Stefan (2005): Deutsch-polnische Ungleichzeitigkeit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 05.Dezember 2005, S.1.
- Dokumentenarchiv (o. A.): Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin vom 02. August 1945 („Potsdamer Abkommen“), URL:
<http://www.dokumentenarchiv.de/in/1945/potsdamer-abkommen.html> (01.08.2006).
- Dmitrów, Edmund (2000): Vergangenheitspolitik in Polen 1945-1989, in: Borodziej, Włodzimierz / Ziemer, Klaus (Hrsg.): Deutsch-Polnische Beziehungen 1939 – 1945 – 1949. Eine Einführung (Einzelveröffentlichung des Deutschen Historischen Instituts Warschau, Bd. 5), Osnabrück, S. 235-264.
- Eberwein, Wolf-Dieter (2001): Werte- und Interessengemeinschaft: Integrations-theoretische Überlegungen, in: Eberwein, Wolf-Dieter / Kerski, Basil

- (Hrsg.): Die deutsch-polnischen Beziehungen 1949-2000. Eine Werte- und Interessengemeinschaft?, Opladen, S. 13-35.
- Gow, James (2003): EU enlargement and security: turning the inside out, in: Smith, Julie (Hrsg.): Through the paper curtain. Insiders and outsiders in the new Europe (Royal Institute of International Affairs), London, S. 61-76.
- Grimm, Frank-Dieter (1998): „Im Osten ist alles anders“. Zur Situation der deutschen und polnischen Grenzregionen an Oder und Neiße, in: Brunn, Gerhard / Schmitt-Egner, Peter (Hrsg.): Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa. Theorie – Empirie – Praxis (Schriftenreihe des Instituts für Europäische Regionalforschungen, Bd. 3), Baden-Baden, S. 185-198.
- Hackmann, Jörg (2000): Vergangenheitspolitik in der Bundesrepublik Deutschland und das Verhältnis zu Polen, in: Borodziej, Włodzimierz / Ziemer, Klaus (Hrsg.): Deutsch-Polnische Beziehungen 1939 – 1945 – 1949. Eine Einführung (Einzelveröffentlichung des Deutschen Historischen Instituts Warschau, Bd. 5), Osnabrück, S. 297-327.
- Koszel, Bogdan (2005): Deutschland – Polen – Europäische Union: Gemeinsame Interessen und Widersprüche. Polnische Erwartungen und deutsche Aktivitäten (1989-1998), in: Wolff-Powęska, Anna / Bingen Dieter (Hrsg.): Nachbarn auf Distanz. Polen und Deutsche 1998-2004 (Veröffentlichung des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt, Bd. 19), Wiesbaden, S. 21-58.
- Krzeminski, Adam (2005): Sheriff und Erzieher“, in: Die Zeit, Jg. 60, Heft 44 (27.10.2005), S. 2.
- Madajczyk, Piotr (2000): Die polnische Politik gegenüber der deutschsprachigen Bevölkerung östlich von Oder und Neiße 1944-1950, in: Borodziej, Włodzimierz / Ziemer, Klaus (Hrsg.): Deutsch-Polnische Beziehungen 1939 – 1945 – 1949. Eine Einführung (Einzelveröffentlichung des Deutschen Historischen Instituts Warschau, Bd. 5), Osnabrück, S. 163-187.
- Mehlhorn, Ludwig (2001): Zwangsverordnete Freundschaft? Die Entwicklung der Beziehungen zwischen DDR und Polen 1949-1990, in: Eberwein, Wolf-Dieter / Kerski, Basil (Hrsg.): Die deutsch-polnischen Beziehungen 1949-2000. Eine Werte- und Interessengemeinschaft?, Opladen, S. 61-73.
- Mildenberger, Markus (2001): Funktioniert die „Interessengemeinschaft“? Bilanz eines Jahrzehnts deutsch-polnischer Beziehungen, in: Eberwein, Wolf-Dieter / Kerski, Basil (Hrsg.): Die deutsch-polnischen Beziehungen 1949-2000. Eine Werte- und Interessengemeinschaft?, Opladen, S. 113-148.
- Neef, Christian u. a. (2007): Die Schlacht der Zwillinge, in: Der Spiegel, Heft 25 (18.06.2005), S. 23-38.

- Noelle-Neumann, Elisabeth / Köcher, Renate (Hrsg.) (1993): Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1984-1992. Band 9, München u. a.
- Noelle-Neumann, Elisabeth / Köcher, Renate (Hrsg.) (1997): Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1993-1997. Band 10, München u. a.
- Noelle-Neumann, Elisabeth / Köcher, Renate (Hrsg.) (2002): Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1998-2002. Band 11, München u. a.
- Ociepka, Beata (2005): Das Bild der Deutschen und der Polen in den Medien, in: Wolff-Powęska, Anna / Bingen Dieter (Hrsg.): Nachbarn auf Distanz. Polen und Deutsche 1998-2004 (Veröffentlichung des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt, Bd. 19), Wiesbaden, S. 216-242.
- Piskorski, Jan M. (2004): „Erbfeindschaften“. Antipolonismus, Preußen- und Deutschlandhass, deutsche Ostforschung und polnischer Westgedanke, in: Becher, Ursula A. J. / Borodziej, Włodzimierz / Maier, Robert (Hrsg.): Deutschland und Polen im 20. Jahrhundert. Analysen – Quellen – didaktische Hinweise (Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 456), Bonn, S. 93-94.
- Schröder, Gerhard (2004): Rede zum 60. Jahrestag des Warschauer Aufstandes, URL: <http://www.ost-west-kom/RedeBundeskanzler.hmt>.(22.06.2006).
- Schultz, Helga (2001): Von der Nachkriegsordnung zur postsozialistischen Staatenwelt, in: Schultz, Helga (Hrsg.): Grenzen im Ostblock und ihre Überwindung (Frankfurter Studien zur Grenzregion, Bd. 6), Berlin, S. 11-35.
- Stern-Umfrage (2007): Deutsche finden Polen sympathisch, URL: http://www.presseportal.de/pm/6329/1007715/gruner_jahr_stern (15.08.2007).
- Szczypiorski, Andrzej (1992): Für Polen ist das nur eine Atempause der Geschichte, in: KAS-Auslandsinformationen, Heft 7, S. 29-34.
- Tomala, Mieczysław (2000): Deutschland – von Polen gesehen. Zu den deutsch-polnischen Beziehungen 1945-1990, Marburg.
- Tomicek (2007): Europäisches Gartenidyll, in: Freie Presse, Heft 28.06.2007, S. 4.
- Trzeciakowski, Lech (1996): Ein ewiger deutsch-polnischer Antagonismus? Mythen, Stereo-type und „Wirklichkeiten“, in: Saldern, Adelheid von (Hrsg.): Mythen in Geschichte und Geschichtsschreibung aus polnischer und deutscher Sicht (Politik und Geschichte, Bd. 1), Münster, S. 57-73.
- Trosiak, Cezary (2001): Die Grenzöffnung von 1972, in: Schultz, Helga (Hrsg.): Grenzen im Ostblock und ihre Überwindung (Frankfurter Studien zur Grenzregion, Bd. 6), Berlin, S. 147-163.
- Urban, Thomas (2003): Polen (Sonderausgabe für die Zentralen für politische Bildung), 2., aktualisierte und ergänzte Auflage, München.

Wolff-Powęska, Anna (2005a): Vorwort, in: Wolff-Powęska, Anna / Bingen Dieter (Hrsg.): Nachbarn auf Distanz. Polen und Deutsche 1998-2004 (Veröffentlichung des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt, Bd. 19), Wiesbaden, S. X-XII.

Wolff-Powęska, Anna (2005b): Ideelle und politische Voraussetzungen der Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen, in: Wolff-Powęska, Anna / Bingen Dieter (Hrsg.): Nachbarn auf Distanz. Polen und Deutsche 1998-2004 (Veröffentlichung des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt, Bd. 19), Wiesbaden, S. 3-20.

Autorenverzeichnis

Albert, Cornelia: Doktorandin am Lehrstuhl für Internationale Politik, Philosophische Fakultät, Technische Universität Chemnitz.
E-Mail: mail@connyalbert.de

Cabada, Ladislav: Lehrstuhl für Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen, Philosophische Fakultät, Westböhmische Universität in Pilsen.
E-Mail: cabada@kap.zcu.cz

Domke, Christine: Lehrstuhl für Germanistische Sprachwissenschaft, Philosophische Fakultät, Technische Universität Chemnitz.
E-Mail: christine.domke@phil.tu-chemnitz.de

Gehrold, Stefan: Außenstelle Prag der Konrad-Adenauer-Stiftung.
E-Mail: gehrold@kasprag.cz

Günther, Susanne: Doktorandin am Lehrstuhl für Internationale Politik, Philosophische Fakultät, Technische Universität Chemnitz.
E-Mail: susanne.guenther@phil.tu-chemnitz.de

Houžvička, Václav: Soziologisches Institut der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik, Zweigstelle Ústí nad Labem.
E-Mail: suavcr@quick.cz

Krieger, Holm: freischaffender Musiker in Chemnitz.
E-Mail: holm@solche.de

Mikulová, Anna: Lehrstuhl für Germanistik, Nordistik und Niederlandistik, Philosophische Fakultät, Masaryk-Universität in Brünn.
E-Mail: amikulov@phil.muni.cz

Novotný, Lukáš: Soziologisches Institut der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik, Zweigstelle Ústí nad Labem.
E-Mail: novotny.l@centrum.cz

Plöhn, Jürgen: Institut für Politikwissenschaft der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
E-Mail: ploehn@hotmail.com

Preiwuß, Kerstin: Doktorandin am Institut für Germanistik, Philosophische Fakultät, Universität Leipzig.
E-Mail: traumjule@hotmail.com

Thomas, Stephan: Doktorand am Institut für Germanistik, Philosophische Fakultät, Universität Leipzig.
E-Mail: bitterfeld@gmx.net

Waisová, Šárka: Lehrstuhl für Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen, Philosophische Fakultät, Westböhmische Universität in Pilsen,
E-Mail: waisova@kap.zcu.cz

Das Europäische Zentrum für Föderalismus-Forschung (EZFF), Tübingen

Seit Beginn des europäischen Integrationsprozesses spielt die Frage nach der künftigen Struktur Europas eine wichtige Rolle. Ein entscheidender Aspekt ist dabei, die föderale Balance zwischen zentralen und dezentralen Elementen zu finden, um die zukünftigen Herausforderungen Europas zu bewältigen. Die Verträge von Maastricht, Amsterdam und Nizza sowie der Europäische Reformvertrag haben entscheidend zu dem erneuten Aufleben dieser Diskussion beigetragen. Dabei gewinnt die öffentliche Debatte vor allem durch die wachsende Rolle der Länder, Regionen und Autonomen Gemeinschaften sowie der Kommunen als europapolitische Akteure, deren Zahl durch die anhaltenden Regionalisierungs- und Föderalisierungstendenzen in vielen europäischen Staaten weiter zunimmt, an Brisanz.

In diesem Zusammenhang steht die Tätigkeit des **Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung (EZFF)** an der Universität Tübingen. Es begleitet seit 1993 diese Entwicklung und erforscht ihre Hintergründe. Das EZFF ist eine **multidisziplinäre Einrichtung**, die sich wissenschaftlich und politikberatend mit Fragen des Föderalismus, der Stellung und Rolle von Regionen und der subnationalen Ebenen in Europa beschäftigt. Zur Zeit hat das EZFF folgende Themenschwerpunkte:

1. **Föderalismus als Struktur- und Organisationsprinzip für Staaten** (primär in Europa) und die EU, verstanden als Mehrebenensystem (z. B. Effizienz und Demokratie in dezentralen und föderalen Systemen, Aufgabenverteilung und Subsidiaritätsprinzip in der Europäischen Union nach dem Reformvertrag und der EU-Erweiterung, Entwicklungsperspektiven des Ausschusses der Regionen);
2. **Regionen als Akteure und Regionalpolitik** (z. B. grenzüberschreitende und interregionale Kooperation innerhalb der Europäischen Union, Regional- und Strukturpolitik nach 2007);

3. **Dezentralisierungs-, Regionalisierungs- und Föderalisierungsprozesse** in den Mitgliedstaaten der erweiterten Europäischen Union.

Das EZFF führt transnationale **Forschungsprojekte** durch, veranstaltet regelmäßig internationale Konferenzen im In- und Ausland (z. B. Belgien, Österreich, Schweiz, Italien, Ungarn und Schweden) und nimmt Aufträge für Einzelgutachten entgegen. Gleichberechtigt neben der wissenschaftlichen Arbeit steht die Beratungstätigkeit des EZFF für Politik, Verwaltung und Wirtschaft.

Das EZFF gibt verschiedene **Publikationen** heraus, in denen u. a. Forschungs- und Konferenzergebnisse veröffentlicht werden:

- Das **Jahrbuch des Föderalismus** (8 Bände seit 2000, bei der Nomos Verlagsgesellschaft);
- Die **Schriftenreihe des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung** (30 Bände seit 1994, bei der Nomos Verlagsgesellschaft);
- Die **Occasional Papers**-Reihe (34 Hefte seit 1994, im Selbstverlag).

Das EZFF legt in seiner Arbeit besonderen Wert auf die **Verbindung von Theorie und Praxis**, transnationale Kooperationen und die interdisziplinäre Ausrichtung seiner Aktivitäten. Das EZFF betreut ein europaweites **Netzwerk von Föderalismusforschern und Praktikern**, die sich mit Fragen des Föderalismus beschäftigen. Das EZFF gehört der *International Association of Centres for Federal Studies (IACFS)* an, einer wissenschaftlichen Vereinigung, in der wissenschaftliche Institute aus aller Welt zusammengeschlossen sind, die sich schwerpunktmäßig mit Fragen der Föderalismus-Forschung befassen.

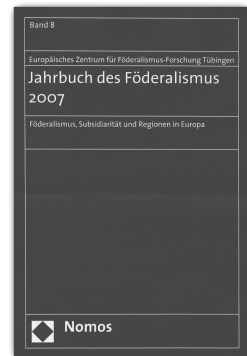
Das EZFF wird von mehreren **Professoren der Universität Tübingen**, die verschiedenen Fakultäten angehören, geleitet. Die laufenden Arbeiten werden durch den Wissenschaftlichen Koordinator und weitere Mitarbeiter betreut.

Auswahl der Publikationen des EZFF

Jahrbuch des Föderalismus

Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen (Hrsg.) 2007: **Jahrbuch des Föderalismus**. Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa, 670 Seiten, ISBN 978-3-8329-2961-9.

Die insgesamt 43 Beiträge des Jahrbuch des Föderalismus 2007 befassen sich mit verschiedenen Aspekten der Territorialstruktur im heutigen Europa. Sie informieren über neueste Entwicklungen des deutschen Föderalismus (einschließlich seiner Reform), über Föderalisierungs-, Regionalisierungs- und Dezentralisierungsprozesse in verschiedenen europäischen Staaten, über die Bemühungen um die Konstitutionalisierung der EU (einschließlich der Frage nach ihrer föderalen Struktur und der Geltung des Subsidiaritätsprinzips), über die Rolle, die Regionen im heutigen Europa spielen und über aktuelle Forschungsfragen zur Territorialstruktur. Das Jahrbuch bietet den Lesern – in Politik und Verwaltung, in Wissenschaft, Forschung, Lehre und Studium – einen aktuellen, verlässlichen und zusammenfassenden Überblick über die genannten Themen. Autoren der Beiträge sind ausgewiesene Experten aus dem In- und Ausland.



Schriftenreihe des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung

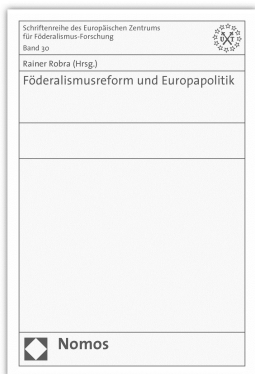
Band 30: *Rainer Robra (Hrsg.) 2007: Föderalismusreform und Europapolitik*, ISBN 978-3-8329-3215-2.

Band 29: *Ralf Thomas Baus, Thomas Fischer und Rudolf Hrbek (Hrsg.) 2007: Föderalismusreform II: Weichenstellungen für eine Neuordnung der Finanzbeziehungen im deutschen Bundesstaat*. Ergebnisse einer gemeinsamen Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Bertelsmann Stiftung und des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung Tübingen, ISBN 978-3-8329-2791-2.

Band 28: *Wolfgang Renzsch (Hrsg.) 2007: Perspektiven ostdeutscher Länder in der Europäischen Union*, ISBN 978-3-8329-2548-2.

Band 23: *Bernhard Vogel, Rudolf Hrbek und Thomas Fischer (Hrsg.) 2006: Halbzeitbilanz – die Arbeitsergebnisse der deutschen Bundesstaatskommission im europäischen Vergleich*, ISBN 978-3-8329-2397-6.

Band 22: *Rudolf Hrbek (Hrsg.) 2004: Political Parties and Federalism. An International Comparison*, ISBN 978-3-8329-0914-7.



Occasional Papers

Nr. 34: *Beate Neuss und Werner Holly (Hrsg.) 2007: Sprache und Politik im vereinten Europa*, ISBN 978-3-9810143-3-4.

Nr. 33: *Gerald G. Sander und Georg Becker (Hrsg.) 2006: Aktuelle Probleme der Daseinsvorsorge in der Europäischen Union*, ISBN 978-3-9810143-2-7.

Nr. 32: *Katrin Böttger 2006: Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa*. Erfolge und Misserfolge der Kooperation am Beispiel der EUREGIO (Rhein-Ems-Ijssel), der Euregio Maas-Rhein und der Euroregion Neisse-Nisa-Nysa, ISBN 978-3-9810143-1-0.

Nr. 31: *Rudolf Hrbek und Annegret Eppler (Hrsg.) 2005: Die unvollendete Föderalismus-Reform*. Eine Zwischenbilanz nach dem Scheitern der Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung im Dezember 2004, ISBN 978-3-9810143-0-3.

Nr. 30: *Stephan Förster 2005: Das politische System des Kantons Schaffhausen*. Akteure, Institutionen und Entscheidungsprozesse in einem Kleingliedstaat, ISBN 978-3-9806978-9-7.

